



3. Kongress der Partei der Europäischen Linken

Paris, 3. – 5. Dezember 2010

Eröffnungsrede des scheidenden EL-Vorsitzenden Lothar Bisky

Aus: <http://de.european-left.org>

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Vor drei Jahren in Prag haben wir festgehalten: Die Entwicklung Europas geht in die falsche Richtung. Die Deregulierung der Finanzmärkte schlug auf das ganze Leben durch. Unsichere Beschäftigung und Sozialabbau griffen um sich. Krankenhäuser und Nahverkehr standen zum Verkauf. Der Griff der Privaten nach dem Wasser, der Energieversorgung vor Ort oder den Bankgeschäften des Mittelstandes wurde immer fester. Zunehmend wurden Entscheidungen getroffen, ohne die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Aufrüstung statt Abrüstung stand wieder auf dem Programmen der Mitgliedstaaten.

Das will die Linke umkehren. Das ist nicht das Europa, das wir wollen. So begründeten wir unseren Widerstand gegen die neoliberalen Umwälzungen in Europa und gegen den Reformvertrag von Lissabon. Sarkozy führt sich inzwischen auf, als ob er 26 unartige Schüler um sich hat, wenn seinen europapolitischen Vorstellungen nicht gefolgt wird. So kommen wir in Europa nicht weiter.

Genossinnen und Genossen, heute treten wir zum 3. Kongress der EL in Paris zusammen. Viele unserer Warnungen haben sich bewahrheitet. Doch nur wenige von uns haben vorausgesehen, in welchem Maße sich die US-Immobilienkrise, die im Sommer 2007 begann, auf die Weltwirtschaft auswirken würde.

Die Verheißungen deregulierter Märkte bekamen selbst in konservativen Kreisen einige Kratzer. Die Regierungen entdeckten in ihrer Not eine Strategie der Krisenintervention, die sie noch ein halbes Jahr zuvor als „Sozialismus“ gebrandmarkt hätten. Sie verstaatlichten Banken und legten Konjunkturprogramme auf. Auf einmal mauserten sie sich zu Anhängern der Verstaatlichung. Doch sie bewiesen damit einmal mehr, dass der Staat ohne öffentliche Kontrolle, ohne wachsende Demokratie dem Erhalt kapitalistischen Wirtschaftens bestens dienen kann.

Aus unserer Geschichte haben wir gelernt, dem Staatssozialismus nicht zu vertrauen. Genauso wenig traue ich einem modernen Staatskapitalismus. Die Wohlfahrt für die Wirtschaftsmächtigen wird zur Voraussetzung für die Wohlfahrt aller deklariert. Und das ist falsch. Da läuft nicht nur einiges verkehrt, da werden der Staat und die Bürgerinnen und Bürger ausschließlich zur Feuerwehr für Spekulanten und ökologische Geisterfahrer zur Kasse gebeten. Dieser neuzeitliche Staatskapitalismus ist bisher noch ohne jeden Lerneffekt: Kaum war das erste Krisenhoch überschritten und die Schockstarre überwunden, sangen die neoliberalen Schönfärber schon wieder das Lied vom freien Spiel der Marktkräfte, die Schnulze von Privatisierung und Deregulierung. In der Runde der G 20 wurden politische Überwachungsmechanismen für die Finanzmärkte zerredet. Stattdessen schlug man das neoliberale Schulbuch auf und fand gleich unter dem Buchstaben A die Lösung aller offenen Fragen.

Mit harten Austeritätsprogrammen sollen die Schulden, die Rettungsfonds für die Banken und Unternehmen auf den Schultern von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern, Schülern, Studenten, Erwerbslosen und Kranken abgeladen werden. Die Banken spekulieren weiter, und die größten Zocker haben das Geschäft mit den Staaten der Eurozone als profitables Geschäftsmodell entdeckt.

Ich sage ganz klar: Alle Rettungsschirme sind umsonst, wenn die Europäische Union und die großen Industrienationen keine neue Kriterien für eine erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik entwickeln. Die Sozialkürzungen verfehlen nicht nur ihr politisch fragwürdiges Ziel – die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Sie werden einzig die Rezessionstendenzen verstärken oder eine Deflation entfachen.

Für uns geht es zuerst um eine Begrenzung von Außenhandelsüberschüssen und die Sicherung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Wir stehen an der Seite der friedlich Protestierenden in Griechenland. Wir haben es gesagt und wir werden es immer wieder sagen: Wir sind alle Griechen! Wir sind alle auch Iren. Wir schauen mit Hoch-

In dieser Ausgabe

- 3. Parteitag der Partei der Europäischen Linken (EL)
- Die arabische Welt in Aufruhr
- Raus aus Afghanistan
- Forum von Sao Paulo
- Linke Parteien in Europa
- *Doi Moi* in Vietnam



achtung und voller Solidarität auf die machtvollen Proteste in Frankreich. Unsere Solidarität gilt den Generalstreikenden in Portugal und Spanien. Die Unterstützung der Europäischen Linken haben alle Menschen, die sich einer Politik entgegenstellen, in der Profite vor Menschen gehen, in der Staatshaushalte als Beutestücke von Banken verscherbelt werden. Ich rufe alle Mitglieder der Europäischen Linken auf, sich aktiv an dem Aktionstag zu beteiligen, den der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC für den 15. Dezember, den Vorabend des EU-Gipfels, aufgerufen hat.

Genossinnen und Genossen, die europäischen Regierungen mühen sich seit April, einen Reaktionsmechanismus für die Staatsschuldenkrise zu finden. Mit Erstaunen kann man dabei erleben, wie sich die europäischen Institutionen gegenseitig auf den Füßen stehen. Der Rat zieht in die eine Richtung, die Kommission schiebt in eine andere Richtung. Das Parlament lässt sich eine übergestülpte Gesetzgebung und eine ausgebremschte Mitsprache nicht mehr so ohne weiteres bieten. Wir haben es doch inzwischen ständig mit einer merkwürdigen Umgehung der demokratischen Regeln seitens des Europäischen Rates zu tun. Lösungen stehen bisher aus.

Die Regierenden weigern sich, die Schuldenkrise als das zu sehen, was sie ist: die jüngste Ausformung der allgemeinen Krise des neoliberalen Kapitalismus, die wir seit 2007

erleben. Daher kommt die Handlungsunfähigkeit der Regierungen. Rasant schwindet das Vertrauen der Menschen in die Politik. Und in der Tat: Die Politik hat in den letzten Jahren mehr und mehr Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Jetzt fehlen ihr die geeigneten Instrumente zur Krisenbewältigung und zugleich der Mut, sich ihrer wieder zu bemächtigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf der anderen Seite können wir nicht behaupten, dass sich die Linke in Europa als der Anlaufpunkt der enttäuschten Menschen erweist. Das zeigen die Wahlergebnisse in den vergangenen Jahren.

Die Linke steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Wir setzen uns dafür ein, dass die soziale Frage in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Die Krise hat noch mehr gezeigt, dass die Antworten auf Sozialabbau und Demokratiedefizite nur mit einer grundlegend anderen Politik zu finden sind. Deshalb haben wir in der Aktionsplattform, die der Vorstand Euch heute zur Entscheidung vorlegt, diese Krise auch als eine Krise der demokratischen Institutionen charakterisiert. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Länder wieder zu wirklichen Mitentscheidern über die res publicae werden. Als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union müssen sie das Recht wahrnehmen können, die öffentlichen Angele-

Inhaltsverzeichnis

● 3. Kongress der Partei

der Europäischen Linken

- Eröffnungsrede Lothar Biskys 1
- Antrittsrede Pierre Laurents 5
- Agenda für ein soziales Europa 7
- Rede Pierre Laurents in Berlin 14
- EL-Parteivorstand tagt in Brüssel 16

● DIE LINKE

- Gesine Löttsch zur neuen NATO-Strategie 17
- Wolfgang Gehrcke zur neuen NATO-Strategie 19
- Gesine Löttsch zum EU-Gipfel 20
- Sevim Dagdelen zu Kuba 21
- Offener Brief gegen Gewalt an Kurden 22

● Arabische Welt in Aufruhr

- Jan van Aken: Mubarak muss weg! 25
- Antrag: Solidarität mit arabischen Ländern 27
- EL: Solidarität mit Tunesien 28
- Claudia Haydt: 29
 - Tunesien nach dem Sturz Ben Alis 29
- Garant der Stabilität 30
- Das türkische Modell 32

● Raus aus Afghanistan!

- Gregor Gysi gegen Verlängerung des Mandats 33
- Abzugsplan der LINKEN 35
- Jan van Aken zum „Fortschrittsbericht“ 36
- Interview mit Sayed Yakub Ibrahimy 38
- Diethelm Weidemann: Das andere Afghanistan 39

● Aus der internationalen Linken

- Paola Giaculli: Armes Italien! 41
- Nichi Vendola: 41
 - Linke Alternative zum Berlusconiismus 43

- SYN: Regional- und Kommunalwahl in Griechenland 44

- Henning Süßner: 46
 - Parlamentswahl in Schweden 46

- Hans Modrow über Bulgarien 48

- Präsidentschaftswahl in Belarus 50

- Holger Politt: Polen in der „Kaczynski-Falle“ 53

- Wilfried Lulei: 11. Parteitag der KP Vietnams 55

- Bernd Ihme: *Doi Moi* in Vietnam 57

- Rede Raúl Castros 60

- Linke Medienallianz in Lateinamerika 67

- XVI. Treffen des Forums von Sao Paulo 68

- Wolfgang Gehrcke: Wut und Zärtlichkeit 69

- Isabel Rauber: Bolivien – die Kraft von unten 70

- 50 Jahre Ermordung Patrice Lumumbas 72

- ALNEF – Forum der afrikanischen Linken 73

- Internationales KP-Treffen in Südafrika 75

● Internationale Umschau 78

- Karin Kulow: Israels Siedlungsbau 78

- Uri Avnery: Hintergründe der Libanon-Krise 84

- Helmut Ettinger: China und die globale Krise 85

● Analyse:

Von Revolution bis Koalition – linke Parteien in Europa 92

- Birgit Daiber: 92
 - Über den Gebrauchswert linker Parteien 92

- Cornelia Hildebrandt: 96
 - Europapolitische Positionen linker Parteien 96

- Anna Striethorst: 105
 - Aktuelle Debatten linker Parteien 105

- Anna Striethorst: 105
 - Aktuelle Debatten linker Parteien 105

- Anna Striethorst: 105
 - Aktuelle Debatten linker Parteien 105

- Anna Striethorst: 105
 - Aktuelle Debatten linker Parteien 105

● Nach Redaktionsschluss

- Julia Wiedemann, Ansar Jasim: 114
 - Umbruch in der arabischen Welt 114



genheiten zu verhandeln, mitzugestalten und mitzuentcheiden. Deshalb steht die Linke in der Verantwortung, Vorschläge zu unterbreiten, die nicht nur unsere radikale Kritik deutlich machen, sondern zugleich reale Alternativen aufzeigen.

Nur wenn unsere politischen Ideen Zuversicht ausstrahlen, sind sie in den Augen der Menschen auch attraktiv. Wenn sie zur Weiterentwicklung anregen, sind sie auch geeignet, Mehrheiten für ihre Durchsetzung anzusprechen. Auch das ist Bestandteil dessen, was Gramsci die Erringung der kulturellen Hegemonie genannt hat. Ich denke, da liegt noch ein ganzer Berg Arbeit vor uns. Sonst sähen unsere Wahlergebnisse anders aus.

Mit diesem Gedanken sind wir an die Erarbeitung der „Agenda für ein soziales Europa“ gegangen. Wir haben uns die Papiere angesehen, die die Europäische Linke beschlossen hat: vom Gründungsmanifest über die Thesen von Prag bis zur gemeinsamen Europawahlplattform 2009.

Und wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Die EL krankt nicht an einem Manko programmatischer Positionen. Wir haben reichlich und gute Positionen. Vielmehr ist die Zeit gekommen, auf dieser guten Basis ein Aktionsprogramm vorzulegen. Unser Aktionsprogramm soll Aufgaben enthalten, die wir in den nächsten zwei bis drei Jahren anpacken, Schritte, die uns einem sozialen Europa näher bringen. Damit nehmen wir uns gegenüber unseren SympathisantenInnen und Anhängern in die Pflicht, denn auf dem nächsten Kongress werden wir abrechnen, ob unsere gemeinsamen Anstrengungen gefruchtet haben.

Genossinnen und Genossen, der 3. Kongress der Partei der Europäischen Linken führt uns via Rom, Athen und Prag zurück nach Paris. Wieso zurück nach Paris – werden manche, die in den vergangenen Jahren zu uns gestoßen sind, fragen? Ich kann mich gut erinnern. Es war 2003, als wir uns in der Stadt an der Seine getroffen und eine europäische Parteigründung erörtert haben. Damals waren wir 11 Parteien, die sich zur Gründung entschlossen.

Vergessen wir nicht: Die europäischen Parteien der Konservativen, der Liberalen, der Sozialdemokraten sind so alt wie das Europäische Parlament. Die Grünen und auch die Europäische Linke sind sehr junge europäische Parteien. Doch die Ursache der späten Parteigründungen sind verschieden. Das hat bei den Linken mit einem neuen Parteiverständnis zu tun. Bei uns ist es nicht zuerst aus Bürger- und Protestbewegungen gewachsen, sondern aus den Erfahrungen mit dem Epochenumbruch 1989/90. Wir wollen zum einen mehr sein als ein Wahlverein fürs Europäische Parlament. Wir wollen auch auf europäischer Ebene als Mitgliederpartei agieren, als Organisation, die Partei ergreift für Menschen, die aus sozialen Bewegungen, aus Gewerkschaften, aus Friedensinitiativen kommen. Wir wollen offen sein für Kräfte, die mehr Demokratie und ein soziales Europa einfordern, die die ökologische Frage ernst nehmen und die sich konsequent gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung wenden.

Wir werden auch gegen jede Form von Krieg auftreten. Wir stehen für einen Politikwechsel, damit sich Europa weltweit auf eine Rolle als Friedensstifter und Vorreiter für die Lösung drängender Menschheitsfragen wie die Bewältigung des Klimawandels und die Bekämpfung von Armut vorbereitet und diese Rolle dann auch realisiert.

Genossinnen und Genossen, heute beginnt der 3. Kongress, auf dem wir den dritten Vorsitz der noch jungen Partei

der Europäischen Linken wählen. Das ist für mich ein guter Zeitpunkt für ein Resümee und für Überlegungen, wie ich mir die künftige Entwicklung der Partei der Europäischen Linken vorstelle.

Mit etwas Wehmut beende ich meine Aufgabe, denn es war eine sinnvolle Arbeit. Mittlerweile gehen wir als Partei ins siebte Jahr. Seit Billy Wilders „Das siebte Jahr“ könnte man glauben, Beziehungskonflikte seien eine Erfindung Hollywoods. Doch die Erfahrungen zeigen auch jenseits der Filmindustrie: das siebte Jahr bringt in viele gewachsene Beziehungen kritische Momente. Im Jahre 2004 haben wir nach dem Gründungsauftrag im Januar dann im Mai einen festen Zusammenschluss der Mitgliedsparteien gebildet. Das Programm, das Statut und die 2004 in Rom abgegebenen Erklärungen zeugen von dem festen Entschluss, als demokratische, transparente, offene und emanzipatorische Linkspartei in gemeinsamen politischen Aktionen für ein anderes Europa zu kämpfen.

Wir haben uns mit unserer Geschichte auseinandergesetzt. Wir haben dabei auch heftig gestritten. Doch wir haben uns mit der Gründung der Partei der Europäischen Linken auf einen Grundkonsens verständigt: innere Demokratie und die Selbstständigkeit der Parteien in den Ländern sind Voraussetzungen für ein Handeln der europäischen Linken als eigenständiges Subjekt in Gegenwart und Zukunft. Dafür war der Bruch mit dem Stalinismus als System eine unabdingbare Voraussetzung. Wir haben gelernt, die geteilte Geschichte in Ost- und West-, in Süd- und Nordeuropa als gemeinsame Geschichte zu begreifen. Der Blick zurück ist eine wichtige Grundlage, um Gegenwart und Zukunft, auch die Schwächen der Linken nach 1989 wirklich zu verstehen. Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Um eine gemeinsame Identität und mobilisierende Arbeitsschwerpunkte zu finden, brauchen wir den Blick nach vorn.

Genossinnen und Genossen, wenn wir uns auf gemeinsame Schwerpunkte festlegen, dann müssen sie zum Ausdruck bringen, dass wir Verantwortung tragen wollen, dass wir um Mehrheiten für eine linke Politik von heute und morgen kämpfen. Hat linke Politik heute keine substantielle europäische Dimension – dann ist sie nicht links!

Ja, wir sehen die Europäische Gemeinschaft kritisch. Aber zugleich ist sie ein entscheidender Handlungsraum, der sowohl die Entwicklung in Europa insgesamt als auch das Handeln für die aktuellen globalen Probleme beeinflusst. Eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne Russland ist für uns ausgeschlossen.

Friedliche Konfliktlösungen, die Beseitigung von Hunger und Armut sowie der nachhaltige Schutz der Ressourcen sind nicht außerhalb des Kampfes für einen Politikwechsel in der EU zu haben. Wenn wir das Zusammenwachsen Europas an eine europäische Sozialstaatsidee auf höchstem Niveau knüpfen, dann ist uns der Einsatz für eine soziale Fortschrittsklausel und für einen europaweiten menschenwürdigen Mindestlohn eine wichtige Voraussetzung.

Und wenn mir dies – als Genosse aus Deutschland – gestattet sei, weil ich weiß, dass der Mindestlohn nicht in allen Ländern die Existenzfrage Nummer Eins ist: Deutschlands Lohndumping und seine Rentenpolitik drücken längst auf die Nachbarländer. Dies ist nichts anderes als die Kehrseite der gefährlichen Exportpolitik. Man muss die deutsche Politik kritisieren, erst recht, wenn man sie in ihrer europäischen Dimension begreift.



Unser Aktionsprogramm geht in zwei Schritten an die Aufgaben, die vor uns stehen. Zum Ersten haben wir Vorschläge für eine kurzfristige Krisenbekämpfung und die Sicherung von Einkommen und sozialen Standards gemacht. Zum Zweiten wären wir keine Linken, wenn wir dies nicht mit längerfristigen Alternativen gegen wachsende Armut, für eine Bewältigung der Energie- und Klimakrise, mit Vorschlägen gegen Demokratieabbau und Privatisierung verbinden würden.

Eines ist klar: Wir werden mit unseren politischen Alternativen scheitern, wenn wir sie nicht europäisch denken, wenn wir es versäumen, in der Politik auf der Ebene der EU eigene Vorschläge zu unterbreiten. Die Europäische Union besteht nicht nur aus dem Rat und der Kommission. Auch wenn die Linken im Parlament eine kleine Fraktion sind, so finden wir – mal bei der Arbeitszeitrichtlinie, mal beim Datenschutz – auch Verbündete in anderen Parteien oder bei parteilosen Abgeordneten für neue politische Ansätze.

Wir machen uns stark für die Bürgerinnen und Bürger, die sich – zum Beispiel mit der Europäischen Bürgerinitiative – auf neue Weise in Politik einmischen können.

Ja, wir sehen die Fehlentwicklungen innerhalb der EU inmitten der Eurokrise überdeutlich. Krisenmechanismen sind ohne Ursachenbekämpfung sinnlos. Dieses protektionistische Herumkratzen an der Oberfläche – insbesondere durch Deutschland – unterspült die sozialen und demokratischen Ressourcen unseres Kontinents. Nationaler Protektionismus unter der Fahne eines Europas der Banken und Konzerne zerstört die Grundlagen einer weltweiten partnerschaftlichen Zusammenarbeit, einer auf Gleichberechtigung orientierten internationalen Handelspolitik.

Solange die EU nicht anerkennt, dass wirtschaftliches Wachstum qualitatives Wachstum sein muss, ist der inzwischen stotternde Global Player EU auf dem Holzweg.

Warum geht Europa nicht voran mit harten Regulierungen des Finanzmarktes? Warum bringen Merkel & Co. nur weitere Haushaltsstrangulierungen von G20-Tagungen mit nach Hause?

Warum traktieren uns die Regierungen mit ihren Haushaltskonsolidierungen, als ob Volkswirtschaften wie das Budget einer Kleinfamilie funktionieren?

Geht es um eine unbehelligte Zukunft zockender Banken oder geht es um die Zukunft der Bildung?

Geht es um die Zukunft der privaten Anlagejäger oder geht es um gute Beschäftigung, um die Energieversorgung, um die Zukunft der Menschen in den multikulturellen Städten und in den ländlichen Räumen?

Zeigen wir als Europäische Linke mit unseren politischen Vorschlägen, dass wir eine gewachsene Verantwortung für einen Kurswechsel in der Europäischen Union tragen.

Ich war gestern mit den Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments in Ungarn. Warum führt ihr die Finanztransaktionssteuer nicht ein? Das frage ich überall, denn diese Untätigkeit ist Politik gegen die Menschen.

Wir tragen Verantwortung für gute Sozialstandards in Osteuropa, für Ausbildung und Mobilität, für die Gleichberechtigung der Geschlechter, für ein Altern in Würde, für Migrantinnen und Migranten. Viele prekär Beschäftigte, viele aus dem neuen Informationsproletariat, viele Landwirte – viele, die sich gar nicht in Parteien und Organisationen engagieren – haben klare Vorstellungen von ihrer Zukunft. Sie alle entwickeln konkrete Vorschläge, wie sich ihre Lebensbedingungen verbessern können. Das sollten und müssen wir auf-

greifen – auch da, wo Gewerkschaften und soziale Bündnisse aktiv sind. Eines sollten wir nicht tun: den Feinden Europas durch eine radikale Kritik, ohne Auswege aufzuzeigen, in die Hände spielen. Die Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Sorgen genauso ernst genommen werden wie ihre Hoffnungen.

Genossinnen und Genossen, die Gefährdung der Demokratie nimmt nicht nur die stillen Formen der Wahlenthaltung oder des enttäuschten Rückzuges an. Nein. Es formieren sich Rechtspopulisten und neofaschistische Organisationen. Einen sanften Vorgeschmack von dieser Dekonstruktion des Politischen konnte man vorletzte Woche wieder einmal im Europäischen Parlament erleben. Da erlaubte sich ein Abgeordneter in der Polemik mit „ein Reich, ein Führer“ zu agieren. Wenigstens wurde er des Saales verwiesen. Solchen Anzeichen muss man politisch klar entgegengetreten. Es ist dringend erforderlich, dass wir diese Demagogen im Alltag und in den Parlamenten entlarven.

Ja, wir tragen Verantwortung dafür, dass die Mitbestimmungsrechte der Menschen in allen Lebensbereichen ausgebaut werden. Und – und damit schließt sich der Kreis – diese demokratische Mitwirkung muss zu einer öffentlichen Kontrolle der Wirtschaft und der Finanzmärkte erweitert werden.

Wir müssen sichern, dass die gerechte Verteilung der Produktivitätsgewinne und eine Beteiligung an den Investitionsentscheidungen durch die Beschäftigten in Unternehmen und kommunalen Betrieben dauerhaft möglich werden.

Das Scheitern unserer Forderung nach Referenden zum Lissabonvertrag darf uns nicht entmutigen. Umso energischer müssen wir die verheerenden Folgen von Wirtschaftsliberalismus und Aufrüstung in die öffentliche Diskussion bringen. Wenn wir dies konkret darstellen, wenn wir die Fehlentwicklungen der herrschenden europäischen Politik so beschreiben, dass dies die Erfahrungen der Menschen aufgreift, dann wird der Veränderungsbedarf auch schlüssig.

Wir werden kaum Mehrheiten für unsere Politik gewinnen, wenn unsere Forderungen so dimensioniert sind, dass ihre Durchsetzbarkeit durch die Linke eher in den Sternen steht. Das Ziel eines anderen, eines besseren Europas verlieren wir nicht aus den Augen, das sagen wir auch deutlich in unserer Agenda, in unseren Aktionen. Doch wir vergessen darüber nicht die vielen Schritte, die gegangen werden müssen, damit die Veränderungen auch beginnen können.

Deshalb habe ich eine Politik für mehr demokratische Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger in sozialen Fragen, bei der wirtschaftlichen Steuerung, bei der Qualifizierung politischer Entscheidungen – für mich wichtige Punkte – heute hier auch in den Mittelpunkt gestellt.

Schauen wir den Tatsachen ins Auge: Wir wissen, dass es seit geraumer Zeit Überlegungen gibt, die europäischen Rechtsgrundlagen für die Durchführung direkter Wahlen des Europäischen Parlaments zu reformieren. Im Europäischen Parlament wird ein entsprechender Vorschlag diskutiert. Und wie wir wissen, sind andere europäische Parteien dabei, sich auf diese Entwicklungen einzustellen und auf sie Einfluss zu nehmen.

Wenn wir nicht zulassen wollen, dass die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie in Europa wieder nur durch die Regierenden getroffen wird, dann müssen wir uns jetzt energisch einmischen. Damit wächst die Bedeutung des Zusammenhalts in der Partei der Europäischen Linken in den kommenden Jahren.



Liebe Genossinnen und Genossen, im siebten Jahr ihres Bestehens muss sich die Europäische Linke entscheiden, ob sie ihre Beziehungsprobleme als Chance bejaht oder einfach nur unter den Teppich kehrt. Es muss nicht unbedingt der aufgewirbelte Rock der Monroe sein, mit dem Aufmerksamkeit in andere Richtungen gelenkt wird. Aber so ganz ohne einen Lufthauch, der durch die endlosen politischen Debatten der Linken weht, wird es nicht gehen.

Vor allem ist es Zeit, dass wir uns allein mit dem Wissen um unsere jeweiligen Neigungen und Ideen nicht mehr zufriedener geben. Wir müssen auf eine neue – auf Erfolg und Ergebnis orientierte – Kultur des Streits setzen. Es geht in Zukunft nicht darum, unsere Unterschiede verständnisvoll auszuhalten, sondern sie endlich produktiv zu nutzen. Ja, wir haben nicht in jeder Frage die gleiche Sicht auf Geschichte und politische Handlungsräume. Doch wir haben gleiche politische Ideale, einen vergleichbaren ethischen Kompass, der uns auf Gleichheit und Solidarität setzen lässt. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass Freiheit kein Gut der Wirtschaftsliberalen, der Märkte sein kann, sondern allen Menschen gehört und Freiheitsrechte genauso wie soziale und kollektive Rechte täglich zu erstreiten sind.

Die Menschen gehen in Griechenland und Portugal gegen die Folgen der Krise auf die Straße. Die Iren zeigen ihren Frust und ihre Enttäuschung über das Versagen der irischen Politiker. In Frankreich protestieren jung und alt gegen die Erhöhung des Rentenalters. In Deutschland werden gegen einen Atomdeal der deutschen Bundesregierung Blockaden errichtet. Die Deutschen kommen gar aus ihrem Haus, um beharrlich gegen einen Bahnhof zu demonstrieren so wie bei Stuttgart 21.

All diese Menschen haben es verdient, eine vielfältige Linke mit einem Gesicht an ihrer Seite zu wissen. Die Vielfalt wird dann unsere Stärke sein, wenn wir sie zum gemeinsamen Handeln nutzen. Dafür spricht übrigens schon allein die Wahlarithmetik: eine Aufteilung der Wählerstimmen auf mehrere Parteien führt nur dazu, dass jede von ihnen weniger Stimmen erhält als bisher.

Eine gemeinsam handelnde Linke ist zugleich auf die enge Zusammenarbeit und die kritisch-konstruktive Solidarität mit allen alternativ denkenden Kräften angewiesen. Ich denke hier besonders an politische Kräfte in den Andenländern Bolivien und Ekuador, in Brasilien und Paraguay, in Kuba und Vietnam.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich bei allen bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Vorsitzender der EL so aktiv unterstützt haben. Stellvertretend für Andere will ich ausdrücklich Grasciella Mascia und Helmut Scholz nennen und ihnen auch ganz persönlich für ihr Engagement danken.

Liebe Genossinnen und Genossen, konzentrieren wir uns auf gemeinsame politische Forderungen und bauen gemeinsam sowie in Bündnissen die kritische Masse auf, von der schon Fausto Bertinotti sprach!

Statt in der eigenen Zersplitterung auf die Bedeutungslosigkeit zuzusteuern, lasst uns gemeinsam die Koordinaten in der Gesellschaft nach links verschieben! Die Chancen dafür stehen gut!

Antrittsrede von Pierre Laurent, neugewählter EL-Vorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit einem Gefühl großer Freude schließe ich unsere Tagung. Ich glaube, wir haben einen wichtigen Kongress erlebt. Es war der 3. unserer noch jungen Partei. Wir alle haben den Eindruck, dass er eine wichtige Etappe eröffnet hat.

Als erstes möchte ich Euch für das Vertrauen danken, das Ihr durch meine Wahl zum Vorsitzenden der EL mir persönlich und damit der FKP sowie den drei Bestandteilen der Linksfrente in Frankreich erwiesen habt. Ich werde alles tun, um mich dieses Vertrauens würdig zu erweisen und das unserer Partei anvertraute Mandat zu einem Mandat des politischen Fortschritts in unseren gemeinsamen Kämpfen zu gestalten.

Ich möchte noch einmal in Eurem Namen all jene grüßen, vor allem Lothar, die die zweite, jetzt abgelaufene Wahlperiode zu einem guten Ende geführt haben.

Schließlich danke ich auch allen Mitgliedern des ausgehenden Vorstandes und Sekretariats der EL, die gemeinsam mit Gruppen von FKP-Mitgliedern für die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung dieses Kongresses in Paris gesorgt haben.

Als wir unsere Tagung begannen, wussten wir, dass wir in einem historischen Augenblick zusammentreten, da sich die Zukunft Europas entscheidet.

Die Entwicklung der weltweiten kapitalistischen Krise, einer Systemkrise des Modells des globalisierten Finanzkapitalismus, stürzt Europa in dramatische Rückschläge.

Die ultraliberale Logik, die die heutige EU beherrscht, hat die Allmacht der Finanzmärkte heilig gesprochen. Diese Märkte, die jetzt in einer Krise stecken, wollen alle Lohnabhängigen in der Europäischen Union dafür zahlen lassen.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine Finanzkrise. Wir haben es mit einer globalen Krise von Finanzen, Wirtschaft, Sozialem, Umwelt, Politik und Demokratie zu tun. Alle Modelle menschlicher Entwicklung sind in Frage gestellt.

Das ist uns allen voll bewusst. Die Lage ist Besorgnis erregend. Die unerhörten Opfer, die dem griechischen Volk auferlegt wurden, und die Einrichtung eines „Stabilisierungsfonds“ im Zusammenwirken mit dem IWF soll die Euro-Zone retten. Es wird nur wenige Monate dauern, bis dieses Kartenhaus zusammenbricht. Irland, Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, Griechenland ... die Völker all dieser Länder sind ins Visier genommen.

Welche grundlegende Lehre ist aus diesem eklatanten Fehlschlag zu ziehen, für den mit der Verarmung von Millionen Europäern, mit der Privatisierung öffentlicher Güter, mit einer Wirtschaftsrezession in zahlreichen Ländern und der Entmündigung offiziell souveräner Staaten gezahlt werden muss? Als erstes, dass es dringend, ja geradezu lebensnotwendig ist, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten aus dieser immensen Abhängigkeit von den Finanzmärkten zu befreien. Die Europäische Union steht heute vor der strategischen Herausforderung, entweder ihren Zerfall zu riskieren oder ihre Transformation zu akzeptieren!

Das ist die Wahrheit, welche die Verfechter der heutigen EU verschleiern wollen, denn sie stellt wesentliche Grundlagen aller europäischen Verträge in Frage. Die Realisten in Europa sind heute wir, weil wir auszusprechen wagen, dass



die in der Union herrschende Logik auf dem Prüfstand steht. Was erwartet uns, wenn das nicht geschieht? Was erwartet Europa? Weitere drastische Einsparungspläne, neue und noch schwerwiegendere Finanzkrisen, noch tiefere Einschnitte in die Freiheiten und die Demokratie.

Nehmen wir den Fall Spanien und das Sparpaket, das José Luis Zapatero am Mittwoch auf den Weg gebracht hat: Streichung der 426 Euro Sonderzuwendung für Langzeitarbeitslose, die 700 000 Menschen betrifft, Steuergeschenke, Privatisierung des Betriebs der Flughäfen ... Sie machen vor nichts Halt!

Nehmen wir das Beispiel Ungarn: Bei allgemeiner Gleichgültigkeit, auch in der Union, führt ein ultrarechtes Regime, das sich nach den düstersten Tagen Europas sehnt, die Beschneidung sämtlicher Freiheiten ein.

Diese Höllenmaschine muss gestoppt werden. Nur eine tiefgreifende Massenbewegung der Völker für eine andere Art und Weise ihrer Zusammenarbeit kann den Lauf der Dinge umkehren.

Das ist es, was uns Hoffnung gibt. Die großartigen Aktionen der letzten Monate, von denen hier so viel berichtet wurde: in Portugal, in Spanien, in Italien, in Deutschland, in Frankreich, in Irland, in Griechenland ... Neuer Kampfgeist ergreift die Völker und die Gewerkschaften. Die eindrucksvollen Massenaktionen gegen die Sparpolitik und den Abbau erkämpfter Rechte sind ein Schrei nach Gerechtigkeit, nach Demokratie und Menschenwürde. Die Rückkehr des Volkes ins Zentrum des Geschehens ist potenziell ein entscheidender Faktor dafür, dass eine wahrhaft linke Politik Erfolg haben kann.

Leider sehen wir zugleich auch die Frustration darüber, dass es an Organisationsformen fehlt, durch die die Menschen den Inhalt der Politik beeinflussen können, die sie erstreben, dass keine glaubwürdige Aussicht auf eine wirkliche Wende nach links besteht. Nicht nur werden zahlreiche umstrittene Regierungen von Politikern der europäischen Sozialdemokratie geführt, auch in den europäischen Institutionen werden die Orientierungen, um die es hier geht, von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten gemeinsam ausgeheckt. Da liegt der Hase im Pfeffer. Diese grundsätzliche Konstellation zu ändern muss heute die Aufgabe aller Kräfte der Linken in Europa sein. Das ist schwierig, aber möglich. Auf jeden Fall ist es unumgänglich.

Wo stehen wir? Bis vor fast sechs Jahren besaßen die politischen Familien der Rechten, der Sozialisten und der Grünen bereits ihre europäischen Parteien, die transformatorische Linke dagegen, die sich für eine progressive Neugründung des europäischen Projekts einsetzt, war zersplittert. Zwar war es ihr gelungen, ihre Europaabgeordneten in einer klar erkennbaren Fraktion in Strasbourg und Brüssel zusammenzuführen, aber sie verfügte nicht über einen politischen Raum, wo alle betroffenen Parteien ihre Vorstellungen erörtern, gemeinsame Initiativen organisieren und an den notwendigen Alternativen für Europa arbeiten konnten. Seit 2004, seit der Gründung der Partei der Europäischen Linken, ist diese Lücke geschlossen. Das war ein großer Schritt nach vorn.

Diese kurze Zeit haben wir genutzt. Die EL schreitet voran und wächst in die Breite.

Aber das Ziel dieses Kongresses war ein anderer. Das haben alle betont. Wir wollen nicht weitermachen, wie bisher, sondern eine neue Etappe eröffnen.

Ich glaube, dass unser 3. Kongress uns diese Möglichkeit bietet. Gestattet mir einige Worte zu seinen Ergebnissen.

Erstens. Alle Beiträge haben ungeachtet der unterschiedlichen Situation und Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern eine große Übereinstimmung in der Analyse des Wesens, der Wurzeln und der Gefahren der zugespitzten Krise gezeigt, die Europa gegenwärtig erlebt.

Zweitens. Alle Redner haben auf ihre Weise die dringende Notwendigkeit hervorgehoben, mit der gleichen Energie am Widerstand und an der Ausarbeitung politischer Alternativen zu arbeiten. Das ist die Herausforderung der neuen Etappe der EL: sich als erstrangiger politischer Akteur in Europa zu etablieren, um linke politische Alternativen in der EU auszuarbeiten und auf den Weg zu bringen.

Drittens. Ich denke, eine unserer Stärken wird die Fähigkeit sein, die verschiedenen bestehenden Kampffronten zusammenzuführen, indem wir gemeinsame Interessen sichtbar machen:

Für uns ist offensichtlich, dass der Kampf für die Überwindung der Logik der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeit und der Vorherrschaft der Finanzmärkte einerseits und der Kampf um einen neuen ökologischen Entwicklungsweg andererseits Hand in Hand gehen müssen. Jene, die die Völker ausplündern, plündern auch die Ressourcen unseres Planeten.

Die Bedeutung der Kämpfe für die politischen Freiheiten und gegen die Ausländerfeindlichkeit ist hervorzuheben. Ebenso ist die Gleichstellung der Geschlechter eine zentrale Herausforderung des Kampfes für Emanzipation und Überwindung von Herrschaft jeder Art. Dies muss eine wesentliche, dauerhafte und sichtbare Achse unseres Handelns sein.

Der Frieden ist in dieser ernsten Krise ebenfalls eine Herausforderung von erstrangiger Bedeutung. Europa kennt den Preis, der gezahlt werden muss, wenn angesichts der Versuchungen des Krieges für einen Kapitalismus in der Krise Schwäche gezeigt wird. Wir verwehren uns dem Engagement der NATO im Afghanistankrieg, in das auch Europa hineingezogen worden ist. Wir wollen ein Europa, das sich überall für die Lösung von Konflikten, für die Achtung der Rechte der Völker in deren Interesse einsetzt – in der Westsahara, in Palästina oder in Zypern, wo wir den Kampf unserer Genossen der AKEL für die Wiedervereinigung des Landes als bizonale, bikommunale Föderation auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse unterstützen.

Wir wollen ein Europa, das sich für eine Zusammenarbeit neuer Art und für eine andere Welt einsetzt. Hier gilt mein Gruß den Delegationen, die aus Lateinamerika und aus Afrika zu uns gekommen sind.

Wir haben eine ganze Reihe von Resolutionen beschlossen, die klar aufzeigen, in welcher Richtung wir zu gehen und zu handeln gedenken.

Ich verweise ausdrücklich auf die politische Initiative, die wir beschlossen haben.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen der nächsten Monate steht der Kampf gegen die Sparpolitik, gegen die Entmündigung der nationalen Parlamente und Haushalte. Wir setzen uns für die Bildung eines europäischen Fonds für soziale Entwicklung ein, der durch die Besteuerung von Finanztransaktionen und durch eine neue Rolle der Europäischen Zentralbank finanziert werden soll.

Mit der politischen Initiative, eine europaweite Petition zu lancieren, haben wir nicht irgendeine Resolution beschlos-



sen, sondern die größte politische Aktionskampagne, die sich die EL je vorgenommen hat.

Es wird die erste Kampagne sein, mit der wir das neue Recht der Bürgerinitiative nutzen wollen. Damit wollen wir erreichen, dass die europäischen Völker wieder zum unabwiesbaren politischen Akteur bei der weiteren Entwicklung der EU werden.

Das soll durch eine Massenmobilisierung auf europäischer Ebene und in jedem einzelnen unserer Länder geschehen.

Der EL-Vorstand hat diese Initiative in Gang zu setzen. Für diese Kampagne werden wir einen langen Atem brauchen. Stellt Euch das Ergebnis vor: Eine Million Europäer fordern die radikale Umorientierung Europas! Das könnte alles verändern.

Einen weiteren wichtigen Beschluss unseres Kongresses sehe ich darin, unserer kollektiven Arbeit durch eine neue Funktionsweise und kollegialere Zusammensetzung der Führung einen frischen Impuls zu verleihen.

Von zwei Prinzipien sollten wir uns leiten lassen: Erstens, vom Respekt für jede unserer Parteien. Wir arbeiten mit gleichen Rechten an dem Bild von Europa, das wir uns vorstellen.

Zweitens, von Transparenz und Solidarität. Künftig soll es keine Parteien mehr geben, die man „konsultiert“ und andere, die man nur „informiert“.

Bei uns hat jede Partei das Recht, das Wort zu ergreifen. Der Konsens dient uns dazu, unsere Maschine nicht zu blockieren, sondern gemeinsam in den Punkten voranzukommen, wo unsere Einmütigkeit am größten ist.

Wir haben beschlossen, den kollektiven und kollegialen Charakter unserer Arbeit zu verstärken, indem wir vier stellvertretende Vorsitzende gewählt haben. Auch das Sekretariat wird seine Arbeit in dieser Richtung entwickeln.

Allein die geografische Breite unserer Aktionen erfordert gemeinsames Arbeiten.

Schließlich sollten wir in dieser neuen Phase der EL versuchen, die Mitglieder unserer Organisationen stärker einzubeziehen. Das wird das demokratische Fundament der EL stärken.

Genossinnen und Genossen, gehen wir an die Arbeit, stark durch unsere Übereinstimmung, gefordert von den drängenden sozialen, politischen und demokratischen Problemen, von der Notwendigkeit einer Alternative, die an alle Türen klopft.

Wir haben Beschlüsse gefasst, die uns zusammenführen, und uns für eine starke politische Kampagne entschieden. Wir haben uns eine neue Führung gegeben. Also, gemeinsam an die Arbeit! Dabei wünsche ich Euch viel Erfolg und Mut.

Es lebe die Solidarität aller europäischen Völker.

Agenda für ein soziales Europa. Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa

Politisches Aktionsprogramm der Partei der Europäischen Linken (EL) 2011 – 2013

Der 3. Parteitag der Europäischen Linken findet zu einer Zeit statt, da den Menschen in Europa immer mehr unerträgliche Zumutungen abverlangt werden. In den meisten europäischen Ländern werden Programme zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben eingeleitet, Supersparkurse gefahren, öffentliche Dienstleistung privatisiert und der Arbeitsmarkt zerstört. Um diese Politik als allgemeingültig zu verfestigen, werden die Länder mit voller Unterstützung ihrer Regierungen unter die Vormundschaft der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und anderer Institutionen wie des IWF gestellt.

Diese Politik wird als notwendige Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise präsentiert. Die Krise ist jedoch eine Krise des Kapitalismus, seiner gegenwärtigen globalisierten, finanzwirtschaftlichen Form. Die Krise wirkt sich auch auf Umwelt, Energie, Lebensmittel, die kulturellen und moralischen Werte aus. Sie zeigt sich auf allen politischen Ebenen und in allen Gesellschaften, die auf der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise beruhen. Sie findet ihren Ausdruck in den aktuellen Orientierungen der EU, in ihrer neoliberalen Politik und ihren Institutionen.

Die aktuelle Schuldenkrise stellt eine neue Phase der anhaltenden Krise dar. Ihre Wurzeln liegen in den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten dreißig Jahre. Die Verflechtung der vielfältigen Ursachen der Krise führt zu einer wachsenden Beeinträchtigung des täglichen Lebens der Menschen.

Wir, die Partei der Europäischen Linken, lehnen gemeinsam mit anderen sozialistischen, kommunistischen, rot-grünen Parteien und Organisationen als plurale Linke diese in der EU durch eine Reihe von Verträgen bis hin zum Lissaboner Vertrag verordnete neoliberale Politik und ihre Strukturen ab.

Die Verantwortung für diese Politik liegt bei der großen Koalition der europäischen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien, die Europa und die europäischen Länder in dieser Zeit regiert haben. Wir wollen eine politische Alternative zum neoliberalen Modell vorlegen. Angesichts der weit verbreiteten Sparmaßnahmen entwickelt sich überall in Europa Widerstand. Die große Herausforderung für die Linke besteht darin, Alternativen abzustecken, Widerstand zu organisieren und aus den Protesten eine Bewegung für eine alternative, solidarische Zivilisation zu formen – für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa.

Mit dem starren Festhalten am Stabilitätspakt und der auf Strukturanpassungsprogrammen des IWF beruhenden Strategie *Europa 2020* wird die Krise nicht zu überwinden sein. Im Gegenteil, Verwerfungen, Spannungen, Autoritarismus und soziale Ungleichheit werden sich weiter verschärfen. Es besteht die Gefahr, dass die Wirtschaft kollabiert, Armut und prekäre Arbeitsverhältnisse massiv zunehmen, das Gesellschaftsmodell und die europäische Zivilisation zerstört wer-



den. Es droht eine anhaltende Krise der Eurozone – von den unüberwindlichen Problemen, die anderen Ländern wie Großbritannien, Ungarn, Rumänien oder den baltischen Staaten aufgebürdet werden, ganz zu schweigen. Eine gefährliche Unfähigkeit, den Herausforderungen der ökologischen Frage gerecht zu werden, wird offensichtlich. Es besteht die ernste Gefahr, dass die Demokratie stranguliert, dass in den Mitgliedstaaten eine von den Interessen des Marktes diktierte autoritäre Regierungsführung und die Leitung ihrer Volkswirtschaften durch die Europäische Kommission, die EZB und den IWF installiert wird.

Längst besteht das handfeste Risiko, dass sich die Legitimitätskrise innerhalb der EU verschärft, dass der schwindende Glaube an die Demokratie und die schwache Solidarität unter den Verachteten und Ausgegrenzten, die ihre Rechte nicht mehr durchsetzen und ihre Geschicke nicht mehr selbst bestimmen können, zum Wachsen der ultranationalistischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Ideen der extremen Rechten beiträgt.

Die Gefahren für das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung und nationaler Minderheiten in der Europäischen Union nehmen zu. Die Chancen für wirkliche Gleichheit von Frau und Mann stoßen auf schwerwiegende Hindernisse. Dies schließt tendenziell auch drastische Rückschritte bei bereits erreichter Geschlechterdemokratie und Nichtdiskriminierung aller Minderheiten innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus ein. Soziale Arbeit und Pflege wird mehr und mehr an die Familien delegiert, meist als unbezahlte Arbeit an Frauen. Das ist die Ursache für die Armut vieler Frauen und den Mangel an wirtschaftlicher Selbstbestimmung.

Nicht die Menschen in Europa, die Arbeitenden ebenso wie die Arbeitslosen, die Lernenden und die in Ausbildung stehenden Jugendlichen, die Älteren, Frauen und Kinder, Kranken oder Behinderten, Armen oder Angehörigen der Mittelschicht sollen für diese Krise zahlen. Nein, die Zeit ist reif für einen radikalen Politikwechsel. Dieser muss sicherstellen, dass die Verantwortlichen der Krise auch für die Kosten der Krise zur Kasse gebeten werden. Nachhaltige Regularien müssen entwickelt werden, die das Bank- und Kreditsystem unter öffentliche Kontrolle stellen und ihm eine Umorientierung auf soziale und ökologische Ziele verordnen. Konkrete Schritte können und sollen unternommen werden, um die Politik der EU und der Regierungen aus den Klauen der Finanzmärkte zu lösen, damit die Profitlogik von der neuen Logik einer auf sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Ökologie beruhenden menschlichen Entwicklung abgelöst werden kann.

Das ist ein realistischer Weg. Das ist ein Vorgehen im Interesse der europäischen Länder und ihrer Völker. Mit dem konstruktiven Willen, Alternativen zu formulieren, um mit den Menschen in einen breit angelegten Dialog zu treten und den gemeinsamen Kampf zu organisieren, unterbreiten wir unsere Vorschläge. Sie folgen nicht der Logik „Friss, Vogel, oder stirb“, sondern sollen von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften Europas in einer offenen Debatte mitentwickelt werden.

1. Es ist Zeit für eine radikale Demokratisierung der europäischen Politik

Diese Krise ist auch eine Krise der Demokratie. Die Partei der Europäischen Linken sieht sich verpflichtet, eine wirkliche Demokratie in den europäischen Institutionen und einen tiefgreifenden Wandel der europäischen Politik zu fordern: Erstens, eine ernsthafte Kontrolle der Entregionalisierung des Kapitals und zweitens den Abbau der Ungleichheit im Handel, um eine ausgeglichene Entwicklung aller europäischen Regionen zu ermöglichen. Viel zu oft werden bedeutende Entscheidungen ohne die arbeitenden Menschen getroffen. Sie erleben die EU als ein weit entferntes, unverständliches, interventionistisches Gebilde, das ihre Bedürfnisse und Hoffnungen ignoriert. Ein Wechsel in der Außen-, Umwelt, Sozial- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten bedeutet, einen auf aktiver Teilhabe der Menschen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments beruhenden neuen demokratischen Prozess mit neuen Möglichkeiten und Rechten der Teilhabe für die Arbeiter in Gang zu setzen. Wir stehen für demokratische Republiken mit Verhältniswahlrecht. Dieser demokratische Wandlungsprozess muss die europäischen Institutionen wie auch die Politik der EU und der Nationalstaaten betreffen. Wir kämpfen für eine demokratische Neubegründung Europas und der Europäischen Union.

Viele Menschen sehen die wachsende Armut in der Gesellschaft und die Ungleichheiten als ein Versagen der Europäischen Union. Wenn die EU nicht in der Lage ist, der Spekulation Einhalt zu gebieten, wer dann? Nationale und eurozentrische Lösungen, die sich gegen die Interessen anderer Völker in Europa und weltweit richten, schaffen keine soziale Gleichheit. Ohne Solidarität und Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg wird es uns nicht möglich sein, die Politik der Zukunft zu gestalten. Wir glauben, dass soziale Verantwortung nur aus Zusammenarbeit und nicht aus Konkurrenz erwächst.

Demonstrationen, Streiks und andere Formen des Protests von Arbeitern, Studierenden, Menschen in ländlichen Regionen, Rentnerinnen und Rentnern überall in Europa zeigen, dass der Widerstand gegen die brutalen Sparmaßnahmen wächst. Die Beteiligten fordern, dass ein Ausweg aus der Krise im Interesse der Menschen und der Umwelt sozialen Zusammenhalt, Vollbeschäftigung, menschenwürdige Löhne und Renten, Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssystem und anderen gesellschaftlichen Systemen sichern muss. Ohne europaweite politische Aktionen, ohne tiefgreifende Veränderungen der europäischen Politik und deren Institutionen, die oft unter dem Motto „Ein anderes Europa ist möglich“ stehen, werden die Proteste jedoch langfristig nicht von Erfolg gekrönt sein. Die Europäische Linke wird aktiv werden, um die Anziehungskraft sinnvoller Alternativen für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa zu verbessern. Viele Menschen – auch außerhalb Europas – betrachten die Veränderungen hin zu einem neuen kooperativen, auf Solidarität, ökologischen Grundsätzen und Geschlechtergleichheit begründeten Entwicklungsweg als erstrebenswerte, notwendige und konkrete Alternative.

Die Menschheit ist darauf angewiesen, ihre Produktionsweise und den Reichtum der Natur mit Umsicht zu nutzen statt ihn aufzubrechen, auszubeuten und zu zerstören. Sau-



beres Wasser, ein hoher Bildungsstandard, Selbstständigkeit, menschenwürdige Arbeit, Gesundheitsfürsorge, interkultureller Dialog, moderne Kommunikation und Mobilität sind keine Luxusgüter, sondern soziale Rechte, die zu garantieren sind. Trotzdem wird vielen Menschen der Zugang zu den grundlegenden sozialen und öffentlichen Dienstleistungen verwehrt.

Die Partei der Europäischen Linken macht sich stark für eine demokratische und linke alternative Politik, um die Situation auf jeder Ebene – der örtlichen, nationalen, europäischen und globalen – zu verändern. Dabei sind wir auf der Suche nach Partnern – politischen Kräften, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Bewegungen, also jenen, die meinen, ein anderes Europa sei möglich. Das bedeutet, wir wollen dem Neoliberalismus auf nationaler und europäischer Ebene politisch und sozial die Stirn bieten. Wir wollen die Mehrheit für dieses Ziel gewinnen. Aus diesen Gründen ist die Europäische Linke Teil der Mobilisierungen und beteiligt sich am Dialog mit anderen politischen Kräften, den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, Verbraucherverbänden, Umweltgruppen, Aktivisten für Gleichberechtigung und gegen Rassismus, kritischen Wissenschaftlern und IT-Spezialisten, Aktivisten von Sozialforen, Bildungs- und kulturellen Verbänden. Zusammen mit gesellschaftlichen Akteuren, die sich in der Industrie, der Landwirtschaft und beim Verteidigen der öffentlichen Daseinsfürsorge engagieren, wollen wir einen Beitrag zur Verwirklichung aller politischen und sozialen Rechte der Menschen leisten und ein weltoffenes Europa mitbestimmen. Wir arbeiten für die gemeinsamen Rechte der Menschen – ungeachtet ihrer Nationalität, Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sprache.

Der Export eines Herrschaftsmodells über Menschheit und Natur, das jedes Lied und jeden Tropfen Wasser lediglich als Dollarzeichen sieht, hat diese Welt weder sicherer noch menschlicher gemacht. Die Freiheit des Einzelnen rechtfertigt weder das Recht des Stärkeren noch das uneingeschränkte Diktat des Marktes. Die Zweckentfremdung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts in einem „Innovationstrend“ zur Profitmaximierung des Finanzmarktkapitalismus gefährdet unser aller Zukunft. Der Geist des freien Wettbewerbs, der Privatisierung und Deregulierung ist nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus zum politisch entscheidenden Faktor geworden. Grundsätze des Denkens in der europäischen Nachkriegszeit wie soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sowie eine ernsthaft in gegenseitigem Interesse verfolgte friedliche Außen- und Sicherheitspolitik wurden weiter ausgehöhlt.

Mit dem einheitlichen Binnenmarkt, modelliert nach dem Maastrichter Vertrag und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, wurden seit Ende der 1980er Jahre die Weichen für Lohn- und Sozialdumping an Stelle der Stärkung der öffentlichen Daseinsfürsorge gestellt.

Unsere öffentlichen Institutionen sind das Rückgrat der Demokratie, sei es in der Bildung, dem Gesundheitswesen, dem Verkehr oder der Kultur, damit sie der regionalen Wirtschaft Kredite gewähren oder den Zugang zur Energieversorgung auf örtlicher Ebene gewährleisten. Gleichzeitig aber bleiben die enormen Probleme der Beschäftigung, Armut, sozialen Ungleichheit und der europäischen Landwirtschaft auch bei Erweiterung der Union ungelöst.

Kritische Fragen wie Energiesicherheit, Klimawandel und freier Zugang zu Kommunikation und Informationsnetzwer-

ken sind weiter problematisch. Es ist Zeit, den Menschen und den Parlamenten in Europa auf allen Ebenen in der Gesetzgebung und der demokratischen Kontrolle eine wichtige Rolle zuzuweisen. Die Krise des Kapitalismus und dessen neoliberales Management, sein imperialistisches System, die Militarisierung und die damit verbundenen ultrasektiererischen Strategien haben die internationalen Beziehungen zu tiefst beeinflusst und verändern Grenzen, an die ein ausbeuterisches, räuberisches und auf Dominanz gerichtetes System gestoßen ist. Ein radikaler demokratischer Wandel auf breiter Front ist notwendig.

Andererseits kommt der vielschichtigen Krise die Rolle eines Katalysators bei der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu, wobei die US-Hegemonie immer mehr in Frage gestellt wird, während Ländern außerhalb der sogenannten entwickelten Welt wie China, Indien oder Brasilien eine zentrale Rolle zukommt. Jenseits der Abhängigkeit von den USA müssen die Europäische Union und die europäischen Länder zu fortschrittlichen internationalen Akteuren in einer Welt der gegenseitigen Achtung und Zusammenarbeit werden.

2. Wir zahlen nicht für eure Krise

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ist wie eine Bugwelle über die ungelösten Probleme der Menschheit hinweggefegt. Während der vergangenen zwei Jahre haben die Regierungen der dominanten Mächte, angeführt von der G8, das globale Finanzsystem mit enormen Summen öffentlicher Gelder am Leben erhalten. Sie haben die Rolle der Retter eines kollabierenden globalen Finanzmarktes übernommen. Dabei blieben sie gleichgültig gegenüber anwachsender Armut und den Herausforderungen des Klimawandels. Die Schulden der öffentlichen Hand haben Rekordniveau erreicht. Die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte ist keineswegs vorüber. Die Regierenden haben weder die außer Kontrolle geratenen internationalen Finanzmärkte noch die globale Wirtschaftsordnung in Frage gestellt. Es gibt keinerlei Regularien gegen die Währungsspekulation, die Spekulation mit Lebensmitteln oder lebenswichtigen Gütern. Die nicht überwundene Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems entwickelt sich zu einem Sicherheitsrisiko für das tägliche Leben und für das friedliche Miteinander der Staaten.

Europa und die Europäische Union stecken ebenfalls mitten in der Krise. Millionen von Arbeitsplätzen sind verschwunden oder bedroht. Andererseits müssen Menschen in wachsender Zahl mehr als eine Beschäftigung annehmen, um leben zu können. Unsichere Arbeitsplätze und Flexibilisierung der Arbeit werden zur bitteren Realität. Soziale Probleme nehmen zu. Wirksame Maßnahmen, Finanzspekulant*innen dazu zu bringen, ihren Anteil an der Krise zu zahlen, stehen bei den europäischen Ländern, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft immer noch aus. Die nationalen Regierungen halten sich ebenfalls zurück, die Finanzspekulant*innen zur Lösung der Krise heranzuziehen, etwa durch Abschöpfen der Vermögensgewinne. Damit ist ihre Antwort klar. Der Steuerzahler und die Bevölkerung hauptsächlich der ärmsten Länder der Eurozone sollen die Kosten der Finanzkrise tragen.

Die Ursachen für die dramatische Verschuldung der Länder insbesondere Ost- und Südeuropas, aber auch Irlands,



Großbritanniens, Islands und der Baltischen Staaten liegen gleichfalls in der europäischen Politik. Doch nun sollen die Länder die Konsequenzen allein tragen. Dabei müssen sie auf dringend benötigte Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung verzichten und weitere Kürzungen in ihren Sozialsystemen und im öffentlichen Sektor vornehmen. Die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur muss warten. Damit produziert man die sozialen Probleme von morgen. So wird verschleiert, dass in den reicheren Mitgliedstaaten jahrelang katastrophales Lohndumping betrieben und der daraus entstehende Druck mit politischen Fehlentscheidungen beantwortet wurde. Das Versagen der Politik in den eher gefährdeten Ländern ist das Spiegelbild der exklusiven Orientierung auf Auslagerung und Export in den größeren Ländern. Höhere Löhne würden auch die großen Länder vor dem Strudel finanzieller Instabilität und den Staatsdefiziten von Morgen bewahren; sie stehen vor der Notwendigkeit, soziale Klauseln gegen Dumping im internationalen Handel durchzusetzen. Die vorherrschende Politik und die Konzentration auf niedrige Löhne begünstigen weiterhin das Dogma des Wettbewerbs durch niedrigere Sozialausgaben.

Nun muss die Bevölkerung die Hilfspakete für die Banken zahlen, während jene, die die Krise verursacht haben, verschont bleiben. Der Glaube, dass die Verstaatlichung von Banken eine Art sozialistische Gotteslästerung sei, wurde erschüttert. Die Staaten haben die Bankhäuser unter ihre Fittiche genommen. Einige von ihnen sind schon wieder im Geschäft und machen respektable Gewinne. Der Einfluss der Regierungen erstreckt sich jedoch nur auf eine Rettung der Banken, die den Bankern ihr Einkommen sichert. Eine angemessene Umverteilung des Reichtums ist nicht in Sicht. Im Großen und Ganzen „verstaatlichen“ die jetzigen Regierungen, ohne Schritte zur Erweiterung des demokratischen Einflusses und der Kontrolle zu unternehmen. Damit verstaatlichen sie lediglich die Verluste durch mehr staatliche Schulden, unzureichende Investitionen und höhere Gebühren. Sie tragen schon jetzt für alle möglichen ungelösten sozialen Probleme die Verantwortung.

Die derzeitige „Regulierung“ dient den Interessen des Finanzkapitals und nicht den Interessen der Mehrheit. Der vorherrschende politische Kurs kennt nur eine Antwort auf die Krise: Plündern des Staatssäckels und mehr Ausbeutung der Arbeitenden. Er ist Teil des Klassenkampfes von oben und schreckt nicht davor zurück, Bezieher und Bezieherinnen kleiner Einkommen gegen Menschen auszuspielen, die auf soziale Transferleistungen angewiesen sind und beide zusammen gegen Immigranten und Flüchtlinge.

Wir sind überzeugt, dass die Mehrzahl der Menschen für die Kampagne für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige, demokratische, friedliche und solidarische europäische Politik gewonnen werden kann, und veröffentlichen deshalb alternative Vorschläge zur Bewältigung der Finanzkrise.

2.1. Krise wirksam bekämpfen – jetzt!

Die Europäische Union und die europäischen Staaten müssen sich der Zusammenarbeit zuwenden und zur Reform des europäischen und internationalen Währungssystems beitragen. Wichtige strategische Bereiche wie das Bankensystem sollen auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums, dessen demokratischer Kontrolle und öffentlichen Zugangs organisiert werden. Im neoliberalen Europa wurden wir Zeuge des generellen Angriffs auf die Rechte der Arbeiterschaft

und deren Löhne. Die Europäische Linke kämpft gegen Sozialdumping. Wir wollen alle Bewegungen unterstützen, die sich aktiv gegen die Strategie des Ausspielens Armer gegen Arme wenden. Wir unterstützen die Arbeiter überall in Europa in ihrem Kampf für eine Umverteilung der Einkommen, gegen Massenarbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsplätze. Wir müssen unsere Schlagkraft für soziale und Klassenkonflikte in Europa stärken, um soziale Rechte und Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Gegen Sozial- und Steurdumping muss eine Finanzpolitik auf dem Prinzip der progressiven Besteuerung begründet werden. Wir kämpfen für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz“ in jedem europäischen Land.

Die Europäische Linke schlägt folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Macht und des Einflusses der Finanzmärkte vor:

- Der europäische Charakter der Schuldenkrise offenbart den dringenden Bedarf an einem europäischen Ansatz. Wir schlagen die Annullierung eines Teils der staatlichen Schulden vor, um die verschuldeten Länder bei einer Politik der Restrukturierung ihrer Wirtschaft zu unterstützen und damit die Zerstörung ihrer sozialen Entwicklung zu vermeiden.
 - Gegen das sogenannte „Krisenmanagement“ oder einen „geordneten staatlichen Verschuldungsmechanismus“ stellen wir die Errichtung eines ständigen Schutzmechanismus der Solidarität (und nicht Bestrafung) von Staaten in Bedrängnis. Dieser Mechanismus wird auch die Staaten umfassen, die noch nicht so lange zur Eurozone gehören. Er muss im Anfangsstadium einer Krise in Gang gesetzt werden, nicht erst wenn diese ihr Zerstörungswerk getan hat.
 - Umgestaltung des Aufgabenbereichs der Europäischen Zentralbank. Durch Geldschöpfung und auf sozialen Kriterien beruhend muss die EZB Kredite zu geringen Zinsen an Mitgliedstaaten vergeben, um soziale Entwicklung zu finanzieren. Hinsichtlich der Banken muss die EZB Kredite abstufen: Der Prozentsatz muss günstiger ausfallen, wenn die Investitionen dazu bestimmt sind, Arbeitsplätze zu schaffen; höher sollte er hingegen sein, wenn damit finanzielle Geschäfte betrieben werden.
 - Besteuerung aller spekulativen Transaktionen. EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten sollten vorangehen und die Architektur der Finanzmärkte weltweit verändern.
 - Neue öffentliche Einnahmen können und müssen erbracht werden, indem die Einkommen aus Finanzanlagen und Großkapital mittels einer sozial gerechten Steuerreform besteuert werden, die darauf abzielt, die Realwirtschaft zu stimulieren. Die Inlandswirtschaften müssen durch Strukturpolitik und Erhöhung der Masseneinkommen wieder belebt werden.
 - Beseitigung innerhalb und außerhalb europäischen Territoriums bestehender Steueroasen; Verbot – nicht nur Registrierung – von Hedge Fonds und Junk-Bonds.
 - Schaffung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur. Länder dürfen nicht mehr Geiseln privater Ratingagenturen sein, die spekulativen Interessen dienen.
 - Ausgabe von Eurobonds, um es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, zu vernünftigen Zinssätzen zu leihen.
- Um Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen, müssen in allen Ländern folgende Maßnahmen ergriffen oder koordiniert getestet werden:



- Politische Unterstützung für makroökonomischen Ausgleich zwischen Staaten und einen starken Binnenmarkt.
- Einführung eines Standards, der in allen EU-Staaten per Gesetz oder Tarifvertrag Mindestlöhne bei mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes – stets oberhalb der Armutsgrenze – und eine hohe Qualität der sozialen Sicherheit für alle fest schreibt.
- Restriktive Regeln für Arbeitskräfte von Drittfirmen und Beschränkung der Anzahl kurzzeitig befristeter Arbeitsverträge. Neue Verordnungen, die es verbieten, ausländische Arbeitskräfte zu niedrigeren Löhnen oder schlechteren Konditionen zu beschäftigen, als es in den Ländern üblich ist, in denen die Arbeit ausgeführt wird. Das sogenannte Laval-Urteil und andere Gerichtsentscheidungen, welche die Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften auf Streik für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen unterminieren, müssen annulliert werden.
- Stärkung der allgemein verbindlichen Tarifverträge für Arbeitsbedingungen. Für die sogenannten Entsendearbeiter müssen gleiche Arbeitsbedingungen gelten.
- Um die notwendige Modernisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge und Infrastruktur voranzutreiben, streben wir ein Investitionsprogramm an, dessen Schlüsselpositionen Bildung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, Forschung, Verkehr und Umwelttechnologie sind. Das garantiert Millionen neuer Arbeitsplätze in der Zukunft sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor.

Wir wollen an der Spitze der Kampagne für eine weltweite Finanztransaktionssteuer stehen, für höhere Einkommen, mehr abgesicherte, gute Arbeitsplätze, humanere Arbeitszeiten, sichere Renten und eine bessere öffentliche Infrastruktur. Das werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialforen, Frauen-, Jugend- und Umweltbewegungen, MigrantInnenorganisationen und örtlichen Behörden tun. Wir wollen diese Kampagne in unseren Ländern und auf europäischer Ebene anführen. Wir gehen davon aus, dass diese Kampagne zugleich als globale Forderung verstanden werden muss.

Ohne sofortige Aktionen wird es keine wirksame Veränderung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise geben. Nachhaltige politische Veränderungen gehen darüber hinaus; weshalb alternative politische Aktionen und ein europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut miteinander verbunden werden müssen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir die Kampagne zur Einbringung einer Sozialen Fortschrittsklausel in die europäische Verfassung vorantreiben. Die konsequente Verknüpfung der Wirtschafts- und Währungspolitik mit einer Sozial- und Umweltpolitik ist unverzichtbar. Für eine Soziale Fortschrittsklausel in der europäischen Verfassung zu kämpfen und auf eine Sozial- und Umweltpolitik zu orientieren, ist mehr als nur ein auf die EU konzentrierter politischer Ansatz. Solche Forderungen kommen auch aus den Gewerkschaften und stellen damit die Verbindung zu gesellschaftlichen Bewegungen her.

2.2. Aktionsplan gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung

80 Millionen Menschen in Europa leben unterhalb der Armutsgrenze. Fast noch einmal so viele Menschen sind von Armut bedroht. Galoppierende Arbeitslosigkeit ist dabei einer der Hauptfaktoren. Das betrifft zunehmend auch Menschen in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Sie sind arm, obwohl sie arbeiten. Es zeugt von poli-

tischem Versagen auf der ganzen Linie, wenn in den 27 EU-Ländern, einer der produktivsten Regionen der Welt, jedes fünfte Kind von Armut bedroht ist.

Die Folgen der Ausgrenzung durch Armut, Nachteile in Bildung, öffentlicher und allgemeiner Gesundheit, im Lebensumfeld, der unzureichende Anteil an sozialen, kulturellen und finanziellen Diensten werden als wachsende Gefahren für den sozialen Frieden erlebt. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet, dass Politiker wirksame Schritte gegen Armut einleiten und andererseits die nutzlose Konzentration von Reichtum in wenigen Händen beschränken. Die EU erklärte das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung“. Die Strategie Europa 2020 hat sich ebenfalls die „Verhinderung von Armut“ auf die Fahnen geschrieben. Das Anwachsen von Armut und sozialer Ungleichheit ist jedoch das Ergebnis der von der EU betriebenen neoliberalen Politik.

In der Logik der gegenwärtigen strategischen Entscheidungen und der praktischen Schritte zur Bekämpfung der Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise werden unverändert Wettbewerb, Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit an die Spitze der Agenda gestellt. Während die europäischen Eliten so wenig an schlüssigen und verständlichen Antworten auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme zu bieten haben, tun sie zugleich nichts gegen die sich tagtäglich ausbreitende soziale Ungleichheit. Die Auswirkungen der wachsenden Armut haben sich nicht verringert, denn ihre Ursachen wurden noch nicht einmal angegangen. Die Partei der Europäischen Linken hat sich der sozialen Gerechtigkeit verschrieben. Reichtum darf sich nicht länger in den Händen einiger Weniger konzentrieren. Europa muss anerkennen, dass Eigentum verpflichtet und dem Gemeinwohl zu dienen hat.

Gemeinsame Güter wie Wasser, Gesundheit, Kultur, Landbesitz, Naturreichtümer und Produktionsmittel dürfen nicht privatisiert werden, im Gegenteil, sie müssen dem Gemeinwohl zugerechnet und ihre Vergesellschaftung angestrebt werden.

Die Linke betrachtet Armut als soziale und politische Herausforderung. Wir benötigen eine Entwicklung, die den Menschen in den Vordergrund rückt. Der Kampf gegen Armut wird nur dann erfolgreich sein, wenn dieses Ziel zur Schlüsselkomponente jeder Politik der Europäischen Union und der Länder wird. Europa braucht umfassende soziale Sicherheit auf hohem Niveau. Obdachlosigkeit und Kinderarmut müssen 2015 verschwunden sein. Die Überwindung der Armut ist eng verbunden mit der Lösung aller anderen sozialen und ökologischen Probleme in unserer Gesellschaft.

Ein europaweiter Aktionsplan für diese Ziele wird dringend gebraucht. Die Europäische Linke schlägt die folgenden Ziele vor, die sich signifikanter Aspekte der jetzigen Kämpfe gegen die Krise annehmen:

- Ein europaweiter Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes und Stärkung der Tarifverträge.
- Ein angemessenes garantiertes Mindesteinkommen für Arbeitslose und andere, die nicht die Mittel für ihren eigenen Lebensunterhalt haben.
- Ein menschenwürdiger Lohn für Studenten und Menschen in beruflicher Ausbildung.
- Eine garantierte menschenwürdige Rente für jeden ab 60 Jahre.



- Konkrete, geregelte Arbeitsbedingungen und Zugang zu menschenwürdiger Arbeit.
- Kürzere Arbeitszeit ohne Lohnkürzungen.
- Höhere Investitionen in Sozialversicherungen, Gesundheitswesen, öffentliche Daseinsfürsorge, kommunale Wohnungsverwaltungen und gute Umwelt.
- Durch ein Programm für die Erhöhung der Energieeffizienz in privaten Gebäuden mittels existierender Technologien soll jedem eine warme Wohnung garantiert werden. Die Ausgaben für das Wohnen sollten nicht mehr als 25 Prozent eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens betragen.

Aus der Besteuerung von Kapitalgewinnen und Spekulationsgeschäften, der progressiven Besteuerung von Einkommen und der Entwicklung eines öffentlichen Sektors fließen die finanziellen Mittel für die Einführung dieses Aktionsplanes. Europäische Politik, die nationales Steuerdumping für Firmen erzwingt und höhere Abgaben von Beschäftigten und sozial Benachteiligten fordert, muss eingestellt werden. Die Europäische Linke hat in ihrer Wahlplattform zu den Europawahlen 2009 gefordert, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen neuen Solidaritätspakt ersetzt werden muss, der auf Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz zielt.

3. Für ein neues Entwicklungsmodell

Die Idee, dass ambitionierte und koordinierte politische Schritte notwendig sind, um sich den vitalen Herausforderungen der Menschheit und des Planeten zu stellen, setzt sich mehr und mehr durch. Die Kapitallogik stellt dabei ein Haupthindernis dar. Die Finanzkrise, deren systemischer Charakter erwiesen ist, verdeutlicht die gigantische Dimension der Verschleuderung, die durch den momentanen Entwicklungsweg produziert wird. Deshalb zeigt die Gesamtheit der in diesem Dokument vorgestellten Vorschläge die alternative Logik eines neuen sozialen Entwicklungsmodells auf, das demokratisch, nachhaltig und menschlich ist. Diese drei Dimensionen sind untrennbar miteinander verbunden: die soziale beinhaltet die wirtschaftliche Sphäre, die zuallererst dazu genutzt werden sollte, den Bedürfnissen und Wünschen jedes Einzelnen zu dienen. Es geht darum, eine neue Ära der menschlichen Zivilisation zu beginnen, die auf einem progressiven Prozess vielfältiger Reformen des Systems beruht, tägliche Routinen verändert, ohne die Ambition und das Ziel aus dem Blickfeld zu verlieren, alle Formen von Unterdrückung und Ausbeutung zu überwinden.

Das Handeln im Dienste eines wirklichen Zivilisationswandels erfordert eine gemeinsame Bewegung:

Die Partei der Europäischen Linken wird weiter für eine konsequent friedliche Innen- und Außenpolitik, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen kämpfen. Wir sind Teil aller Kämpfe für Solidarität und Frieden insbesondere im Nahen Osten, für eine faire und gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Basis der UN-Resolutionen, für die Gründung eines existenzfähigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Israel muss die Besatzung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes beenden. Wir fordern die Beendigung des NATO-geführten Krieges in Afghanistan und den Abzug aller ausländischen Truppen. Wir verlangen den Abzug der noch verbliebenen Truppen und aller militärischen Unterformationen aus dem

Irak und fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Verantwortung für den zivilen Wiederaufbau im Irak zu übernehmen. Das Recht des irakischen Volkes auf Selbstbestimmung, auf souveräne Wahlmöglichkeiten zum Wiederaufbau und der Zukunft des Landes muss garantiert werden. Es ist dringend notwendig die Demokratische Arabische Republik Sahara anzuerkennen, als einen ersten Schritt, die über das saharische Volk verhängte internationale Blockade zu beenden. Wir verurteilen die Menschenrechtsverletzungen, die von der marokkanischen Diktatur gegen das Volk der Westsahara verübt werden. Ebenso verurteilen wir die Absicht des Imperialismus, die Völker Syriens und des Irans zu neuen Feinden der Menschheit zu erklären, um den Interessen Israels in der Region entgegenzukommen. Fortschreitende, wechselseitige Abrüstung mit Drittländern und Konversion sind äußerst wichtig. Wir wollen eine friedliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, einen Dialog mit unseren Nachbarn und Stabilität in Europa, die Russland einschließt. Die militärstrategische Zusammenarbeit der EU mit der NATO muss gestoppt werden.

Die Europäische Linke bekräftigt ihre Forderung nach Auflösung der NATO und kämpft für ein internationales System der kollektiven Sicherheit auf der Grundlage des Völkerrechts und der Grundsätze eines reformierten und demokratisierten UNO-Systems. Wir widersetzen uns jeglichen Anstrengungen der EU zur Militarisierung ihrer Außenbeziehungen und kämpfen für eine friedliche Rolle Europas in der Welt. Die EU muss auch die Rechte der neutralen Staaten respektieren, damit sie ihre Rolle als Nichtpaktgebundene fortsetzen können. Die Partei der Europäischen Linken fordert die Auflösung der EU Eingreiftruppen und der EU Battlegroups. Die „Europäische Verteidigungsagentur“ muss aufgelöst und durch eine Europäische Agentur für Entwaffnung und Rückumwandlung ersetzt werden. Die Europäische Linke fordert das Ende jeglichen militärischen Engagements der EU im Ausland, auch der Entsendung von Militärexperten oder Beratern zur Unterstützung anderer Länder mit autoritären Regimen oder solchen, die in Bürgerkriege verwickelt sind, wie in Somalia.

Die Partei der Europäischen Linken lehnt einen Europäischen Auswärtigen Dienst mit militärischen Funktionen und die gegenwärtige EU-Strategie der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab. Fonds für Entwicklungsunterstützung und Maßnahmen gegen Armut dürfen nicht für militärische Zwecke missbraucht werden. Wir lehnen Kürzungen in Strukturfonds und Kohäsionsfonds ausdrücklich ab, die darauf zielen, die Mittel für eine militärische EU-Außenpolitik zu erhöhen.

Die Umsiedlung türkischer Bürger in den besetzten Teil Zyperns muss sofort beendet werden, denn dies ist ein politischer Akt der Türkei, die damit die Eroberung und türkische Besiedlung der Insel zementieren will. Die türkische Besetzung von 37 Prozent des Territoriums der Republik Zypern muss beendet werden. Die türkische Regierung sollte sich mit praktischen Maßnahmen beteiligen, um die andauernden Verhandlungen so schnell wie möglich zu einer gerechten und praktikablen Lösung des Zypernproblems zu führen, die sich auf die UN-Resolutionen zu diesem Punkt, das Völkerrecht und das europäische Recht stützt. Alle Parteien in Zypern sollten sich für eine bi-zonale, bi-kommunale, gemeinsame Zypernlösung einsetzen, die auf den relevanten UN-Resolutionen basiert.



Die EL drückt ihre große Solidarität mit den Prozessen in Lateinamerika aus, und unterstützt alle Bemühungen, der Demokratie durch bessere Einbeziehung der Bevölkerung eine breitere Basis zu geben. Daher erachten wir es als sehr bedeutsam, die gemeinsamen Treffen zwischen dem Forum von Sao Paulo und der EL fortzuführen, um Erfahrungen im Umgang mit entscheidenden Forderungen auszutauschen. Wir betonen insbesondere die Notwendigkeit, die Blockade gegen Kuba aufzuheben.

Die EL möchte die zwischen EU und Lateinamerika abgeschlossenen Vereinbarungen verändern, diejenigen, die unterzeichnet wurden und diejenigen, die gegenwärtig verhandelt werden, da sie ein Versuch sind, neoliberale Bedingungen zugunsten der multinationalen Unternehmen zu diktieren. Dies betrifft insbesondere Bedingungen, welche schlimmste Folgen für die Umwelt verursachen; ebenso Schritte, um Patente auf den Gebieten Gesundheit und Artenvielfalt zu etablieren.

Die europäische Entwicklungspolitik muss der Selbstverpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten gerecht werden, die Millenniumsziele bis 2015 zu erreichen, indem sie sich dafür einsetzt, den Rahmen von 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Entwicklungshilfe einzuhalten. Dazu ist es notwendig, der Produktions- und Konsumtionsweise eine neue Ausrichtung zu geben, welche die Kapazitäten der Natur nicht bedroht und in der Waren und Geld nicht das Maß aller Dinge sind. Mit diesem Ziel kämpfen wir für Handelsabkommen der Europäischen Union, in denen alle Kernkriterien der Internationalen Arbeitsorganisation sowie deren Arbeits- und Menschenrechtsnormen in den Ländern der Vertragspartner respektiert werden. Die Entwicklungspolitik soll nicht für transnationale Unternehmen gemacht werden, deren Ziel es zumeist ist, Zugang zu Rohstoffen zu erlangen und ihren Profit zu maximieren.

Die Europäische Linke kämpft gemeinsam mit anderen Kräften für eine Energierevolution auf der Grundlage wahrhaft erneuerbarer Energiequellen und Energieeinsparung. Wir betrachten Biomasse nicht als wirklich erneuerbare Energiequelle auf breiter Basis, insbesondere wenn sie den Anbau von Lebensmitteln verdrängt. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Energieproduktion sollen nicht länger dem Erzielen von Profit unterliegen. Rohstoffe sollen nicht für Aufrüstung und Kriege verschwendet werden. Die Entwicklungs- und Außenhandelspolitik der EU muss mit der gegenwärtigen Logik brechen, Land an sich zu reißen und die Rohstoffe der Länder zu plündern. Wir unterstützen den Schuldenerlass für die ärmsten Länder und die Rückerstattung der ökologischen Schulden der Industrieländer an die Entwicklungsländer.

Wir müssen die internationale Kooperation suchen, um die globale Erwärmung zu bekämpfen. Wenn die schwerwiegendsten Auswirkungen des Klimawandels verhindert werden sollen, muss bis 2020 gehandelt werden. Die EL schlägt vor, eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von 40 Prozent in den entwickelten Ländern (im Vergleich zu 1990) bis 2020 anzustreben. In Europa betrifft das insbesondere Bereiche wie Energieinnovationstechnologie, die Land- und Forstwirtschaft, die sich dem Erhalt der Artenvielfalt und der Kohlenstoffbindung verschrieben haben, die Bauindustrie, den Verkehr und die Steuerung durch öffentliche Investitionen. In den kommenden Jahren werden im europäischen Energiesektor riesige Investitionen vorgenommen. Das Kyoto-Proto-

koll kann nicht auf ein System von Emissionsquoten reduziert werden, die wir ablehnen. Jeder neuerliche Versuch, ein internationales Abkommen abzuschließen (Kyoto 2), muss zum neuen Paradigma auf der Basis von Zusammenarbeit und nicht Wettbewerb werden. Die Europäische Linke unterstützt die Erklärung von Cochabamba in vollem Umfang. Es ist fünf vor zwölf.

Wir kämpfen für individuelle Bürgerrechte und die grundlegenden sozialen und politischen Rechte aller EU-Bürger und ImmigrantInnen auf der Grundlage der Charta der Prinzipien der Bewegung für ein Anderes Europa. Die Europäische Linke begrüßt, dass die Europäische Union der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beitrifft und setzt sich für die Weiterentwicklung der grundlegenden Rechte in Europa auf der Basis der EMRK einschließlich aller rechtlichen Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene ein. Wir kämpfen für die Rechte der wegen ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, des Geschlechts, der Religion, der Ideologie, einer Behinderung oder des Alters Diskriminierten. Wir fordern die Gleichstellung von Mann und Frau. Die Europäische Linke setzt sich für die vollständige Achtung des Prinzips der religiösen Neutralität des Staates ein. Wir brauchen konsequente Strategien gegen Rassismus, Ausländerhass, Chauvinismus, Faschismus, Antikommunismus, Homophobie und alle anderen Formen der Diskriminierung. Wir wirken für eine Flüchtlingspolitik in Übereinstimmung mit der Genfer Konvention. Diejenigen, die wegen politischer Aktivitäten, Religion, Ideologie, sexueller Orientierung oder Geschlechteridentität geflohen sind, müssen in Europa Aufnahme und Sicherheit finden. Wir fordern die Anerkennung geschlechtsspezifischer und nicht-nationaler Verfolgung als Asylgründe und einen besonderen Schutz für Flüchtlinge im Kindesalter. Deshalb lehnen wir das gegenwärtige Grenzkontrollsystem durch FRONTEX ab. Die EL weist Versuche, MigrantInnen zu Sündenböcken für jegliche soziale Probleme zu stempeln, strikt zurück. Wir kämpfen für eine starke soziale Dimension der Integrationspolitik.

Allgemeiner Zugang zu Bildung, Kultur, Medien und die Möglichkeit für jede und jeden, eigene kulturelle Ausdrucksformen zu nutzen, sind äußerst wichtig für den demokratischen Dialog in Europa und der ganzen Welt. Die Verantwortung der Öffentlichkeit für interkulturellen Austausch und die Neutralität digitaler Netze sollte zur europäischen und nationalen Verantwortung werden. Freie Bildung, die Freiheit der Information, ein modernes Copyright einschließlich der Rechte der Nutzer und eine adäquate Anerkennung der Kreativität sind überfällig. Jede Form der Privatisierung des Bildungssystems muss gestoppt werden, dasselbe gilt für alle Ansätze, eine Marktorientierung ins Bildungssystem einzuführen, wie es durch den Bologna-Prozess und die Bolkestein-Richtlinie beabsichtigt ist. Daher lehnen wir den Bologna-Prozess ab. Gute Arbeitsbedingungen müssen tagtäglich für Lehrende, Journalistinnen und Journalisten sowie Personen, die auf dem Gebiet der Nachrichten, des Films, der Unterhaltung und der Software-Industrie tätig sind, erkämpft werden. Europa braucht wahrhaft politischen Pluralismus in den Medien, ob öffentlich-rechtlich oder privat, als unverzichtbare Bedingung für Demokratie.

Wir wollen die Finanzkrise durch Regulierung der Märkte bekämpfen und dadurch eine konsequente makroökonomische Orientierung auf ein soziales, ökologisches Entwicklungsmodell und die Bekämpfung der Armut erreichen. Um



unsere Alternativen innerhalb des politischen Diskurses weiterentwickeln, schlagen wir die nachfolgenden strategischen Schwerpunkte in unseren politischen Kämpfen vor. Für die Entwicklung der öffentlichen Daseinsfürsorge, welche den allgemeinen lebenswichtigen Bedürfnissen dienen soll, sind alle Anstrengungen auf europäischer Ebene zu bündeln, ein aufeinander abgestimmtes gemeinsames Management der öffentlichen Güter auf der Welt und die Entwicklung der sozialen und gegenseitig abhängigen Wirtschaft auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu entwickeln. Das heißt, die Prozesse der Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge und die massiven privaten Investitionen auf diesem Gebiet zu stoppen.

Wir verfolgen eine aktive Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit einem System lebenslangen Lernens.

Eine neue Ära der Demokratie auf allen Ebenen mit neuen Interventionsrechten des Arbeitnehmermanagements und neuen Rechten für die gewählten Vertreter der Körperschaften, welche die Vergabe öffentlicher Gelder an große Unternehmen kontrollieren, ist einzuleiten.

Mit diesen Vorschlägen wendet sich die Europäische Linke an die Bevölkerung Europas; an Männer und Frauen ungeachtet ihres Wohnsitzes, ungeachtet der Weltanschauung oder Religion, ungeachtet der Tatsache, ob sie innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union geboren wurden. Die Verschärfung der sozialökonomischen und ökologischen Krise verlangt nach sofortigen radikalen Maßnahmen. Wir wollen, dass Europa und die ganze Welt für alle lebenswerter werden. Damit dies aber geschehen kann, müssen sie vor Bedrohungen geschützt werden. Wir können die Welt nicht verbessern, wenn wir sie nicht bewahren, aber wir können sie bewahren, indem wir sie verbessern. Die Europäische Linke vertritt die Vision einer radikal anderen Welt von Demokratie, Frieden und Sozialismus. Die Europäische Linke ist offen für alle, die diese Agenda unterstützen wollen. Wir erstreben eine Welt der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Hunger und Not. Wir wollen, dass dieses Projekt Wirklichkeit wird.

Rage against the capitalist machine

Rede von Pierre Laurent, Nationalsekretär der FKP, neugewählter Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken, auf der Veranstaltung nach der Luxemburg-Liebkecht-Ehrung in Berlin am 9. Januar 2011

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin sehr froh und stolz, heute bei Euch zu sein, und danke der Führung und den Mitgliedern der LINKEN herzlich für die Einladung, hier zu sprechen.

Ja, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin stolz, dass dies hier eine meiner ersten öffentlichen Initiativen als Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken ist. Und ich bin sehr froh, bei Euch zu sein, denn zu diesem Zeitpunkt, da die Menschen in Europa und in der Welt eine so dramatische wirtschaftliche und soziale Krise durchleben, ist das jährli-

che Gedenken an Karl und Rosa von großer Bedeutung: Es ist Ausdruck einer merklich wachsenden kollektiven Erkenntnis, dass der Kapitalismus, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, schon viel zu lange gedauert hat!

Es gibt wohl kaum eine bessere Hommage an Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und die Spartakisten, die 1919 für ihren Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit feige ermordet wurden, als ein solches Gedenken durch Menschen, die sich mit der existierenden Ordnung nicht abfinden.

Dies ruft mir, dem französischen Kommunisten, die gemeinsamen Wurzeln unseres Kampfes ins Gedächtnis: die Pariser Kommune, den Kampf von Jean Jaurès und die Kämpfe, die zur Gründung meiner Partei im Jahre 1920 geführt haben, in der Zeit des Schreckens imperialistischer Kriege und des Gemetzels von 1914 bis 1918.

Ein unschätzbare Augenblick, in dem Brüderlichkeit, Solidarität oder Gerechtigkeit nicht nur einfache Worte sind. Ihr alle hier und heute, ebenso wie die Menschen in Griechenland und Irland, die aufstehen und ihren Zorn zum Ausdruck bringen, erfüllt diesen Augenblick mit Sinn und mit Leben.

Ja, wir befinden uns in einer Zeit, in der die Menschheit am Scheideweg steht. Zwanzig Jahre, nachdem die globalen Kräfte des Kapitalismus vom Fall der Berliner Mauer profitiert haben, um den Sieg des Kapitalismus und das Ende der Geschichte auszurufen, leidet die Menschheit zutiefst.

Die globale Krise des kapitalistischen Systems, hervorgerufen und betrieben von skrupellosen und amoralischen Finanziers, setzt Millionen Arbeiter, Angestellte und Jugendliche auf die Straße; Millionen Jugendliche, die schlechter als die Generation ihrer Eltern oder gar ihrer Großeltern leben müssen, auch wenn sie alles dafür getan haben, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Diese kapitalistische Allmacht organisiert die Ausbeutung der Ressourcen ganzer Völker, besonders in Afrika. Sie veruntreut die von den Arbeitern produzierten Reichtümer zugunsten weniger Privilegierter in unseren Ländern. Sie löst Nahrungsmittelkrisen aus. Sie stürzt ganze Bevölkerungen in Hungersnöte und bedroht den Frieden überall in der Welt.

Das Jahr 2010 endete mit einem traurigen Rekord: Eine Milliarde Menschen hat nicht einmal einen Euro am Tag zum Leben. Und dennoch wird die Arbeitskraft dieser Frauen, Männer und – in immer noch zu vielen Ländern – Kinder skrupellos ausgebeutet, während gleichzeitig die Profite der multinationalen Unternehmen explodieren.

5 000 Milliarden Dollar öffentlicher Gelder wurden seit 2009 in die Banken und das Finanzwesen gepumpt, um das System zu erhalten. Das ist der Preis, den die Menschheit zahlen soll für das, was zu einer heiligen Kuh geworden ist: den Profit aus spekulativen Finanzgeschäften.

Für viele Menschen, egal wo sie leben, und die nun einmal ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihr Dasein und das ihrer Angehörigen zu fristen, wird das Leben immer schwieriger, sogar unerträglicher im selben Maße, in der die Zukunft unserer Kinder gefährdet ist. Wir leben in einem Jahrhundert, in dem die Kapitalisten, um sich an der Macht zu halten, Hass, Feindschaft und Krieg entfachen.

Seien es wirtschaftliche, militärische oder soziale Kriege – diese Kriege töten und zerstören zuallererst das, was unsere Menschlichkeit ausmacht. Sie sollen aus jedem Menschen eine Ware machen, ein Tier in einer Horde, wo das Gesetz der Ungleichheit herrscht und man den anderen frisst, um nicht selbst gefressen zu werden. Welch ein Rückschritt! Wie



soll unsere Jugend unter diesen Umständen von einer Zukunft zu träumen wagen? Denn dieses System wird von unseren Herrschenden geschützt, die in ihrer großen Mehrheit gemeinsame Sache mit den Finanzmärkten machen und eine ultraliberale Politik im Sinne des Finanzkapitalismus betreiben.

Es ist trotzdem nicht in Stein gemeißelt, dass dies noch länger so weitergehen muss. Rosa Luxemburg hatte betont, dass keine unserer Verfassungen festschreibt, dass die Herrschaft einer Klasse über die andere unüberwindlich ist. Und es ist lebenswichtig, sie zu überwinden. Denn der Weg, auf den man uns zurückführen möchte, ist die autoritäre Herrschaft einer Minderheit von Mächtigen, ein nachhaltiger Rückfall in ein feudales System.

Es gibt Völker, die schon jetzt diese bittere und leidvolle Erfahrung durchleben. Erlaubt mir, an dieser Stelle die palästinensische Bevölkerung zu nennen, deren Existenz als souveränes und freies Volk konstant negiert und mit Füßen getreten wird.

Gemeinsam mit Euch möchte ich meine Anerkennung zum Ausdruck bringen gegenüber jenen Jugendlichen in Gaza und ihren israelischen Freunden – oft selbst Soldaten der Okkupationsarmee – die für einen gerechten und dauerhaften Frieden in Palästina kämpfen und uns Ende Dezember erneut alarmiert haben: „Wir haben dieses Scheißleben satt, in das uns Israel einsperrt, in dem die Hamas uns tyrannisiert und die internationale Gemeinschaft uns komplett ignoriert! ... Wir haben drei Forderungen: Wir wollen frei sein, wir wollen normal leben können und wir wollen Frieden!“ Ich sende allen Jugendlichen in Palästina unsere Grüße und unsere Solidarität!

Demilitarisierung, Kooperation, Solidarität der Völker und soziale Gerechtigkeit standen im Zentrum des Kampfes der Spartakisten, und wir alle tragen einen Teil dieses Vermächnisses. Aber nicht aus historischem Pflichtbewusstsein führen wir diesen emanzipatorischen Kampf heute fort, sondern weil unsere Pflicht zur Menschlichkeit heute bedeutet, mit Che Guevara gesprochen, sich gegen jede noch so kleine Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen.

Die gegenwärtige Krise ist nicht nur finanzieller oder wirtschaftlicher Natur. Sie ist eine soziale, eine ökologische und eine politische Krise, eine Krise der Demokratie. Die menschliche Entwicklung selbst ist in Gefahr, und der Kapitalismus ist unfähig, etwas anderes zu tun, als Ausbeutung, Herrschaft und Entfremdung jeder Art aufrecht zu erhalten. Er ist dazu unfähig, weil dies seine Antriebskraft und sein Zweck sind.

In Europa, und insbesondere in der Europäischen Union, stehen alle Bevölkerungen im Visier. Unerhörte, untragbare Opfer werden den Griechen, den Spaniern, den Briten und den Iren abverlangt. Selbstmörderische Sparpläne werden in Frankreich und Italien durchgedrückt. Und die Einrichtung des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ bis weit über 2013 hinaus, der die Volkswirtschaften der EU-Länder unter die Vormundschaft von EZB und Europäischer Kommission stellen soll, ist ein weiterer Schritt in die Krise.

Dass Angela Merkel und ihre Regierung Europa weiterhin der deutschen Wirtschaftsmacht unterwerfen wollen, ist eine Strategie, die auch der deutschen Bevölkerung schadet und die Europäische Union vor strategische Herausforderungen stellt. Entweder die EU löst sich auf, oder sie gestaltet sich um. Und für uns, die Partei der Europäischen Linken, besteht weder in der Konkurrenz der Bevölkerungen unter-

einander, noch im Ausschluss der Länder mit den größten Schwierigkeiten ein Ausweg aus der Krise.

Der Euro in seiner jetzigen Form war immer als verlängerter Arm der Finanzmärkte angelegt. Für die Neoliberalen ging es nie darum, aus der gemeinsamen Währung ein Instrument der Währungskooperation zu machen. Das ist auch nicht das, was Kanzlerin Merkel, Nicolas Sarkozy, Kommissionspräsident Barroso und EZB-Chef Trichet korrigieren wollen. Indem sie das wahre Ausmaß der europäischen Krise und die Notwendigkeit einer kompletten Überarbeitung der Verträge verschleiern, versuchen sie, in autoritärer Weise Regeln einzuführen, die uns noch tiefer in die extreme Abhängigkeit vom Finanzkapital führen sollen.

Im Interesse der Völker der EU liegt stattdessen die Umgestaltung dieser Union, eine tiefgreifende fortschrittliche Erneuerung mit dem Ziel und dem Grundprinzip der gerechten Verteilung der Reichtümer, der menschlichen und ökologischen Entwicklung sowie der Befriedigung sozialer Bedürfnisse! Um das zu erreichen, müssen die Völker Europas gemeinsam handeln.

In jedem unserer Länder kämpfen wir. Wir haben auch erste Erfahrungen mit europaweiten Streiks und Mobilisierungen gesammelt. Weiter so in dieser Richtung! Führen wir unsere Kämpfe zusammen, um sie wirkungsvoller zu machen!

Wenn wir den aktuellen Regierungen in der EU weiterhin das Heft des Handelns überlassen, sind sie in der Lage, die Idee der europäischen Einigung selbst zu töten, Nationalismen und Fremdenfeindlichkeit die Tür zu öffnen, unsere Länder aggressivsten reaktionären Kräften und extremen Rechten zu überlassen.

Eine der demokratiefeindlichsten und antisozialsten Regierungen Ungarns hat gerade den Vorsitz der Europäischen Union übernommen, ohne dass irgendein EU-Kommissar, geschweige denn Präsident Barroso ein Problem darin sieht!

Führen wir also unsere Kämpfe zusammen, entwickeln wir auf europäischer Ebene gemeinsam den Widerstand und alternative Antworten, und fordern wir eine Europäische Union im Dienste der Bevölkerungen ein.

Die Partei der Europäischen Linken wird die Initiative für eine Kampagne zur Errichtung eines Europäischen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung ergreifen.

Es ist höchste Zeit, sich für einen anderen Weg zu entscheiden: Finanztransaktionen zu besteuern, um die Entwicklung und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finanzieren, anstatt sie den Spekulanten zum Fraß vorzuwerfen.

Es ist höchste Zeit, die Rolle und Funktionsweise der EZB radikal zu verändern: Sie sollte ihren Beitrag zu sozialer Entwicklung leisten und nicht der unnachgiebige Chef unserer Banken und Volkswirtschaften sein!

Unsere Bevölkerungen werden die Kraft haben, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich über Hindernisse aller Art hinwegsetzen können und von ihren Rechten Gebrauch machen. Die Partei der Europäischen Linken wird zu jenen gehören, die keine Kompromisse mit Autoritarismus und Sektierertum machen. Welche Ideale auch immer uns zum Widerstand bewegen: wir werden Pluralismus, demokratische Meinungsäußerung und Gewaltfreiheit wie unseren Augapfel hüten.

Wir stehen in der Tradition Rosa Luxemburgs und ihres Beitrags zur Arbeiter- und Emanzipationsbewegung, und wir



werden alle Versuche vereiteln, die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaften in Frage zu stellen.

Ich zitiere: „Ist die Demokratie für die Bourgeoisie teils überflüssig, teils hinderlich geworden, so ist sie für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich. Weil sie erstens politische Formen (Selbstverwaltung, Wahlrecht u. dgl.) schafft, die als Ansätze und Stützpunkte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienen werden. Zweitens weil nur in ihr, im Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewusstsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann.“

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, mögen sich die Völker überall auf der Welt solidarisieren, vereinen und gemeinsam kämpfen. Viele von ihnen haben bereits damit begonnen trotz erlittener Niederlagen, trotz Verzweiflung und Resignation, in die man sie treiben will. So kann eine ganz andere Geschichte geschrieben werden als jene, die die Wegbereiter des Kapitals uns aufzwingen wollen.

Seid gewiss: Die Partei der Europäischen Linken wird sich diesem Ziel mit ganzer Kraft widmen, damit die Menschheit von morgen versöhnt und in Einklang leben kann.

Von der ersten Sitzung des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken im Jahr 2011

Brüssel, 15. - 16. Januar 2011;

aus: <http://de.european-left.org/deutsch>

Nach der Begrüßung durch die Kommunistische Partei der Wallonie bekräftigte Pierre Laurent, der neu gewählte EL-Vorsitzende, auf der Vorstandssitzung in Brüssel, dass es nach unserem erfolgreichen 3. Kongress an der Zeit ist, dessen Beschlüsse in die Tat umzusetzen: „Der Druck der Krise zwingt uns, schnell und effizient zu handeln, was parteipolitische Entscheidungen und die Durchführung unserer ersten Kampagne betrifft: die Schaffung eines Fonds für soziale Entwicklung und Solidarität“ durch das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative. Dieses neue Werkzeug, das vom Rat und dem Europäischen Parlament gebilligt wurde, soll von der Partei auf ihre Weise umgesetzt werden. Das bietet die Möglichkeit, eine öffentliche Debatte zu beginnen, die in die Verabschiedung eines neuen politisch-legislativen Vorschlags von einer Million EU-Bürger münden kann.

Die Partei der Europäischen Linken hat ihren Fahrplan für ein europäisches linkes Projekt definiert, das der Bevölkerung der Länder verpflichtet ist, die in der schwierigen Lage sind, für eine Krise zu zahlen, die in der Verantwortung von Banken und Märkten liegt. Mit den Sparauflagen des IWF und der Verstärkung von Merkels und Sarkozys neoliberaler Politik würde das vorgeschlagene Verfahren zur Währungsstabilisierung niemals ausreichen. Die Einrichtung des vorgeschlagenen Fonds, der niedrig verzinst oder sogar zinslose Darlehen für öffentliche Investitionen anbieten soll, zielt darauf, Arbeitsplätze zu schaffen und Ausbildung, Forschung,

öffentliche Dienstleistungen, nützliche Infrastruktur und Umweltschutzprojekte zu fördern.

In den nächsten zwei Jahren wird sich die Europäische Linke dafür engagieren. Und auch wenn die Sammlung der Unterschriften von Bürgern erst im November beginnen soll, wird die Informationskampagne sofort mit einer Reihe von Aktionen in sechs oder sieben Mitgliedstaaten starten. Im März wird die erste öffentliche Initiative dieser Kampagne in Athen stattfinden, um symbolisch die Solidarität der EL mit einem Land zu zeigen, das nach den von der Regierung und dem IWF auferlegten Sparmaßnahmen in einer prekären Lage ist. Einem Expertentreffen in Portugal über das neue Instrument für die europäischen Bürger werden sechs Initiativen in Griechenland, Ungarn, Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland folgen, um den Vorschlag unter den Bürgern zu verbreiten. Die Mobilisierung über nationale Kampagnen muss umfassend sein, deshalb will die Linke in einer Zeit von harten sozialen und wirtschaftlichen Angriffen, aber auch von Angriffen auf Demokratie und Bürgerrechte, alle europäischen Bürger ansprechen.

Als Europäische Linke müssen wir an diesem Scheideweg, wo der Sozialstaat abgebaut werden soll, eingreifen, um Veränderungen zu erreichen, die Abhilfe für die extremen Opfer der europäischen Werktätigen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung insgesamt schaffen. Von allen Seiten wird den europäischen Ländern ein neoliberales und antisoziales System aufgedrängt, Menschen sind arbeitslos, erhalten keine Hilfe vom Staat, das Rentenalter wird heraufgesetzt. Wir geben unsere Antwort durch einen vereinten Kampf gegen die aktuellen Angriffe und durch konkrete Maßnahmen wie den Fonds für soziale Entwicklung und Solidarität, der durch eine Steuer auf Finanztransaktionen und durch Beiträge aus dem Gemeinschaftshaushalt getragen werden soll. Der Vorschlag dieses Fonds wird die Teilnahme der Bürger am europäischen politischen Prozess erhöhen und eine echte Alternative zur Bekämpfung der Krise und zur Überwindung der in letzter Zeit entstandenen Probleme bieten.

Auch wenn klar ist, dass die Rechtsgrundlage gründlich analysiert werden muss, damit der Europäische Rat diese Initiative nicht behindern kann, muss gezeigt werden, dass es andere Lösungen für Europa als die Unterwerfung unter die Finanzmärkte gibt. Die Kampagne in den Jahren 2011/2012 muss sich gegen eine stärker werdende negative Tendenz wenden. Nach Griechenland und Irland ist auch Portugal in schwere See geraten und steht unter großem Druck aus der EU, einen sogenannten Hilfeplan zu akzeptieren. Es ist die Aufgabe der Europäischen Linken, unsere Länder daran zu hindern, sich an solchen gefährlichen „Mechanismen“ zu beteiligen, und Lösungen auf der Grundlage wirklicher Umstrukturierung anzubieten. Die EL-Kampagne erfordert, die Einbeziehung der Bürger in den Mittelpunkt der Veränderung zu stellen und zu beweisen, dass es eine berechtigte Alternative gibt.

„Europa-Anleihen und die Initiative von Papandreou können nicht das Problem des Markt vorrangs lösen und würden verheerende Auswirkungen haben. Die Fähigkeit, Gelder zu verteilen, muss an den Unterschieden zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern ausgerichtet werden. Solidarität ist jetzt der springende Punkt“, erklärte Alexis Tsipras, stellvertretender Vorsitzender der EL.

„Die Initiative und die Alternative aus der Europäischen Linken muss inklusiv sein. Sie darf Frauen, Jugendliche und



Migranten, die so von der Krise betroffen sind, nicht vergessen“, ergänzte die stellvertretende Vorsitzende Maite Mola.

Die Bürgerinitiative ist eine Herausforderung und eine Chance, aber sie auf nationaler Ebene sichtbar zu machen, erfordert ernsthafte Arbeit. „Wir sollten in diesen angespannten Zeiten in der Öffentlichkeit mit konkreten Aktionen und gemeinsamen Standpunkten auftreten, die sich an alle politischen Akteure wenden, insbesondere an die Gewerkschafter. Die Bürgerinitiative ist ein Werkzeug und sollte als Werkzeug genutzt werden, um unsere Ziele zu erreichen“, so die stellvertretende Vorsitzende Marisa Matias.

Felix Cárdenas, Boliviens stellvertretender Minister für Entkolonialisierung, wurde auf der Vorstandssitzung herzlich begrüßt. Er sagte, dass die Sichtweise der indigenen Völker und ihr Verhältnis zur Natur und zur Mutter Erde als ein Modell für die großen Herausforderungen dienen, vor denen wir stehen. Zum Schluss rief Felix Cárdenas zu einer globalen Sicht auf, die die Welt als ein Ganzes sieht und Themen wie Umwelt, Boden und Zugang zu Wasser einbezieht.

Der Vorstand beschloss, seine nächste Sitzung vom 15. bis 17. April in Budapest abzuhalten und bekräftigte, sich dort bei der Organisation einer Tagung über die Situation der ungarischen Roma-Gemeinschaft und über Wege zur Emanzipation in Ungarn zu engagieren.

Schließlich wurde die neue Arbeitsstruktur der EL bestätigt. Das neue Sekretariat besteht aus Antoni Barbara (EUIA), Fabio Amato (PRC), Natassa Theodorakopoulou (SYN), Kinga Kalocsai (Ungarische Arbeiterpartei 2006), Inger Johansen (RGA), Waltraud Fritz-Klackl (KPÖ) und der stellvertretenden Vorsitzenden Maite Mola als Koordinatorin. Der Vorsitzende und seine StellvertreterInnen teilen sich die verschiedenen Aufgabengebiete der Partei der Europäischen Linken wie folgt:

- **Pierre Laurent**, Vorsitzender: Pressesprecher, Beziehungen zu Parteien, Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften
- **Alexis Tsipras**, stellvertretender Vorsitzender: Beziehungen zu Parteien und Gewerkschaften, Koordinator für das Gebiet „Wirtschaftskrise und Alternativen“
- **Marisa Matias**, stellvertretende Vorsitzende: Beziehungen zum Europäischen Parlament, Gemeinschaftspolitik, Umwelt
- **Maite Mola**, stellvertretende Vorsitzende: Internationale Beziehungen, Koordinatorin des Sekretariats und des Vorstandes
- **Grigore Petrenco**, stellvertretender Vorsitzender: Beziehungen zu Parteien außerhalb der EU, Erweiterung der Europäischen Linkspartei
- **Diether Dehm**, Schatzmeister: allen Arbeitsgebieten des Präsidiums und des Vorstandes zugeordnet.

Nach all der organisatorischen Arbeit nahm der EL-Vorstand in Brüssel an einer Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Ermordung von Patrice Lumumba, für eine Welt ohne Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus teil.

Auf der Vorstandssitzung beschlossene Erklärungen:

- Fahrplan der Kampagne der Europäischen Linken
- Das tunesische Volk erhebt sich für Recht und Freiheit – Solidarität mit den Demokraten Tunesiens!
- Die Europäische Linke zur neuen „Mauer der Schande“ in Griechenland

- Elfenbeinküste: Gegen jede militärische Intervention. Vertraut den Menschen der Elfenbeinküste!
- Wir fordern die EU auf, einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 anzuerkennen!
- Erklärung der Europäischen Linken zur Präsidentenwahl und den folgenden Ereignissen in Belarus

DIE LINKE

NATO bringt Unsicherheit nach Europa

Rede von Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, in der Debatte des Deutschen Bundestages zur NATO-Strategie der Bundesregierung, 11. November 2010; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie, Herr Bundestagspräsident Lammert, haben in der vergangenen Woche die Bundesregierung wegen der Missachtung des Deutschen Bundestages kritisiert, und ich finde, zu Recht.

Ja, es ist ein Skandal, wie die Atomlobby die Regierung über den Tisch gezogen hat und wie dann die Regierung das Parlament über den Tisch zog. Das Gleiche erleben wir mit dem neuen Strategischen Konzept der NATO und der Rüstungslobby.

Das NATO-Konzept wird als geheime Verschlussache behandelt. Wir als Volksvertreter sollen über ein Konzept beraten, das die meisten in diesem Saal gar nicht kennen. Nun könnte die Regierung sagen: Sie, meine Damen und Herren, müssen es auch nicht kennen; Sie brauchen auch nicht zu entscheiden. Das ist, finde ich, der zweite Skandal.

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee wird direkt in das neue NATO-Konzept einbezogen, und das Parlament soll das nicht entscheiden dürfen. Was hat das noch mit Demokratie zu tun?

In dem Konzept, das den meisten nicht vorgelegt wurde, muss es nach Ansicht der Linken darum gehen, wann endlich die amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir fordern den sofortigen Abzug dieser Atomwaffen.

Wenn wir nicht darüber entscheiden dürfen, dann ist das eine unglaubliche Bevormundung des Deutschen Bundestages. Das dürfen sich selbstbewusste Abgeordnete aus allen Fraktionen nicht bieten lassen.

Auch die Menschen, die durch die NATO geschützt werden sollen, werden nicht über das Strategische Konzept informiert und haben kein Mitspracherecht, wenn es um ihre eigene Sicherheit geht. Stellen Sie sich vor, ein Autoverkäufer würde auf die Frage eines Kunden nach der Sicherheit des Autos antworten: Das geht Sie gar nichts an. Aus dem Geschäft würde wohl kaum etwas werden. Man muss den Eindruck haben, dass jeder Autoverkäufer dieser Republik mehr Verstand hat als die Sicherheitsexperten in dieser Re-



gierung. Auch die Autoverkäufer wissen, dass ein gutes Sicherheitskonzept eines der wichtigsten Verkaufsargumente ist. Wenn die Bundesregierung nun der Meinung ist, dass sie dieses Konzept nicht öffentlich vorzulegen hat, dann scheint es dafür zwei Gründe zu geben: Erstens scheint die Regierung der Auffassung zu sein, dass Sicherheitspolitik außerhalb der demokratischen Verfahren steht. Dem stellen wir uns entgegen.

Zweitens kann die Regierung der Auffassung sein, dass das NATO-Sicherheitskonzept nichts taugt. Wir als Linke wollen, dass alle Menschen ein angstfreies Leben führen können. Das ist doch wohl nicht zu viel verlangt. Wenn das die wichtigste Prämisse von Sicherheitspolitik ist, dann müssen wir uns fragen, ob die NATO bisher ein angstfreies Leben garantieren konnte. Die Antwort ist eindeutig Nein.

Der ewige Krieg gegen die Menschen in Afghanistan hat eine ganze Region destabilisiert und unzählige Opfer gefordert. Es ist bis zum heutigen Tag nicht klar, wie die NATO aus diesem Krieg wieder herauskommen will. Darum fordern wir auch hier und heute wieder den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, und die Bundeswehr ist auch nicht die größte Friedensbewegung, wie es einst der damalige Verteidigungsminister Struck behauptet hat.

Wir müssen feststellen, dass mit dem Kampf gegen den Terror die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer geworden ist. Die NATO hat einen beträchtlichen Anteil daran, dass der Terror jetzt nach Europa kommt. Das ist eindeutig das Ergebnis einer falschen Politik. Wir haben immer gesagt, dass man Terror nicht mit Krieg bekämpfen kann, im Gegenteil: Es entsteht neuer Terror.

In dieser Situation gibt uns die Bundesregierung und insbesondere Herr Minister de Maizière den guten Rat, wachsam zu sein. Ist das alles, was die Bundesregierung sicherheitspolitisch zu bieten hat? Die NATO und mehrere Bundesregierungen haben uns die Suppe eingebrockt, und jetzt sollen die Menschen diese Suppe auslöffeln. Das ist doch wirklich eine Zumutung.

Wir müssen uns fragen, ob eine Organisation, die für den Tod von unzähligen Zivilisten die Verantwortung trägt und das Leben von Millionen Menschen unsicherer gemacht hat, in der Lage ist, in Zukunft für unsere Sicherheit zu sorgen. Wir als Linke sind der Auffassung, dass sich die NATO nicht reformieren lässt. Sie ist nicht in der Lage, auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft die richtigen Antworten zu geben.

Meine Damen und Herren, im Augenblick erleben wir einen bedrohlichen Währungs- und Handelskrieg zwischen den USA, China und Europa. Die USA befinden sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise und haben kein ökonomisches Konzept. Was geschähe denn, wenn die USA versuchen wollten, ihren ökonomischen Niedergang mit militärischen Mitteln zu stoppen? Hat die NATO darauf eine Antwort? Nein.

Wir erleben die Zunahme von Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels. Immer mehr Menschen sind auf der Flucht vor Hunger, Wassermangel, Überschwemmung und Bodenerosionen. Hat die NATO darauf eine Antwort? Nein. Was können wir mit einem Raketenschutzschirm über Europa anfangen, wenn die Bomben mit der Luftpost kommen? Hat die NATO darauf eine Antwort? Nein. Ich halte fest, dass die

NATO mit den Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts komplett überfordert ist. Sie gaukelt Sicherheit vor, bringt aber immer mehr Unsicherheit nach Europa.

Wenn nun der Kollege Verteidigungsminister zu Guttenberg sich hinstellt und erklärt, die NATO und die Bundeswehr sollen in Zukunft die Handelswege und die Rohstoffquellen sichern, steht er mit dieser Position nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Ihn scheint das nicht zu stören, uns stört es schon.

Wir sollten uns über eines im Klaren sein: Wenn es um den Welthandel geht, sind die wirklichen Bedrohungen doch ganz andere. China, Deutschland und Japan stehen als Exportstaaten international unter Kritik. Immer mehr Staaten wollen sich nicht länger mit den unausgeglichenen Handelsbilanzen abfinden. Die Kanzlerin hat vor dem G20-Gipfel erklärt, dass sich die anderen Staaten mehr anstrengen müssen, um mehr exportieren zu können. Das ist ökonomischer Unsinn; das weiß doch jedes Kind. Wenn alle Staaten nur noch auf Export setzen würden, dann bräche der internationale Handel zusammen. Wenn wir also unsere Handelspolitik nicht freiwillig ändern, dann werden die anderen Staaten mit Protektionismus antworten, und unsere Exportstrategie wird wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Das können wir doch alle nicht wollen.

Und hat die NATO darauf eine Antwort? Nein. Wir sehen, dass die NATO für fast alle Aufgaben ungeeignet ist, bis auf eine: Sie hält die Rüstungsindustrie am Laufen. Zwei Drittel der weltweiten Militärausgaben werden von NATO-Staaten getätigt. Allein für den unsinnigen Raketenabwehrschirm wurden schon jetzt 120 Milliarden Euro ausgegeben. Ich habe ebenso wie viele hier im Saal – ich hoffe, zumindest auf der linken Seite – bessere Ideen für die Verwendung von 120 Milliarden Euro: für Bildung, für Kultur, für Infrastruktur, für Zukunft und nicht für die Zerstörung der Zukunft.

Abschließend noch einige Anmerkungen zu den vorliegenden Anträgen. Der Entschließungsantrag der SPD enthält einige Forderungen an das Strategische Konzept der NATO, die auch wir unterstützen können. Einen Punkt davon hebe ich hier besonders hervor: Die Kollegen der SPD fordern wie auch wir zu Recht, dass die Konvention über Landminen und Streumunition endlich von allen unterstützt werden soll und dass alle NATO-Mitglieder dieser Konvention beitreten müssen.

Diese Streumunition und diese Landminen haben sehr viel Leid über die Menschheit gebracht. Gerade Kinder und Jugendliche werden ihrer Zukunft beraubt, wenn sie noch Jahre nach Kriegsende auf diese Landminen treten oder von Streumunition verletzt werden können. Dies sind so menschenverachtende Mittel, dass sie sofort verboten gehören.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der eine Abstimmung über das neue Strategische Konzept der NATO hier im Bundestag fordert. Meines Erachtens muss das eine Forderung aller Abgeordneten sein. Ansonsten, wenn wir diese Forderung nicht unterstützen, können wir unsere Rolle als Volksvertreter nicht ernst nehmen.

In einem zweiten Entschließungsantrag fassen wir einige unserer wichtigsten Forderungen zum neuen Strategischen Konzept der NATO zusammen. Drei davon nenne ich noch einmal: Erstens. Wir fordern den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Zweitens. Wir fordern den Abzug aller Atomwaffen aus



Deutschland und weltweit endlich konkrete nukleare Abrüstungsschritte und nicht nur schöne Deklarationen.

Drittens. Wir wollen, dass sich die NATO nicht an dem unsinnigen Raketenabwehrschild beteiligt.

Mit diesen Forderungen vertrete ich, im Gegensatz zu den Zwischenrufern von der rechten Seite, die Meinung der Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Wenn Sie unseren Entschließungsanträgen zustimmen, dann sind Sie auf der richtigen Seite; wenn Sie dagegen stimmen, dann wird in der Öffentlichkeit klar, dass für Sie nicht die Sicherheitsinteressen der Menschen wichtig sind, sondern vor allen Dingen die üppigen Profite der Rüstungsindustrie.

Vielen Dank.

Zum neuen strategischen Konzept der NATO

NATO-Generalsekretär verhindert, dass Bundestagsabgeordnete Kenntnis von Dingen erhalten, die sie später beschließen sollen.

Von Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Parteivorstandes, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, November 2010; aus: www.die-linke.de

Schwer trage ich an der Last. Ich bin ein Geheimnisträger. Ich gehöre zu den auserwählten vierzehn Abgeordneten, die in der Geheimschutzstelle des Bundestages den Entwurf des Neuen Strategischen Konzepts der NATO einsehen durften. NATO-Generalsekretär Rasmussen, ein Hardliner, hat das Papier als geheim einstufen lassen. So ergibt sich das „verrückte“ Bild, dass der Bundestag zwar über das neue strategische Konzept diskutieren darf, auch soll und will, aber wissen dürfen die Abgeordneten nicht, wozu sie Stellung nehmen dürfen. NATO in Absurdistan. Und die Öffentlichkeit, die Bevölkerung, soll bestenfalls glauben dürfen, was in den Zeitungen steht. Zum Beispiel in der „Süddeutschen“. Aber woher weiß die „Süddeutsche“, was sie schreibt? Die Abgeordneten des Bundestages sollten im Chor singen „Oh, wie gut, dass niemand weiß ...“ – ein unwürdiges Theater! Von frei gewählten Abgeordneten hält die NATO-Spitze wenig bis nichts.

Worum geht es bei den Debatten um das neue strategische Konzept der NATO? Halten wir gleich zu Anfang fest: DIE LINKE will, dass die NATO aufgelöst und durch eine europäische Sicherheitsarchitektur ersetzt wird, die militärische Bündnisse unnötig macht. Das nur zur Klarstellung, damit es kein Vertun gibt.

Der Krieg in Afghanistan soll unbedingt und mit allen Mitteln gewonnen werden. Massive Truppenaufstockungen, zur Zeit sind ca. 130 000 Soldaten der NATO und ihrer Verbündeten in Afghanistan. Gezielte Tötungen von „Aufständischen“ sollen das Blatt wenden. Die Zeitschrift Cicero (Nr. 23) bringt es auf den Punkt: „Erfolg oder Misserfolg des amerikanischen Krieges in Afghanistan hängt jetzt vor allem vom Mittel der gezielten Tötung ab – also der Ermordung von Al-Qaida- und Talibanführern durch Geheimkommandos des Pentagons und der CIA.“ Die NATO steuert eine Doppelstrategie an: massiver Militäreinsatz einerseits, geheime Verhandlungen mit den Warlords und Kriegsfürsten wie zum Bei-

spiel Hekmatyar andererseits. Die NATO-Mitglieder sollen eingebunden werden, keiner geht allein raus. Die NATO will die Absetzbewegungen aus Afghanistan stoppen – Polen, Niederlande, Kanada haben ihren Rückzug angekündigt, Schweden streitet darum. Der Schlüssel ist das Verhalten Deutschlands.

NATO-General Stéphane Abrial formuliert, obwohl der Einsatz in Afghanistan derzeit das Gros der Mittel binde, könne er trotz aller wichtigen Lehren aus dem Einsatz nicht als alleinige Blaupause für künftige Einsätze dienen. Wieso darf der über etwas reden und schreiben, was doch geheim ist? Die NATO will zuständig sein für den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Wanderungs-, besser Fluchtbewegungen, die Sicherung der Handelswege, den Zugang zu Naturressourcen, für Maßnahmen bei Naturkatastrophen, für Computersicherheit und vieles mehr. Nur: Militär ist das schlechteste Mittel zur Lösung dieser Probleme. Sie können nur und ausschließlich zivil bekämpft und überwunden werden. Das erfordert Politik und kostet Geld. Geld, das von der NATO in gigantische Rüstungsprogramme investiert wird. Weit über eine Billion US-Dollar jährlich. Hingegen fließen lediglich 52 Milliarden in die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung.

Die NATO will ein Raketensystem in Europa installieren, angeblich gegen „Schurkenstaaten“ wie den Iran und Nordkorea. Unsinn, wie schnell zu erkennen ist. Die NATO will Russland einbinden in ihre Planungen, in ihre Strategie. Die Ressourcen Russlands sind zu groß, um draußen zu bleiben. Das wollen nicht alle NATO-Mitglieder, die osteuropäischen grundsätzlich nicht. Und in Russland wird darüber gestritten, ob das von Präsident Medwedew vorgeschlagene Sicherheitssystem ein System der Kooperation mit der NATO oder eines für die Überwindung des Militärbündnisses NATO sein soll. Darüber muss öffentlich und transparent diskutiert werden.

Wir sollten nicht vergessen: Die NATO hat seit dem Ende des „Realsozialismus“ zwei völkerrechtswidrige Kriege geführt. NATO-Mitgliedsländer waren zusätzlich in der Koalition der Willigen im Krieg gegen den Irak dabei. Mehr NATO, mehr USA, mehr Krieg. Die NATO hat nicht abgerüstet, sondern Aufrüstung befördert. Deutschland darf sich nicht weiter an der Interventionspolitik der NATO beteiligen. Das würde es möglich machen, nicht nur die Anzahl der Soldaten entschieden zu verringern, sondern auch die Bundeswehr strukturell nichtangriffsfähig zu machen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Rückführung der Aufgaben der Bundeswehr auf die ihr im Grundgesetz zugewiesene Landesverteidigung. Deutschland wird von niemandem bedroht, und Hightech-Waffen sind gegen Terroranschläge untauglich. Verteidigungsminister zu Guttenberg jedoch betreibt keine Abrüstungspolitik, er will die Modernisierung von Waffen und besser ausgebildetes Personal für weltweite Einsätze durchsetzen.

Der nächste Abrüstungsschritt – in Richtung auch der Auflösung der NATO – ist die strikte und grundsätzliche Veränderung der NATO-Politik. Grundlage der NATO-Entscheidungen ist bisher das Konsensprinzip. Deutschland könnte zum Beispiel eine ganze Reihe von NATO-Einsätzen blockieren, indem es feststellt: Der Konsens ist nicht gegeben. Ebenfalls kann zu den möglichen Schritten eine grundsätzliche Änderung der Atomwaffenpolitik der NATO gehören. Unter anderem könnten atomwaffenfreie Zonen (Lateiname-



rika, Afrika, Naher Osten und Mitteleuropa) weiter vorange-
trieben werden. Die NATO muss auf die Doktrin des atomaren
Erstschlags verzichten, und auch taktische Atomwaffen
sollten abgerüstet werden. Deshalb der Abzug der US-Atom-
waffen aus Deutschland. Um eine Abrüstung Russlands auf
dem Gebiet taktischer Atomwaffen möglich zu machen,
muss die NATO die konventionelle Überlegenheit in Europa
vermindern. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiche Sicher-
heit für alle. Und: Sicherheit gibt es nur miteinander, nicht
gegeneinander.

Wir brauchen Investitionen in die Zukunft Europas

*Rede von Gesine Lötzsch, MdB, Vorsitzende der LINKEN,
zum EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs vor dem
Bundestag am 16. Dezember 2010; aus: www.linksfraktion.de*

Frau Merkel, Sie eilen von einem Großbrand zum nächsten
und wollen den Eindruck erwecken, alles im Griff zu haben.
Die Wahrheit ist, dass zahlreiche Brandherde weiter schwe-
len und es nur eine Frage der Zeit ist, wann sie wieder auf-
flodern. Aber Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen,
nach den Brandursachen zu suchen und Sie sind auch nicht
bereit, die Brandstifter so zur Verantwortung zu ziehen, dass
sie nie wieder in Versuchung kommen, ein neues Feuer zu
legen.

Frau Merkel, Sie sehen eine Ursache der Krise in den
überschuldeten Haushalten der Euro-Länder und fordern
deshalb einen eisernen Sparkurs. Das klingt für den einen
oder anderen CDU-Wähler ganz gut, doch es hat dramati-
sche Folgen für ganz Europa.

Wir erinnern uns: Sie wollten die Wahlen in NRW gewin-
nen und Rot-Rot-Grün verhindern. Darum hatten Sie ein so
brutales Kürzungspaket für Griechenland geschnürt, dass
selbst der beinharte IWF-Chef Strauss-Kahn Bedenken an-
meldete. Sie wussten doch, dass die Griechen diese Aufla-
gen niemals erfüllen konnten. Trotzdem haben Sie von Ihren
ökonomisch unsinnigen Forderungen nicht abgelassen. Das
Ergebnis war vorhersehbar: Griechenland befindet sich in
der tiefsten Krise seit dem 2. Weltkrieg und wird auf abseh-
bare Zeit seine Schulden nicht zurückzahlen können. Das
Beispiel Griechenland hat Sie aber nicht bewegen können,
Ihre falsche und kostspielige Strategie zu ändern. Auch Ir-
land, Spanien und Portugal haben Sie entsprechende Ross-
kuren verschrieben. Können Sie aus Fehlern nicht lernen
oder verfolgen Sie ganz andere Ziele? Es geht Ihnen gar
nicht um ein gemeinsames, friedliches Europa! Es geht ihnen
viel mehr um die Rettung der Anlagen der deutschen Banken
in diesen Ländern!

Deutsche Banken haben allein in Griechenland, Irland,
Portugal und Spanien 318 Milliarden Euro investiert. Diese
Milliarden wollen die deutschen Banken ohne Verluste und
hochverzinst wieder zurück haben. Das erwarten sie von
ihrer Kanzlerin. Frau Merkel, Sie müssen sagen, in wessen
Auftrag Sie eigentlich am Donnerstag verhandeln. Verhan-
deln Sie im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger oder im Auf-
trag dieser deutschen Banken? Für beide gleichzeitig können
Sie nicht verhandeln, weil die Interessen der Bürgerinnen

und Bürger nicht im Ansatz mit den Interessen der deut-
schen Banken deckungsgleich sind.

Die Ursache der Eurokrise sind nicht überschuldete natio-
nale Haushalte, sondern das schnelle ökonomische Ausei-
nanderdriften der Volkswirtschaften in der Eurozone. Die
Agenda 2010 hat diesen Prozess noch dramatisch beschleu-
nigt. Ein aktuelles Beispiel macht das Problem besonders
deutlich: In den französischen und dänischen Schlachthöfen
werden Mindestlöhne gezahlt, in deutschen Schlachthöfen
nicht. Das hat dazu geführt, dass Schlachthöfe in Dänemark
schließen mussten und die französischen Arbeitgeber von
der EU fordern, in Deutschland auf Mindestlöhne zu drän-
gen. Die Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes bringt
alle anderen europäischen Länder, die gerechte Löhne zah-
len, in größte Schwierigkeiten.

Es sind also nicht nur Hochtechnologien, die zu einem
deutschen Exportüberschuss führen, sondern es ist auch der
unfaire Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, den die Bun-
desregierung den anderen Volkswirtschaften aufzwingt. Eine
andere Ursache der Eurokrise liegt in der Fehlkonstruktion
des Euro. Waren die Väter des Euro wirklich so naiv zu glau-
ben, dass allein die Währung in der Lage wäre, die so unter-
schiedlichen Volkswirtschaften Europas zusammen zu klam-
mern? Die Einführung des Euro war eine Einladung zum
Schulden machen.

Mit dem Euro in der Hand konnten auch schwache Volks-
wirtschaften zu niedrigen Zinsen Kredite aufnehmen und
sehr zur Freude deutscher Exporteure in Deutschland auf
Shoppingtour gehen. Was wir jetzt brauchen, sind Investiti-
onen in die Zukunft Europas!

Das regierungsfreundliche Handelsblatt fordert ein euro-
päisches Konjunkturprogramm von 347 Milliarden Euro, um
aus der schweren Krise herauszukommen. Das Deutsche In-
stitut für Wirtschaftsforschung fordert sogar eine einmalige
Vermögensabgabe zur Sanierung unserer Haushalte. Doch
jedes Konjunkturpaket ist für die Katz, wenn wir nicht end-
lich die Finanzmärkte regulieren. Es ist sinnlos, wenn wir die
Haushalte nur sanieren, damit wir dann wieder die Kosten
der nächsten Finanzkrise übernehmen können.

Für mich ist unbegreiflich, dass die Bundesregierung es
seit zwei Jahren nicht geschafft hat, die Finanzmärkte besser
zu kontrollieren. Die Kanzlerin fordert neuerdings, dass die
privaten Anleger auch ein Risiko mittragen müssen. Einver-
standen, warum fangen Sie nicht gleich bei den deutschen
Banken an? Worauf warten Sie noch? DIE LINKE fordert eine
Finanztransaktionssteuer und eine wirksame Kontrolle der Fi-
nanzmärkte. Wer eine Währung ohne eine abgestimmte Wirt-
schafts- Finanz- und Sozialpolitik einführt, der handelt un-
glaublich verantwortungslos. Es ist doch absurd, dass in der
Europäischen Union eine Konkurrenz um die niedrigsten Un-
ternehmenssteuern überhaupt möglich ist. Noch absurder
ist, dass Irland EU-Hilfen bekommt, ohne dass eine Anhe-
bung der unanständig niedrigen Unternehmenssteuern ver-
einbart wurde. DIE LINKE ist der Auffassung, dass der Euro
nur gerettet werden kann, wenn die Finanzmärkte streng re-
guliert und eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozi-
alpolitik vertraglich geregelt wird. Euro-Bonds oder der An-
kauf von Staatsanleihen durch die EZB sind im Rahmen einer
Rettungsaktion als Übergangslösung wichtig. Eine grund-
sätzliche Revision des Lissaboner Vertrages ersetzen sie
nicht.

Frau Bundeskanzlerin, überdenken Sie Ihre Rolle in



Europa, bringen Sie unser Land nicht weiter in Verruf. Suchen Sie nach gemeinsamen Lösungen, die Europa stärken und nicht in Stücke reißen.

Weg mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“! Für eine Normalisierung der Beziehungen der EU zu Kuba

Rede von Sevim Dagdelen, MdB, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Für eine Normalisierung der Beziehungen der Europäischen Union zu Kuba“, 7. Oktober 2010; aus: www.linksfraktion.de

Die geografische Nähe Kubas zu den USA hat für den Inselstaat bislang wenig Gutes bedeutet. Doch auch die geografische Ferne der EU und der Bundesrepublik Deutschland hat nicht gerade zu einer rationaleren Beziehung geführt. Dafür wäre es notwendig, dass die Sanktionen der EU nicht nur ausgesetzt, sondern endgültig aufgehoben werden. Der Gemeinsame Standpunkt der EU zu Kuba, der nach wie vor gültige Grundlage der Politik der EU gegenüber Kuba ist, muss endlich aufgegeben und durch einen neuen Ansatz ersetzt werden. Die Zeichen stehen gut. Denn die spanische Regierung drängt nach der Freilassung von 53 Inhaftierten auf Kuba vehementer auf eine Abschaffung des Gemeinsamen Standpunktes. Seit 1996 verknüpft der Gemeinsame Standpunkt die Bereitschaft der EU zur politischen und wirtschaftlichen Kooperation mit Kuba ausdrücklich mit dem Ziel eines Systemwechsels. Die an diesem Gemeinsamen Standpunkt festhalten, wollen, dass Kuba seine Suche nach einem eigenständigen Entwicklungsweg, nach einer Alternative zum profitorientierten Gesellschaftsmodell aufgibt. Für DIE LINKE ist die aggressive politische Intervention, die im Gemeinsamen Standpunkt zum Ausdruck kommt, keine akzeptable Grundlage für eine Zusammenarbeit.

Bisher konnte Kuba seine Souveränität gegen vielfältige Widerstände verteidigen. Und das ist gut so. Aufgeben würde Kuba mit einem Systemwechsel seine für die meisten Länder der so genannten Dritten Welt beispielhaften Errungenschaften für auf dem Gebiet des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens. Diese Errungenschaften hat es trotz US-Embargo und gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten bis heute aufrechterhalten. An den Errungenschaften des kubanischen Bildungs- und Gesundheitswesens hat nicht nur die kubanische Bevölkerung teil. So wurde durch das seit Dezember 1998 andauernde Engagement medizinischer Fachkräfte aus Kuba in vielen haitianischen Gemeinden erstmals ein Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglicht.

Diese Hilfe kam der Bevölkerung Haitis zuletzt bei der Erdbebenkatastrophe zugute. Diese einmalige, schnelle und unbürokratische Solidarität ist es, die Kubas Ansehen insbesondere in den Ländern des Trikont ausmacht und die darüber hinaus gute Anknüpfungspunkte für die Kooperation mit Kuba bietet – im Sinne einer trilateralen Kooperation, von der ärmere Drittstaaten wie Haiti profitieren könnten. Leider wurde der Appell des damaligen kubanischen Präsi-

denten Fidel Castro von 1998 an die Industriestaaten, das kubanische Engagement in Haiti mit eigenen Beiträgen wie der Bereitstellung von Medizintechnik, Material und Medikamenten zu unterstützen, seinerzeit nicht aufgegriffen. DIE LINKE begrüßt aber sehr, dass die norwegische Regierung Ende Januar 2010 ein Abkommen mit Kuba unterzeichnete, demzufolge Norwegen die Arbeit der kubanischen Ärztinnen und Ärzte in Haiti mit knapp 900 000 US-Dollar unterstützt. Und wir begrüßen, dass mittlerweile die Diskussion um eine solche trilaterale Kooperation auch in der EU-Kommission angekommen ist. Millionen Menschen könnten davon profitieren, wenn ich zum Beispiel an die äußerst effektiven kubanischen Alphabetisierungsprogramme und die Augenbehandlungen durch kubanische Ärzte in vielen Ländern Lateinamerikas denke.

Doch statt dem Beispiel Norwegens zu folgen, versucht die Bundesregierung, Kuba in altbekannter Art und Weise zu diskreditieren. Und sie versucht, die sich in vielen EU-Mitgliedstaaten im Sinne einer Aufhebung des Gemeinsamen Standpunktes ändernde Haltung gegenüber Kuba zu blockieren.

Vorgeschobener Grund für diese negative Haltung gegen Kuba ist die heuchlerische und selektive Behandlung der Menschenrechte. Das haben wir erst kürzlich wieder erlebt, als die Bundesregierung ihr neues Lateinamerika-Konzept vorgestellt hat. Als einziges Land mit problematischer Menschenrechtslage wird dort Kuba explizit genannt. Honduras, wo vor anderthalb Jahren ein Militärputsch stattgefunden hat, wo seither Hunderte Menschen ermordet, Tausende willkürlich verhaftet und teilweise schwerer Gewalt ausgesetzt worden waren; Kolumbien, wo weltweit die meisten Gewerkschafter ermordet und Menschenrechtsverteidiger jeden Tag bedroht werden, wo extralegale Hinrichtungen an der Tagesordnung sind und nicht geahndet werden; oder Mexiko, wo die tödliche Gewalt zum Alltag für Millionen geworden ist – diese Länder werden nicht kritisch erwähnt. Im Gegenteil: sie sind Partner der deutschen Lateinamerika-Politik gegen den sozialen Aufbruch, der sich derzeit in Lateinamerika vollzieht. So war es nach der FDP-Unterstützung für den Putsch in Honduras besonders bemerkenswert, dass sich die Bundesregierung im Gegensatz zu Spanien, Frankreich und anderen Staaten zu dem letzte Woche in Ecuador stattgefundenen Putschversuch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Rafael Correa erst nach dem Scheitern des Putsches erklärte. Diese Erklärung beinhaltete aber noch nicht einmal eine eindeutige Verurteilung des Putschversuchs.

Wer Menschenrechte sagt und Rohstoffe wie in Afghanistan und im Südsudan meint, wer politische Rechte für Bürgerinnen und Bürger in anderen Staaten einfordert und Menschen in Länder abschiebt, in denen ihnen Folter droht, wer zur Flüchtlingsabwehr mit Regimen wie in Libyen kooperiert, wer Meinungsfreiheit anderswo einklagt und mit Lügen Angriffskriege führt oder vorbereitet, der verwandelt den Kampf um Menschenrechte in ein Instrument von Sozialraub, Krieg und imperialer Politik. Menschenrechte sind nur dann von Dauer, wenn sie auf einer Wirtschafts- und Sozialordnung beruhen, die die strukturellen Ursachen der andauernden Menschenrechtsverletzungen beseitigen.

Wie Venezuela ist auch Kuba ein wichtiger Motor des sozialen Wandels und der lateinamerikanischen Integration und leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Menschenrechte.



DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich innerhalb der Europäischen Union dafür einzusetzen, endlich den Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba aufzuheben und diesen durch einen bilateralen Ansatz zu ersetzen. Es sollen Verhandlungen mit Kuba über ein Kooperationsabkommen eingeleitet werden, die gleichberechtigt, ohne Vorbedingungen und mit vollständigem Respekt für die Souveränität der beteiligten Partner und das Nichteinmischungsgebot der UN-Charta geführt werden. Auch sollte die Bundesregierung mit der kubanischen Regierung ohne Vorbedingungen Gespräche über Entwicklungszusammenarbeit aufnehmen und dabei auch die Möglichkeit trilateraler Zusammenarbeit zugunsten Dritter erörtern.

Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung gegenüber der Regierung der USA dafür einsetzt, dass diese eine ähnliche humanitäre Geste zeigt wie dies Kuba mit der Freilassung der 53 Inhaftierten getan hat, damit die seit 1998 in den USA inhaftierten und als „Miami Five“ bekannt gewordenen kubanischen Gefangenen Antonio Guerrero Rodríguez, Fernando González Llort, Gerardo Hernández Nordelo, Ramón Labañino Salazar und René González Schwerert frei gelassen werden. Bis zu dem Zeitpunkt ihrer Freilassung muss die Bundesregierung humanitäres Handeln der US-Regierung einfordern. Dazu zählt, dass die Ehefrauen der kubanischen Inhaftierten Besuchsrecht erhalten.

Gegen die Gewalt an Kurden in der türkischen Provinz Hakkari

Die sogenannte Kurdenfrage ist eines der wichtigsten Probleme in der Türkei. Die aktuelle türkische Regierung spricht im Gegensatz zu früheren Regierungen offen vom Kurdenproblem und vermittelt nach außen hin, vor allem in Richtung Europa, zu Reformen und Zugeständnissen bereit zu sein. Doch betrachtet man die Lage in den kurdischen Provinzen des Landes, bietet sich ein ganz anderes Bild. Immer wieder kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, zu Verhaftungen, werden kurdische Politikerinnen und Politiker eingeschüchtert und unter Druck gesetzt.

Im April 2010 wurden 1 500 Kommunalpolitiker der kurdischen Partei BDP (Partei für Frieden und Demokratie), darunter einige Bürgermeister, wegen ihrer vermuteten Mitgliedschaft in der angeblich terroristischen Vereinigung KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) ohne Anklageschrift verhaftet und verhört. Für 151 von ihnen begann im Oktober 2010 der Prozess vor der Großen Strafkammer in Diyarbakir. Seither werden immer wieder kurdische Politiker, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten festgenommen.

Seitens der deutschen Regierung wird die Kurdenfrage in den Beziehungen zur Türkei bislang ausgeblendet. Andrej Hunko, MdB der Linksfraktion, und einige weitere Unterzeichner des folgenden Offenen Briefes waren beim Prozessauftritt gegen die 151 BDP-Mitglieder im Oktober 2010 in Diyarbakir anwesend. Der Prozess und andere Vorfälle, wie der vermutete Einsatz von Chemiewaffen im Kampf gegen kurdische Rebellen, der vergangenen Sommer auch in Deutschland für Aufsehen sorgte, machten den Beobachtern deutlich, dass dieses Thema auch in Deutschland wesentlich höher angesetzt werden muss. Der Journalist und Soziologe

Martin Dolzer war im vergangenen Jahr mehrmals in der kurdischen Region unterwegs. Er hat zahlreiche Interviews geführt und die im Brief als Beispiele dargestellten Fälle dokumentiert. Die Lösung der Kurdenfrage ist für die Demokratisierung der Türkei von zentraler Bedeutung. Auch die deutsche Regierung darf hier nicht länger wegsehen.

Offener Brief

- an den Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Herrn Recep Tayyip Erdogan,
- den Staatspräsidenten der Türkei, Herrn Abdullah Gül,
- den Innenminister der Türkei, Herrn Besir Atalay,
- die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel,
- den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Guido Westerwelle
- die Justizministerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und
- den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Markus Löning

Zur Kenntnis an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Deutsche Botschaft in Ankara sowie die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Erdogan, sehr geehrter Staatspräsident Herr Gül, sehr geehrter Herr Innenminister Atalay, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, sehr geehrter Herr Außenminister Westerwelle, sehr geehrte Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, sehr geehrter Herr Menschenrechtsbeauftragter Löning,

mit großer Besorgnis mussten wir feststellen, dass in der Türkei am Mittwoch, dem 24.11.10 in der Kleinstadt Semdinli in der kurdischen Provinz Hakkari mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung der legalen kurdischen Friedens- und Demokratiepartei (BDP), unter ihnen die Mitglieder des BDP-Kreisvorstandes Yunus Özkoyuncu, der Verantwortliche für Jugendarbeit Erdem Akti und weitere Personen festgenommen worden sind.

Insgesamt wurden 11 Personen inhaftiert. Gegen den Mitarbeiter der Stadtverwaltung Idris Sakin, die Mitglieder des BDP-Kreisvorstandes Özkoyuncu und Erdem Akti und den Ladenbesitzer Selim Sengil wurde daraufhin in Van Haftbefehl erlassen.

Soweit bekannt ist, beruhen die Festnahmen und Razzien auf der Basis von Aussagen so genannter geheimer Zeugen. Die Praxis, die Aussagen geheimer Zeugen heranzuziehen, ist den Recherchen mehrerer Delegationen in der Region zufolge systematisch und verhindert objektiv ein rechtsstaatliches Verfahren gegen die Beschuldigten. Die kurdische Friedens- und Demokratiepartei BDP, der Menschenrechtsverein IHD und der Verein für die Hinterbliebenen „Verschwundener“, MEYA-DER verurteilen die erneuten Festnahmen scharf und bewerten sie als eine Provokation, um eine Lösung der kurdischen Frage behindern.

Auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Herr Löning, äußerte in einer Anhörung vor dem EU-Ausschuss des Bundestages im November 2010 die Auffassung, dass der so genannte KCK Prozess, der Mitte Oktober in Diyarbakir eröffnet wurde, maßgeblich seitens einiger



Kräfte in der Türkei betrieben wird, die positiven Entwicklungen bezüglich des türkisch-kurdischen Konfliktes entgegenwirken wollen. In diesem Zusammenhang kritisiert Herr Löning darüber hinaus zu Recht die Verletzung des Rechts auf eine effektive Verteidigung sowie ein faires Verfahren durch die türkischen Behörden. Die jetzigen Verhaftungen finden im gleichen Kontext statt und sind daher ähnlich zu werten. Erneut wird die legale kommunalpolitische Arbeit der kurdischen Verwaltungen kriminalisiert. Der für eine friedliche Entwicklung nötige Annäherungsprozess wird so konterkariert.

Seit die kurdische Bevölkerung in der Türkei parlamentarisch vertreten ist, werden immer wieder Parteien verboten und Politikerinnen und Politiker festgenommen oder inhaftiert. Das betraf die Parteien HEP, DEP, HADEP, DEHAP und DTP, sowie Politikerinnen und Politiker der BDP. Letztere sind seit ihrer Gründung ebenfalls mit starken Repressionen konfrontiert. Aus den Reihen der DTP und BDP sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen befinden sich momentan mehr als 1680 Menschen z. T. ohne Anklage in Haft. Das Europäische Parlament und Regierungen kritisierten ein derartiges Vorgehen seit den 90er Jahren. In Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und von Parlamenten der Mitgliedstaaten wird stets hervorgehoben, dass jede dieser Parteien sich ausschließlich im legalen Rahmen betätigt(e) und auf eine friedliche und demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts hinarbeitet(e). Demzufolge wurden und werden auch die angesprochenen Repressionen scharf kritisiert. Die türkische Regierung wurde seitens der genannten Gremien und der EU-Beitrittskommission bereits mehrfach aufgefordert, das Recht auf Vereinigung (Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention/EMRK – Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) einzuhalten. Während in Gremien der EU und in der türkischen Öffentlichkeit der derzeit begonnene Dialog der türkischen Regierung mit der BDP sowie Abdullah Öcalan als positives Zeichen bewertet wird, setzt der türkische Staat weiterhin eine nicht hinnehmbare Repressions- und Kriminalisierungspolitik fort.

Probleme in der Provinz Hakkari

Die Provinz Hakkari ist uns aufgrund einer Vielzahl von Menschenrechtsdelegationen als eine Region bekannt, in der schwerste Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen werden. Kurdische Menschenrechtsaktivisten und Aktivistinnen, wie auch kurdische Politikerinnen und Politiker sind hier einer Einschüchterungspolitik unterworfen, die bis zur Bedrohung, der Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und des Rechts auf Leben reichen.

Nach dem Verfassungsreferendum häuften sich gravierende Menschenrechtsverletzungen. Mit Besorgnis betrachten wir in diesem Zusammenhang, dass sich Premierminister Erdogan, mehrfach u. a. kurz vor dem Beginn einer Anhäufung von schweren Menschenrechtsvergehen, negativ über die Provinz Hakkari geäußert hatte und zu einer Änderung der Protesthaltung der dortigen Bevölkerung unter dem Einsatz sämtlicher zur Verfügung stehender Mittel aufrief.

Im Folgenden einige Beispiele:

1. Fall: Am 15.9.2010 umstellten der regionalen Direktion unterstellte Polizei und Spezialeinheiten das Haus des BDP-Bürgermeisters der Stadt Hakkari/Semdinli, Sedat Tore, und eröffneten das Feuer. Das Haus wurde von Kugeln durchsiebt. Während des 15-minütigen Beschusses stießen die

Einheiten schwere Drohungen und Beleidigungen gegen den Bürgermeister aus. „Sicherheitskräfte“, ebenfalls zu der besagten Direktion gehörig, verhafteten und folterten gleichzeitig einen Verwandten des Bürgermeisters. Soldaten verhöhnten ihn: „Du hast Sedat Tore unterstützt, jetzt soll er kommen und dir helfen.“ Dabei stiegen sie auf seinen Kopf und quetschten diesen.

2. Fall: Ein Taxifahrer wurde willkürlich wegen einer vermeintlichen Straftat im Rahmen einer Beerdigung von Guerillas am 21.8.2010 in Semdinli festgenommen. Er wurde so schwer gefoltert, dass er vier Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Trotz seiner durch ein Überwachungsvideo und Fotoaufnahmen erwiesenen Unschuld, das ihn zum Tatzeitpunkt in seinem Taxi an einem anderen Ort zeigte, ist er bis heute inhaftiert. Wie in vielen weiteren Fällen wurde über diesen Fall von der Staatsanwaltschaft eine Geheimhaltungsverfügung verhängt. Eine effektive Verteidigung wird auf diese Weise verhindert.

3. Fall: Am 21. Oktober beschossen Militäreinheiten bei einer Razzia im Dorf Ortaklar nahe Semdinli aus Skorpion-Panzerfahrzeugen Dorfbewohner und Häuser. Sie verletzten dabei den 16-jährigen Izzet Demir schwer am Kopf.

4. Fall: Am 8.9.2010 schoss ein Offizier des türkischen Militärs bei Protesten dem 15-jährigen Jugendlichen Enver Turan gezielt in den Kopf. Der Junge verstarb wenige Wochen später. Der Gouverneur von Hakkari verteidigte die Tat des Offiziers: „Ein Unteroffizier, der Opfer eines Angriffes mit Steinen geworden war, stieg aus seinem Auto aus und verteidigte sich mit Schüssen in die Luft. Aufgrund dessen wurde eine Person durch eine Kugel am Kopf verletzt.“ Augenzeugen berichten dagegen, dass der Offizier ohne wirkliche Not aus dem Auto ausstieg, beliebig eine Zielperson wählte und schoss. Die Ermittlungen gegen den Offizier werden verschleppt. Aufgrund einer Geheimhaltungsanordnung (s. o.) werden keine Informationen über das Verfahren herausgegeben.

5. Fall: In Hakkari Stadt wurden in den letzten drei Monaten zahlreiche PolitikerInnen und GewerkschafterInnen und JournalistInnen festgenommen. Darunter der ehemalige stellvertretende Bürgermeister, Bülent Armut, und die engagierte Menschenrechtsjournalistin Hamdiye Ciftci. Im Fall Bülent Armut wurde ebenfalls eine Geheimhaltungsverfügung verhängt, die beinhaltet, dass ihm der Grund seiner Inhaftierung bisher nicht mitgeteilt wird.

6. Fall: Einen Tag nachdem TeilnehmerInnen einer Menschenrechtsdelegation ein Büro der BDP in Yüksekova/Geveer besuchten, verübten unbekannte Täter am 22.10.2010 einen Bombenanschlag auf dieses Büro. Allem Anschein nach handelt es sich dabei um einen Racheakt aufgrund internationaler Kontakte. In Semdinli/Semzinan wurde 2005 ein ähnlicher Bombenanschlag verübt, es war ein mit Sprengstoff beladener Wagen zur Explosion gebracht worden. Mehr als 60 Läden und die dort befindliche Moschee wurden vollständig zerstört. Unsere Delegation konnte am Tag zuvor die Folgen des Ereignisses dokumentieren und mit Zeugen sprechen. Es entstanden bei dem jetzigen Anschlag glücklicherweise lediglich Sachschaden und eine Massenpanik. Dieser Bombenangriff ist als Teil einer nicht hinnehmbaren psychologischen Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung zu sehen.

7. Fall: Am Morgen des 16.9.2010 explodierte um ca. 9.00 Uhr morgens eine ferngezündete Antipanzermine in der Nähe des Dorfes Geçitli/Peyanis unter einem Reisebus.



9 Insassen, sämtlich DorfbewohnerInnen, wurden getötet. Die Mine stammte aus deutscher Produktion. Staatlicherseits wurde der Anschlag zunächst der PKK zugeschrieben, die sich sofort distanzierte und ein solches Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung verurteilte.

Recherchen von Menschenrechtsorganisationen zufolge ergeben sich folgende Fakten:

Die BewohnerInnen von Geçitli/Peyanis, vormals Dorfschützer, haben vor einiger Zeit ihre Waffen niedergelegt und sich der BDP angeschlossen. Beim Verfassungsreferendum hatten 99 Prozent der DorfbewohnerInnen den seitens der BDP ausgerufenen Boykott unterstützt.

Die Art des verwendeten Sprengsatzes sowie am Tatort zurückgelassene Rucksäcke von Spezialeinheiten der Türkischen Armee, welche Sprengsätze, Kabel und Anleitungen aus Militärbesitz enthielten, die die Bevölkerung sicherstellte, legen die Vermutung nahe, dass Kräfte aus dem Militär den Anschlag begingen.

Der Tatort befindet sich auf einer übersichtlichen Ebene, die in sämtlichen Richtungen von Militärstützpunkten umgeben ist. In der Entfernung von wenigen hundert Metern vom Tatort befinden sich Dorfschützerstationen, die direkten Blick auf den Tatort zulassen.

Nach der Detonation wurde ein Funkspruch der türkischen Armee abgehört, in dem thematisiert wurde, dass die Täter ihre Ausrüstung am Tatort zurückgelassen hätten und sofort abholen müssten, bevor sie jemand fände. Die Bevölkerung des Dorfes war jedoch zuvor an den Tatort geströmt und hatte die o. g. Beweise sichergestellt. 40 Minuten später kamen Soldaten zum Tatort, schossen mehrfach in die Luft und versuchten die Taschen in Besitz zu nehmen. Die Bevölkerung übergab die Taschen jedoch erst nach eingehender Dokumentation durch MenschenrechtlerInnen direkt der Staatsanwaltschaft.

Aussagen zufolge erging eine Woche vor der Tat ein Befehl des Militärs an die Dorfschützer, eine Gruppe, die sich in der Region bewegen werde, nicht zu behelligen. Obwohl der Tatort innerhalb von drei Minuten per Hubschrauber aus Hakkari/Colemerg erreichbar ist und bis dahin bei jedem Auftauchen von Unbekannten das türkische Militär mit Luftunterstützung sofort vor Ort war, blieben Maßnahmen dieser Art am Tag des Anschlags aus. Der Gouverneur von Hakkari erklärte dazu: „Ich verstehe auch nicht, warum die Armee sich so verhielt.“ Die in der Nähe des Tatorts stationierten Dorfschützer waren Augenzeugenberichten zufolge außergewöhnlicher Weise seit einer Woche vor der Tat nicht mehr in der Nähe des Tatorts gesehen worden.

8. Fall: Auf der Hauptstraße zwischen Yüksekova und Van stoppten ZeugInnenaussagen zufolge Soldaten zwei Fahrzeuge, in denen sich jugendliche Mitglieder der BDP befanden. Die Soldaten ließen die Insassen aussteigen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen und schossen dem Sprecher der kurdischen Jugendorganisation (DYG), Sedat Karabag, in den Kopf. Die neun weiteren jugendlichen AktivistInnen wurden festgenommen. Die Staatsanwaltschaft verhängte eine Geheimhaltungsverfügung über den Vorfall und die Ermittlungen.

Es handelt sich hierbei um den Versuch einer extralegalen Hinrichtung.

Zur Kontinuität der Ereignisse

Wir möchten hier erneut auf die Inhaftierung der beiden BDP-Kreisvorsitzenden M. Siddik Akis und Berivan Akboga, der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters im BDP-Büro, Izzet Belge und Baki Özboganli, des BDP-Vorsitzenden von Hakkari Stadt Seyithan Sahindas, des Stadtratsmitglieds Tahir Koç, des ehemaligen BDP-Kreisvorsitzenden von Hakkari, Hivzulah Kansu, des Mitglieds der BDP-Kreisleitung, Hüсна Sagin, der BDP-Kreisleiterin, Fatma Duman, und der Korrespondentin der Nachrichtenagentur DIHA Hamdiye Çiftçi hinweisen und betonen, dass diese Verhaftungen Artikel Art. 11 EMRK, sowie Art. 5 der EMRK – Recht auf Freiheit und Sicherheit zuwiderlaufen.

Die zur gleichen Zeit festgenommene Journalistin Hamdiye Ciftci wurde vorher seit mehreren Jahren wiederholt von Sicherheitskräften bedroht. Sie ist u. a. für ihre Reportagen über Menschenrechtsverletzungen bekannt. Besonders in den letzten Monaten werden Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 EMRK – Freiheit der Meinungsäußerung) in der Türkei zunehmend eingeschränkt.

Ein türkisches Gericht verurteilte im Frühjahr 2010 Vedat Kursun, einen Journalisten der kurdischsprachigen Zeitung Azadiya Welat, zu 166 Jahren und 6 Monaten Haft. Im Jahre 2009 wurden insgesamt 36 Journalistinnen und Journalisten inhaftiert, 44 Mal wurde die Verbreitung von Zeitungen, Magazinen oder Fernsehsendungen zeitweise verboten. Immer wieder werden Journalisten von Sicherheitskräften misshandelt, mit Folter oder dem Tod bedroht. Wir fordern die umgehende Freilassung der kritischen Journalisten Hamdiye Çiftçi, Vedat Kursun und der weiteren von der Einschränkung der Pressefreiheit Betroffenen. Das Vorgehen gegen die JournalistInnen verstößt gegen die Pressefreiheit sowie in vielen Fällen gegen Art. 3 EMRK – Verbot der Folter, sowie Art. 2 EMRK – Recht auf Leben.

In den letzten Wochen wurden darüber hinaus Friedensdemonstrationen von Sicherheitskräften angegriffen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Parlamentsabgeordnete und Journalistinnen und Journalisten, teilweise schwer verletzt. Auch bei den oben genannten Festnahmen kam es zu Drohungen und gewalttätigen Übergriffen (Verstöße gegen Art. 3 EMRK sowie Art. 11 EMRK) und gewalttätigen Übergriffen, in einem Fall sogar gegenüber einem dreijährigen Kind (Verstöße gegen Art. 3 EMRK sowie die UN-Kinderrechtsresolution). Ein solches Agieren sehen wir mit großer Besorgnis. In übereinstimmenden Schilderungen der türkischen Presse und von Menschenrechtsorganisationen wird das Vorgehen der Sicherheitskräfte als übertrieben gewalttätig und unverhältnismäßig charakterisiert. Mit Betroffenheit müssen wir feststellen, dass sich daher der Eindruck aufdrängt, dass die politisch gewählte Vertretung der kurdischen Bevölkerung, u. a. unter Missbrauch des Anti-Terror-Gesetzes (TMK), mundtot gemacht und die Bevölkerung eingeschüchtert werden soll.

Auch die 19 dokumentierten Fälle extralegalen Hinrichtungen und die mehr als 600 Fälle von Folter im ersten Halbjahr 2010 sind nicht hinnehmbar.

Insbesondere vor dem Hintergrund eines andauernden Waffenstillstands der kurdischen Guerilla möchten wir die türkische Regierung dazu auffordern, endlich von ihrer Eskalationsstrategie abzugehen und Schritte zu Verhandlung und Versöhnung mit allen notwendigen Ansprechpartnern, u. a.



der BDP, Abdullah Öcalan und der PKK zu unternehmen. Ein nötiger Schritt in Richtung Frieden wäre auch die sofortige Einstellung militärischer und polizeilicher Operationen, sowie die Freilassung der mehr als 1 680 inhaftierten kurdischen Politiker und Politikerinnen, Menschenrechtler und Menschenrechtlerinnen.

Ohne die Einhaltung der in den Art. 2, Art. 3, Art. 10 und Art. 11 gesicherten Rechte und der UN-Kinderrechtsresolution, wird es kaum möglich sein, auf einen langfristigen Frieden in der Türkei hinzuwirken.

Wir werden mit besonderer Aufmerksamkeit die weiteren Entwicklungen, vor allem in Bezug auf die oben genannten Fälle, insbesondere unter juristischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten beobachten.

In einer so entscheidenden Phase wären unseres Erachtens auch eine juristische Aufarbeitung geschehenen Unrechts, z. B. durch eine Wahrheitskommission und Amnestieregelungen, wünschenswert.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Erdogan, sehr geehrter Herr Staatspräsident Gül, sehr geehrter Herr Innenminister Atalay, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Außenminister Westerwelle, sehr geehrte Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und sehr geehrter Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung Herr Löning, mit positivem Bezug auf die Menschenrechte und das Völkerrecht, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die sofortige Freilassung der genannten Personen einzusetzen.

Darüber hinaus bitten wir Sie, Ihr politisches Handeln auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes zu konzentrieren und in Ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen auf eine Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechtes hinzuwirken.

- Andrej Hunko, Mitglied des Bundestages
- Ingrid Remmers, Mitglied des Bundestages
- Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler, ehem. Mitglied des Bundestages
- Bärbel Beuermann, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen
- Hamide Akbayir, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen
- Christiane Schneider, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
- Ali Atalan, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen
- Martin Dolzer, Soziologe
- Michael Knapp, Historiker
- Britta Eder, Rechtsanwältin
- Arnold Bruns, Verlagsleiter, Bonn
- Wolfgang Struwe, Isku
- Anni Poes, Rechtsanwältin
- Ville Punto, Rechtsanwalt
- Özge Tas, Rechtsanwalt
- Jürgen Schneider, Rechtsanwalt

Arabische Welt in Aufruhr

Mubarak muss weg. Das fordern Menschen in Ägypten – das fordern auch wir! Deutschland muss endlich mit den arabischen Despoten brechen!

Rede von Jan van Aken, MdB, am 9. Februar 2011 im Deutschen Bundestag; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mubarak muss weg! Das fordert das ägyptische Volk. Das fordern auch wir. Ich frage mich allerdings, warum ich das eigentlich nicht von Ihnen hier im Deutschen Bundestag höre.

Seit zwei Wochen wird in Ägypten demonstriert. Millionen von Menschen gehen auf die Straße. Obwohl bereits 300 von ihnen getötet worden sind, gehen sie Tag für Tag mit einem unglaublichen Mut auf die Straße. Ich finde es bewundernswert. Ich muss an dieser Stelle sagen: All unsere Hoffnung und all unsere Wünsche sind bei den Menschen, die heute wieder auf dem Tahrir-Platz in Kairo und anderswo demonstrieren.

Ihna wa'fin hadkum wa natlub maakum ad-dimuqratiyya wa l-hurriyya. Wir stehen an eurer Seite und fordern mit euch Demokratie und Freiheit.

Es gibt aber etwas, das uns in den letzten Tagen immer mehr aus Ägypten erreicht: Das ist die Angst der Menschen – trotz des Mutes, der sie jeden Tag wieder auf die Straße treibt, von uns verraten zu werden. Die Menschen in Ägypten wissen, dass die Bundesregierung und der Westen Mubarak und sein Regime 30 Jahre lang unterstützt haben.

Sie wissen auch, dass sie Mubarak und sein Regime niemals loswerden, wenn der Westen Mubarak oder Suleiman – das ist aus ägyptischer Sicht ein und dieselbe Soße – weiter unterstützt.

Es gibt etwas, was mir persönlich wirklich Angst macht. Meine arabischen Freunde sagen mir, dass in diesen Tagen in der arabischen Jugend ein Satz, der über Facebook und Twitter millionenfach im Internet verbreitet wird, die Runde macht. Der Satz lautet: Wir hassen euch nicht für eure Freiheit, sondern dafür, dass ihr uns die Freiheit verwehrt.

Darüber muss man einmal nachdenken. Der erste Teil des Satzes ist doch ganz interessant: Wir hassen euch nicht für eure Freiheit. Das sind eben keine Westen-Hasser. Das sind keine religiösen Fundamentalisten, die auf die Straße gehen. Das ist die junge Generation, die für ihre Freiheitsrechte einsteht und die Pressefreiheit, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze fordert. Das alles sind Werte, die sie auch bei uns in Deutschland und im Westen bewundern. Sie schauen nicht mit Hass auf den Westen.

Aber der zweite Teil des Satzes müsste uns wirklich zu denken geben: Wir hassen euch dafür, dass ihr uns die Freiheit verwehrt. Die jungen Menschen sehen nämlich, dass weder Frau Merkel noch Herr Westerwelle noch Hillary Clin-



ton oder irgendwer im Westen es fertig bringt, zu sagen: Mubarak muss weg! Suleiman muss weg! Die ganze Folterclique der letzten 30 Jahre muss weg! Erst dann haben sie die Chance auf Freiheit.

Daher, Herr Westerwelle, müssen Sie sich wirklich entscheiden, auf welcher Seite Sie stehen. Stehen Sie auf der Seite der Demokratie und auf der Seite der Demonstranten? Oder stehen Sie auf der Seite des Despoten? Lassen Sie das ägyptische Volk jetzt nicht allein, und lassen Sie endlich Mubarak, Suleiman und alle anderen fallen. Das haben Sie bis heute nicht gemacht.

Natürlich, da stimme ich mit Ihnen, Herr Westerwelle, überein, hat kein Mensch in Deutschland, kein Mensch im Westen darüber mitzubestimmen, wann Wahlen in Ägypten stattfinden, ob es Mussa oder al-Baradei wird. Wir haben dafür zu sorgen, dass das ägyptische Volk die Freiheit bekommt zu entscheiden, wer dort regiert.

Sie machen allerdings genau das Gegenteil von dem, was Sie hier gesagt haben. Sie haben hier behauptet, dass Sie auf der Seite der Demokratie sind. In Wahrheit sind Sie jedoch auf der Seite von Suleiman, dem Vizepräsidenten und Geheimdienstchef. Der hat genauso viel Blut an den Händen kleben wie Mubarak. Trotzdem bezeichnen Sie Suleiman als Ihren Partner. Damit sind Sie nicht auf der Seite der Demokratie.

Mit Ihrer Unterstützung für Suleiman machen Sie tatsächlich Brandstifter zu Feuerwehrmännern und lassen das ägyptische Volk und die Demonstranten alleine.

Ich will noch ein Wort zum etwaigen Klinikaufenthalt von Mubarak sagen. Ich bin absolut dafür, dass Menschen nach Deutschland kommen können und hier medizinisch behandelt werden. Das gilt auch für Mubarak. Dabei muss aber Folgendes gelten: In dem Moment, wo die medizinische Behandlung abgeschlossen ist, muss er noch im Krankenhaus wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – und das darf man nie vergessen – wegen Diebstahls verhaftet werden.

Mubarak und seine Familie haben Milliarden Euro beiseitegeschafft. Sie lagern auch hier in Deutschland und in Europa bei den Banken. Ich bin dafür, dass Sie dieses Geld einfrieren und es dem ägyptischen Volk zurückgeben.

Herr Mützenich, ich muss es einmal sagen: Den Tanz mit dem Teufel haben nicht nur die CDU/CSU und die FDP gemacht, den Tanz mit dem Teufel hat auch die SPD gemacht. Es gab ein Treffen zwischen dem Außenminister Steinmeier und Mubarak, bei dem Herr Steinmeier von der SPD Mubarak polizeiliche Hilfe zugesichert hat. Er hat ihm sogar – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – technische Hilfsmittel für den Polizeiaufbau zugesagt. Ich möchte mir nicht vorstellen, was in den Folterknästen Ägyptens mit technischen Hilfsmitteln aus Deutschland für die Polizei angestellt wird. Hier haben Sie sich genauso schuldig gemacht, und ich kann auch von Ihnen das erwarten, was die Grünen gemacht haben, nämlich dass auch Sie sich einmal kritisch mit Ihrer eigenen Vergangenheit im Außenministerium auseinandersetzen.

Es geht nicht nur um Waffen für die Polizei, und es geht nicht nur um Wasserwerfer. Apropos Wasserwerfer: Sie können sich das entsprechende Video im Internet anschauen. Sie sehen dort einen Wasserwerfer aus deutscher Produktion, mit dem in diesen Tagen in Kairo Demonstranten von der Straße gepustet werden.

Es geht auch um ganz andere Waffen. Deutschland hat in

den letzten zehn Jahren Waffen im Wert von sage und schreibe 276 Millionen Euro nach Ägypten geliefert. Herr Kauder, Sie können nicht sagen: Das hat doch niemand gewusst. Sie wussten, dass Waffen im Wert von 276 Millionen Euro nach Ägypten geliefert wurden, und Sie wussten von all den Menschenrechtsverletzungen und Folterungen.

Trotzdem haben Sie die Waffen geliefert. Darunter waren zum Beispiel 606 Maschinengewehre und 1726 Maschinenpistolen. Das haben Sie zu verantworten, und Sie wussten alles vorher.

Wer Waffen an Diktatoren liefert, der macht sich mitschuldig an Folterung, an Unterdrückung und an Zensur.

Mit diesen Waffenlieferungen haben Sie sich schuldig gemacht. Sie haben sie mit beschlossen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportieren sollte, nirgendwohin, vor allen Dingen aber nicht an diejenigen Länder des Nahen und Mittleren Ostens, von denen wir heute schon wissen, dass es dort Menschenrechtsverletzungen gibt. Heute wissen wir das von Ägypten. Letzten Freitag haben Sie die Waffenlieferungen nach Ägypten eingestellt. Das ist auch gut so. Was ist aber mit Algerien? Was ist mit Jordanien?

Was ist mit Saudi-Arabien? Soll ich Ihnen einmal kurz vorlesen, was Amnesty International zu Jordanien geschrieben hat, wo in diesen Tagen ebenfalls die ersten Demonstrationen stattfinden? Amnesty International schreibt dazu: Es trafen erneut Berichte über Folter und Misshandlungen in Jordanien ein. Mindestens zwei Männer starben ... an den Folgen von Schlägen, die ihnen Polizisten zugefügt hatten. Tausende Personen befanden sich ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in Haft.

An diese Verbrecher liefern Sie weiter ungeniert Waffen: 2496 Maschinenpistolen und 303 Gewehre in den letzten fünf Jahren. Hören Sie doch endlich damit auf, die Unterdrücker mit den Waffen auszurüsten, die sie für ihre Unterdrückung brauchen!

Herr Kauder, wenn in vier Wochen die Revolution und der Volksaufstand Jordanien erreicht haben, können Sie nicht sagen: Wir haben das alles nicht gewusst. Sie wissen es heute, und Sie können heute die Konsequenzen ziehen. Deswegen bin ich dafür, dass ab sofort alle Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten eingestellt werden.

Ich danke Ihnen.



Solidarität mit den Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern – Beendigung der deutschen Unterstützung von Diktatoren

Antrag der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/467, 117. Wahlperiode, 8. Februar 2011

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die durch die öffentliche Selbsttötung des jungen tunesischen Straßenhändlers Mohamed Bouzizi in der Stadt Sidi Bouzid ausgelösten Proteste in Tunesien, Ägypten, Algerien, Libyen, Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und Jemen haben das Potenzial, die autoritäre Gesellschaftsordnung dieser Staaten grundlegend zu verändern. Der Deutsche Bundestag solidarisiert sich mit den demokratischen Bewegungen weltweit.

2. Hunderttausende Menschen in Tunesien konnten sich mit dem Schicksal Mohamed Bouzizis, der arbeitslos war und dessen auf Kredit gekaufte Waren von der Polizei beschlagnahmt wurden, identifizieren. Das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte zuerst in Tunesien und nun in Ägypten und vielen anderen Ländern der Region tut das Seine, um Millionen Menschen in der Region zum Widerstand gegen ihre Regime zu ermutigen. Nach der Flucht des Präsidenten Ben Ali aus Tunesien wurde eine Übergangsregierung eingesetzt und mehrfach umgestellt, doch die Proteste halten an. Sie wenden sich gegen die Präsenz der Anhänger des alten Regimes in der Übergangsregierung und der Verwaltung.

3. Die Proteste werden von nahezu allen Schichten der Bevölkerung getragen. Diese fordern eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die demokratische Öffnung der jeweiligen Systeme. Die Regierungen Algeriens, Tunesiens, Ägyptens und Jemens sind in der Vergangenheit äußerst repressiv gegen jede Oppositionsbewegung vorgegangen. Von Versammlungs- und Koalitionsfreiheit kann in den betroffenen Staaten keine Rede sein. Parteien und Organisationen wurden verboten, Tausende Menschen ohne Anklage inhaftiert und gefoltert, Demonstrationen unter Anwendung tödlicher Gewalt aufgelöst. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben seit Jahren auf die schweren Menschenrechtsverletzungen hingewiesen. Die USA, Deutschland und die EU haben auf all diese Hinweise nicht reagiert und die autoritären Systeme weiterhin unterstützt. Dies hat das Ansehen Europas und der USA bei der Bevölkerung der betroffenen Staaten zu Recht schwer beschädigt.

4. Den USA, der EU und ihren Mitgliedsstaaten galten die autoritären Regime in Nordafrika als Garanten von Stabilität, als Verbündete im so genannten Krieg gegen den Terror und im „Kampf gegen die illegale Migration“. Deshalb ließen sie ihnen freie Hand bei der Unterdrückung der Opposition und

unterstützten diese insbesondere, wenn es sich um vermeintlich islamistische Bewegungen handelte.

5. Tunesien, Ägypten, Algerien, Jordanien und Jemen erhielten in den letzten fünf Jahren polizeiliche Ausstattungshilfe durch das Bundeskriminalamt (BT-Drucksache 17/766). Verbindungsbeamte des BKA halten sich gegenwärtig zumindest in Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien auf (Schenk, Dieter: Jemand muss das Schweigen brechen. Über die Zusammenarbeit des BKA mit Folterstaaten, in: Möllers/van Ooyen: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011). Jemen, Tunesien und Marokko erhielten zusätzlich militärische Ausstattungshilfe, in deren Rahmen auch Militärberater und Militärberaterinnen der Bundeswehr die jeweiligen Streitkräfte unterstützten. Gegenüber Ägypten wurde im Januar 2009 ein umfangreiches Programm zur „Beratung, Ausbildung und Ausstattungshilfe“ für die Grenzsicherung durch die Armee in Aussicht gestellt, welche auch die „systematische Überwachung des Hinterlands“ ermöglichen sollte. Soldaten der tunesischen, ägyptischen und der algerischen Streitkräfte wurden an der Führungsakademie und anderen Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr fortgebildet. Im Mai 2010 besuchte eine Delegation der ägyptischen Armee die Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck.

Im letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 finden sich Algerien, Tunesien, Ägypten und Jemen als Empfänger konventioneller deutscher Rüstungsexporte. Ägypten gilt mittlerweile als bedeutendstes Entwicklungsland unter den Empfängern deutscher Waffenexporte, die sich allein zwischen 2008 und 2009 auf über 77 Mio. Euro erhöht und damit mehr als verdoppelt haben. Darunter waren 2009 auch 884 Maschinenpistolen, wie sie die ägyptische Polizei verwendet. Bislang hat sich die Bundesregierung geweigert, Aussagen zu den Exporten von Tränengas und Wasserwerfern in die betreffenden Länder zu machen (vgl. etwa Bundestagsdrucksache 16/9398). Auf Fotos von den Demonstrationen in Kairo konnte jedoch ein Wasserwerfer aus deutscher Produktion im Einsatz gegen Demonstranten identifiziert werden (Berliner Zeitung vom 3. Februar 2011).

6. Deutschland darf sich nicht von seinen ökonomischen Interessen leiten lassen. Ägypten dient Deutschland als Absatzmarkt für Maschinenteile der KFZ-, Elektronik- und IT-Industrie sowie als Rohstofflieferant, zudem gilt es als wachsender Markt für erneuerbare Energien und Atomkraft. Deutschland exportierte 2009 Waren im Wert von 3,2 Milliarden US-\$ nach Ägypten und ist damit drittgrößter Exporteur in dieses Land. Importiert wurden Waren im Wert von 1,16 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte davon mineralische Brennstoffe. Auch für Tunesien ist Deutschland drittgrößter Handelspartner und Abnehmer insbesondere von elektronischen Produkten, die dort weiterverarbeitet werden. In Tunesien stehen zusätzlich umfangreiche Privatisierungs- und Investitionsprogramme im Bereich der erneuerbaren Energien und der Atomkraft an, von denen deutsche Investoren profitieren wollen.

7. In Tunesien und Marokko wird die Einführung der Atomkraft von der EU im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft unterstützt, welche auch eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und die Einrichtung einer Freihandelszone vorsieht. Neben der Euro-Mediterranen Partnerschaft unterstützt die EU die nordafrikanischen Staaten insbesondere im Rahmen des „Kampfes gegen die illegale



le Migration“ und bei der „Bekämpfung des Terrorismus“. Unter anderem werden ein Studienzentrum zum Terrorismus (CAERT) in Algerien und ein Innovationsfonds für Reaktorsicherheit, Satellitentechnologie und IT-Sicherheit in Ägypten finanziert.

8. Die gegenwärtigen Proteste beweisen, dass auch in den arabischen Staaten der Ruf nach demokratischen Reformen nicht zum Schweigen zu bringen ist. Sie demontieren damit die angeblichen Konfliktlinien zwischen Demokratie und arabischer Welt. Die Forderung der ägyptischen demokratischen Bewegungen nach Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak ist völlig berechtigt. Diese haben das Potenzial, zu einer friedlicheren Weltordnung beizutragen. Zugleich entlarven sie die falsche Ausrichtung der europäischen und US-amerikanischen Außenpolitik. Eine sofortige Beendigung der Unterstützung für die autoritären Regime in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel kann zu einer tatsächlichen Demokratisierung des Maghreb sowie des Nahen und Mittleren Ostens beitragen und somit auch bestehende Konflikte entschärfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. jegliche Unterstützung, insbesondere Waffenlieferungen, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Polizei und Militär der autoritären Regime in Ägypten, Algerien, Libyen, Jordanien, Jemen, Marokko und Saudi-Arabien unverzüglich einzustellen;

2. im Rat der Europäischen Union aktiv zu werden, damit die Europäische Union einen grundlegenden Wechsel zu einer demokratischen und friedlichen Außenpolitik gegenüber den arabischen Staaten vollzieht;

3. im NATO-Rat darauf hinzuwirken, dass die Polizei- und Militärhilfe gegenüber Ländern mit autoritären Regimen in der arabischen Welt eingestellt wird;

4. sich öffentlich für den unverzüglichen Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak auszusprechen;

5. jegliche Gewalt gegen Demonstrationen aufs Schärfste zu verurteilen;

6. im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung der Gewalt in Ägypten, Algerien, Libyen, Jordanien, Jemen, Marokko und Saudi-Arabien gegen Oppositionelle, Demonstrantinnen und Demonstranten zu erwirken;

7. den Export von Ausrüstungsgegenständen für Polizei-, Geheimdienst-, und Gendarmeriekräfte, insbesondere von Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern (sowie deren Komponenten) in Länder mit autoritären Regimen zu untersagen, deren Ausfuhr zu erfassen und dem Bundestag hierüber regelmäßig Bericht zu erstatten;

8. jegliche Hilfe bei der Einführung der Atomkraft in Drittstaaten, insbesondere solche Länder mit autoritären Regimen, einzustellen, für die Zukunft auszuschließen und dies auch von der EU im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft einzufordern;

9. Lebensmittellengpässe in der Region durch Hilfslieferungen abzumildern.

Berlin, den 8. Februar 2011, Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Solidarität mit den Demokraten Tunesiens! Das tunesische Volk erhebt sich für Recht und Freiheit

*Erklärung des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken, Brüssel, 16. Januar 2011;
aus: <http://de.european-left.org/deutsch>*

In Tunesien hat eine mutige und beeindruckende Manifestation des ganzen Landes, vor allem der Jugend, die Flucht des Diktators Ben Ali erzwungen. Die Europäische Linke begrüßt diesen Sieg des Volkes.

Das tunesische Volk hat für diesen Erfolg mit Dutzenden Toten und Hunderten Verwundeten teuer bezahlen müssen. Wir erweisen ihnen die Ehre.

Dieser erste Sieg muss zu definitiven Ende des korrupten, diktatorischen und oligarchischen Regimes in Tunesien führen. Der Aufstand der Bürger zielt auf wirkliche demokratische Veränderungen im Sinne des Volkes mit einer Neuverteilung des Wohlstandes. Sie können immer auf unsere Solidarität zählen.

Die Europäische Linke unterstützt die Forderungen der tunesischen Demokraten nach Befreiung aller politischen Gefangenen, nach allgemeiner Amnestie und Rückkehr der ins Exil gezwungenen Menschen, nach freien und demokratischen Wahlen innerhalb der nächsten sechs Monate, nach Aufhebung aller gegen Rechte und Freiheiten gerichteten Gesetze, nach Ende der Korruption und danach, alle Verantwortlichen dieses verkommenen Systems vor Gericht zu stellen.

Diese Krise ist auch eine Folge der Diktate des Internationalen Währungsfonds während der 80er und 90er Jahre mit Sparauflagen für Sozialwesen und Löhne, Privatisierung zum Nutzen von Unternehmern, aber Ungerechtigkeit und Armut für die Mehrheit der Menschen.

Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt ihre volle Solidarität mit allen tunesischen Demokraten, die auf eine Perspektive des sozialen Fortschritts und wirklicher Demokratie in Tunesien hinarbeiten.

Was heute in Tunesien geschieht, ist eine dringende Mahnung für die EU und ihre Politik der Assoziierung mit den Ländern der südlichen Regionen. Dieser Aufstand zeigt das eklatante Scheitern einer Politik, die ausschließlich auf die Bildung einer Freihandelszone mit neoliberalen Zielstellungen gerichtet ist, die gänzlich den Interessen multinationalen und privaten Kapitals unterliegt und außerstande ist, Bedingungen für eine positive Zusammenarbeit der Völker beiderseits des Mittelmeers zu schaffen.

Die gesamte europäische Mittelmeerpolitik muss in Hinblick auf die heftigen Spannungen überdacht werden, die wir jetzt nicht nur in Tunesien erleben, sondern auch in Algerien, das seinerseits von sozialen Bewegungen und legitimen, populären Forderungen erschüttert wird.

Es gibt keine Zukunft für die EU ohne eine echte Partnerschaft im wechselseitigen Interesse der Menschen beiderseits des Mittelmeers, gleichberechtigt und demokratischen Anforderungen entsprechend.



Die Revolution ist ein Prozess: Tunesien nach dem Sturz Ben Alis

Von Claudia Haydt, Mitglied des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken; aus: www.antikapitalistische-linke.de, In leicht gekürzter Version erschienen in: *Junge Welt* am 17. Februar 2011

Die Armee ist überall präsent: Sie ordnet Warteschlangen, steht an Kreuzungen und hält sich meist auffallend zurück. Polizei sieht man selten. Einzelne Kreuzungen werden von Verkehrspolizisten geregelt, auf anderen unterhalten sich Polizisten, während sich der Verkehr um sie herum mehr oder weniger selbst regelt. Parkregelungen sind außer Kraft, wenigstens de facto. Kein Polizist würde es wagen, ein Auto abschleppen zu lassen oder Strafzettel zu verteilen. Fliegende Händler verkaufen auf jedem freien Quadratmeter des Bürgersteiges ihre Waren, die ganz offensichtlich von Plünderungen in den Wochen zuvor stammen. Geplündert wurde jedoch nicht wahllos, sondern meist sehr gezielt aus den Supermärkten und Lagern des Ben Ali-Familienclans.

Die meisten Tunesier sahen das als einen Akt ausgleichen der Gerechtigkeit. Waren doch Staat und Wirtschaft faktisch im Privatbesitz der Familie Ben Alis. Jeder in Tunesien kann zeigen, was sich „Ben Ali und die vierzig Räuber“ alles unter den Nagel gerissen hatten: Supermarktketten, Banken, Transportunternehmen, Unternehmen, Villen und Hotels – nahezu alles, was größere Profite abwirft, gehört einem Schwager, einem Schwiegersohn oder der Frau des Präsidenten.

Genau genommen ist der Verkauf von Gütern auf der Straße ohne Genehmigung verboten – eigentlich. Viele Bestimmungen sind im revolutionären Tunesien außer Kraft. Das Rauchverbot auf dem Flughafen wird genauso ignoriert wie manche ungeschriebene Regeln. Niemand muss mehr Schmiergelder zahlen um Geschäfte abwickeln zu können. Infolge dessen macht der Hafen in Tunis momentan wesentlich mehr Umsatz als zu Zeiten des alten Regimes. Trotz revolutionärer Rahmenbedingungen sind die Produkte des täglichen Bedarfs nicht teurer geworden, manches ist sogar günstiger.

War es eine Revolution oder ein Aufstand, der sich im Dezember und Januar in Tunesien ereignet hat? Die Bezeichnung Jasmin-Revolution ist nichts weiter als eine Erfindung der französischen Medien. Die Menschen in Tunesien reden von Revolte oder Revolution. Wenn sie ihr einen Namen geben, dann „Sidi Bouzid Revolte“ in Anlehnung an die Stadt in der alles begann. „Die Revolution gibt uns Gelegenheit zu träumen“, mit diesen Worten beschreibt der tunesische Autor und frühere Dissident Taoufik Ben Brik das, was Akteure und Beobachter des Aufbegehrens und Umsturzes in Tunesien verbindet. Ob die Revolution vorbei ist und das Gebot der Stunde nun ein Übergang zur Normalität oder ob die Revolution ein – längst noch nicht abgeschlossener – Prozess ist, darüber sind sich die verschiedenen linken Gruppierungen in Tunis alles andere als einig.

Einheit statt Spaltung

In Tunesien waren Mitte Februar 24 politische Parteien offiziell registriert, viele davon sind neu und praktisch unbekannt. Welche eine zentrale Bedeutung im neuen Tunesien haben werden, darüber mag niemand eine belastbare Prognose abgeben. Fragt man Menschen auf der Straße nach linken Parteien, dann wird meist die PCOT, die Kommunistische Arbeiterpartei, genannt. Ihr Vorsitzender Hamma Hammadi hat lange Jahre im Gefängnis und in der Illegalität verbracht und wird deswegen von einem breiten politischen Spektrum ob seines konsequenten Engagements für Freiheit und Demokratie geschätzt. Im Gegensatz zu anderen linken Oppositionsparteien wurde die PCOT nie anerkannt. Es gelang ihr trotz massiver Repression, Inhaftierung und Folter vieler Mitglieder dennoch arbeitsfähig zu bleiben. Infolge dessen konnte sie auch in der tunesischen Revolution eine wichtige Kraft sein. Die PCOT arbeitete dabei bewusst mit den verschiedensten Oppositionskräften zusammen, egal, ob mitlinks, ob liberal oder islamisch. Nur durch diese Kooperation war es möglich, Ben Ali los zu werden, der jahrelang die verschiedenen Oppositionsgruppen gegeneinander hetzte. Mit der alles dominierenden „Angst vor den Islamisten“ gelang es nicht nur westliche Staaten zu überzeugen, dass das Regime Ben Ali das kleinere Übel sei, sondern auch Teile der tunesischen Opposition zu paralysieren. Die „herrschende Minderheit“ konnte nur an der Macht bleiben, indem sie die Mehrheit fragmentierte und gegeneinander aufwiegelte, so Hammadis Analyse.

Die PCOT hat es nicht eilig damit, sich als Partei registrieren zu lassen, diese Formalität steht „demnächst“ auf der Tagesordnung. „Wir sind von der Bevölkerung anerkannt, das reicht als Grundlage unserer Arbeit“, heißt es. Dennoch hat sie, wie andere Parteien auch, sofort nach dem Sturz des Diktators Zine El Abidine Ben Ali begonnen, sichtbare Parteistrukturen aufzubauen. Alle rechnen mit einem Achtungserfolg der PCOT bei den nächsten Parlamentswahlen. Die Machtfrage Tunesiens entscheidet sich jedoch voraussichtlich im politischen Spektrum von Mitte-Links.

Soziale Fragen

Neben der islamischen Ennahda gibt es auch liberale und bürgerlich-konservative Parteien, doch gerade letztere spielen momentan keine große Rolle bei der Neuformierung der politischen Landschaft. Die Revolution entzündete sich vor allem an sozialen Fragen, folglich sind Parteien, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen, diejenigen, die die besten Chancen haben. In den konkreten Forderungen gibt es deswegen von Links bis Mitte (einschließlich Ennahda) weitgehenden Konsens. Priorität haben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Regionalentwicklung, der Stopp der Privatisierungen – ganz besonders im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen – und die Senkung der Lebenshaltungskosten. Ebenso auf der Tagesordnung steht die Abkehr vom Präsidialsystem und der Neuaufbau einer parlamentarischen Demokratie.

Dissens gibt es in der Frage der Kooperation mit der Übergangsregierung. Besteht die Gefahr, alles zu verspielen, wenn nicht schnell Normalität einkehrt, wenn sich nicht auch linke Parteien und Organisationen an der Regierung und damit an der Kontrolle des Apparates beteiligen? Diese



Position vertritt die reformkommunistische Partei Ettajdid, die im Tunesien Ben Alis zur „legalen Opposition“ gehörte und zur Zeit mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Das Argument ist nicht völlig von der Hand zu weisen, da Anhänger Ben Alis und seiner inzwischen suspendierten Partei RCD nach wie vor versuchen, das Land zu destabilisieren, und dazu auch ihre Positionen im Regierungsapparat nutzen. Ettajdid stellt mit Ahmed Brahim den Minister für Bildung und Forschung. Im Gegensatz zu anderen müssen die Reformkommunisten beim Parteaufbau nicht völlig von Null anfangen, sondern besitzen bereits einen gewissen Professionalisierungsgrad.

Verrat an der Revolution?

Der frühere Dissident Ben Brik sieht in der Regierungsbeteiligung Kollaboration, ja „Verrat an der Revolution“. Er befürchtet, dass Linke durch ihre „konstruktive Mitarbeit“ (Demokratische Fortschrittspartei/PDP) beziehungsweise durch die „Übernahme von Verantwortung“ (Ettajdid) gerade das Überleben des alten Systems ermöglichen. Doch die Lage und die Signale aus der Bevölkerung sind nicht ganz so eindeutig. Und so sieht auch eine weitere unter Ben Ali marginalisierte, aber legale Oppositionskraft aus dem Mitte-Links-Spektrum, die Demokratische Fortschrittspartei (PDP), die Notwendigkeit einer Regierungsbeteiligung. Die PDP hat als erste tunesische Partei eine Frau, Maya Jribi, als Vorsitzende. Graue Eminenz ist der ehemalige Vorsitzende und Anwalt Ahmed Néjib Chebbi, der als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt wird. Die PDP gilt als eine der populärsten Mitte-Links-Parteien. Bis jetzt scheint auch die Beteiligung ihres Aushängeschildes an der Regierung der Glaubwürdigkeit nicht geschadet zu haben. Chebbi ist Minister für Regionalentwicklung, ein Posten, der für die unterentwickelten Teile Tunesiens von großer Bedeutung ist. Zu den ersten Projekten in diesem Bereich gehören die Wiederherstellung und der Ausbau des Schienennetzes in den ländlichen Regionen.

Oppositionsparteien – auch die offiziell anerkannten – hatten keinen leichten Stand im Tunesien Ben Alis. Sie konnten kaum für ihre Positionen werben, Flugblätter wurden meist beschlagnahmt oder konnten erst gar nicht gedruckt werden. Wer wie die Reformkommunistische Erneuerungspartei Ettajdid bereits Abgeordnete in Parlament hat, dem fällt es jetzt leichter, flächendeckend Parteistrukturen aufzubauen. Die anderen Parteien müssen sich nun unter Hochdruck von Null auf Hundert professionalisieren. Neben Ettajdid und PDP beteiligt sich auch ein Aktivist der Piratenpartei als Staatssekretär für Jugend und Sport an der Regierung. Doch auch wenn das Internet und soziale Medien in der tunesischen Revolution eine zentrale Rolle spielten, so hat die Piratenpartei – zumindest bis jetzt – keine größere Massenbasis.

Das Korrektiv der Straße

Einen anderen Weg wählte das ebenfalls im Mitte-Links-Spektrum verortete Forum für Arbeit und Freiheit (FDTL). Ihr Vorsitzender, der renommierte Arzt Mustapha Ben Chaafar, erklärte sich am 17. Januar zunächst bereit, das Gesundheitsministerium zu übernehmen. Als er jedoch realisierte, wie viele RCD-Funktionäre in dieser Regierung Schlüsselpositionen innehatten, trat er umgehend zurück – gemeinsam mit

den meisten Vertretern der Einheitsgewerkschaft UGTT, die ebenfalls kurzfristig diverse Ministerposten besetzten. Zusammen mit massiven Protesten auf den Straßen Tunesiens führte dies dazu, dass nun außer dem Premierminister Mohammed Ghannouchi keine RCD-Vertreter mehr in der ersten Reihe der Regierung vertreten sind. Allerdings werden viele Positionen von Experten aus der zweiten Reihe des alten Systems besetzt, deren Loyalitäten nicht immer klar sind. PDP und Ettajdid werfen Ben Chaafar vor, er habe sich nur aus opportunistischen Gründen aus der Regierung zurückgezogen, um so eine bessere Ausgangsposition für die Präsidentschaftswahlen zu haben. Tatsächlich gilt Ben Chaafar als aussichtsreicher Kandidat. Seine unter gewerkschaftlich organisierten Medizinern verankerte FDTL hat schon in den vergangenen Jahren eine gewisse Popularität als konsequente Oppositionspartei gewonnen.

Welche der linken Machtstrategien nun aufgehen wird, das werden die Wahlen zeigen, die voraussichtlich in etwa einem halben Jahr stattfinden sollen. Momentan hat Tunesien wohl eine „Regierung auf Bewährung“. Die Bevölkerung beobachtet sehr genau, was diese macht. Es wird positiv aufgenommen, dass endlich die Antifolterkonvention ratifiziert wurde, dass Pressefreiheit herrscht und dass es bei der sozialen Absicherung kleine Verbesserungen gibt. Doch als Außenminister Ahmed Ounaies sich allzu begeistert über ein Treffen mit seiner französischen Amtskollegin Michèle Alliot-Marie zeigte, da musste er innerhalb kürzester Zeit seinen Hut nehmen. Hatte die Dame doch neben kostenlosem Urlaub bei Ben Alis Freunden vor allem dadurch von sich reden gemacht, dass sie dem Diktator während der Proteste Hilfe durch französische Fallschirmspringer angeboten hatte. Die eigentliche politische Macht in Tunesien liegt – zum Glück – immer noch bei der Bevölkerung, die ihre Angst verloren hat. Es ist vor allem dieses Korrektiv der Straße, das dafür sorgt, dass zumindest die generelle politische Richtung stimmt. Die Übergangsregierung weiß sehr genau, dass alles, was als „Verrat an der Revolution“ wahrgenommen wird, zu massiven Protesten führt.

Claudia Haydt war in den vergangenen Tagen in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied der Partei der Europäischen Linken (EL) zusammen mit deren Vizepräsidentin Maite Mola zu Gesprächen mit Vertretern verschiedener linker Parteien in Tunesien.

Garant der Stabilität

Aus: www.german-foreign-policy.com

Die website [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) informiert zeitnah mit Kurzanalysen, Interviews und eigenen Kommentaren über die deutsche Außenpolitik und relevante internationale Vorgänge. Außerdem referiert sie aktuelle Studien, Analysen und andere Publikationen deutscher Denkfabriken zu außenpolitischen Fragen.

Kairo, Berlin (Eigener Bericht), 11. Februar 2011 – Schwere Foltervorwürfe treffen das jahrzehntelang von der Bundesrepublik unterstützte ägyptische Militär. Wie verschiedene Menschenrechtsorganisationen berichten, haben Soldaten in den letzten Tagen Hunderte, womöglich gar Tausende Demonstranten verschleppt und zahlreiche von ihnen gefoltert.



Bereits zuvor waren schwere Vorwürfe gegen den Geheimdienst Mukhabarat laut geworden, der zu den Partnerdiensten des BND zählt. Der aktuelle ägyptische Vizepräsident Omar Suleiman, der zur Zeit als mächtigster Mann in Kairo gilt, war bis vor kurzem sein Präsident.

Das ägyptische Militär und der Mukhabarat sind nicht nur in den 1950er Jahren von der Bundesrepublik nach Kräften unterstützt worden. Sie erhalten nach einer Unterbrechung, die aus einem außenpolitischen Strategiewechsel der Vereinigten Staaten resultierte, seit Ende der 1970er Jahre erneut Rüstung und Training in der Bundesrepublik. Hintergrund sind geostrategische Erwägungen zur Kontrolle der mittelöstlichen Ressourcengebiete. Die Unterstützung wird daher trotz der aktuellen Foltervorwürfe fortgeführt.

Folterer

Menschenrechtsorganisationen erheben schwere Foltervorwürfe gegen das ägyptische Militär. Wie Human Rights Watch berichtet, haben Soldaten und Militärpolizisten in den vergangenen Tagen mindestens 119 Protestdemonstranten willkürlich verschleppt und mehrere von ihnen gefoltert.¹ Beobachter schätzen die Gesamtzahl der Opfer, zu denen auch Journalisten gehören, auf Hunderte, „möglicherweise Tausende“.² Schon zuvor waren Berichte bekannt geworden, denen zufolge der im Militär angesiedelte Geheimdienst Mukhabarat ebenfalls Journalisten verschleppt.³ Er gehört zu den Partnerdiensten des Bundesnachrichtendienstes (BND). Der langjährige Mukhabarat-Chef Omar Suleiman, seit kurzem Vizepräsident und derzeit wohl mächtigster Mann in Kairo, hat jetzt offen mit Putsch gedroht, sollten die Proteste nicht bald nachlassen. Die Repressionsmaßnahmen und Drohungen sollen die Herrschaft des Militärs sichern, das bereits jetzt de facto die Regierung innehat.

Kooperation

Die Repressionsapparate des ägyptischen Staates arbeiten nicht nur aktuell mit Bundeswehr und BND zusammen. Bereits an ihrem Ausbau während der 1950er Jahre waren vor allem vormalige Wehrmachtssoldaten und SS'ler beteiligt. Verlieh die Kooperation mehr als ein Jahrzehnt erfolgreich, kam es in den 1960er Jahren zu einem Bruch.

Eine neue US-Strategie

Ursache für den Abbruch der deutsch-ägyptischen Militär- und Geheimdienstkooperation in den 1960er Jahren war ein Kurswechsel der US-amerikanischen Nahostpolitik Mitte der 1950er Jahre. Washington hatte zunächst versucht, Ägypten nach dem Putsch der Freien Offiziere fest im Westen zu verankern. Schon bald zeigte sich, dass Kairo auf Eigenständigkeit beharrte: Es blieb dem 1955 in Ergänzung zur NATO gegründeten prowestlichen „Bagdad-Pakt“ fern und bemühte sich um die Lieferung von Waffen aus der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Kurz vor der Suezkrise von 1956 entwickelte die CIA erste Pläne, Staatspräsident Gamal Abdel Nasser zu stürzen – Pläne, die zuerst vom CIA-Mann Frank Wisner, dem Vater des heutigen US-Sonderbeauftragten für Ägypten, vorangetrieben und noch in den 1960er Jahren verfolgt wurden.⁴ Nach der Suezkrise legten sich die USA auf eine Nahoststrategie fest, die sich gegen Ägypten und ande-

re nach Eigenständigkeit strebende Staaten aus der Region richtete⁵ – und die Israel als militärische Hilfskraft für die eigenen Hegemonialpläne nutzte.

Militärkooperation mit Israel

Zur Unterstützung wurde damals auch Bonn herangezogen. 1957 nahmen die Bundesrepublik und der zentrale US-Partner Israel geheime Verhandlungen über eine Militärkooperation auf – zu einem Zeitpunkt, da keinerlei diplomatische Beziehungen bestanden, weil diese unter den israelischen Holocaust-Überlebenden kaum durchsetzbar gewesen wären. Auf die Lieferung deutscher Panzer und Kriegsschiffe, die der deutschen Rüstungsindustrie Auftrieb gab, folgte im Winter 1960/61 die ebenfalls streng geheime Aufnahme von Kontakten zwischen dem eng an die CIA angebundenen BND unter dem einstigen NS-Agenten Reinhard Gehlen und dem Mossad. Zu der Neuorientierung der bundesdeutsch-US-amerikanischen Nahostpolitik passte die Militärkooperation zwischen Bonn und Kairo nicht recht. Zwar beobachtete Washington die Zusammenarbeit noch eine Zeitlang mit einem gewissen Wohlwollen, weil sie Kairo von einer einseitigen Rüstungskooperation mit den osteuropäischen Staaten abhielt. Als sich in den 1960er Jahren neue Eskalationen abzeichneten, wurde sie jedoch eingestellt.

Raketen und Attentate

Höchst spektakulär verlief dies im Falle eines Raketenentwicklungsprogramms, das vormalige NS-Raketenspezialisten nach der Suezkrise in Ägypten gestartet hatten. Das Programm zielte direkt auf die Aufrüstung Ägyptens gegen Israel⁶, lag aber auch in bundesdeutschem Interesse, da es Bonn die damals noch nicht erlaubte Entwicklung einer eigenen Raketentechnologie ermöglichte. In der Bundesrepublik hoffte man, Israel mit der Lieferung von Raketenabwehrsystemen zum Stillhalten bewegen zu können. Anfang der 1960er Jahre nahm jedoch auch in den USA der Druck zu, das Programm einzustellen. 1962 und 1963 kam es zu mehreren, teils erfolgreichen Anschlägen auf in Ägypten tätige bundesdeutsche Raketenspezialisten, die ihre formal privatwirtschaftlichen Arbeiten fortführen wollten. Die Attentate wurden in der Bundesrepublik vom Mossad verübt und vom BND gebilligt sowie mit Training und falschen Papieren ermöglicht. Sie sind ein herausragendes Beispiel der neuen bundesdeutsch-israelischen Kooperation gegen widerspenstige arabische Staaten – unter der Ägide der neuen US-amerikanischen Nahoststrategie.⁷ 1965 schließlich brach Bonn auch die diplomatischen Beziehungen zu Kairo ab, stellte jegliche Wirtschaftshilfe ein und vereinbarte den Austausch von Botschaftern mit Israel.⁸

Neubeginn

Neue Geheimdienst- und Militärkooperationen bahnte die Bundesrepublik erst in den 1970er Jahren an. Anwar as-Sadat, 1970 ins Amt des ägyptischen Staatspräsidenten gelangt, bemühte sich intensiv um westliches Kapital. Seine Annäherungen stießen in Washington und Bonn auf Interesse, und der BND nahm die ägyptische Spionage im August 1973 wieder in die Riege seiner Partnerdienste auf. Der Jom-Kippur-Krieg versetzte der neuen Kooperation 1973 einen



kurzen Rückschlag, bis es im Vorfeld des Abkommens von Camp David zu regelmäßigen Treffen des BND mit dem ägyptischen Dienst auf der obersten Ebene kam. Für 1978 vermerkt der Publizist Erich Schmidt-Eenboom eine „ungewöhnlich starke Unterstützung des ägyptischen Geheimdienstes“ durch den BND, die sich nicht zuletzt in der Lieferung bundesdeutscher Technologie zur Funkspionage und in den zur Anwendung erforderlichen Trainingsmaßnahmen ausdrückte.⁹

Ressourcenkontrolle

Seit dieser Zeit hält die deutsch-ägyptische Kooperation an – im Rahmen eines Kräftefeldes, in dem Ägypten, gründend auf dem Abkommen von Camp David, als enger Partner der Vereinigten Staaten und damit auch Israels operiert. Nicht von ungefähr wurde unlängst, als die Debatte über Exilländer für Hosni Mubarak begann, zuerst Israel genannt. Die von den USA angeführte Kooperation zielt vor allem darauf ab, die nah- und mittelöstlichen Ressourcengebiete unter westlicher Kontrolle zu halten und das Entstehen einer gemeinsamen arabischen Front gegen die westliche Hegemonie, wie sie etwa in den 1950er Jahren der von der CIA bekämpfte ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser anstrebte, dauerhaft zu verhindern. Dazu trägt auch die Kooperation der Bundeswehr, der Polizei sowie des BND mit Ägypten bei. Das BKA unterhält seit Jahren einen Verbindungsbeamten in Kairo, die Bundespolizei deren zwei. Allein in den Jahren zwischen 1999 und 2009 erhielt Kairo aus Deutschland Rüstungsgüter im Wert von rund 270 Millionen Euro. Die Streitkräfte der beiden Länder unterhalten ein Kooperationsprogramm. Gegenwärtig bildet die Bundeswehr elf Offiziere der ägyptischen Armee aus. Die Zusammenarbeit wird ungeachtet der aktuellen Demonstrationen fortgeführt; sie dient geostrategischen Zielen und steht aus deutscher Sicht trotz der Kämpfe in Kairo um Demokratie nicht zur Debatte.

Anmerkungen

- 1 Egypt: Investigate Arrests of Activists, Journalists; www.hrw.org, 9.2.2011
- 2 Egypt's army "involved in detentions and torture"; www.guardian.co.uk, 9.2.2011
- 3 Im Folterknast des Muchabarat; www.spiegel.de, 6.2.2011
- 4 Tim Weiner, *Legacy of Ashes. The History of the CIA*, New York 2008.
- 5 Schriftlich fixiert wurde diese Strategie in der Eisenhower-Doktrin vom 5. Januar 1957.
- 6 Dalia Abu Samra, *Deutschlands Außenpolitik gegenüber Ägypten*, Berlin 2002
- 7 Shlomo Shpiro, Für die Sicherheit Israels kooperieren wir sogar mit dem Teufel; www.berlinonline.de, 8.1.2000
- 8 Erich Schmidt-Eenboom, *Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten*, München 2007
- 9 ebenda

Das türkische Modell

Aus: www.german-foreign-policy.com

Kairo, Ankara, Berlin (Eigener Bericht), 18.2.2011 – Berliner Regierungsberater schlagen eine Neuorganisation des ägyptischen Staates nach türkischem Modell vor. Hintergrund ist die Sorge, in Kairo könnten islamistische Kräfte mit antiwestlicher Orientierung die Oberhand gewinnen und die amerikanisch-europäische Kontrolle über die arabischen Ressourcengebiete in Frage stellen. Wolle man dies vermei-

den, heißt es bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dann könne man die Türkei zum Vorbild nehmen. Diese wird im Westen seit geraumer Zeit als Modell für die arabische Welt und insbesondere für Ägypten genannt, weil sie eine gegenüber der EU kooperationswillige Ausformung des politischen Islam hervorgebracht hat. Zuvor war es mit Hilfe des türkischen Militärs gelungen, missliebige politische Strömungen von der Macht fernzuhalten. Vergleichbares könne jedoch in Ägypten nur glücken, wenn die EU mit dem Land ähnlich eng kooperiere wie mit der Türkei, urteilt die SWP. Berlin dringt seit Wochen auf eine „Transformationspartnerschaft“ der EU mit Kairo, die Ägypten weit enger als bisher an diese anbinden soll.

Prowestlich, autoritär

Wie es in einer aktuellen Stellungnahme aus der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) heißt, könne als Modell für das im Umbruch befindliche Ägypten und möglicherweise auch andere arabische Staaten die Türkei herangezogen werden. Die ägyptische Demokratiebewegung habe das bisherige Ordnungsmodell des Landes, das eine „außenpolitisch prowestliche“ Orientierung auf der Basis einer islamisch-konservativen Kultur „innenpolitisch autoritär“ abgestützt habe, zum Einsturz gebracht. Nun müsse eine Alternative geschaffen werden. Der Autor warnt vor einer antiwestlichen „totalitäre(n) islamistische(n) Herrschaft“ nach iranischem Modell. Diese könnte zustande kommen, sollte das Militär wider Erwarten seine bisherige Macht aus den Händen geben. Große Gefahr droht der Stellungnahme zufolge auch, sollte das Militär seine Herrschaft künftig „noch stärker islamisch zu legitimieren“ suchen – nach pakistanischem Modell. Auf der Suche nach einem Ausweg schließt sich der Autor Vorschlägen an, die seit geraumer Zeit im Westen diskutiert werden; sie sehen das Vorbild für den künftigen ägyptischen Staat im türkischen Herrschaftssystem.¹

Prowestlicher Islam

Im Mittelpunkt stehen dabei zweierlei Besonderheiten der türkischen Politik. Zum einen hat sich in den letzten Jahren der politische Islam in der Türkei als recht kooperationswillig gegenüber der EU erwiesen. Hintergrund ist der wirtschaftliche Aufstieg konservativer Milieus aus dem anatolischen Hinterland, die sich in der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan organisieren und seit 2002 in Ankara die Regierung stellen. Die AKP ist klar islamistisch orientiert. Die sie tragenden anatolischen Unternehmer unterhalten enge ökonomische Beziehungen in EU-Länder; auf ihrer Grundlage hat die AKP intensive Kontakte nach Westeuropa geknüpft und verbindet das mit einer Hinwendung des von ihr repräsentierten Politischen Islam zur EU. Seither gilt die Partei maßgeblichen Kräften in Europa als Modell für die Möglichkeit, einen prowestlichen Islamismus zu prägen. Tatsächlich orientieren sich seit einigen Jahren islamische Kräfte aus Nordafrika, darunter Teile der einflussreichen ägyptischen Muslimbruderschaft, an der AKP. Wie es in einer vor kurzem publizierten Studie heißt, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) kofinanziert wurde, befürworten gut zwei Drittel der Bewohner von sieben arabischen Staaten, darunter Ägypten, eine Orientierung ihrer



Länder am türkischen Modell.² Eine prowestliche Ausrichtung der Muslimbruderschaft, die damit verbunden wäre, würde in den westlichen Hauptstädten begrüßt.

Prowestliches Militär

Zum anderen wird im Westen diskutiert, inwieweit sich das ägyptische Militär eine Stellung schmackhaft machen lässt, die derjenigen der türkischen Streitkräfte in den Jahrzehnten seit 1960 gleicht. Die türkischen Streitkräfte haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehrfach per Putsch interveniert. Gewöhnlich wurde damit die prowestliche Orientierung des Landes entweder gegen linke oder gegen islamistische Kräfte gesichert. Nach dem Putsch habe das Militär jeweils die Macht an eine demokratisch gewählte Regierung übergeben, heißt es in einer vieldiskutierten Analyse aus Ankara über die Phasen zwischen den Staatsstreichen, in denen die Streitkräfte zwar formell die Regierungsgeschäfte aufgaben, de facto jedoch die Macht behielten.³ Der Autor der Analyse, die eine ähnliche Funktion nun auch für die ägyptische Armee ins Auge fasst – es geht dabei faktisch um die letztinstanzliche Kontrolle über die Regierung mit dem Ziel, eine auf den Westen ausgerichtete Ordnung zu garantieren –, arbeitet am Washington Institute for Near East Policy.

Statthalter

Zugute käme eine Übernahme des türkischen Modells durch Kairo dem Westen vor allem deshalb, weil das ägyptische Militär sich in den letzten Jahrzehnten stets als loyaler Statthalter westlicher Interessen erwiesen hat: Es kooperiert mit den USA, Europa und Israel, um auf lange Sicht die Kontrolle über die arabischen Ressourcengebiete zu sichern. Ägypten wird dafür hohe Bedeutung zugeschrieben, weil es in der arabischen Welt traditionell eine herausragende Position einnimmt. Eine mit der Zuverlässigkeit der Streitkräfte vergleichbare Loyalität gegenüber den Zielen des Westens wird gegenwärtig von sämtlichen anderen politischen Kräften des Landes nicht oder nicht mit Sicherheit erwartet. Tatsächlich führt die Bundeswehr ihre Zusammenarbeit mit der ägyptischen Armee auch nach der jüngsten Machtübernahme der Militärs in Kairo fort – selbst trotz schwerster Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen, Soldaten seien für Verschleppung und Folter an zahlreichen Protestdemonstranten in den vergangenen Wochen verantwortlich. Dabei kann sie an langjährige Kooperationen anknüpfen: Bereits in den 1950er Jahren legten deutsche Militärs – oft ehemalige Soldaten aus Wehrmacht und SS – den Grundstein für den Ausbau der ägyptischen Streitkräfte.

Peripherie

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) weist darauf hin, dass das türkische Modell für die arabischen Länder nur funktionieren kann, wenn die EU-Staaten zu ihnen „eine ähnliche Beziehung wie zur Türkei aufbauen“. „Stichworte“ seien eine „Kombination aus Förderung und Reformdruck“ sowie eine „Steigerung und Intensivierung des kulturellen und zivilgesellschaftlichen Austauschs“. Dies entspricht der Forderung nach einer „Transformationspartnerschaft“ mit Ägypten, die das Auswärtige Amt in der EU durchzusetzen sucht.

Wie das Ministerium mitteilt, gehörten dazu etwa „der Aufbau demokratischer Parteien, der Dialog über Rechtsstaatlichkeit, die Modernisierung der Justiz, der Aufbau eines fairen und transparenten Wahlsystems und die Förderung der Arbeit von freien und unabhängigen Medien“.⁴ Diese Tätigkeiten werden gewöhnlich von den parteinahen Stiftungen übernommen, deren Arbeit in Ägypten sowie in weiteren Ländern Nordafrikas deutlich ausgeweitet werden soll. Allein die Kairoer Stiftungsfilialen erhalten nun zusätzlich drei Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das darüber hinaus bis zu acht Millionen Euro zur Förderung der Berufsausbildung junger Ägypter bereithält. Damit zielt Berlin auf eine deutlich engere Einbindung der Staaten Nordafrikas in die deutsch-europäische Peripherie, die diese Länder fest der Kontrolle der EU unterstellen soll.

Anmerkungen

- 1 Günter Seufert, Der türkische Weg? In: www.swp-berlin.org, 15.2.2011
- 2 The Perception of Turkey in the Middle East. TESEV Foreign Policy Analysis Series Vol. 10; Istanbul, December 2009
- 3 Soner Çagaptay, Turkish Model for Egypt? In: www.hurriyetdailynews.com, 4.2.2011
- 4 Neuanfang in Ägypten, www.acuswaertiges-amt.de

Raus aus Afghanistan!

LINKE schlägt Beendigung des Afghanistankrieges durch Deutschland vor

Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, in der Bundestagsdebatte über die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan am 28. Januar 2011

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mit der Bombardierung Belgrads, einem völkerrechtswidrigen Krieg, bildete sich in Deutschland eine Koalition aus Union, SPD, FDP und Grünen.

Sie stand auch beim Krieg in Afghanistan, der inzwischen über neun Jahre dauert. Die Linksfraktion beginnt heute mit einer Afghanistan-Konferenz unter dem Titel „Das andere Afghanistan“. Ich begrüße ausdrücklich neun Afghaninnen und Afghanen, die aus dem Land des Krieges kommen und auf der Tribüne Platz genommen haben. Auch um ihr Schicksal geht es.

Ihre Gegner sind die Taliban, die Warlords, aber auch die NATO.

Es gibt eine repräsentative Emnid-Umfrage von Beginn 2010 und von Beginn 2011 zur Ablehnung bzw. Zustimmung der Bevölkerung betreffend den Afghanistan-Krieg. Dabei wurden die Vokabeln der Regierung und nicht etwa unsere verwandt. Es gab drei Antwortmöglichkeiten. Die erste mögliche Antwort war: Ich bin für die militärische Unterstützung der Aufbauhilfe. Das, was wir Krieg nennen, ist ganz im Sinne der Regierung so umschrieben worden. Die zweite mögli-



che Antwort war: Ich bin für den Abzug der Bundeswehr und für die Leistung von Aufbauhilfe. Die dritte mögliche Antwort war: Ich bin für den Abzug der Bundeswehr, aber ohne künftige Aufbauhilfe. 28 Prozent unterstützten zu Beginn des Jahres 2010 die Regierungspolitik. Heute sind es nur noch 15 Prozent. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, wen Sie hier repräsentieren.

2010 waren 50 Prozent für den Abzug der Bundeswehr und für Aufbauhilfe; heute sind es 53 Prozent. Aber es gibt eine erschreckende Zahl: Vor einem Jahr wollten 18 Prozent keine Bundeswehr, aber auch keine Aufbauhilfe mehr; heute wollen dies 26 Prozent. Denken Sie einmal darüber nach, weshalb immer mehr Menschen keine Aufbauhilfe wollen! Das liegt an Ihrer Art der Politik. Die Leute glauben nicht mehr daran; sie sehen darin keinen Sinn.

Bei der Umfrage kommt heraus, dass 79 Prozent für den Abzug der Bundeswehr sind. Nur im Bundestag sind die Verhältnisse exakt umgekehrt.

Meine Partei war von Anfang an gegen den Krieg. Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus, mit Krieg, bekämpfen.

Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Struck sagte: Am Hindukusch wird unsere Freiheit verteidigt. Wenn ich die schwer bewaffneten Polizisten rund um den Bundestag sehe, habe ich den Eindruck, dass am Hindukusch unsere Freiheit immer mehr eingeschränkt wird. Wir sind eine potenzielle Adresse für Terrorakte geworden.

Lassen Sie mich noch etwas zu Krieg und Terror sagen. Die Terrororganisation al-Qaida sitzt nicht mehr in Afghanistan, sondern in Pakistan. Sie wird ausschließlich aus Saudi-Arabien bezahlt. Die USA haben beste Beziehungen zu Saudi-Arabien. Das nenne ich verlogen.

Sie kommen nicht darum herum. Sie wollten von Anfang an den Krieg gewinnen, wir den Frieden.

Inzwischen sagt auch der Fortschrittsbericht der Bundesregierung von Dezember 2010, dass der Konflikt militärisch nicht zu lösen sei. Die Schlussfolgerung der NATO ist aber: mehr Soldaten, mehr Kriegsgerät. Außerdem heißt es, dass man den Krieg afghanisieren will, so wie die USA den Krieg im Irak irakisieren. Auch die Bundeswehr plant für das nächste Jahr eine weitere Verlegung von schwerem Kriegsgerät, von Panzern, Artillerie und Tigerkampfhubschraubern.

Das Ganze läuft auf eine Eskalation des Krieges hinaus. Eine Eskalation des Krieges bedeutet immer auch eine Eskalation der Opfer des Krieges. Im ersten Halbjahr 2010 stieg laut UN-Report die Zahl der toten und verletzten Zivilisten in Afghanistan um ein Drittel auf 3268.

Durch die Eskalation des Krieges gibt es auch eine höhere Zahl von Todesopfern unter den Soldatinnen und Soldaten. Seit Beginn des Krieges sind über 2300 Soldatinnen und Soldaten umgekommen, darunter 46 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Auffallend ist, dass die Zahl der getöteten Soldatinnen und Soldaten jährlich steigt; im letzten Jahr waren es schon 711. Die Zahl von Bundeswehrsoldaten mit seelischen Verletzungen hat sich gegenüber 2006 verzehnfacht. Waren es damals 55, sind es heute 655. Hinzu kommen noch 333 Soldaten mit anderen psychischen Erkrankungen. 2010 wurden also über 1000 Soldaten stille Opfer des Krieges, und das sind nur die Soldatinnen und Soldaten, die sich gemeldet haben. Die Dunkelziffer ist viel höher.

Man braucht keinen Tatort, um zu begreifen, dass wir nicht nur Afghanistan schaden, sondern auch unser Land negativ

verändern. Wenn man aus einer Landesverteidigungsarmee eine Interventionsarmee macht und Kriege führt, verändert man zuerst die Armee und dann die Gesellschaft.

Es gibt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die besagt: Bis Ende 2010 haben wir insgesamt 25 Milliarden Euro für diesen Krieg ausgegeben. Stellen Sie sich doch einmal vor, wie viel besser Afghanistan dastünde, wenn wir nur die Hälfte dieses Geldes in den zivilen Aufbau des Landes gesteckt hätten!

Jetzt werde ich Ihnen etwas zu den Folgen des Krieges sagen, und daran kommen Sie nicht vorbei.

Die erste Folge des Krieges: Das Ansehen der Taliban ist nicht gesunken, sondern hat wieder zugenommen. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollten.

Zweitens. Die Warlords sind mächtiger als zu Beginn des Krieges.

Drittens. In Armut leben nicht mehr 33 Prozent, sondern 42 Prozent der Bevölkerung. Das sind UNO-Zahlen. Die können Sie nicht abtun. Nehmen Sie sie einfach mal zur Kenntnis.

Viertens. Unterernährt sind nicht mehr 30 Prozent, sondern 39 Prozent der Bevölkerung.

Fünftens. In Slums leben nicht mehr 2,4 Millionen, sondern 4,5 Millionen Menschen.

Sechstens. Den Zugang zu sanitären Einrichtungen haben nicht mehr 12 Prozent, sondern nur noch 5,2 Prozent der Bevölkerung.

Siebtens. Die Mohnfelder für den Rauschgifthanbau der Warlords umfassen nicht mehr 131000, sondern 193000 Hektar.

Wofür führen Sie eigentlich diesen Krieg? Was soll in den nächsten Jahren anderes passieren, außer dass sich dies verschlimmert?

Ihr Ansatz ist völlig falsch, verfangen in der Logik des Krieges und im Denken des Primats des Krieges.

Die Bundesregierung täuscht jetzt aber auch die Öffentlichkeit. Ich muss sagen, dass der Streit zwischen Bundesminister Westerwelle und Bundesminister zu Guttenberg um die Frage, ob man einen Termin für den beginnenden Abzug der Soldaten nennt, peinlich ist.

Herausgekommen ist Folgendes: Man sagt, dass der Abzug Ende 2011 beginnt, wenn es die Lage erlaubt. – Für die Bevölkerung übersetzt, heißt dies: Es beginnt kein Abzug. Aber ich sage Ihnen eines: Jetzt hat Präsident Obama Sie blamiert. Er hat gestern erklärt: Ab Juli werden amerikanische Soldaten abgezogen. – Sie denken noch nicht einmal daran, dies zu realisieren

Nur die Linke war und ist konsequent für die sofortige Beendigung des Krieges und den schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir wollen keine Verlängerung des Kriegsmandats, sondern endlich die Erteilung eines Abzugsmandats.

Wir wollen statt der Fortsetzung des Krieges eine zivile Konfliktlösung stärken. Wir schlagen eine Beendigung des Krieges durch Deutschland und eine Aufbauhilfe für Afghanistan in drei Schritten vor. Erstens wollen wir die Bundeswehr abziehen. Die Kampfverbände könnten bis spätestens Ende Mai 2011 abgezogen sein, und den letzten Bundeswehrsoldaten könnten wir bis spätestens Ende September 2011 abgezogen haben.

Zweitens fordern wir eine massive Unterstützung der zivilen Strukturen. Es geht um die Bekämpfung von Armut, die



Förderung von Bildung, die Gleichstellung von Frauen und andere wichtige Menschenrechte.

Drittens schlagen wir Maßnahmen und eine neue und andere Petersberger Konferenz zum Wiederaufbau Afghanistans nach dem Krieg vor.

Meine Forderung lautet ganz einfach, und ich will mich nur an SPD und Grüne wenden: Liebe Mitglieder der Fraktionen von SPD und Grünen, treten Sie endlich und für immer aus der Kriegscoalition aus!

Abzugsmandat statt Kriegsmandat

Friedensplan der LINKEN für Afghanistan, vorgestellt von Gregor Gysi am 27. Januar 2011; aus: www.linksfraktion.de

In drei Schritten zum Frieden in Afghanistan

„Mittlerweile sind sich alle Akteure einig: Militärisch ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu lösen.“ So heißt es in dem im Dezember 2010 von der Bundesregierung veröffentlichten „Fortschrittsbericht Afghanistan“. Und weiter: „Die stetig wachsende Militärpräsenz hat bisher nicht zu einer signifikanten und nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage geführt.“

Trotzdem will die Bundesregierung das ISAF-Mandat und damit den Krieg in Afghanistan ein weiteres Mal verlängern. Das Mandat leitet keinen Abzug ein, sondern fördert eine Intensivierung der Kampfhandlungen.

Nicht einmal die Perspektive eines möglichen (Teil-)Abzugs wird konkretisiert. Die Bundesregierung hält mit einem neuen Mandat am alten Kurs, an den alten Fehlern fest. Die Verlegung von schwerem Kriegsgerät (Panzer und Artillerie) sowie die Planungen für die Verlegung von Tiger-Kampfhubschraubern 2012 zeigen, dass auch in Zukunft in erster Linie auf die militärische Karte gesetzt werden soll. Mit der absehbaren Erweiterung des ISAF-Mandats auf die militärische Überwachung des afghanischen Luftraums durch AWACS-Flugzeuge ist in den nächsten Monaten zudem noch mit einer personellen Ausweitung des Bundeswehrkontingents zu rechnen.

Damit würde der Krieg in Afghanistan bald in seine zweite Dekade gehen und länger dauern als die sowjetische Besetzung Afghanistans oder der Vietnam-Krieg. Dass die Bundesregierung auch weit über 2014 in Afghanistan militärische Präsenz der Bundeswehr anstrebt, wird auch im „Fortschrittsbericht“ hervorgehoben.

Aus der realen Lage in Afghanistan müssen genau gegenteilige Schlüsse gezogen werden: Das ISAF-Mandat ist endlich gegen einen zivilen Konfliktlösungsansatz auszutauschen. DIE LINKE fordert vom Bundestag statt einer Verlängerung des Kriegsmandats die Erteilung eines Abzugsmandats.

DIE LINKE schlägt vor:

Erstens: Die Bundeswehr muss unverzüglich aus Afghanistan abgezogen werden. Nur wenn die Waffen schweigen, kann das Land tatsächlich aufgebaut werden. Der Abzug der Bundeswehr sollte umgehend, das heißt ohne schuldhaftes

Verzögern, beginnen. Er ist an keine Vorbedingungen zu knüpfen. Ab sofort wird die Bundeswehr nicht mehr an Kampfeinsätzen teilnehmen. Die Spezialkräfte (KSK, Task Force 47 und andere) stellen sofort ihre Arbeit ein und werden innerhalb eines Monats komplett aus Afghanistan zurückgezogen.

Die NATO ist darüber zu unterrichten, dass Deutschland sich am ISAF-Einsatz nicht mehr beteiligen wird. Deutschland wird ebenfalls in der NATO die Aufhebung des Bündnisses betreiben. Mit dem Abzug der Bundeswehr würde der Druck auf die anderen NATO-Partner erhöht, ihre Truppen auch möglichst rasch zurückzuziehen.

Angestrebt wird der Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens. Ein Waffenstillstand ist der erste wichtige Schritt und Auftakt für einen nationalen Friedens- und Aussöhnungsprozess. DIE LINKE strebt die Unterstützung eines Friedens in Afghanistan an, der für die Menschen sozialen Fortschritt, mehr Sicherheit, individuelle Rechte, Bildung und Demokratie mit sich bringt. Auch in Afghanistan müssen Menschenrechte und insbesondere Rechte der Frauen Bestandteil des Friedens sein. Der Verhandlungsprozess in Afghanistan bedarf der internationalen Förderung, aber keiner Einmischung von außen.

Statt einer Afghanisierung des Krieges soll eine Afghanisierung des Friedens erreicht werden. Afghaninnen und Afghanen haben Mittel und Methoden zur Initiierung von Friedens- und Aussöhnungsprozessen selbst herausgebildet. DIE LINKE ist zuversichtlich, dass die afghanische Kultur und Tradition einen Friedens- und Aussöhnungsprozess ermöglicht, zum Beispiel durch afghanische Ratsversammlungen (Surgas und Jirgas). Afghanistan muss und wird einen Weg zur Ahndung von Kriegsverbrechen, aber auch zur Aussöhnung finden. Umgehend könnte dafür z. B. eine Wahrheitskommission nach dem Vorbild anderer Länder gebildet werden.

Die erste Etappe des Friedensprozesses in Afghanistan könnte bis Ende Mai 2011 abgeschlossen werden. Bis dahin könnten alle Kampfverbände der Bundeswehr komplett aus Afghanistan abgezogen sein. Mit den afghanischen Autoritäten ist bis dahin die Übergabe von militärischen Einrichtungen, insbesondere von Bundeswehr-Feldlagern und des Flugplatzes in Masar-i-Sharif, auszuhandeln.

Zweitens: Die Bundesrepublik Deutschland sollte zivile, selbstbestimmte Strukturen in Afghanistan unterstützen! Eine maßgebliche Teilhabe der Bevölkerung ist die wichtigste Voraussetzung für einen friedlichen Entwicklungsweg. Dazu gehört, neben dem sofortigen Ende der militärischen Intervention, Nachhaltigkeit im Kampf gegen Hunger, Armut, Gewalt und Unterentwicklung. Dazu gehören ebenso Selbstbestimmung und die Beendigung der Bevormundung.

Es geht um die Stärkung der afghanischen Selbstbestimmung und die Intensivierung des wirtschaftlichen und zivilen Aufbaus. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind kein Gegenstand militärischer Intervention. Frauenrechte, humanitäre Hilfe, Demokratie dürfen nicht zur Begründung des Krieges missbraucht werden. Für die Entwicklungszusammenarbeit gilt: Eine weitreichende Entschuldung, neue Mechanismen zum Schutz der afghanischen Wirtschaft, eine Landreform und mehr direkte finanzielle Unterstützung sind wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Entwicklung des Landes.

Der Friedensprozess muss auch mit den Nachbarn Afghanistans durch den Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen



international abgesichert werden. Dazu gehört neben der Verpflichtung auf Nichtintervention und regionale vertrauensbildende Maßnahmen auch eine engere Zusammenarbeit u. a. mit der Organisation der Islamischen Konferenz. Ein ausgehandeltes Waffenstillstandsabkommen muss international unterstützt, garantiert und kontrolliert werden. Das bedarf selbstverständlich der Zustimmung der afghanischen Konfliktparteien.

Die Erfahrungen ziviler Konfliktbewältigung können auch in Afghanistan helfen. Der zivile Friedensdienst in Afghanistan muss massiv ausgebaut werden und entsprechend erfahrene NGOs der zivilen Krisenprävention und -bearbeitung sind zu unterstützen. Den in Afghanistan tätigen Entwicklungs- und Hilfsorganisationen ist umfassende staatliche Unterstützung zu gewähren.

In dieser Etappe könnte der Abzug der Bundeswehr vollständig abgeschlossen sein. Ab dem 30. September 2011 befände sich kein Bundeswehrsoldat mehr in Afghanistan. Mit den afghanischen Autoritäten sind bis dahin vertragliche Vereinbarungen über die Fortführung von Entwicklungsprojekten, inklusive der Sicherheit des eingesetzten Personals, abzuschließen. Die vertraglichen Vereinbarungen werden veröffentlicht. Private Sicherheitsunternehmen werden aufgefordert, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen.

Drittens: Der Wiederaufbau ist auch nach dem Abzug der Bundeswehr finanziell und personell zu unterstützen; Gelder sind vom Krieg in die Förderung des Friedens umzuleiten. Deutschland wird keine Ausbildungshilfe für Polizei und Militär leisten, die zur Flankierung von Militäreinsätzen dienen bzw. den paramilitärischen Charakter der afghanischen Polizei bestärken. Eine strikte Trennung von Militär und zivilen Aufbaumaßnahmen ist unverzichtbar.

Die Rolle der Vereinten Nationen in Afghanistan muss sich grundsätzlich verändern. Die UNO ist in Afghanistan ihrer Verantwortung für den Weltfrieden nicht gerecht geworden. Sie muss den Frieden unterstützen, den Abzug der ausländischen Truppen überwachen und die internationale Unterstützung für den Friedensprozess und den Wiederaufbau koordinieren. Zur Herbstvollversammlung der Vereinten Nationen müsste der UN-Sicherheitsrat das ISAF-Mandat beenden und ein neues Mandat beschließen, das ausschließlich auf den zivilen Wiederaufbau gerichtet ist. Deutschland als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats ergreift dazu Initiativen.

Der Schwerpunkt dieser letzten Etappe der Friedensvorschläge bis zum 30. November 2011 liegt in der Neustrukturierung des zivilen Wiederaufbaus. Die für den November geplante Fortsetzung der Petersberger Konferenz wird ausschließlich auf den zivilen Wiederaufbau Afghanistans gerichtet und vollständig unter die Verantwortung der Vereinten Nationen gestellt.

Unter den Bedingungen des Krieges ist kein Frieden in Afghanistan herzustellen

Rede von Jan van Aken, MdB, zum Fortschrittsbericht Afghanistan von Außenminister Guido Westerwelle am 16. Dezember 2010; aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Westerwelle, muss ich sagen, es ist tatsächlich ein Fortschritt, dass es diesen Bericht überhaupt gibt. Seit neun Jahren führt die Bundesrepublik Krieg in Afghanistan. Neun Jahre lang hat es niemand für nötig gehalten, mal zu schauen, was dieser Krieg eigentlich in Afghanistan anrichtet.

Das geht auch an die Grünen und an die SPD. Sie haben vor neun Jahren gemeinsam diesen Krieg beschlossen. Herr Steinmeier, Sie waren acht Jahre lang Minister einer Bundesregierung, die in Afghanistan Krieg führt. Sie haben es nie geschafft, so einen Bericht vorzulegen. Jetzt plustern Sie sich auf und fordern eine unabhängige Evaluation. Das ist zwar richtig, aber weil Sie das in der Regierung versammelt haben, können Sie sich jetzt nicht so aufplustern. Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr.

Herr Westerwelle, ich war beim Lesen der ersten Seiten des Berichtes positiv überrascht, weil Sie darin ein ehrliches, ein ganz katastrophales Bild der Situation in Afghanistan zeichnen. Sie schreiben, dass die Sicherheitslage immer schlechter wird. Gerade haben Sie gesagt, dass es eine Trendwende gibt. Aber Ihre Zahlen und Ihr eigener Bericht bieten ein anderes Bild. Sie sagen: Die Sicherheitslage ist so schlecht wie nie zuvor. Sie schreiben in dem Bericht: Es gibt in diesem Jahr mehr Tote als je zuvor, bei den NATO-Soldaten, bei den Bundeswehrsoldaten und natürlich auch, und zwar viel mehr, bei den Afghaninnen und Afghanen. Die Willkür, die Korruption, die Armut sind unvorstellbar groß.

Sie schreiben sogar – als ich das las, habe ich gedacht, bei Ihnen gibt es auch einen Maulwurf der Linken; denn wir sagen das schon seit Jahren: Weil wir mehr Soldaten hingschickt haben, gibt es mehr Tote in diesem Land. Das ist doch das beste Argument dafür, die Bundeswehrsoldaten jetzt und sofort aus Afghanistan abzuziehen, wenn sie nur die Sicherheitslage verschlechtern.

Wenn Sie ein derart ehrliches katastrophales Bild der Lage zeichnen, frage ich mich, warum Sie das Ganze „Fortschrittsbericht“ nennen. Es gibt keinen Fortschritt. Der ganze Bericht ist ein Dokument des Scheiterns. Auf 108 Seiten dokumentieren Sie, wie der Krieg in Afghanistan in neun Jahren auf der ganzen Linie gescheitert ist.

Sie reden hier heute von Abzug, Sie reden hier heute von Aufbau, und Sie reden hier heute von Terrorismus, Herr Kauder. Ich muss Ihnen sagen: Ihr Abzug ist kein Abzug, Ihr Aufbau ist kein Aufbau, und Ihre Terrorbekämpfung hat nichts mit Terrorbekämpfung zu tun.

Kommen wir zum ersten Punkt, dem Abzug. Heute Nachmittag wird der amerikanische Präsident, Barack Obama, erklären, dass es beim vorgesehenen Zeitplan bleibt: Im Juli nächsten Jahres beginnt der Abzug der amerikanischen Truppen. Was kann Barack Obama, was Sie nicht können, Herr Westerwelle? Warum können Sie nicht im nächsten Juli mit dem Abzug beginnen? Von mir aus schon heute, aber warum



können Sie nicht wenigstens im nächsten Juli damit beginnen? Was kann er besser?

Dann komme ich zu dem Punkt, dass Ihr Abzug überhaupt kein Abzug ist. Sie haben gerade gesagt: Es wird nach 2014 keine deutschen Kampftruppen mehr geben. Das ist eine Vernebelungstaktik. Denn das heißt, dass offensichtlich andere Bundeswehrsoldaten noch im Land bleiben werden. Sie wollen gar nicht ganz aus Afghanistan herausgehen.

In dem Bericht schreiben Sie, und das ist nur noch peinlich, dass die afghanische Regierung Sie bitten wird, im Jahre 2014 noch Bundeswehrsoldaten im Land zu lassen. Wenn Sie das schon heute wissen, dann gibt es offensichtlich Gespräche, vielleicht sogar schon Absprachen, dann müssen Sie das auf den Tisch legen. Sie müssen deutlich sagen, welche Einheiten der Bundeswehr auch nach 2014 bleiben sollen. Wenn Sie jetzt vom Abzug 2014 reden, ist das gelogen. Das sollte Ihnen kein einziger Mensch da draußen glauben.

Kommen wir zur Terrorbekämpfung. Herr Kauder hat es gerade gesagt, und es steht auch im Bericht: Der Anfangsgrund und der fortdauernde Grund für den Einsatz in Afghanistan ist die Terrorbekämpfung. Ein paar Seiten weiter ist im Kleingedruckten zu lesen: Al-Qaida ist gar nicht mehr in Afghanistan.

Bei Hillary Clinton lese ich, und ich bin mir sicher, dass Sie dieselben Informationen haben: Die Hauptquelle für die Finanzierung von Al-Qaida und all die sunnitischen Terroristen ist Saudi-Arabien. Aber mit Saudi-Arabien und seinen Menschenrechtsverletzern kuscheln Sie. Stattdessen schicken Sie die Bundeswehr nach Afghanistan, obwohl dort gar keine Al-Qaida-Kämpfer sind. Wenn es Ihnen um Terrorbekämpfung geht, dann müssen Sie das anders machen. Mit Militär und Krieg in Afghanistan geht das nicht.

Jetzt zum Aufbau. Der Aufbau, wie Sie ihn betreiben, ist gar kein Aufbau. Ich war Anfang des Jahres in Afghanistan. Wir waren im Bundeswehrlager Kunduz und haben gesehen, wie dort der Aufbau funktioniert. Das Lager heißt sogar immer noch „Wiederaufbaulager Kunduz“. Dazu muss man wissen, dass dort über 1400 Bundeswehrsoldaten stationiert sind, von denen ganze 12 Wiederaufbauhelfer sind. Die Soldaten selbst sagen, dass sie seit zwei Jahren keinen einzigen Brunnen mehr gebaut und keine einzige Schule mehr eröffnet haben. Unter den Bedingungen des Krieges findet dort kein Aufbau statt.

Wir waren auch in Kabul und haben dort mit echten Entwicklungshelfern geredet. Ich habe eine Geschichte gehört, die mich bis heute beeindruckt. Ein Deutscher – er war ein staatlicher Entwicklungshelfer, also kein wildgewordener Nichtregierungsmensch – hat mir von einer Anfrage der holländischen Armee erzählt, die, anders als die Bundeswehr, mittlerweile abgezogen ist, in der Provinz Uruzgan ein Projekt durchzuführen. Uruzgan ist Taliban-Land, schwer umkämpft. Dort wird viel geschossen. Alle Kollegen haben ihm gesagt: Mach das bloß nicht, da wirst du sofort vom Acker geschossen.

Dann hat er etwas Schlaues gemacht. Er hat sich an eine afghanische Institution gewandt, die Wissenschaftler in allen Provinzen, Distrikten und ethnischen Gruppen hat. Sie hat ihm eine Analyse erstellt, wer eigentlich in Uruzgan das Sagen hat, die traditionellen Strukturen oder die neuen Strukturen, wer dort auf wen schießt und warum. Mit dieser Analyse in der Hand ist er nach Uruzgan gegangen, hat mit den richtigen Leuten geredet und mit ihnen gemeinsam ein Pro-

jekt entwickelt. In dessen Rahmen hat er nicht nur einen Brunnen gebohrt, sondern landwirtschaftliche Projekte angeschoben und sogar eine weiterverarbeitende Industrie aufgebaut, damit die jungen Menschen dort nicht nur die Wahl haben, zu den Taliban zu gehen, sondern auch in einer Fabrik arbeiten können. Am Ende sagte er lapidar, er sei nicht vom Acker geschossen worden. Die einzige Bedingung dafür, dass es geklappt hat, war: kein Militär. Die Holländer haben sich daran gehalten und sind nicht in die Nähe des Projektes gegangen. Solche Geschichten hören Sie überall in Afghanistan. Man kann vernünftig aufbauen – ohne Militär.

Wenn Sie schon nicht auf mich hören – das kann ich ja noch verstehen –, wenn Sie auch nicht auf Ihre eigenen Entwicklungshelfer hören – das könnte ich auch noch verstehen –, dann hören Sie doch wenigstens auf den ehemaligen Bundeswehrarzt, Herrn Erös, der seit Jahren mitten im Taliban-Gebiet Schulen, auch Mädchenschulen, baut. Er sagt genau das Gleiche: erstens mit den richtigen Leuten reden, zweitens ohne Soldaten. Dann klappt es auch. Das ist für mich das zweite sehr gute Argument dafür, dass man die Bundeswehr sofort abziehen muss, wenn man dort endlich einen richtigen Aufbau, einen zivilen Aufbau, anschieben will.

Ich muss sagen, dass es auf den 108 Seiten Ihres Berichts tatsächlich eine Erfolgsgeschichte gibt. Sie haben mit zwei großen Kästen herausgestellt, wie Sie den Distrikt Chahar Darreh bei Kunduz von den Taliban befreit haben, wie der Aufbau dort jetzt wieder beginnt. Beim zweiten Lesen habe ich gesehen, dass diese Erfolgsgeschichte zwei, drei Wochen alt ist und aus dem Monat November stammt. Vorgestern habe ich dann in der Zeitung gelesen, dass die Erfolgsgeschichte schon wieder Makulatur war, bevor Ihr Bericht überhaupt in Druck gegangen ist. Am Freitag gab es in Chahar Darreh einen schweren Anschlag von Taliban mit vielen Toten und Verletzten. Ihre Erfolgsgeschichten halten zwei, drei Wochen, weil Sie unter Bedingungen des Krieges keinen Frieden in Afghanistan herstellen können. Das funktioniert so nicht.

Wenn Sie eine Lösung, vor allem eine langfristige Lösung, in Afghanistan wollen, dann ist am Ende der einzige Weg, dass Sie dort die wirklich demokratischen Kräfte unterstützen. Sie wissen genauso gut wie alle hier im Hause, dass in der Regierung Karzai Kriegsverbrecher, Folterer und Vergewaltiger aus den 90er Jahren sitzen. Auch viele Abgeordnete im Parlament sind Kriegsverbrecher der 90er Jahre. Solange sie dort und vor allem auch in der Regierung Karzai sitzen, wird es keinen Frieden geben. Der einzige Weg ist die Unterstützung der wirklich demokratischen Kräfte, die es ja auch gibt, zum Beispiel den Präsidentschaftskandidaten Baschardost und viele andere, die wir getroffen haben. Wir laden sie im Januar zu einer Konferenz nach Berlin ein, auf der wir das demokratische Afghanistan vorstellen wollen. Diese Kräfte gilt es zu stärken, und zwar nicht in den nächsten 10 Monaten, sondern in den nächsten 10, 20 Jahren, damit irgendwann wirklich Fortschritt in Afghanistan stattfindet.

Noch ein letztes Wort zu dem Bericht: Anfang des Jahres haben Sie sich endlich durchgerungen, den Krieg in Afghanistan einen Krieg zu nennen. In diesem Bericht wird der Begriff „Krieg“ kein einziges Mal verwendet; da reden Sie nur von Engagement usw. Ich kann ja noch verstehen, dass Sie nicht gerne von den Realitäten, also vom Krieg, in Afghanistan reden. Aber dann steht hier an drei Stellen für das heutige Afghanistan, für das Afghanistan des Jahres 2010, tat-



sächlich der Begriff „Nachkriegsgesellschaft“. Wie verwirrt muss man im Kopf eigentlich sein, dass man in einer Situation, in der jedes Jahr Tausende von Toten zu beklagen sind, von Nachkriegsgesellschaft spricht? Das geht so nicht. Herr Westerwelle, Sie haben da noch ordentlich Aufbauarbeit zu leisten, vor allem in Ihrem Ministerium, in Afghanistan natürlich auch.

Diese ganze Vernebelungstaktik, dass Sie vom Abzug reden, ihn aber gar nicht meinen, dass Sie nicht von Krieg reden, obwohl er dort tobt, führt natürlich dazu, dass immer mehr Deutsche den Krieg ablehnen. Die neueste Zahl von gestern: 71 Prozent der Menschen wollen den Krieg in Afghanistan nicht. Sie steigt immer weiter. Vor einem Jahr, als Sie die Bomben auf Kunduz abgeworfen haben, ist sie gestiegen, im April, als es viele in Afghanistan gestorbene Bundeswehrsoldaten zu beklagen gab, ist sie gestiegen, und immer so weiter. Solange Sie den Menschen nicht die Wahrheit sagen – dies versuchen Sie mit Ihrer Vernebelungstaktik immer wieder –, so lange wird die Ablehnung steigen. Ich sage Ihnen: Sie halten das nicht mehr lange durch.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte. Gestern hat die Bundesregierung den Rüstungsexportbericht 2009 vorgelegt. Die Zahlen sind wie immer katastrophal. Deutschland ist nach wie vor der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Nach Ihren Zahlen wurden Waffen im Wert von über 5 Milliarden Euro ausgeführt. Und das sind Ihre Zahlen! Die Waffenexporte in Entwicklungsländer haben sich verdoppelt. Wissen Sie, wer der zweitgrößte Abnehmer deutscher Waffen ist? Das sind die Vereinigten Arabischen Emirate, die laut Hillary Clinton – das alles können Sie bei WikiLeaks nachlesen – einer der größten Finanziere von al-Qaida sind. Ich finde, wenn Sie wirklich an einer friedlichen Lösung von Konflikten in der Welt interessiert sind, dann müssen Sie die Waffenexporte grundsätzlich einstellen.

Am schlimmsten finde ich: Sie haben Saudi-Arabien sogar genehmigt, eine eigene Fabrik für Maschinengewehre der Marke Heckler & Koch zu bauen. Wissen Sie, was das bedeutet? Diese Fabrik wird 50 Jahre, wenn nicht sogar länger, Maschinengewehre der modernsten Bauart produzieren. Diese Maschinengewehre werden mindestens 50 Jahre in Kriegen auf dieser Welt eingesetzt werden. Das heißt, das, was Sie jetzt entschieden haben, wird noch in 100 Jahren überall auf der Welt zu Toten führen. Mir fehlen die Worte. Ich finde das einfach nur furchtbar.

Eigentlich finde ich das sogar unchristlich. Herr Kauder, Sie müssen sich dabei doch auch an das Christliche in Ihrem Parteinamen erinnern. Ich kann verstehen, dass Sie nicht alle Rüstungsexporte einstellen. Aber wenigstens den bei den Maschinenpistolen, Maschinengewehren und Sturmgewehren, die weltweit zu so vielen Toten führen, den müssen wir einstellen. Wir sollten an diesem Punkt zusammenkommen und endlich den Export solcher Waffen verbieten.

Truppen vor Ort bedeuten Krieg

Interview mit dem afghanischen Journalisten Sayed Yaqub Ibrahim; aus: www.linksfraktion.de, Interview: Benjamin Wuttke, 27. Januar 2011

● Morgen wird der Deutsche Bundestag über die Verlängerung des Einsatzes deutscher Truppen in Afghanistan sprechen. Wie denken Sie als Afghane und Journalist darüber?

Die Diskussion über eine Verlängerung des Einsatzes der deutschen Truppen ist eine falsche Diskussion, denn es geht um Soldaten. Die Diskussionen der internationalen Gemeinschaft und ihrer Parlamente handeln immer zuerst davon: Mehr Truppen, weniger Truppen, Abzug ja oder nein.

● Welches Thema sollte die Diskussion statt dessen dominieren?

Ein Nachdenken über die afghanische Zivilgesellschaft. Über die Menschen selbst. Darüber wird in den Parlamenten zu wenig gesprochen. Und wenn man schon über Soldaten diskutiert, dann sollten sich die Parlamentarier ehrlich fragen: Was hat der Einsatz bisher eigentlich gebracht? Was haben die Soldaten für die Menschen dort konkret gemacht? Die Antwort darauf ist bitter: Zehn Jahre haben nichts gebracht. Der Einsatz ist komplett sinnlos.

● Die Mehrheit des Bundestages wird dem Einsatz und damit den Truppen vor Ort in Afghanistan wohl zustimmen ...

Das ist keine gute Nachricht, denn Truppen vor Ort bedeuten Krieg.

● Die Bundesregierung sagt nun aber, wir bauen Brücken, Schulen und haben damit Erfolg. Sehen Sie gar keine positiven Aspekte der bisherigen Arbeit der deutschen Truppen?

Lassen Sie mich bitte eines sagen. In der Rede von Schulen und Brücken zeigt sich ein weiteres Grundproblem. Die Regierungen der internationalen Gemeinschaft – speziell auch Deutschlands – sehen Afghanistan und die Menschen dort als Opfer. In Berlin, in London und Washington wird über Afghaninnen und Afghanen entschieden, nicht vor Ort. Zuerst muss diese Perspektive verändert werden. Wenn sich diese Sichtweise von Afghanistan als Opfer nicht ändert, dann wird selbst bei einem Abzug niemals Friede in Afghanistan sein, sondern nur Chaos.

● Und die aufgebauten Schulen?

Die meisten sind doch schon wieder zerstört. Man sollte immer bedenken, der Großteil all der Milliarden wurde für das Militär benutzt: 90 Prozent kämpfen, 10 Prozent Aufbau. Und letzterer geht unter in Korruption und schlechter Qualität. Meiner Meinung nach sind die wenigen Aufbauprojekte vor allem dazu da, um den Einsatz zu legitimieren. Damit wollen die ausländischen Regierungen den Afghanen zeigen: Wir machen etwas für euch. Die Realität vor Ort ist aber leider, dass seit Jahren die Zahl der getöteten Zivilisten, der Selbstmordanschläge, der Umfang der Korruption und des Drogenhandels steigen.



● **Welchen Weg schlagen Sie vor?**

Es gibt eine Zivilgesellschaft, in ihr liegt ein riesiges Potenzial, mit dem erfolgreiche Wege beschritten werden können.

● **Wie sieht die aus?**

Es ist die junge Generation in Afghanistan, sie ist demokratisch gesinnt und denkt modern. Darüber denkt die Internationale Gemeinschaft jedoch kaum nach. Aber die jungen Menschen sind es, die Unterstützung brauchen, denn leider haben sie keine starken Organisationen, keine großen Parteien, in denen sie sich organisieren können.

● **Warum?**

Weil ihnen keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.

● **Wie kann man sie unterstützen?**

Sowohl die internationale Gemeinschaft als auch andere Menschen sollten sich auf diese junge Generation konzentrieren, ihnen Unterstützung zukommen lassen bei ihrem Weg und ihrer Arbeit, um das Land voran zu bringen. Dieses Potenzial wird sich langsam entwickeln, daraus kann eine gesellschaftliche Kraft werden, die fähig ist, sich gegen Fundamentalismus und Terror durchzusetzen. Aber man muss dabei auch bedenken: Gesellschaftlicher Aufbau – das ist keine einfache Sache, so etwas dauert sehr lange, aber es wäre der richtige Weg.

● **Bisher stützt sich die NATO bei ihren Strategien vor allem auf die Regierung von Karzai?**

Und damit auf einen Fundamentalisten. Es gibt zwei Gruppen von Fundamentalisten in Afghanistan. Die eine ist auch der westlichen Öffentlichkeit bekannt: Es sind die Taliban. Die andere Gruppe aber, das sind Karzai und seine Warlords. Man muss wissen, Karzai hat zwei Gesichter. Eines, das zeigt er, wenn er im Ausland unterwegs ist. Dann redet er von Demokratie, Menschenrechten und so weiter. In Afghanistan selbst, da zeigt er sein anderes Gesicht, ein undemokratisches. Die Freiheit der Rede, der Gedanken – vor all dem haben er und seine Verbündeten, die alle wichtigen Positionen im Land besetzen, Angst.

● **Warum?**

Weil sie Angst vor der Wahrheit haben. Angst davor, dass ihre Verbrechen, ihre Korruption und Taten der Vergangenheit ans Licht kommen.

● **Sie selbst haben zahlreiche dieser Verbrechen und Misstände in Artikeln beschrieben.**

Dafür erhielt ich Todesdrohungen und meine Familie wurde bedroht. Man versuchte aber auch, mich mit Geld zu bestechen.

● **Man inhaftierte sogar Ihren Bruder, verurteilte ihn zum Tode, und nur internationale Proteste halfen, ihn nach Jahren wieder frei zu bekommen. Trotzdem haben Sie während dieser Zeit weiter kritisch berichtet. Woher nahmen Sie die Kraft und den Mut?**

Ich habe mir immer gesagt: Wenn ich den Beruf des Journalisten gewählt habe, dann muss ich weiterarbeiten, darf mich nicht einschüchtern lassen. Wenn man das nicht macht, aufhört zu schreiben, dann kann man auch nicht behaupten,

dass man ein Journalist ist. Diese Jahre waren zugleich aber auch die schwerste Zeit für mich.

● **Freiheit der Presse hört sich anders an.**

Dutzende Journalisten wurden in den letzten Jahren umgebracht. Es herrscht Angst. Die Folge davon ist eine Selbstzensur der Medien, denn die Journalisten vor Ort in Afghanistan wissen, sie sind in Todesgefahr, sobald sie die Wahrheit schreiben.

Zur Person: Sayed Yaqub Ibrahimy gilt als einer der profiliertesten Journalisten Afghanistans. Er berichtet seit mehr als acht Jahren über Kriegsverbrechen, Korruption und Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Vor allem für das „Institute for War and Peace Reporting“ schrieb er Texte und wurde somit zu einem der schärfsten Feinde der Kriegsfürsten. Er und seine Familie erhielten Morddrohungen. Im Jahre 2007 wurde sein Bruder, der Student Sayed Parvez Kaambakhsh, verhaftet. Der Vorwurf: Er habe einen islamkritischen Text heruntergeladen und in der Universität verteilt. Ein Provinzgericht verurteilte ihn zum Tode. Erst nach internationalen Protesten und Artikeln wurde das Urteil zunächst in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt. Sayed Yaqub Ibrahimy arbeitete in dieser Zeit dennoch weiter als kritischer Journalist und im September 2009 schließlich wurde sein Bruder freigelassen. Seitdem leben beide Brüder im Exil. Im Oktober 2010 erhielt Yaqub Ibrahimy in Leipzig den deutschen Medienpreis.

Das andere Afghanistan

Konferenzbericht von Prof. Dr. Diethelm Weidemann, Linkes Asienforum

Am 28. und 29. Januar 2011 führte die Bundestags-Fraktion der Linken die Konferenz „Das andere Afghanistan“ durch. Nach einem Eröffnungspodium am 28.1., das der Positionsbestimmung diente, entwickelte sich am 29.1. eine lebhaft Diskussionsrunde in den vier Panels „Politisches System, Warlords und die ISAF-Truppen“; „Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“; „Internationale wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“; und „Friedensarbeit und Medien“.

Den Organisatoren ist nachdrücklich für diese Veranstaltung zu danken, weil ihr Schwerpunkt darauf lag, afghanischen Stimmen und Positionen Gehör zu verschaffen, die nicht Bestandteil des korrupten und abhängigen Karzai-Regimes sind. Ein weiterer positiver Aspekt war die Teilnahme zahlreicher im Ausland lebender Afghanen, denen ein direkter Kontakt mit ihren aus Kabul angereisten Landsleuten ermöglicht wurde. Wie stark das Interesse an Informationen über Afghanistan aus erster Hand ist, wurde in der erfreulich großen Teilnehmerzahl aus dem ganzen Bundesgebiet erkennbar.

Da es unmöglich ist, das breite Spektrum der Konferenz in einem kurzen Bericht einzufangen, konzentrieren sich die nachfolgenden Anmerkungen auf das zentrale Thema „Politisches System, Warlords und ISAF-Truppen“, auf dem drei afghanische Vertreter referierten – Sher Mohammad Bazargar (Vorsitzender der Einheitspartei, hervorgegangen aus zwei Strömungen der Watan-Partei, ehemals DVPA); Malalai Joya



(Frauenrechtlerin und ehemalige Parlamentsabgeordnete); und Karim Popal (in Deutschland lebender Rechtsanwalt).

Die zentralen Themen in Sher Mohammad Bazargars Ausführungen waren:

- Die entscheidenden Fragen in Afghanistan sind Frieden, Beseitigung des Terrorismus und gute Regierung. Die Wirklichkeit ist eine allgemeine Kultur des Krieges, die Zerstörung der Moral der Bevölkerung und dass 70 Prozent der Afghanen unter der Armutsgrenze leben.
- Die ausländischen Truppen handeln nicht im Interesse Afghanistans, die Strategie der Interventen zielt offenkundig auf die Kontrolle der afghanischen Naturressourcen ab. Die Führung des Krieges dient lediglich den Interessen der USA. Die NATO sichert einerseits das Überleben der Regierung Karsai, beschränkt aber gleichzeitig deren Handlungsspielraum und die Souveränität Afghanistans drastisch.
- Die gegenwärtigen Sicherheitskonzepte dienen nicht den nationalen Interessen, Afghanistan muss seinen eigenen Weg finden und gehen.
- Der Westen verhandelt nur mit den antidemokratischen Kräften; nationale, demokratische und linke Kräfte wurden seit 2001 bewusst marginalisiert und sind daher heute schwach und zersplittert, die Linke ist im politischen Prozess nicht präsent.

Karim Popal konzentrierte sich in seinem Beitrag auf den Charakter der Intervention und ihre Folgen.

- Für die Operation Enduring Freedom war der Wiederaufbau Afghanistans nur ein Vorwand. Der Krieg kostete bis heute eine Billion Euro ohne jeglichen Nutzen für die Bevölkerung. Es geht für die NATO nicht um Frieden und Sicherheit, sondern um strategische und wirtschaftliche Interessen.
- Das Schicksal Afghanistans wird, bis in die tägliche praktische Politik, ins Rechtswesen und in die Wirtschaft, immer noch im Ausland entschieden. Afghanistan wurde faktisch seiner Selbstbestimmung beraubt.
- Die überwältigende Mehrheit der Afghanen will den vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen, denn Afghanistan kann nur von den Afghanen selbst befriedet und wieder aufgebaut werden.
- Das Karsai-Regime wird einen wirklichen Abzug der NATO keine Woche überleben.

Malalai Joya wandte sich prononciert wesentlichen inneren Problemen zu:

- In Afghanistan sind die Feinde der Demokratie an der Macht, landesweit beherrschen die lokalen Warlords die Szene und das ganze System ist von den Fundamentalisten unterwandert.
- Die ständige Diskussion im Ausland über die Frauenrechte ist gegenstandslos, so lange die Frauen in Afghanistan nicht einmal Menschenrechte besitzen. Alle diskutieren, was nach einem Truppenabzug passieren kann, wir sollten lieber darüber sprechen, was täglich während der Besatzung geschieht.
- Das Volk wird zwischen Taliban, Warlords und Besatzern zerrieben. Wenn die Besatzer abziehen, haben wir es nur noch mit zwei Feinden zu tun. Es wird viel von der Gefahr eines Bürgerkrieges nach dem NATO-Abzug geredet, tatsächlich aber befinden wir uns schon längst im Bürgerkrieg.

→ Ein Volk kann sich nur selbst befreien. Die Kriterien für eine andere Entwicklung in Afghanistan sind die Zurückdrängung der Warlords, keine Verhandlungen mit den Taliban und eine wirkliche Unterstützung der demokratischen Kräfte.

Die Moderatorin des Panels A, die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen, formulierte vor Beginn der Diskussion einige aus ihrer Sicht zentrale Fragen:

- Warum soll nicht mit den Taliban verhandelt werden, obwohl diese ein realer Machtfaktor sind?
- Was kann eine demokratische Opposition unter den gegenwärtigen Bedingungen konkret leisten?
- Welche Perzeption von Demokratie gibt es in Afghanistan?
- Was ist wirtschaftlich in Afghanistan realisierbar und mit welchen Mitteln?

Die Diskussion war sehr lebhaft und ging auch zeitlich deutlich über den geplanten Rahmen hinaus, allerdings gab es zu einigen von Sevim Dagdelen aufgeworfenen Fragen kaum substantielle Antworten – so z. B. zum Demokratieproblem oder zu den wirtschaftlichen Realien. Da der Verlauf der Diskussion hier nicht im Detail referiert werden kann, nur einige Anmerkungen.

Referate und Diskussion machten deutlich, dass unter den zivilgesellschaftlichen Kräften die Positionen hinsichtlich der Zukunft Afghanistans beträchtlich differieren und dass die Organisiertheit und Programmatik dieser Gruppen noch ganz am Anfang steht. Bazargar verwies nachdrücklich darauf, dass noch viel Arbeit zu leisten ist, bis sich die verschiedenen Strömungen der Zivilgesellschaft zunächst erst einmal gegenseitig tolerieren und den Weg zu einem gemeinsamen nationalen Programm ebnen. Er äußerte ernste Zweifel, ob eine innere Kraft existiert, die einen demokratischen Wandel in Afghanistan herbeiführen kann.

Die Diskussion ließ auch erkennen, dass die Realitätsnähe mancher Positionen in den kommenden Jahren zu einem politischen Problem werden kann, wenn beispielsweise demokratische und linke Kräfte den tatsächlichen Zustand der afghanischen Gesellschaft nicht genügend berücksichtigen und ihre Chancen nach einem Truppenabzug optimistisch überschätzen. Sehr richtig verwies ein afghanischer Korrespondent darauf, dass Afghanistan zu den rückständigsten Ländern der Welt gehört, dass die Bevölkerungsgruppen zu tiefst zerstritten sind und keine nationale Identität existiert. Ein Landsmann sekundierte, dass eine ganze Generation im Kriege aufgewachsen sei und nichts anderes gelernt habe. Es sei daher eine absolute Illusion, nach einem Truppenabzug Demokratie zu erwarten. Es bestand weitgehender Konsens, dass man eigene Wunschvorstellungen nicht mit der Realität in Afghanistan verwechseln dürfe. Demokratie könne nur aus dem Volke kommen, nicht aus dem Regime oder von außen.

Kontrovers wurde die Frage von Verhandlungen mit den Taliban diskutiert. Während Joya diese ablehnte, weil Demokratie nicht von Terroristen mit blutigen Händen kommen könne und überdies bisher auch nur die Warlords mit den Taliban verhandelt hätten, verwies Popal darauf, dass der unbedingt erforderliche innerafghanische Dialog mit allen existierenden Kräften geführt werden müsse. Bazargar gab zu bedenken, dass zuvor klar sein müsse, auf welcher Grundlage Verhandlungen geführt werden sollen und mit welchen



Taliban. Interessant in den mehrfachen Interventionen Malalai Joyas war, dass scheinbar für sie eher die Warlords als die Taliban der Feind Nr. 1 sind.

Jenseits aller Unterschiede in den politischen Positionen und Konzepten der afghanischen Teilnehmer war sehr bemerkenswert die einhellige Forderung nach einem vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan mit der Begründung, dass Frieden, Sicherheit und Wiederaufbau im Lande nur von den Afghanen selbst geleistet werden könnten. Das ist ein Faktor, der stärker als bisher beachtet werden sollte. In diesem Kontext machte Jürgen Rose darauf aufmerksam, dass der Afghanistan-Krieg faktisch ein Kolonialkrieg nach dem Strickmuster der seinerzeitigen Kriege in Algerien und Indochina sei und offenkundig gegen die Interessen der Bevölkerung geführt wird. Während in der Frage des Truppenabzugs die Forderung sehr klar und einheitlich war, blieben die Vorstellungen über die Entwicklung danach eher vage bzw. allgemein-optimistisch. Die Ausnahme war Karim Popal, der für diesen Fall die Bildung einer nationalen Übergangsregierung forderte, die unter dem Schutz von UNO-Truppen regieren und freie, demokratische Wahlen in ganz Afghanistan vorbereiten sollte. Insgesamt wurde deutlich, dass die Erarbeitung eines von breiten demokratischen Kräften getragenen, konkreten und realistischen Programms für die Nachkriegsperiode eine der größten politischen Herausforderungen für die nationalen, demokratischen und linken Kräfte Afghanistans sein wird.

Für die Politik hierzulande sollte die harte Kritik der afghanischen Teilnehmer an der deutschen Afghanistan-Politik Veranlassung sein, notwendige Konsequenzen zu ziehen. Mit ihrer Vasallentreue gegenüber den USA und dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat die Bundesregierung das jahrzehntelange, in der afghanischen Bevölkerung verankerte hohe Ansehen Deutschlands in Afghanistan weitgehend verspielt. Das war eine der markantesten Fehlleistungen bundesdeutscher Außenpolitik. Für die Linke ist und bleibt es eine zentrale Forderung, für die schnellstmögliche Beendigung dieses aggressiven Interventionskrieges einzutreten, der ein ganzes Volk für die regionalen Machtambitionen der USA in Geiselhaft nimmt – und nicht nur für den Abzug der Bundeswehr, die für den Ausgang des Krieges in Afghanistan ohnehin irrelevant ist.

Aus der internationalen Linken

Armes Italien!

Von Paola Giaculli, Mitglied der BAG Friedens- und Internationale Politik, Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 18. Februar 2011. Die Umfragewerte siehe: www.termometropolitico.it und www.demopolis.it

Nach dem Sieg der Regierung Berlusconi beim Misstrauensvotum Mitte Dezember im Parlament herrscht Unklarheit über die Zukunft Italiens. Die Lage wird sich in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrscheinlich weiter verschärfen. Berlusconis nur noch rein numerische Mehrheit beweist, dass er über keinen eindeutigen Konsens mehr verfügt. Nach neuesten Umfragen hat auch die Koalition der Rechten im Lande keine Mehrheit mehr. Vielleicht können die neuen Ermittlungen gegen ihn und das Schnellverfahren am 6. April wegen Begünstigung der Prostitution von Minderjährigen und Amtsmissbrauch seine Macht endlich erschüttern.

Leider heißt das nicht, dass das korrupte System, das er mit seiner Politik und seinem Lebensstil in Italien eingeführt hat, damit bereits besiegt wäre. Der sogenannte Berlusconiismus – dieses politische und kulturelle Phänomen mit solchen „Werten“ wie der Verachtung der Frau, der totalen Missachtung jeglicher Regeln, dem Missbrauch der demokratischen Institutionen, der Arroganz der Macht, der Allmacht des Geldes, ist in Italien heute anerkannt und so fest verankert, dass die Folgen überall zu sehen sind und noch lange zu spüren sein werden. Die zerfallenden Ruinen von Pompei sind ein konkretes Zeichen für die Dekadenz und den Niedergang eines Landes, in dem bei Kultur, Bildung oder Forschung systematisch und brutal gekürzt wird. „Von Kultur kann man nicht leben“, behauptet Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti, der für die harten Einschnitte im Haushaltgesetz verantwortlich ist. Seine kurzsichtige, ja selbstmörderische Politik hat die Proteste von Tausenden hervorgerufen: Bis auf den roten Teppich des Filmfestivals von Rom im vergangenen Oktober haben SchauspielerInnen und KünstlerInnen ihren Widerstand gegen die Regierung getragen. Die drastische Kürzung der Subventionen für Filmindustrie, Theater und Oper wird zur Schließung von Schauspiel- und Opernhäusern führen. Selbst die Mailänder Scala ist in Gefahr. Hunderttausende Menschen könnten ihre ohnehin schon prekären Jobs verlieren.

Gegen die Reform des Bildungssystems, die kurz von Weihnachten im Parlament verabschiedet wurde, haben SchülerInnen und StudentInnen einen heißen Herbst inszeniert. In Dutzenden Groß- und Kleinstädten von Turin bis Palermo haben sie mobilisiert, Universitäten, Schulen, Bildungsbehörden, ja sogar den Schiefen Turm von Pisa und das Kolosseum von Rom besetzt. An ihren Protesten haben sich alle Betroffenen, LehrerInnen und Familien, beteiligt. Tausende von WissenschaftlerInnen, die seit Jahren und Jahrzehnten als billige, prekäre Arbeitskräfte an den Unis ausgebeutet werden und deren Zukunft ungewiss ist, gingen auf



die Straße, um für ihren Arbeitsplatz, für würdige Arbeitsverhältnisse und gegen die Beteiligung von Privatunternehmen an der Verwaltung der Hochschulen zu kämpfen, die das neue Gesetz möglich macht. Nur solche Universitäten, die „besser mit den Finanzen umgehen können“, hätten das Recht weiterzubestehen, meint Bildungsministerin Gelmini. Die Jugendlichen kämpfen für ihre Zukunft und fordern Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die auch die Zukunft Italiens betreffen. Viele verlassen das verfallende und hoffnungslose Land, um im Ausland zu studieren und/oder einen Job zu suchen. Die Proteste finden breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Jugendlichen solidarisieren sich mit den italienischen ArbeitnehmerInnen, rufen zu gemeinsamen Initiativen auf und fordern wie die Metallgewerkschaft FIOM (CGIL) einen politischen Generalstreik.

Die MetallarbeiterInnen mit ihrer Gewerkschaft FIOM bilden den zweiten Pfeiler der sozialen Opposition in Italien. Seit Monaten kämpfen sie gegen einen heftigen Angriff von FIAT gegen ihre Rechte und die Demokratie insgesamt. Fiat-Chef Marchionne hat versprochen, am Standort in Italien – in Mirafiori bei Turin – eine Milliarde Euro zu investieren und dort weitere Beschäftigung zu sichern, wenn die Produktivität stark gesteigert und bei den Arbeitsbedingungen höchste Flexibilität durchgesetzt wird. Sollte die Belegschaft das ablehnen, werde FIAT den Standort in Italien aufgeben, drohte er mehrmals. „Italien ist für FIAT nicht so wichtig“ erklärte er. Das ist kein Wunder, wenn z. B. Serbien für jeden von FIAT angestellten Arbeiter pro Kopf 10 000 Euro zahlen und dem Mammutkonzern neben weiteren Vergünstigungen zehn Jahre Steuererlass schenken kann. Dabei hat FIAT von den 1980er bis Anfang der 2000er Jahre auch in Italien staatliche Subventionen von bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr kassiert.

Die sogenannte Flexibilität bedeutet nichts Anderes als eine drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: mehr und längere Schichten (6 Tage in der Woche bis zu 10 Stunden am Tag), Verkürzung der Pausen (von 40 auf 30 Min.), Überstunden (bis 120 Stunden im Jahr), zum Teil entfallende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Strafmaßnahmen im Fall eines Verstoßes bzw. Streiks gegen die neuen Arbeitsregeln. Dazu sollen Gewerkschaften wie die FIOM (CGIL), die diese Regelungen nicht unterschrieben hat, keine Vertretung in den Betriebsrat entsenden dürfen. Als Gegenleistung bietet FIAT den Erhalt der Arbeitsplätze und eine monatliche Lohnerhöhung von 30 Euro Brutto. Dabei muss man wissen, dass der Durchschnittslohn in der italienischen Autoindustrie von ca. 1 200 Euro Netto weit unter dem Niveau des deutschen liegt. Zum Teil beträgt er kaum die Hälfte. Der FIAT-Chef verdient das 450fache. Die neuen Regelungen sind ein Verstoß gegen das Arbeitnehmerstatut und den Tarifvertrag, die FIAT durch die Gründung einer neuen Gesellschaft, der „newco“ aushebeln will. Diese soll nicht dem Arbeitgeberverband angehören, denn der ist verpflichtet, den Tarifvertrag zu respektieren.

Für diesen „unfairen Pakt“, (Massimo Giannini, La Repubblica, 15. Januar 2011), den Tausch von Arbeitsplätzen gegen Rechte, hat die Belegschaft (über 5 000 Menschen) Mitte Januar zu 54 Prozent mit Ja gestimmt: Die überwiegende Mehrheit der Angestellten und des Führungspersonals, die von den neuen Regelungen nicht betroffen sind, stimmten zu, während die ArbeiterInnen in der Produktion gespalten waren und sich lediglich mit neun Stimmen Mehrheit dafür

entschieden. Marchionne, der von der Finanz- und Wirtschaftsprominenz, nicht zuletzt von Arbeitsminister Sacconi als „revolutionärer Manager“ und Held der Industrie gefeiert wird, bedankte sich bei den ArbeitnehmerInnen, die von ihm ins 19. Jahrhundert zurückgeworfen werden, und sprach von einer „historischen Wende“. Leider hat er damit wohl Recht, denn die „neuen“ Regelungen verstoßen gegen Grundrechte wie das auf Gewerkschaftsfreiheit und Streik.

Lob ernteten auch die ArbeitnehmerInnen. Immerhin bewies fast die Hälfte, eine unerwartet hohe Zahl, den Mut, gegen Marchionnes Erpressungsmanöver zu stimmen. „Das war ein sehr bitterer Sieg für Marchionne und eine wunderschöne Niederlage für die ArbeitnehmerInnen“, kommentierte Nichi Vendola, Präsident der Region Apulien und Chef der linken Partei SEL (Linke, Ökologie und Freiheit) das Ergebnis. Die Linke Italiens stellte sich mit SEL und PRC (Rifondazione comunista) entschlossen an die Seite der MetallarbeiterInnen. Trotz der erheblichen Unterstützung von Wirtschaftlern, Wissenschaftlern, Intellektuellen und einer wichtigen Tageszeitung wie La Repubblica, reicht das aber bei weitem nicht aus, um eine starke politische Opposition zu bilden.

„Ein Volk ohne Partei, eine Partei ohne Volk“, so beschreibt der ehemalige PRC-Chef Fausto Bertinotti die Lage. Bei Umfragen erhält die gesplittete Linke zur Zeit 7 bis gute 9 Prozent für SEL und 1 bis 1,5 Prozent für die im November gegründete Linke Föderation (FdS) von PRC, PdCI (Partei der Italienischen Kommunisten) und anderen. Sie sitzt weder im nationalen Parlament (2008: 3 Prozent), noch im Europaparlament (2009: PRC+PdCI 3,4 Prozent, damalige SL 3,1 Prozent). Die PD (Demokratische Partei), die größte Oppositionspartei, eine Fusion von früheren IKP-Anhängern, später Linksdemokraten und Christdemokraten, liegt bei 25 Prozent (2008: 33 Prozent). Sie ist völlig orientierungslos und betreibt keine wirkliche politische Opposition. Im Fall FIAT haben ihre leitenden Funktionäre mehrheitlich sogar Marchionne unterstützt. Damit scheint die traditionelle politische Bindung zur linken Gewerkschaft CGIL zerstört zu sein. Übrigens war das Verhältnis seit der Gründung der fusionierten Partei immer problematisch, da ein Teil der ehemaligen Christdemokraten eher die christliche CISL unterstützt, eine arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft, die die FIAT-Regelungen unterschrieben hat.

Interne Streitigkeiten beherrschen die Partei seit ihrer Entstehung Ende 2007. Selbst der frühere PD-Chef Veltroni, ein Initiator der neuen Partei, gründete eine eigene Strömung (MODEM) im Gegensatz zum jetzigen Parteichef Bersani. Laut Veltroni könnte ein Linksbündnis bei Neuwahlen kaum gewinnen, daher sei eine Mitte-Links-Koalition zu bevorzugen. Damit meint er ein Zusammengehen mit dem Zentrum, einem sogenannten Dritten Pol aus der christdemokratischen UDC und anderen. Veltroni lobte FIAT und die ArbeitnehmerInnen, die die neuen Arbeitsregelungen akzeptiert haben. PD-Chef Bersani sagte, es gebe keine Differenzen zu Veltroni, man müsse aber zu gemeinsamen programmatischen Auffassungen kommen. Das wird gar nicht so einfach, denn die PD hat weder „Linie“ noch Richtung. Vor allem weiß sie immer noch nicht, warum sie entstanden ist und wen sie vertreten will.

Die Berlusconi-Partei (PDL) liegt in neuen Umfragen trotz all der Skandale mit 27 Prozent immer noch vorn (2008: 37,3 Prozent), aber mit einem sehr schwachen Ergebnis. Immerhin ist fast die Hälfte der Befragten der Meinung, dass



die Anklagen gegen Berlusconi zutreffen und er zurücktreten sollte. Als Person erhält er nur noch 30 Prozent Zustimmung und nimmt unter den zehn wichtigsten Politikern den letzten Platz ein. 23 Prozent der Befragten glauben, dass er schuldig ist, aber im Amt bleiben sollte. 17 Prozent halten ihn für unschuldig (www.demos.it, Umfrage vom 14. Februar).

Berlusconi's Bündnispartner von der rechtspopulistischen, ausländergefeindlichen Lega Nord werden immer stärker (11 Prozent, 2008: 8 Prozent) Sie fordern Neuwahlen, falls eine unsolidarische Reform des Steuerföderalismus, die Abkoppelung des reichen Nordens vom armen Süden Italiens, nicht verabschiedet werden sollte. Das erscheint jedoch ziemlich schwierig, denn die Regierung hat in den Parlamentsausschüssen keine Mehrheit mehr, seit Parlamentspräsident Fini und seine Anhänger letzten Herbst aus der PDL austraten und eine neue Fraktion (FLI; in den Umfragen bei 4 – 5 Prozent) bildeten. Sollte die Regierung stürzen, dann wäre die PD bereit, mit dem Zentrum (Umfragen: bei 6 Prozent – 2008: 5,6 Prozent) und sogar mit der neuen rechten Partei von Fini zu koalieren, um eine „Notstandsregierung“ zu bilden. Aber bei einer Neuwahl könnte die PD erneut verlieren: Auch enttäuschte Berlusconi-Wähler würden laut Umfragen nicht zur PD wechseln, weil sie bei ihr keine klare Vision erkennen. Die von beiden Parteien Enttäuschten könnten die Zahl der Unentschiedenen bis auf 40 Prozent anwachsen lassen.

Inzwischen ist Nichi Vendola, Kommunist, Katholik und bekennender Schwuler, den die internationalen Medien als „Antiberlusconi“ bezeichnen, zum populärsten Politiker der Linken geworden. Auf der Liste der beliebtesten Politiker Italiens steht er mit 48,8 Prozent an zweiter Stelle. Den ersten Platz nimmt allerdings mit 50,4 Prozent Wirtschafts- und Finanzminister Tremonti ein.

Vendola trat Anfang 2009 aus der PRC aus. Auf dem PRC-Parteitag von 2008 war sein Antrag für eine breite, offene Linke mit 47 Prozent der Delegiertenstimmen gescheitert. Er wirft der PRC vor, zu sehr auf ihre eigene Identität fixiert zu sein. Vendola plädiert für eine neue politische Formation, für eine „postideologische Linke des 21. Jahrhunderts“, um die Auseinandersetzung zwischen Reformern und Radikalen endlich zu überwinden: „Ich habe die alten Formeln satt“, sagt er, „ich will über Tatsachen sprechen“. Wie Fausto Bertinotti hofft er auf einen „Urknall“, auf einen Neuanfang, die Gründung einer gemeinsamen Linken. Er steht für erneuerbare Energien – die von ihm als Präsident geführte Region Apulien erhielt den Eurosolar-Preis 2010 – für öffentliche Beschäftigung und eine (migranten)offene Gesellschaft. Bei der Mitte-Links-Vorwahl des Anwärters auf die Präsidentschaft Apuliens konnte er sich schon zum zweiten Mal gegen die PD-Parteifunktionäre und deren Kandidaten durchsetzen: Er erhielt selbst von der PD-Basis Unterstützung und gewann im April 2010 wie bereits 2005 die Wahl gegen die lokale Berlusconi-Rechte. Um Nichi Vendola haben sich die sogenannten „Fabbriche di Nichi“ (Nichis Werkstätten) gebildet, die für seine Wiederwahl in Apulien mit kreativen Aktionen mobilisierten und jetzt bereits im ganzen Land verbreitet sind. Ende Oktober 2010 wurde er auf dem Gründungsparteitag der SEL als Parteivorsitzender gewählt. Die SEL kann zur Zeit bereits mit ca. 45 500 Mitgliedern rechnen. Dieser Formation gehören – wie schon der Regenbogenlinken von 2008 – auch ehemalige Linksdemokraten und Grüne an.

Dagegen hat die PRC in den letzten zwei Jahren bald die

Halbte ihrer Mitglieder verloren (2009: 47 000, Oktober 2010: ca. 35 000). Die Partei kann sich bisher nicht für eine wirkliche Fusion mit der PdCI entscheiden, obwohl die Strömungen, die sich als kommunistisch bezeichnen, sich durchzusetzen scheinen. Die linke Föderation FdS aus PRC, PdCI und weiteren kleinen Verbänden, kann auch eigene Mitglieder haben, die nicht unbedingt einer der Partnerparteien angehören müssen, und eigene Organisationen bilden. Aber es handelt sich nicht um eine gemeinsame Partei, sondern um eine Föderation. Im Statut, das der FdS-Kongress im November 2010 beschloss, ist von gemeinsamen „Casa della Sinistra“ (Häusern der Linken) die Rede, die als lokale Büros fungieren sollen. Es gibt eine/n national/en Sprecher/in, derzeit Oliviero Diliberto, Chef der PdCI, der sich die Wiedergründung der IKP wünscht.

Die soziale Lage fordert indessen dringend eine politische Lösung. Die Regierung Berlusconi hat tiefe Einschnitte in den Sozialetat durchgesetzt. Im Moment ist sie jedoch eher damit beschäftigt, sich und ihren Chef vor den Skandalen zu retten. Andererseits wirken die politischen Kräfte trotz ihrer Forderung nach Berlusconi's Rücktritt und Neuwahlen wie gelähmt oder resigniert. Die Linken sind verwirrt oder gespalten und nicht in der Lage, eine gesellschaftliche Opposition anzuführen. Wie die meisten ItalienerInnen können sie nicht einmal gegen das widerliche Verhalten und die offenen Lügen ihres Ministerpräsidenten richtig aufbegehren, so tief ist die Schmerzgrenze inzwischen gesunken. Manche – vielleicht nicht einmal so wenige – mögen ihn sogar. Die Männer, weil er so ein toller Hecht ist, und die Frauen, weil er sich gegenüber seinen Mädels so großzügig zeigt. Mitte Februar kam trotzdem eine beeindruckende Frauenmobilisierung gegen den Sexismus zustande, die alle Erwartungen des unabhängigen Frauenorganisationskomitees übertraf. Dieses hatte höchstens mit fünfzigtausend TeilnehmerInnen gerechnet: Eine Million Menschen, darunter auch Männer, gingen in 230 Städten auf die Straße und hauchten der Hoffnung auf ein „anderes“ Italien neues Leben ein. Laut Demos-Umfrage wünscht sich jede/r vierte ItalienerIn eine „ägyptische“ Lösung. Trotz all der Verwüstung ist vielleicht noch nicht alles verloren.

Silvio Berlusconi's Italien steht auf der falschen Seite der Geschichte

Es gibt ein besseres Italien als jenes, das gerade auf Grund gefahren wird. Die Linke muss eine Alternative zum Berlusconi'smus anbieten.

Von Nichi Vendola, Präsident der Region Apulien, Vorsitzender der Partei „Linke, Ökologie und Freiheit“; aus: Guardian, 14. Februar 2011

Am Sonntag (dem 13.2.2011) sind die Italiener auf die Straße gegangen, um die Würde der Frauen gegen den vulgären Mix aus Sexismus und Machismus zu verteidigen, der nicht nur in den Worten und Taten ihres Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi zum Ausdruck kommt, sondern auch in der Denkungsart des Berlusconi'smus, die wie eine Seuche um sich greift. Ich bin stolz darauf, unter den Frauen und Männern



gewesen zu sein, die ihre Überzeugung demonstriert haben, dass der Kampf gegen ein Urbild männlichen Allmachtswahns wie Berlusconi einen politischen Akt darstellt.

Es gibt ein besseres Italien als jenes, das ausländische Beobachter sich vorstellen, wenn sie sich darüber wundern, wie populär und nicht zu erschüttern Berlusconi trotz seiner vielen Sexskandale noch immer ist. Dieses bessere ist das Italien, das sich von Anfang an nicht von ihm blenden ließ.

Jetzt wird der Ministerpräsident der Prostitution mit Minderjährigen und des Amtsmissbrauchs zur Vertuschung des Verbrechens angeklagt. Da die Medien dieses Schauspiel seiner Sittenlosigkeit ans Licht bringen, zeigt er keinerlei Reue, sondern beleidigt auch noch die Justizbeamten, die gegen ihn und seine Gefolgsleute ermitteln. Seine politischen Verbündeten halten weiterhin zu ihm. Die Ermittler verletzen seine Intimsphäre, behaupten sie.

Aber hier geht es nicht nur um Sex. Hier zeigt sich wieder einmal, was Berlusconi und ein Großteil des rechten Flügels der politischen Klasse Italiens von den Frauen und vom Gesetz halten. In der Weltsicht des Berlusconismus gilt beides als Privateigentum derer, die über das Geld und die Macht verfügen.

Der Berlusconismus ist eine Seuche, an der die italienische Gesellschaft krankt. Anstelle von Solidarität propagiert er einen verlogenen Individualismus. Statt auf harte Arbeit und Fachkompetenz zu orientieren, erklärt er den jungen Leuten, durch Cleverness, Betrug und der Einsatz des eigenen Körpers könnten sie am schnellsten reich werden. Der eigentliche Skandal liegt darin, dass eine ganze Generation sich ihre Zukunft nur noch in der moralischen Verkommenheit vorstellen kann, die ihre Führung ihnen vorlebt.

Berlusconi und seine Kumpane bezeichnen sich als liberal, aber dieser Begriff muss erklärt werden. In der Sprache des Berlusconismus bedeutet er, dass die politischen Eliten sich mit öffentlichen Geldern Italiens die Taschen füllen. Was sie nicht gebrauchen können, lassen sie verkommen. Neapel, eine der schönsten Städte unseres Landes mit 3000-jähriger Geschichte liegt am Boden. Und der Wiederaufbau Haitis geht wahrscheinlich schneller vonstatten als der von L'Aquila, einer mittelalterlichen Stadt in Italien, die vor zwei Jahren von einem Erdbeben heimgesucht wurde.

Kann es da verwundern, dass Berlusconi und seine mit der Wirtschaft betrauten Minister überrascht waren, als sie erfuhren, dass Fiat seine Zentrale möglicherweise in die USA verlegt? Sie haben keine Politik für die stagnierende italienische Industrie, denn der Schutz der Jobs der hart arbeitenden Italiener hat für sie keine Priorität.

Fiat-Chef Sergio Marchionne hat seinen Arbeitern mit der Drohung, im Ausland zu investieren, wichtige Zugeständnisse abgerungen. Ich habe die Metallarbeitergewerkschaft unterstützt, nicht weil ich gegen Verhandlungen bin, sondern weil ich gesehen habe, dass er taktiert und gar keinen langfristigen Plan für den Verbleib in Italien hat. Jetzt bestätigt Marchionne unsere Vermutung, und das Land kann seinen größten privaten Arbeitgeber tatsächlich verlieren.

Diese Regierung ist nicht nur schlecht für Italien, sondern für die ganze Welt. Wir sind ein wichtiges Land im Mittelmeerraum, und noch nie wurden wir hier so dringend gebraucht. Jetzt, da der Drang nach Demokratie aus Tunesien, Ägypten und Albanien nicht mehr aufzuhalten ist, steht Italien auf der falschen Seite der Geschichte.

Berlusconi's Koalition unterstützt nicht die Bürger, die für

Demokratie eintreten, sondern den einzigen starken Mann, den die Empörung bisher nicht ins Wanken bringen konnte – Libyens Muammar al-Gaddafi. Solange Berlusconi am Ruder ist, kann die Europäische Union nicht erwarten, dass sich Italien den neuen Realitäten im Mittelmeerraum mit einer innovativen Außenpolitik stellt. Unser Land strotzt vor kreativer Energie, aber seine Institutionen bieten in diesem historischen Augenblick ein Bild völliger Ideenlosigkeit. Es ist hohe Zeit, den Kurs zu wechseln.

Wie ist es zu dieser Lage gekommen? Dafür trägt auch die Linke Verantwortung. Wir waren am Steuer eingeschlafen, als Berlusconi mit seinen Fernsehsendern Italien umgekremelt hat. Heute werden bedeutende Grundsätze unserer sehr fortschrittlichen Verfassung unter Beschuss genommen – vom Rechtsstaat über die Meinungsfreiheit bis zur sozialen Verantwortung der privaten Wirtschaft.

Das ist der Grund, weshalb eine verjüngte Linke keine Mischung von Radikalen und Reformern mehr sein kann, die mit den Rechten Kompromisse schließt, um die Mitte nicht gegen sich aufzubringen. Wer mit solcher Art Realpolitik Wahlen gewinnen will, der täuscht sich selbst.

Die italienische Linke muss eine Alternative zum Berlusconismus anbieten. Damit meine ich sowohl ein glaubwürdiges politisches Programm, das sich den Fragen der Moral, der Arbeitsplätze, der Immigration und einer nachhaltigen Wirtschaft zuwendet, als auch eine wirksame Führung. Lasst uns darüber sprechen, was wir für Italien erreichen wollen. Lasst uns denjenigen auswählen, der die Wünsche des italienischen Volkes am besten zum Ausdruck bringen kann. Denn die sind viel anspruchsvoller als das, was die vulgären Figuren dieser Regierung anzubieten haben. Ich bin bereit, mich dieser Herausforderung zu stellen.

Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen in Griechenland

Einschätzung der Internationalen Abteilung von SYNASPISMOS

Die zweite Runde der Regional- und Kommunalwahlen in Griechenland fand am 14. November 2010 statt. Sie brachte folgende Ergebnisse:

Erstens. Ein neues, Besorgnis erregendes Element dieser Wahlen war die niedrige Wahlbeteiligung. Sie zeichnete sich mit 53 bzw. 52 Prozent bereits in der ersten Runde ab und sank in der zweiten zum Beispiel in der zentralen Region Attika auf fast 40 Prozent. Dieser radikale Absturz zeigt die wachsende Unzufriedenheit großer Teile der Wahlberechtigten und den wenig repräsentativen Charakter des Ergebnisses. Nach Meinungsumfragen lehnt ein großer Teil derer, die nicht zur Wahl gingen, den ständigen Machtwechsel zwischen den beiden großen Parteien ab, kann aber bisher in den anderen Wahlmöglichkeiten keine akzeptable Alternative erkennen. SYNASPISMOS lehnt ein solches Wahlverhalten strikt ab, da es unabhängig von den Absichten der Wahlweigerer objektiv das gegenwärtig bestehende Zweiparteiensystem stützt, das die Unlust der Menschen ausnutzt, sich in Bewegungen, Gewerkschaften, gesellschaftlichen und po-



litischen Bündnissen gegen die neoliberale Politik zu engagieren.

Zweitens. Obwohl die beiden großen Parteien (PASOK und Neue Demokratie – ND) sowohl bei der absoluten Stimmenzahl als auch bei den Prozenten auf ein Rekordtief gesunken sind, teilen sie nach wie vor alle dreizehn Regionen unter sich auf. PASOK gewann acht und ND die restlichen fünf. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Oktober 2009 verlor PASOK 1,1 Millionen und ND 600 000 Stimmen. Dabei ist hervorzuheben, dass die beiden großen Parteien zusammen nicht über 70 Prozent der Stimmen hinaus kamen.

Drittens. Landesweit haben die Parteien nach der ersten Runde der Wahlen vom 7. November folgende Stimmenanteile erhalten (in Klammern das Verhältnis zu den Parlamentswahlen von 2009):

→ PASOK	34,5% (-10%)
→ Neue Demokratie	32,7% (-0,8%)
→ KP Griechenlands	10,9% (+3,3%)
→ SYN/Syriza	4,5% (-0,1%)
→ LAOS (Extreme Rechte)	4,3% (-1,3%)
→ Grüne	2,7% (+0,2%)
→ Demokratische Linke (SYN-Abspaltung vom Juni 2010)	2,1%
→ ANTARSYA (Antikapitalistische Linke) Front des Umsturzes und der Solidarität (Alekos Alavanos und vier ehemalige SYRIZA-Bündnispartner, die in zwei Regionen getrennt antraten)	0,7%
→ Goldene Morgendämmerung (Neofaschisten – traten in zwei Regionen und der Stadt Athen an, gewannen in Athen 5% und zum ersten Mal einen Platz im Stadtrat)	0,2%

Viertens. Die Gesamtzahl der Stimmen, die für die verschiedenen Linkskräfte abgegeben wurden, ist bedeutend angestiegen und beträgt gegenwärtig landesweit etwa 23 Prozent. In der zentralen Region Attika erhielten die von den Parteien und Organisationen der Linken im weiteren Sinne unterstützten Listen (KP Griechenlands, SYN/SYRIZA, Demokratische Linke, ANTARSYA und Grüne) das eindrucksvolle Ergebnis von 33 Prozent, einen historischen Rekord.

Eine zersplitterte Linke ist jedoch nicht in der Lage, eine alternative Politik wirksam durchzusetzen. SYNASPISMOS ist fest überzeugt, dass es immer notwendiger wird, die bestehenden Spaltungen zu überwinden und ein breites Bündnis aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu schmieden, die sich dem Memorandum (das mit EU und IWF am 2. Mai 2010 ausgehandelte Sparpaket als Voraussetzung für Finanzhilfen an Griechenland – d. Ü.), der Politik der PASOK und der Troika von IWF, EZB und EU widersetzen. SYNASPISMOS wird weiterhin am Projekt einer vereinigten Linken arbeiten, die in einem breiten Spektrum von Fragen „von den kleinsten bis zu den größten“ gemeinsam für eine alternative Politik kämpft. Wir wollen auch Menschen einbeziehen, die sich von PASOK abwenden, weil sie von deren gesichtsloser neoliberaler Politik enttäuscht sind. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die spalterische Haltung der Führung der KP Griechenlands in allen nur denkbaren Bereichen (Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Parlamentsinitiativen) objektiv der Regierung hilft, Maßnahmen durchzusetzen, die sie

für alternativlos ausgibt, die es in Wirklichkeit aber nicht sind.

Fünftens. SYNASPISMOS und SYRIZA sind im Bündnis mit anderen Kräften der radikalen Linken und sozialistisch orientierten Gruppen, die sich von PASOK getrennt haben, in diese Wahlen gegangen. Die von diesen Kräften unterstützten Listen sind in der ersten Wahlrunde mit einem oder mehreren Abgeordneten in alle dreizehn Regionalräte gelangt. In der Region Athen (Attika), in der über die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt, hat unsere Liste „Zusammenarbeit für Attika – Nein zum Memorandum“, ein Bündnis von SYN mit PASOK-Abspaltungen, mit 6,2 Prozent das höchste Ergebnis in einer Region erzielt und entsendet in den größten Regionalrat des Landes drei Abgeordnete.

Sechstens. In der ersten Runde der Kommunalwahlen erreichten SYN und SYRIZA bereits zwei Bürgermeisterposten in der Region Attika. In der zweiten Runde errang SYNASPISMOS im Bündnis mit der Gruppe von PASOK-Abtrünnigen und der Demokratischen Linken die Mehrheit in Patra, der drittgrößten Stadt Griechenlands. In der Region Attika gelangten Kandidaten von SYNASPISMOS und SYRIZA im zweiten Wahlgang in die Räte von sechs Gemeinden und erreichten in fünf die Mehrheit. Leider haben sie in der historisch wichtigen und für ihre linke Tradition bekannten Stadt Kaisariani, Region Attika, nach zwölf Jahren die Mehrheit eingebüßt. Dort gewann der Kandidat der PASOK im zweiten Wahlgang mit ganzen zwölf Stimmen. Die Führung der KP Griechenlands hatte ihre Wähler aufgefordert, im zweiten Wahlgang ungültige Stimmzettel abzugeben.

Siebtens. Was die übrigen Landesteile betrifft, so war SYNASPISMOS an den siegreichen Listen auf den Inseln Icaria und Limnos beteiligt, wo SYN jetzt in beiden Fällen die neuen Bürgermeister stellt. Im Beispiel von Ikaria errang die von SYN unterstützte Liste die Mehrheit, obwohl die Führung der KP Griechenlands dort mit allen Mitteln Lügen und Desinformationen verbreitete. Dort wurde unsere Liste auch von den lokalen Organisationen der PASOK und der ND unterstützt, während die Liste der KP Griechenlands, die nach über 15 Jahren erfolgloser Regierung der Insel scheiterte, im zweiten Wahlgang von führenden ND-Vertretern und Parlamentsabgeordneten unterstützt wurde.

Insgesamt erzielte SYN acht Bürgermeisterposten und eine solche Zahl an Mitgliedern von Gemeinderäten in ganz Griechenland, dass sie nach wie vor auf kommunaler Ebene die drittstärkste politische Kraft bleibt. Die KP Griechenlands war landesweit nur in einer Gemeinde siegreich.



Schweden: Der Weg in die europäische Normalität – eine kalte Dusche für Rot-Grün

Von Henning Süßner, Rektor der linksparteinahen Volkshochschule Kvarnby in Malmö, Forscher am Institut für Migrations-, Ethnizitäts- und Gesellschaftsforschung der Universität Linköping; aus: „Standpunkte International“ Nr. 21/2010 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Der längste Wahlkampf der schwedischen Geschichte endete am 19. September 2010 mit einer kalten Dusche für die rot-grünen¹ Herausforderer. Das Ziel, die amtierende bürgerliche Regierung zu ersetzen, wurde verfehlt, obendrein zogen die ausländerfeindlichen „Schwedendemokraten“ in den Stockholmer Reichstag ein.

So war das Ganze nicht gedacht. Am 7. Dezember 2008 hatten Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei eine Allianz gebildet und angekündigt, mit einer gemeinsamen Wahlplattform zur Reichstagswahl 2010 anzutreten. Das Ziel war es, die amtierende rechte Regierungskoalition, bestehend aus vier bürgerlichen Parteien unter der Führung der konservativen „Moderaten“ (m), durch eine links-grüne Koalition zu ersetzen.

Damit wurde eine historische Zäsur vollzogen: Zum ersten Mal überhaupt machte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) ein Koalitionsversprechen vor einer Wahl. Obendrein hätte ein Wahlsieg der rot-grünen Allianz bedeutet, dass sowohl Grüne als auch die postkommunistische Linkspartei zum ersten Mal in der Geschichte dieser Parteien an einer Regierung beteiligt wären.

Aus der ersten linken Koalitionsregierung Schwedens wurde jedoch nichts. Die Rot-Grünen verloren zusammen 15 Reichstagsmandate, für die SAP war es gar die schlechteste Wahl seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Schweden. Das Interessante dabei ist, dass die Linksallianz noch im Mai einen zweistelligen Vorsprung vor der regierenden Rechtskoalition in den einschlägigen Wahlumfragen hatte. Lange schien der Machtwechsel in Stockholm geradezu vorprogrammiert zu sein.

Wie ist der Wahlverlust zu erklären? Während die ersten Kommentare in den bürgerlichen Medien nach dem geradezu grausamen Wahlverlust der SAP meist darauf hinausliefen, dass die Allianz mit der „kommunistischen“ Linkspartei den Wahlsieg gekostet habe, gibt es mittlerweile verhaltene Hinweise darauf, dass die Wurzel des Problems wohl eher in der Krise der schwedischen Sozialdemokratie zu suchen ist.

Bis zur Wahl 2006 gab es in der Praxis zwar zwei deutlich definierte politische „Blöcke“, nämlich bürgerliche Rechte und „sozialistische“ Linke, das Epizentrum der schwedischen Politik war jedoch immer die SAP, die kein Interesse daran hatte, sich langfristig oder zu fest an bestimmte politische Partner zu binden. Die konservativen Moderaten hatten es konstant schwer, den bürgerlichen Block zusammenzuhalten, die erst 1988 hinzugekommenen Grünen wurden zumindest in der Reichstagspolitik konsequent nach links gezogen, so dass eine Allianz mit dem rechten Lager erfolgreich verhindert werden konnte. Die Grünen, die kleineren Mitte-Rechts-Parteien und die Linkspartei wurden regelmäßig gegeneinander ausgespielt und zum Machterhalt sozialdemokratischer Minderheitenregierungen gezwungen. Auf diese

Art und Weise wurde die politische Rechte lange Zeit erfolgreich von der politischen Macht ferngehalten, sozialdemokratische Regierungen regierten jahrzehntlang entweder mit eigenen Mehrheiten oder in Minderheit. Die Ausnahme von der Regel waren die bürgerlichen Machtperioden 1976 – 1982 und 1991 – 1994.

Die Wahlniederlage des Jahres 2006 wurde in den damaligen Wahlanalysen der SAP auf zwei Ursachen zurückgeführt: Der damalige Parteivorsitzende und amtierende Regierungschef Göran Persson war „müde“, die Partei benötigte dringend einen Generationswechsel. Mit Mona Sahlin wurde das Problem aus Sicht der Parteistrategen gelöst. Sahlin war gerade mal 50 Jahre alt, als sie am 17. März 2007 als erste Frau zur Parteivorsitzenden der SAP gewählt wurde. Sie repräsentierte den „modernen“ Flügel der Partei und möblierte bereits kurz nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden selbstsicher die Führungsriege der Partei um.

Im Kalkül von Sahlin für die Wahl 2010 war eine Niederlage nicht vorgesehen. Der Wahlkampf wurde bereits im Jahr 2008 eingeleitet und konsequent durchgezogen. Anfang 2010 hatte man die beiden zeitweise ein wenig widerspenstigen Allianzpartner in eine Gussform gepresst, die keine Ausbrüche nach rechts oder links mehr zuließ. Das Vorbild des rot-grünen Bündnisses war die rechte 4-Parteienallianz, die im Jahr 2005 gebildet wurde und im Herbst 2006 die Regierungsgewalt übernahm.

Die neue rot-grüne Allianz einigte sich im Laufe von ungefähr 15 Monaten auf ein gemeinsames Regierungsprogramm und begann im Juni 2010 die Ministerposten zu verteilen. Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei gingen zwar als eigenständige Parteien zur Wahl, traten aber auf nationaler Ebene in aller Regel als geschlossene Gruppe auf. Die Parteivorsitzenden reisten gemeinsam durchs Land und machten seit 2009 Werbung für die neue Allianz. Ein paar Wochen vor der Wahl waren schließlich das Regierungsprogramm und auch das neue Kabinett fertig.

Nicht im Programm war eine Wahlniederlage gegen eine Regierung, die als inkompetent, konservativ und gewerkschaftsfeindlich angegriffen wurde. Selbstsicher attackierte das rot-grüne Lager die Regierung auf allen Fronten und ging lange von einem deutlichen, zum Schluss von einem knappen Wahlsieg aus. In der Wahlnacht herrschte denn kaltes Entsetzen über die Resultate, die allmählich das bestätigten, was man schon ab Anfang August ahnen konnte. Das rot-grüne Bündnis verlor die Wahl mit deutlicher Marginalie. Während die Grünen mit 7,34 Prozent der Stimmen das beste Reichstagswahlresultat ihrer Geschichte erlangten, verlor die Linkspartei 0,24 Prozent und 3 Mandate. Sie erhielt zum Schluss 5,60 Prozent der Stimmen. Die SAP fuhr mit 30,66 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1914 (!) ein. Ein Verlust von 4,33 Prozenteinheiten, 18 Mandaten und über 115 000 Stimmen

Während also die Grünen von der Zusammenarbeit, in der sie sich recht gut profilieren konnten und die v. a. der weiblichen Parteisprecherin Maria Wetterstrand sehr viel mediale Aufmerksamkeit bescherte, profitiert haben, stagniert die Linkspartei weiter. Vor allem in der Schlussphase des Wahlkampfes wurde die kommunistische Parteigeschichte immer wieder zum Objekt medialer Aufmerksamkeit. Der Parteivorsitzende Lars Ohly wurde hart angegangen, die Zusammenarbeit der SAP mit der Linken auch aus sozialdemokratischen Reihen immer stärker kritisiert.



Das Konzept der Linkspartei, sich nach niederländischem Vorbild als bürgernahe, aktive und dynamische Partei zu zeigen, ist nicht aufgegangen. Man ist nicht allzu präsent in den außerparlamentarischen Bewegungen gewesen, mit Ausnahme der antirassistischen. Dies wiederum brachte der Partei in der Schlussphase des Wahlkampfes viel öffentliche Kritik ein, da die öffentlichen Auftritte der ausländerfeindlichen Schwedendemokraten im ganzen Land von Antifaschisten gestört oder gar verhindert wurden. Dies wurde in den Medien als antidemokratisch diffamiert und wird in gewissen Wahlanalysen als ein Element des Erfolgs der Schwedendemokraten hervorgehoben.

Ungeachtet der Schwäche der Linkspartei, die kein richtiges Konzept zur positiven Profilierung im Wahlkampf finden konnte und sich stattdessen lange darauf konzentrieren musste, die eigenen Reihen, die die enge Zusammenarbeit mit Grünen und SAP kritisierten, zusammenzuhalten, wurde die Wahl letztendlich jedoch durch die Massenabwanderung von sozialdemokratischen WählerInnen in das bürgerliche Lager entschieden. Laut der Wahllokaluntersuchung des schwedischen öffentlich-rechtlichen TV-Kanals SVT verloren die Sozialdemokraten fast 1 Prozent an die Konservativen, hinzu kam auch eine signifikante Abwanderung in Richtung extreme Rechte.

Die konservative Regierungspartei des schwedischen Staatsministers Fredrik Reinfeldt ist nun mit 30,06 Prozent der Stimmen nahezu gleichauf mit der SAP. Auch dies ist historisch einmalig. Selbstsicher betitelte sich die Partei denn auch während des Wahlkampfes als Schwedens „neue Arbeiterpartei“. Dies scheint sich zu bestätigen, die „Moderaten“ bekamen nahezu jede fünfte Stimme der schwedischen Gewerkschaftsmitglieder, traditionelle Stammwähler des roten Parteienlagers. Damit scheint sich die Verwandlung einer klassischen bürgerlichen Rechtspartei zu einer „Volkspartei“ nach Vorbild der deutschen CDU/CSU vollzogen zu haben. Auch dies eine deutliche Zäsur in der schwedischen Parteienlandschaft.

Die Gründe für die historische Wahlniederlage der SAP scheinen also strukturell zu sein. Gewisse Kreise innerhalb der SAP versuchen zwar zur Zeit die Wahlniederlage der Parteivorsitzenden Sahlin in die Schuhe zu schieben, dies ist jedoch kurzsichtig. Aus anderer Richtung, z. B. aus dem Umkreis der akademisch-sozialdemokratischen Ideenschmiedern „Arena“ und Agora, wird lautstark nach einer sozialdemokratischen „Erneuerung“ gerufen. Anstatt sich nach links umzusehen und alte sozialistische Forderungen nach staatlicher Wohlfahrt abzustauben, wie dies im Wahlkampf 2010 geschehen sei, müsse man einsehen, dass die „Portemonnaiepolitik“ der Regierung näher an den Interessen der Industriearbeiterschaft läge. Von der ehemaligen Chefideologin von Agora, Ursula Berge, wird gar behauptet, dass man sich den Realitäten anpassen müsse, d. h. die Programmatik und Rhetorik der Sozialdemokratie sollte sich an den Interessen der „urbanen Mittelklasse“ orientieren.

Über diese Thesen, die ja nicht unbedingt neu sind, will ich mich an dieser Stelle nicht auslassen. Interessant ist jedoch, dass die Trumpfkarten der Rot-Grünen, nämlich der Kampf gegen den Abbau der staatlichen Krankenversicherungsleistungen und die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, schon im Frühstadium des Wahlkampfes ausgespielt wurden. Vor der Sommerpause lagen die rot-grünen Herausforderer in den Meinungsumfragen denn auch deut-

lich vorn. Nach der Sommerpause gelang es hingegen der Regierung, ihre eigenen Trümpfe auszuspielen. So nahm plötzlich die Frage der Steuererleichterungen für haushaltnahe Dienstleistungen und die Frage der eventuellen Wiedereinführung der proportionalen Immobiliensteuer, die von der rechten Regierung im Jahr 2007 abgeschafft wurde, plötzlich viel Raum ein. Gleichzeitig wurde der Wahlkampf auch immer mehr von der Frage des Erfolgs oder Nichterfolgs der rechtsextremen Schwedendemokraten überschattet.

Der Einzug der Schwedendemokraten hatte sich zwar seit Mai/Juni in den Meinungsumfragen immer deutlicher abgezeichnet, der Fokus des Wahlkampfes lag jedoch lange woanders. Im Schatten des Kampfes zwischen zwei deutlich abgegrenzten politischen Blöcken wurde den Schwedendemokraten lange keine größere Aufmerksamkeit zuteil. Dies änderte sich jedoch abrupt in der Schlussphase des Wahlkampfes.

Die Schwedendemokraten, die 1988 als Ableger der neonazistischen Bewegung „Bewahrt Schweden schwedisch“ gegründet wurde, wuchsen sich schon in der Wahl 2002 zu einem stabilen Faktor in Südschweden aus. In der Wahl 2006 scheiterten sie mit 2,93 Prozent der Stimmen zwar noch deutlich an der 4-Prozent-Hürde zum Reichstag, erreichten jedoch zweistellige Ergebnisse in den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen. In der aktuellen Wahl 2010 erlangte die Partei, die sich mittlerweile zum Sprachrohr des Antiislamismus gemacht hat, 5,70 Prozent der Stimmen und zog damit zum ersten Mal in den Reichstag ein. Dort hat der Wahlerfolg der Rechtsextremen bereits eine Krise ausgelöst – keiner der beiden konkurrierenden Parteienblöcke hat nämlich eine eigene Mehrheit. Daher wird zurzeit versucht, die Grünen ins bürgerliche Lager zu ziehen.

Auch wenn man in der Regel den Wahlverlust des rot-grünen Lagers im Zusammenhang mit dem Erfolg der Schwedendemokraten sieht, ist diese Gleichung nicht völlig korrekt: Im Gegensatz zum Jahr 2006 scheinen die Stimmengewinne der Schwedendemokraten diesmal nämlich hauptsächlich auf Kosten der bürgerlichen Parteien gegangen zu sein.

Dies ist eine interessante Entwicklung. Ganz im Gegensatz zu früheren Jahren, als die Wählerschaft der Partei hauptsächlich aus jungen Männern mit geringer Ausbildung bestand, hat sich die Stimmenbasis der Schwedendemokraten eindeutig verbreitert. Die Partei wird auch nicht mehr in erster Linie bloß als Antietablisementpartei wahrgenommen, sondern als eine „seriöse Alternative für Einwanderungskritiker“.

Offenbar von postkolonialen rassistischen Theorien beeinflusst, beweist das Magazin Expo, das 1995 gegründet wurde, just um Schwedendemokraten und andere rechtsextreme Gruppen journalistisch zu bewachen, dass es in der schwedischen Gesellschaft „immer schon“ einwanderungsfeindliche und rassistische Strömungen gegeben habe. Der „Tod der Ideologien“ und die Krise des Sozialstaates haben nun dazu geführt, dass diese Strömungen in den Schwedendemokraten eine seriöse Wahlalternative zu den etablierten Parteienblöcken sehen.

Diese Analyse mag zutreffen, es sei jedoch angemerkt, dass sich das Wahlverhalten im Süden und Norden Schwedens sehr stark unterscheidet. Nördlich von Stockholm finden sich die Schwedendemokraten denn in der Regel nur als Splitterpartei in der Wahlstatistik. Im roten Norden sind nach wie vor SAP und Linkspartei stark, allerdings sind auch dort

starke Stimmenverluste des roten Blocks an die Konservativen zu verzeichnen. Im Süden ist dieser Trend noch deutlicher.

Was wird nun geschehen? In der Wahlnacht und in den Tagen danach befand sich Schweden im Schockzustand. In Stockholm, Göteborg und Malmö wurden spontane Massendemonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmern abgehalten. Die sozialen Medien laufen über von empörten, geschockten und entsetzten Kommentaren und Aufrufen zum Thema.

Für die Linkspartei gilt es, die Wunden des verlorenen Wahlkampfes zu lecken. Zum dritten Mal in Folge hat die Partei Stimmen und Mandate im ganzen Land verloren. Will man den Trend wenden, muss man zweifelsohne einen Weg finden, sich neue Wählerkreise und Themen zu erschließen. Trotz aller Enttäuschung über den eigenen Misserfolg und Frustration über den Erfolg der extremen Rechten, zeichnet sich jedoch gleichzeitig auch ein äußerst positiver Trend ab: innerhalb von wenigen Tagen ist die Linkspartei um nahezu 10% gewachsen. Zurzeit strömen neue Mitglieder, die sich gegen die Schwedendemokraten engagieren wollen, in die Partei. Damit scheint zumindest der Trend des Mitgliederschwunds, der seit 2002 anhält, gebrochen zu sein. Ob diese Entwicklung flächendeckend ist und die neuen Mitglieder erfolgreich in die Partei integriert werden können, bleibt abzuwarten. (Inzwischen bildete die erfolgreiche Vierparteienkoalition eine Regierung in der bisherigen Zusammensetzung, die als Minderheitskabinett fungiert. – d. Red.)

Anmerkung

¹ In Deutschland würde man wohl von rot-rot-grün sprechen.

„Gorbatschow der DDR“ war keine ehrenhafte Schmeichelei

Gespräch mit Hans Modrow über Eindrücke von einer Reise nach Bulgarien aus Anlass des Erscheinens seines Buches „Die Perestroika. Wie ich sie sehe“ in bulgarischer Sprache; aus: Junge Welt, 27. November 2010 (gekürzt), Interview: Frank Schumann

● **Autor und Verlag edition ost dürfte es freuen, wenn Ihr Buch „Die Perestroika. Wie ich sie sehe“ nach Russland nunmehr auch in Bulgarien erscheint. Allerdings: In Deutschland kam der Titel 1998, in Russland 1999 heraus. Warum erst jetzt auf dem Balkan?**

Diese Frage muss man nicht mir, sondern in Bulgarien stellen. Aber nach meinem Eindruck wird dort das Thema Sozialismus im 21. Jahrhundert wieder intensiver diskutiert als noch vor einigen Jahren. Die Linken dort suchen nach antikapitalistischen Alternativen, denn der Kapitalismus – Bulgarien ist Mitglied der EU und der NATO – bietet keine befriedigenden Antworten auf die Menschheitsfragen.

● **Das sagen inzwischen selbst die Klugen unter den Kapitalisten. Auch dort spricht man kaum noch vom Postkapitalismus, aber nicht etwa, weil man wie Francis Fukuyama Anfang der 90er Jahre vom Ende der Geschichte ausgeht, sondern weil man inzwischen eingesehen hat, dass nach dem gegenwärtigen Kapitalismus mit seinen Krisen**

und Verwerfungen garantiert etwas anderes kommen wird. Das schleppt sich noch eine Weile so dahin, bis die ökologische Katastrophe kommt. Was danach passiert, weiß niemand.

Naja, mal langsam. Die Bulgaren sind – wie andere politische Bewegungen und Parteien auf der Welt auch – auf der Suche nach machbaren Alternativen zu dem, was ist. Und dabei beziehen sie Erfahrungen und Überlegungen anderer mit ein. Professor Alexander Lilow, Leiter des Zentrums für Strategische Studien bei der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und Herausgeber der Zeitschrift Ponedelnik, begründete bei der Veranstaltung, die unter dem Titel „20 Jahre nach der Perestroika“ stattfand, weshalb man auch meine Sicht zur Kenntnis nehmen sollte: Es müssten einerseits die Gründe für das Scheitern des sowjetischen Sozialismus-Modells marxistisch analysiert und andererseits jene Elemente und Erfahrungen dialektisch aufgehoben werden, die für eine neue Gesellschaft nützlich sind. Ganz klar: Es geht bei der Beschäftigung mit unserer gemeinsamen Vergangenheit um die Zukunft.

● **Und bei dieser Suche wurden die Bulgaren bei Hans Modrow fündig?**

Sage ich jetzt ja, würden sich einige zu Recht über vermeintliche Wichtigtuerei aufregen. Deshalb verweise ich nur darauf, dass das Buch in Bulgarien übersetzt und herausgebracht wurde und man mich damit in den dortigen Medien präsentiert hat. Ich habe mich nicht aufgedrängt, die Initiative ging von Professor Lilow aus. Offenkundig waren jene, die mein Buch lasen, der Meinung, dass sich darin Anregungen und Überlegungen für die angeschobene Debatte finden.

● **War es nicht auch eine Retourkutsche für Gorbatschow, dem „Erfinder“ der Perestroika, der zwei Wochen vor Ihnen in Bulgarien war? Er soll dem Vernehmen nach dort ziemlich aufgelaufen sein.**

Das hörte ich auch. Aber diese zeitliche Nähe war Zufall. Das Erscheinen und die Vorstellung meines Buches waren lange vorher geplant.

● **Doch ein wenig pikant war dieser Zufall schon?**

Ich würde lügen, behauptete ich, dass mich dieser Umstand nicht amüsiert hätte. Die gelegentliche Anspielung der Bulgaren auf das Etikett, das mir in den 80er Jahren Der Spiegel verpasste, war jedenfalls nicht zu überhören.

● **Sie meinen „Gorbatschow der DDR“?**

Ich habe diese keineswegs ehrenhafte Schmeichelei nicht erst in Sofia zurückgewiesen.

● **Verstehe. Sie sprachen mit dem Parlamentsvize Georgi Pirinski, mit dem Vorsitzenden der BSP Sergej Stanischew und anderen Politikern und Parlamentariern, zwei große Tageszeitungen interviewten Sie, im Staatsfernsehen wurden Sie befragt und von einem Nachrichtenmagazin. Volles Programm also.**

Zwischendurch, am Sonntag, wanderten wir mal fünf Stunden zur Entspannung im Witoscha-Gebirge. Bulgarische Freunde meiner Lebensgefährtin hatten uns dazu eingeladen.

● **Was erfährt man dort bei Gesprächen und beim Wandern?**



Vieles, was hierzulande nicht wahrgenommen wird. Die BSP ist Nachfolgepartei der Bulgarischen Kommunistischen Partei und regierte über die Wende hinaus, was im Ostblock einmalig war. Sie folgte später dem Modell westeuropäischer Sozialdemokratien. Von 1995 bis 1997 und von 2005 bis 2009 stellte sie die Ministerpräsidenten Schan Widenow und Sergej Stanischew. Vor allem in jener Zeit beschritt die Partei den Weg des Neoliberalismus, der von Korruption und Krisen begleitet wurde.

1996 war Zar Simeon II. aus 50-jährigem Exil zurückgekehrt. Simeon Sakschoburggotski erhielt nicht nur viele Besitztümer zurück, sondern wurde 2001 auch zum Ministerpräsidenten gewählt. Vier Jahre später gehörte seine Partei der von der BSP geführten Koalition an, was aber keiner Regierungspartei gut bekam. Bei den letzten Parlamentswahlen 2009 erhielt die BSP gerade mal 15 Prozent, die Partei des Königs scheiterte an der Vier-Prozent-Hürde. Derzeit ist der 51-jährige Bojko Borissov elfter Ministerpräsident seit 1990, er war vor seiner Politkarriere Personenschützer bei Todor Shiwkow und bei Zar Simeon.

Die politische Entwicklung und der wirtschaftliche Niedergang haben die Diskussion in der BSP erheblich forciert und die innerparteilichen Spannungen erhöht. Die Stanischew-Regierung wurde zum Beispiel vom Koalitionspartner DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten, Partei der bulgarischen Türken) zum Platzen gebracht, jetzt arbeitet man mit ihr in der Oppositionsfraktion zusammen. Ein Teil der Linken schied aus der Partei aus und formierte eine eigene Partei, die Bulgarische Linke (BL), die sich als politische Kraft gegen eine Rechtsentwicklung in Bulgarien versteht und jetzt auch der Partei der Europäischen Linken (EL) angehört. Ich sprach mit dem Vorsitzenden der BSP, der im Parlament die Fraktion „Koalition für Bulgarien“ führt, und mit Alexander Lilow, der 1990/91 Parteivorsitzender der BSP war, jetzt aber einer der Köpfe des linken Flügels der BSP ist. Beide bedauerten die Abspaltung der BL, aber keiner sprach von Abgrenzung.

● **Dass die Parteigrenzen sehr fließend sind, offenbart bereits der Blick ins Parlament.**

Ja. Allein Stanischews „Koalition für Bulgarien“ besteht aus acht Parteien, Bewegungen und Organisationen. Daneben gibt es sieben weitere Parteien und Bündnisse aus mehreren Gruppierungen.

● **Das ist eine beachtliche Parteivielfalt bei etwa achteinhalb Millionen Einwohnern.**

Es heißt, in den letzten Jahren hätten davon fast zwei Millionen das Land verlassen. Die Hoffnungen, die mit dem Beitritt zur EU und zur NATO verbunden waren, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil. Inzwischen sind ganze Regionen entvölkert. Das Land ist so groß wie die DDR, und das mit weniger als sieben Millionen Menschen. Bevölkerungsverluste wie hier und die in Europa zunehmende Kleinstaaterei schwächen nicht nur diese Länder, sondern berühren auch die Stabilität der Zusammenarbeit untereinander.

Günter Hempel, einst DDR-Diplomat, der mit seiner bulgarischen Lebensgefährtin Tina mein Buch übersetzte, arbeitet dort als Deutschlehrer. Er unterrichtet junge BulgarInnen, die nach Österreich, in die Schweiz oder in die Bundesrepublik gehen, um ihre Existenz zu sichern. Im Ostblock erfuhr das Land Solidarität der Verbündeten, die Unterstützung der EU ist da von anderer Natur. Grundlos folgten 20 000 Bulgaren

dem Sarg von Todor Shiwkow nicht. Das Volk trug ihn 1998 zu Grabe. Das war eine Demonstration.

● **Sie sprachen auch mit Georgi Pirinski, Vizepräsident des Parlaments und Mitglied des Exekutivbüros des Nationalrates der BSP, also so etwas wie früher ein Politbüromitglied. Was erfuhren Sie von ihm?**

Sie unterhielten Kontakte zur SPD und deren Bundestagsfraktion, sie hätten auch gern welche zur LINKEN, d. h. man gibt sich offen. Wie auch die innerparteiliche Debatte offen ist. Es werde über alle gesellschaftlichen Fragen gestritten, es gebe aber auch Kräfte, sagte er, die diese Diskussion in eine Verständigung über den Sozialismus im 21. Jahrhundert überführen wollen. Seine persönliche Meinung, so Pirinski: Man müsse beide Felder prüfen und ausloten. Nun ja, das scheint mir nun typisch sozialdemokratisch.

● **Und die Bulgarische Linke?**

Ich traf mich mit etwa 25 Genossen nach einer Sitzung des Parteivorstandes der BL. Die meisten kamen aus dem linken Flügel der BSP, zu der sie trotz unterschiedlicher Positionen Verbindungen unterhalten. Man sieht sich als eine europäische Partei und bereitet sich auf den Kongress der Partei der Europäischen Linken im Dezember in Paris vor. Mit der LINKEN in Deutschland habe man viele Gemeinsamkeiten und suche deshalb Kontakte. Die BL hat sich den demokratischen Sozialismus auf die Fahnen geschrieben.

● **Sie reisten auch im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die, wie es offiziell heißt, dieser Partei nahesteht. Sehen Sie Kooperationsfelder?**

Die Bulgaren selbst machten sie sichtbar. So hat man vor einiger Zeit den Schriftwechsel zwischen Rosa Luxemburg und den Gründern der Bulgarischen Kommunistischen Partei entdeckt. Der dürfte auch die deutschen Genossen interessieren, meinten sie, weshalb man eine gemeinsame Edition auf den Weg bringen sollte. Zum anderen halten sie die Landwirtschaft für einen besonders wichtigen Bereich. Die Agrarbetriebe des Ostens werden von der hocheffektiven Agrarwirtschaft Westeuropas überrollt, und selbst in Ostdeutschland, wo sich die Genossenschaften noch behaupten, droht durch Entscheidungen der EU der Niedergang. In Bulgarien ist die Landwirtschaft de facto zerschlagen. Es geht darum, wieder funktionierende Strukturen und damit eine Perspektive zu schaffen. Dazu möchte man unsere Erfahrungen studieren. Und drittens schließlich: Frieden und Abrüstung in der Schwarzmeerregion. Bulgarien gehört dort zu den NATO-Staaten, die objektiv eine Bedrohung für die Ukraine und für Russland darstellen. Hier ist einiges zu leisten.



Präsidentschaftswahl in Belarus

Bericht der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ über die Beobachtung der Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2010

Von Sergej Kaljakin, Vorsitzender der Vereinigten Linkspartei „Gerechte Welt“ (Mitglied der EL), und Viktor Kornejenko, Vorsitzender der Bürgerinitiative Gomel (gekürzt)

Die Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ hat den Wahlkampf und die Wahl des Präsidenten von Belarus 2010 beobachtet und stellt fest, dass diese nicht frei und fair waren.

Nach wie vor gibt es keinen wirklichen Fortschritt in Richtung der internationalen demokratischen Standards für freie, gleiche und faire Wahlen, sondern lediglich eine öffentliche Imitation dieses Prozesses, die für das Ausland, vor allem für Europa, gedacht war.

Die Zusätze und Ergänzungen zum Wahlgesetz vom Januar 2010 haben keine Grundlage für wahrhaft demokratische Wahlen geschaffen. Das liegt vor allem daran, dass die Voraussetzungen dafür – die Freiheit, Informationen zu erhalten und zu verbreiten, die Freiheit der Meinungsäußerung, der friedlichen Versammlung und Vereinigung, die Gleichheit vor dem Gesetz u. a. entweder völlig fehlen oder nur sehr begrenzt vorhanden sind.

Das erklärt auch das liberale Verhalten der Exekutive und der Zentralen Kommission für Wahlen und nationale Referenden (im weiteren Zentrale Wahlkommission – ZWK genannt), was einige weniger bedeutende Elemente des Wahlkampfes betrifft, die das Wahlergebnis nicht wesentlich beeinflussen konnten. Dazu gehören die kaum behinderte Sammlung von Unterschriften für Alternativkandidaten an Infoständen, die Registrierung der meisten Kandidaten, ob sie nun die erforderliche Zahl von Unterschriften vorlegen konnten, oder nicht, die relativ freie Straßenagitation, die Zulassung von Live-Auftritten der Kandidaten in den Medien usw.

Keinerlei positive Veränderungen gab es allerdings bei den wesentlichen Abläufen der Wahl, die das Ergebnis entscheidend beeinflusst haben. Dies gilt vor allem für eine öffentliche und transparente Auszählung der Stimmen und Feststellung des Wahlergebnisses in den Wahllokalen sowie eine Garantie gegen jegliche Manipulation der Ergebnisse der vorzeitigen Abstimmungen, die ohne eine sichere Verwahrung der Stimmzettel nicht möglich ist.

Bei der Beobachtung des Wahlkampfes und der Abstimmung haben Mitglieder der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ in fast allen Phasen Verletzungen des gültigen Wahlgesetzes festgestellt.

Die Bildung der regionalen und lokalen Wahlkommissionen

Die Bildung der regionalen und lokalen Wahlkommissionen fand wie bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Kriterien für deren Mitglieder oder Verfahren zur Auswahl der Kandidaten sind weder im Wahlgesetz enthalten, noch wurden sie von der ZWK schriftlich festgelegt. Wer einer Wahlkommission angehört, wird vom Präsidium des zuständigen Parlaments und der jeweiligen Exekutive nach deren Gutdünken bestimmt.

Die Ergebnisse zeigen, dass es keine Bewegung in Richtung einer demokratischen Entscheidung gegeben hat. Die

meisten Vertreter von Oppositionsparteien und Bürgerinitiativen wurden als Mitglieder von Wahlkommissionen abgelehnt. 93 Prozent der vorgeschlagenen Kandidaten von regierungstreuen Parteien und Organisationen wurden in die Wahlkommissionen aufgenommen, dagegen nur 17 Prozent der Kandidaten von Oppositionsparteien. 24 Klagen vor Gericht gegen derartige Vorfälle wurden sämtlich abgelehnt.

Die Mehrheit der lokalen Wahlkommissionen bestand aus Angestellten des Unternehmens, dessen Direktor oder Stellvertreter als Leiter der Wahlkommission fungierte. So konnte im Wahllokal Nr. 12 von Nowopolozk und in den Wahllokalen Nr. 41 und 49 im Bezirk Perwomaiski der Stadt Witebsk festgestellt werden, dass die absolute Mehrheit der dortigen Wahlkommissionen jeweils aus einem einzigen Unternehmen stammte.

Die nationalen Koordinatoren der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“, Sergej Kaljakin und Viktor Kornejenko sowie die Präsidentschaftskandidaten H. Kostusew, A. Michalewitsch, W. Neklajew, W. Rymaschewski und J. Romantschuk legten gemeinsam sechs Dekretentwürfe vor, mit denen günstige Bedingungen für transparente, freie und faire Wahlen geschaffen werden sollten. Außerdem sollten sie verhindern, dass der Wille des Volkes verfälscht wird. Diese erhielten folgende Vorschläge:

- die Bildung von Wahlkommissionen vorrangig aus Vertretern der politischen Parteien;
- die Möglichkeit der Teilnahme aller Präsidentschaftskandidaten an allen Wahlveranstaltungen, wer sie auch immer organisiert;
- klare Festlegungen zur Nutzung öffentlicher Medien ohne Verweigerung des Abdrucks der Wahlprogramme einzelner Kandidaten;
- Festlegung eines solchen kurzen Abstandes der Wahlbeobachter von den Zählern der Stimmzettel, dass erstere die Stimmzettel klar in Augenschein nehmen können;
- Verpflichtung der Leiter der Wahlkommissionen, die Stimmzettel laut zu zählen und dabei jeden einzelnen Stimmzettel den Mitgliedern der Wahlkommission und den Beobachtern vorzuweisen;
- das Recht für jedes Mitglied einer Wahlkommission, die Ergebnislisten zu unterzeichnen, um Fälschungen der Ergebnisse vorzubeugen.

Alle diese Vorschläge wurden von der ZWK abgelehnt. Dadurch war es nicht möglich, dass bei der Zählung der Stimmzettel in den Wahllokalen anwesende Beobachter diese exakt und umfassend verfolgen konnten.

Ein weiterer Vorschlag der genannten Präsidentschaftskandidaten betraf die Verhinderung von Manipulationen der Ergebnisse der vorzeitigen Stimmabgabe.

Bisher ist es in Belarus üblich, dass die Urnen mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln von der Schließung der Wahllokale bis zu ihrer Öffnung zur regulären Wahl am nächsten Tag nur von einem Beamten des Innenministeriums in einem Raum bewacht werden. Weder die Mitglieder der Wahlkommissionen noch Beobachter haben die Möglichkeit, die sichere Aufbewahrung der Stimmzettel zu überwachen. Dazu kommt der Druck der Administrativorgane auf Wähler, die Stimme möglichst vorzeitig abzugeben, was Manipulationen Tür und Tor öffnet. Die genannten Präsidentschaftskandidaten schlugen vor, dass Wahlbeobachter das Recht erhalten, die sichere Aufbewahrung der vorzeitig abgegebenen Stimmzettel zu überwachen.



Die ZWK brachte jedoch lediglich kosmetische Korrekturen am bisherigen Verfahren an. Sie legte fest, dass eine Urne mit vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln über Nacht in einem versiegelten Raum aufbewahrt und der Einwurfschlitz der Urne in der festgelegten Pause von 14 – 16 Uhr ebenfalls versiegelt wird.

Der Koordinator der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“, Sergej Kaljakin, forderte die ZWK auf, das Dekret Nr. 99 über die Einweisung von Mitgliedern der Wahlkommissionen vom 5.11.2010 außer Kraft zu setzen, weil es dem Wahlgesetz in mehreren Punkten widerspricht. So legt das Dekret zum Beispiel Einschränkungen für die Rechte der Mitglieder von Wahlkommissionen fest und listet Funktionen von Polizeibeamten auf, die im Wahlgesetz nicht erwähnt sind. Die Wahlkommission lehnte die Forderung jedoch ab.

Nach dem Dekret Nr. 99 wurden die von der Regierung entsandten Wahlbeobachter geschult, wie sie mit unabhängigen Beobachtern umzugehen haben. Sollten diese oder Mitglieder der Wahlkommissionen von den Oppositionsparteien Unregelmäßigkeiten anzeigen oder abweichende Meinungen äußern, dann sollten die regierungstreuen Beobachter die Einhaltung aller Bestimmungen bekunden.

In einer entsprechenden Instruktion auf der website der Lokalverwaltung von Njaswisch werden die „eigenen“ Beobachter instruiert, wie sie Anzeigen über Verfahrensverstößen durch Beobachter der Opposition zu verfassen, die Entfernung der Beobachter der Opposition zu fordern oder mit ihnen in Dialog zu treten haben. Dort ist auch festgelegt, dass Beobachter mindestens drei Meter Abstand von den Tischen mit den Stimmzetteln halten müssen.

Missbrauch administrativer Mittel

Die Koordinatoren der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ reichten bei der Wahlkommission Klage dagegen ein, dass Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatur Alexander Lukaschenkos entgegen dem Wahlgesetz von Nichtmitgliedern seiner Initiativgruppe, zumeist per Druck dazu gezwungen Angestellten staatlicher Institutionen, gesammelt wurden.

Dabei legten sie einen veröffentlichten Plan für den Einsatz der Angestellten von Bildungseinrichtungen des Leninbezirks der Hauptstadt Minsk an der Unterschriftensammlung vor. Dieser war auf Anordnung der Leiterin der Abteilung für Ideologie und Bildungsarbeit der Schulverwaltung des Leninbezirks, A. Noskowa, erstellt worden. In einem Interview für „Euroradio“ bestätigte diese, dass sie dies auf Weisung von Alexander Lukaschenkos Wahlstab getan hatte.

Die ZWK stellte nur Amtsmissbrauch seitens A. Noskawas, nicht aber seitens des Wahlstabes von Alexander Lukaschenko fest.

Ähnliche Praktiken wurden von der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ auch in Mogiljow, Minsk und Gomel festgestellt und der ZWK mitgeteilt. Diese erklärte, sie habe darin keine Verletzung des Wahlgesetzes erkennen können.

Wahlpropaganda

Im Wahlkampf wurden gewisse Neuerungen eingeführt: Die Präsidentschaftskandidaten erhielten Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen, es gab live übertragene Rundfunk- und Fernsehdebatten, Kandidaten erhielten Mittel; um die Sendezeit

zu bezahlen, und in den Printmedien Wahlkampfmaterial abzudrucken.

Auftritte der Kandidaten in Rundfunk und Fernsehen waren nur bis zum 5. Dezember 2010 erlaubt. Am 6. und 7. Dezember 2010 fand jedoch eine belorussische Volksversammlung statt, auf der Alexander Lukaschenko mehrere Stunden lang sein Wahlprogramm vorstellte. Andere Präsidentschaftskandidaten waren zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen, wodurch Artikel 74 des Wahlgesetzes verletzt wurde.

In den zwei Wochen bis zum Wahltag am 19. Dezember 2010 fand in allen staatlichen Medien eine außerordentlich positive Würdigung Alexander Lukaschenkos und dessen Programms statt, wohingegen die übrigen Präsidentschaftskandidaten in Grund und Boden kritisiert wurden.

Am 9. Dezember wies die ZWK die Forderung der Präsidentschaftskandidaten W. Neklajew und A. Sannikow nach zusätzlicher Sendezeit im Fernsehen ab. Damit waren sämtliche Kandidaten außer Alexander Lukaschenko der Möglichkeit beraubt, in den letzten beiden Wochen vor der Wahl die staatlichen Massenmedien zu benutzen.

Zugleich wurde Wahlkampfmaterial demokratischer Kandidaten eingezogen und beschlagnahmt.

Die Berichterstattung über die Präsidentschaftswahl 2010 in den Massenmedien von Belarus

Der wichtigste Wesenszug dieser Berichterstattung in den staatlichen Medien war die Konzentration der gesamten Aufmerksamkeit auf den amtierenden Präsidenten. Die Kandidaten der Opposition und deren Aktivitäten wurden marginalisiert, was de facto die Unterstützung eines einzigen Kandidaten bedeutete. Ununterbrochen wurden die Ergebnisse von Meinungsumfragen veröffentlicht, häufig ohne Angabe des durchführenden Instituts. Die Zahlen kamen einem vorgefertigten Wahlergebnis gleich.

Nachdem die Kandidaten der Opposition im Fernsehen und Rundfunk gesprochen hatten, organisierten die staatlichen Medien eine Kampagne, um sie zu diskreditieren. Sie wurden massiv kritisiert, Meinungen zu ihrer Unterstützung kamen in den Medien überhaupt nicht vor.

Vom 14. bis 19. Dezember 2010 führte die Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ in 250 Wahllokalen kontinuierlich Beobachtungen durch. Diese verteilten sich auf 43 Orte, darunter die Hauptstadt Minsk, alle Gebietszentren, Kreisstädte und Dörfer.

Nach Angaben der Wahlkommission wählten 23,1 Prozent der Berechtigten in ganz Belarus vorzeitig. Nach den Ergebnissen unserer Kampagne gaben 20,5 Prozent der Wahlberechtigten in 247 Wahllokalen vorzeitig ihre Stimme ab. Die größten Unterschiede stellten wir in den Gebieten Witebsk und Mogiljow fest, wo die ZWK die höchsten Angaben über vorzeitige Stimmabgabe machte.

Der hohe Prozentsatz vorzeitiger Wähler kam dadurch zustande, dass starker Druck ausgeübt wurde. Auf Weisung der Regierung erließen die Direktoren von Unternehmen, Institutionen und Bildungseinrichtungen entsprechende Anordnungen.

Beobachter der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ stellten in 14 Wahllokalen erzwungene vorzeitige Stimmabgabe fest. Dabei handelte es sich vor allem um Studenten, Militärpersonal, Polizisten, Angestellte von Verwaltungen und staat-



lichen Betrieben. Abteilungsleiter im Chemiefaserwerk „Chimwolokno“ von Mogiljow erklärten ihren Arbeitern zum Beispiel, sie müssten vorzeitig wählen, weil Informationen vorlägen, dass die Opposition am Wahltag Terroranschläge auf Wahllokale plane.

Zahlreiche Wahllokale waren nicht ausreichend vorbereitet, um die Sicherheit der vorzeitig abgegebenen Stimmzettel zu gewährleisten. So war im Wahllokal Nr. 9 des Bezirks Perwomaiski der Hauptstadt Minsk die Urne mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln zwar versiegelt, jedoch auf eine Weise, die es erlaubte, weitere Stimmzettel einzuwerfen. Ähnliche Zustände wurden in einer Reihe weiterer Wahllokale festgestellt.

Bereits bei der vorzeitigen Stimmabgabe bestätigten sich Befürchtungen über eine ungleiche Behandlung verschiedener Wahlbeobachter durch die Leiter der Wahlkommissionen. Besonders nach Lukaschenkos Rede vor den Leitern der Wahlkommissionen am 16. Dezember 2010, wo dieser seine negative Einstellung zu den Wahlbeobachtern und den Mitgliedern der Wahlkommissionen von der Opposition kundgab. Er wies die Leiter der Wahlkommissionen an, die Genannten weder fotografieren, noch siegeln oder Dokumente unterzeichnen zu lassen. Daraufhin verloren Beobachter der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ bei neun Wahllokalen ohne jede Rechtsgrundlage ihre Akkreditierung.

Dabei wurden zum Teil groteske Begründungen angegeben. So wurde die Beobachterin Tatjana Masalkowa des Wahllokals Nr. 33 verwiesen, weil sie einen Kaugummi kaute. In Verletzung ihrer legitimen Rechte hatten Beobachter der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ keine Gelegenheit, die vorzeitige Stimmabgabe zufriedenstellend zu beobachten.

Laut Artikel 53, Absatz 4 des Wahlgesetzes ist der Leiter der Wahlkommission eines Wahllokals verpflichtet, die Urne mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln sicher aufzubewahren.

Am 14. Dezember 2010 wandten sich Beobachter der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ an die Leiter der Wahlkommissionen von 250 Wahllokalen überall im Lande mit der Bitte, ihnen die Ausübung ihrer legalen Rechte zu gestatten. Außer im Wahllokal Nr. 108 in Grodno und Nr. 36 in Baranowitschi wurde ihnen nirgendwo eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung der Wahlurnen mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln gestattet.

In Verletzung von Artikel 53, Absatz 4 des Wahlgesetzes delegierten die Leiter fast aller Wahlkommissionen die Überwachung der Urnen mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln an jeweils einen Beamten des Innenministeriums.

So befanden sich die Urnen mit vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln in 221 von insgesamt 250 Wahllokalen, die unsere Kampagne beobachtete, über Nacht unter der Aufsicht von Personen, die durch das Wahlgesetz der Republik Belarus dazu nicht berechtigt waren. Auf eine entsprechende Klage bei der ZWK erhielt die Kampagne keine Antwort.

Zugleich stellten unsere Beobachter Vorkommnisse fest, die auf Manipulationen des Inhalts der Urnen mit den vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln hindeuten. So wurde im Wahllokal Nr. 97, wo eine solche Urne stand, beobachtet, dass Unbefugte den Raum betraten. Als der diensthabende Polizeimajor Grizuk gefragt wurde, was diese dort zu suchen hätten und warum die Tür nicht abgeschlossen gewesen sei, verweigerte er die Antwort.

Im Wahllokal Nr. 6 des Partisan-Bezirks von Minsk wurde

eine Person beobachtet, die sich zusammen mit einem Polizisten in dem Raum mit der Wahlurne einschloss.

Unser Beobachter N. B. Demidow stellte fest, dass eine Urne mit vorzeitig abgegebenen Stimmzetteln geöffnet und neu versiegelt worden sein muss, denn am Morgen des 19. Dezember 2010 befand sich das Siegel an einer anderen Stelle als am Tag zuvor.

Mobile Wahlurnen

Unsere Beobachter stellten fest, dass Mitglieder der Wahlkommissionen in 34 Wahllokalen eine Anzahl von Stimmzetteln erhielten, die größer war als die zuvor eingegangenen Anträge von Wählern, die mobile Wahlurne zu schicken.

Im Wahllokal Nr. 26 in Slonim lag keine Liste der Antragsteller der mobilen Wahlurne vor. Trotzdem verließen zwei Gruppen von Mitgliedern der Wahlkommission das Lokal mit jeweils einhundert Stimmzetteln und der mobilen Wahlurne.

Laut Beobachtern wurde im Wahllokal Nr. 114 von Grodno eine Liste für die mobile Wahlurne nicht nach Anträgen von Wählern zusammengestellt sondern nach der Wählerliste einer früheren Wahl. In keinem Wahllokal wurde es Beobachtern gestattet, beim Einsatz der mobilen Wahlurne anwesend zu sein.

Stimmenauszählung

Die Beobachter der Kampagne „Für faire Wahlen 2010“ schlugen den Leitern der Wahlkommissionen in allen Wahllokalen eine offene Auszählung vor. Dabei liest ein vorher durch Abstimmung festgelegtes Mitglied der Wahlkommission den Namen des Kandidaten, für den die Stimme abgegeben wurde, laut vor, der Stimmzettel wird allen Mitgliedern der Kommission und den Beobachtern, die dies wünschen, zur Ansicht gegeben und dann auf einem Stapel vor dem Namensschild des jeweiligen Kandidaten abgelegt. Nirgendwo wurde dieser Vorschlag angenommen.

Wie bei früheren Wahlen gab es auch hier keine transparente Auszählung der Stimmen. Diese war nicht nur für die Beobachter sondern auch für die Mitglieder der Wahlkommissionen undurchschaubar. Laut Beobachtern teilten die Leiter der Wahlkommissionen in vielen Wahllokalen die Stimmzettel aus den Urnen auf die Mitglieder der Kommissionen auf, und jeder hatte seinen Teil unabhängig zu zählen. Danach teilte er dem Leiter seiner Wahlkommission das Ergebnis schriftlich mit. Es wurde nicht öffentlich genannt. Erst das Gesamtergebnis des Wahllokals wurde vom Leiter der Wahlkommission verkündet. Beispiel dafür sind das Wahllokal Nr. 310 in Brest, Nr. 53 in Grodno und Nr. 9 in Polozk.

Entgegen dem Wahlgesetz, das vorschreibt, die vorzeitig abgegebenen Stimmzettel und jene aus der mobilen Wahlurne getrennt zu zählen, wurden in vielen Wahllokalen alle Stimmzettel aus den verschiedenen Urnen auf einen Haufen geworfen und dann zusammen ausgezählt. Man kann vermuten, dass dies getan wurde, um Manipulationen in den Urnen der ersten beiden Kategorien zu verschleiern.

In Wahllokalen, wo die verschiedenen Kategorien von Stimmzetteln getrennt gezählt wurden, teilten die Leiter der Wahlkommissionen keine Teilergebnisse mit. In einigen Wahllokalen wurden die Beobachter bereits zu Beginn der Auszählung des Lokals verwiesen.



Vielorts stellten Wahlbeobachter höhere verkündete Zahlen der Wahlbeteiligung gegenüber ihren eigenen Beobachtungen fest. Bei sechs Wahllokalen in Gornik Zdrój betrug die Differenz zwischen den nach den Listen der Kommissionen gezählten Wählern und der Zählung der Beobachter 2 334 Personen, in jedem Wahllokal mehrere hundert.

Schlussfolgerung

Die Präsidentschaftswahl vom 19. Dezember 2010 hat gezeigt, dass es im Lande nach wie vor keinen Fortschritt in Richtung eines Wahlverfahrens nach den internationalen demokratischen Standards für freie und faire Wahlen gibt. Es kam lediglich zu einer gewissen Liberalisierung einiger Verfahren, die für das Ausland, vor allem für Europa gedacht waren und keinen Einfluss auf das Wahlergebnis hatten. Die Veränderungen und Zusätze zum Wahlgesetz vom Januar 2010 schufen in den Teilen des Wahlverfahrens, wo Einfluss auf das Ergebnis genommen werden kann, keine Basis für freie und faire Wahlen.

In der „Kaczynski-Falle“

Von Holger Politt, Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft; Warschau, im Januar 2011

Die große Herausforderung für alle politischen Kräfte Polens sind im laufenden Jahr die Parlamentswahlen, die turnusmäßig im Herbst anstehen. Von den 2007 ins Parlament eingezogenen Parteien können sich fast alle Hoffnung auf einen erneuten Einzug machen. Neben den beiden großen, in den letzten Jahren das politische Leben dominierenden Rechtsparteien PO (Bürgerplattform, Regierungspartei) und PiS (Recht und Gerechtigkeit, stärkste Partei der Opposition) betrifft das auch die PSL (Bauernpartei) und die SLD (Demokratische Linksallianz). Ohne Chancen, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, sind hingegen die an den Rand der Bedeutungslosigkeit geratenen Demokraten und die SdPI (Polnische Sozialdemokraten), die 2007 noch im Bunde mit der SLD ins Parlament kamen. 2011 wird die SLD voraussichtlich allein antreten und keine weitere Partei in dem in Polen zulässigen Huckepackverfahren mitnehmen. Der Grund ist die nicht zu übersehende Schwäche der Anderen, nicht die augenblickliche Stärke der SLD.

Neben den genannten Parteien rechnen noch zwei weitere Gruppierungen mit Parlamentssitzen. Zum einen eine Abspaltung von PiS, die mit dem etwas sperrig klingenden Namen PJN (Polen ist am wichtigsten) die Lücke zwischen PiS und PO sucht, zum anderen Leute, die sich um den abtrünnigen einstigen PO-Abgeordneten Janusz Palikot versammeln. Palikot versucht die Leerstelle, die die niedergehenden Demokraten hinterlassen haben, auszufüllen. Ob die beiden plötzlichen Alternativen zu den großen Rechtsparteien wirkliche Aussichten auf Erfolg haben, werden die nächsten Monate zeigen.

Der Einzug der SLD, der einzig verbliebenen linksgerichteten Kraft im Konzert der großen Parteien, darf als sicher gelten, wird die Partei in Umfragen doch stabil im Bereich zwischen 10 und 15 Prozent gehandelt, manchmal auch leicht darunter, darüber allerdings nicht. Verglichen mit der Zeit

um die Jahrhundertwende, als fast fünf Jahre lang Werte im Bereich zwischen 35 und 45 Prozent erreicht wurden, sind das niedrige Ziffern, aber die SLD-Mitglieder und -Wähler haben sich in den zurückliegenden Jahren seit der eklatanten Wahlschlappe 2005 an Bescheidenheit gewöhnt. Hochfliegende politische Träume hat da kaum noch jemand. Zwar liebäugelt die jetzige SLD-Führung durchaus mit einer Regierungsbeteiligung, aber eben allenfalls als Juniorpartner der in allen entscheidenden Belangen schier übermächtigen PO, nämlich dann, wenn die jetzige Regierungskoalition aus PO und PSL keine absolute Mehrheit bekommen sollte. Dann müsste sich die PO einen anderen Partner suchen und nicht wenige in der SLD meinen, sie wären in einem solchen Falle die erste Wahl. Die Zeiten, als die SLD noch reihenweise selbst die Ministerpräsidenten stellen konnte, sind lange vorbei.

Zudem hat sich im letzten Jahr der Eindruck verdichtet, Polen könne auf ein Zwei-Parteien-System zusteuern. Auf der einen Seite stünden dann die Liberalen, in weltanschaulichen Fragen eher tolerant und offen, hin- und hergerissen allerdings in Sachen Trennung von Staat und Kirche, und wirtschaftspolitisch auf einem strammen neoliberalen Kurs, der Haushaltsdisziplin zuliebe und der wirtschaftlichen Aufholjagd wegen. Im Kern wäre das die heutige PO, die mit ihrem Wählerzuspruch in den Großstädten, den prosperierenden Zentren und unter den jüngeren Menschen bereits einen Großteil für ein solches liberales Wählerspektrum erfolgreich und für polnische Verhältnisse relativ stabil bindet. Dazu käme links von der PO die SLD, dazwischen Palikot mit seinem Versuch, eine originäre liberale Kraft zu etablieren.

Auf der gegenüberliegenden Seite befänden sich die Konservativen, stärker national gesinnt, in weltanschaulichen Fragen sogar erzkonservativ, was in erster Linie zu Lasten von Frauenrechten und Rechten sexueller Minderheiten ginge, dazu die Vorrechte vehement verteidigend, die der katholischen Kirche im öffentlichen Leben dank des Konkordats und entgegen der Verfassung auf Schritt und Tritt zugestanden werden. In Wirtschaftsfragen gäbe man sich sozialer, weniger marktradikal, der Stimme der Gewerkschaften etwas mehr Gewicht einräumend. Hochburgen befänden sich mehr im Osten des Landes, dazu kämen jene Regionen, die wirtschaftlich zurückbleiben, das flache Land überhaupt und die kleinen Städte, in denen zusammengenommen immerhin beinahe 40 Prozent der Bevölkerung Polens ihr Zuhause haben. Im Kern also die heutige PiS-Wählerschaft, die im schwierigen Jahr 2010 erstaunlich treu geblieben ist, dazu wahrscheinlich die bauernpolitische PSL, auch wenn sie heute Koalitionspartner der neoliberalen PO ist. Vor einer Zerreißprobe stünde dann PJN, die aber im Grunde bei den Konservativen gut den liberalen Part spielen könnte.

Noch ist das all das zwar ferne Zukunftsmusik, denn 2011 wird erneut nach Regeln gewählt, die mehreren Parteien die Chance geben, ins Parlament einzuziehen. Doch die Stimmen im öffentlichen Raum, die gravierende Änderungen am Wahlrecht fordern, sind stärker geworden und sie treffen – was das Schlimmste ist – kaum noch auf entschiedenen Widerstand. Wenn sich solcher noch regt, dann am ehesten bei der SLD. Bisher war allerdings der unversöhnliche Gegensatz zwischen Ministerpräsident Donald Tusk (PO) und den Kaczynski-Brüdern (PiS bzw. PiS-nah) der Hauptgrund, weshalb das Vorhaben, welches sich übrigens beide, PiS und PO, bereits 2005 ganz oben auf ihre Fahnen geschrieben hatten,



nicht umgesetzt wurde. Nach den Parlamentswahlen im Herbst könnte sich das aber schnell ändern.

Denn Jarosław Kaczyński verliert seinen Nimbus, hört auf, unumstrittener Beherrscher der konservativen Seite zu sein, macht Fehler, ist sichtlich angeschlagen. Nachdem er noch im Frühsommer 2010 eine durchaus glänzende Wahlkampagne hinlegte, seinem PO-Gegner für das Präsidentenamt nur knapp unterlag, spielt er nun immer mehr den Beleidigten, den Vergnatzten, ließ wichtige Leute ziehen, darunter bekannte Frauen, die seiner Wahlkampagne recht eigentlich das freundliche Gesicht verliehen. Tusk darf damit rechnen, in Kaczyński nach den Wahlen einen zumindest stark gezähmten Widerpart zu haben. Er braucht ihn eigentlich nur noch aus einem einzigen Grund – um die Konkurrenz der SLD niederzuhalten.

Denn jüngste Wähleranalysen verdeutlichen es nur zu klar – einen guten Teil des nach wie vor sehr hohen Zuspruchs verdankt die PO vor allem der Angst vor einer Rückkehr der PiS an die Regierungshelme. Im Januar 2011 gab fast die Hälfte der befragten PO-Wähler diesen Grund als den ausschlaggebenden an. Gäbe es nicht die PO, würden diese Hälfte heutiger PO-Wähler aus Angst vor Kaczyński sofort die SLD wählen. Oder noch optimistischer: Gäbe es keinen Kaczyński, könnte die SLD mit einem deutlich größeren Wählerzuspruch in den Großstädten und unter jungen Menschen rechnen. Aber es gibt die PO, die unter Tusk im Ruf steht, entschiedener Gegner des Kaczyński-Systems zu sein. Und damit ist ein Dilemma der jetzigen SLD-Führung skizziert. Wie aus der „Kaczyński-Falle“ ausbrechen?

An dieser Aufgabe wird sich der an Jahren noch junge Parteivorsitzende Grzegorz Napieralski messen lassen müssen. Trotz seines Alters läuft ihm aber die Zeit davon. Manche meinen sogar, er habe gar keine mehr. Zwar durfte er sich im Juni 2010 über einen deutlichen dritten Platz beim Rennen um das höchste Staatsamt freuen, kam für viele überraschend an die 15-Prozent-Marke heran, seine Wähler durften schließlich in der Stichwahl das Zünglein an der Waage spielen und wurden dementsprechend zwei Wochen lang von den beiden Kampfhähnen an der Spitze kräftig umworben. Doch es war die berühmte Zwickmühle, denn weder konnte er sich für den Erzkonservativen entscheiden noch für den treuen Gefolgsmann der PO. Salomonisch überließ er die Entscheidung seinen Wählern, ohne indes selbst zu verraten, wohin seine – wenigstens stillen – politischen Sympathien bei diesem eher konservativen Duell gehen. Er mahnte nur, zur Stichwahl zu gehen.

Seine überraschend junge und weibliche Wählerschaft entschied sich mehrheitlich für die Angst vor Kaczyński und gab so den Ausschlag für die Wahl des PO-Kandidaten Bronisław Komorowski. Eine Botschaft, die es Napieralski anschließend nicht unbedingt leichter machte, denn seine innerparteilichen Gegner forderten ihn im Frühjahr 2010 ja generell auf, von vornherein auf einen Start zu verzichten, um einen weiteren Kaczyński zu verhindern. Ihm wurde hinter den Kulissen also vorgehalten, der knappen 15 Prozent wegen mit dem Feuer gespielt zu haben, denn letztlich sei das Rennen gegen Kaczyński nur denkbar knapp ausgegangen. Nun muss er zeigen, dass sich aus diesem Anteil an Wählerstimmen auch für die Partei etwas machen lässt, was den Trend nach oben brächte.

Mit welchen Themen könnte die SLD unter seiner Führung also punkten, um Wähler von dort herzubekommen, wo sie

sich für die SLD potenziell befinden? Das wird für Napieralski und seine Leute die entscheidende Frage in den nächsten Monaten werden. Bleibt es bei einem lauen, etwas sozialer, etwas liberaler ausgerichteten Aufguss des im Grunde selben Programms, wie es die PO bereits seit Jahren in Regierungsverantwortung vertritt, werden da nur schwer neue Blumentöpfe zu gewinnen sein. Wird zudem bereits voreilig alles auf eine potenzielle Koalition mit der PO gesetzt, kann es sowieso schief gehen. Letztlich müsste Napieralski den wirklichen Sprung ins tiefe Wasser wagen, mutig die linke Flanke der Politik in Polen mit konsequent in die Öffentlichkeit getragenen Themen besetzen.

Da wäre die strikte Trennung von Staat und Kirche, die in der Verfassung geboten, der in der Wirklichkeit aber Hohn Spott zuteil wird. Napieralski wollte bei Antritt als Parteivorsitzender ja aus diesem Grunde ein polnischer Zapatero sein. Jetzt hätte er zum letzten Mal Gelegenheit, es wenigstens ein bisschen zu versuchen. Interessant, dass in dieser Frage der PO-Abtrünnige Palikot viel konsequenter zu Werke geht. Der fordert mittlerweile landauf, landab offen und kreativ die Herstellung der Verfassungswirklichkeit! Napieralski könnte lediglich einwenden, der gute Palikot müsse keine Rücksicht mehr nehmen auf einen ängstlichen Parteiapparat. Zu wenig für einen linken Parteivorsitzenden.

Das zweite Thema wäre die soziale Situation, die in Polen trotz nicht zu übersehender wirtschaftlicher Erfolge und erfolgreicher Integration in die Europäische Union schwieriger ist als in vielen anderen EU-Ländern. Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen denen, die sich erfolgreich am Markt durchzusetzen wissen, und denen, die an den Rand gedrückt werden, wird größer – nicht kleiner. Da eröffnen sich Möglichkeiten für linke Positionen. Aber noch immer dominieren in der SLD zwei Grundsätze, die sich in den Zeiten des hohen Wählerzuspruchs am Beginn des Jahrhunderts einschlichen und in Richtung Volkspartei gemeint waren. Leszek Millers naives Bekenntnis, der Markt habe eben immer Recht, ist aus den Köpfen der SLD-Führung einfach nicht herauszubekommen. Damit gehen Auffassungen einher, die in Sachen Steuerpolitik kaum gegen die offen neoliberalen PO-Positionen in Anschlag gebracht werden können. Das wiederum hat Konsequenzen in allen Fragen des öffentlichen Sektors und der Daseinsvorsorge.

Und Marek Borowski, der einst die SdPI ins Leben rief und mit dieser inzwischen scheiterte, zeigt sich seit Jahren überzeugt, die sozialdemokratisch ausgerichtete Linke in Polen könne unter den Menschen, die eindeutig die Verlierer der Transformationsjahre sind, keine entscheidenden Wählerstimmen gewinnen. Vielleicht, so könnte ein mutiger Napieralski heute ja einwenden, liege es weniger an diesen Menschen als mehr am einseitigen Zuschnitt dieser sozialdemokratisch ausgerichteten Linken?

Es darf also erwartet werden, dass die SLD auch unter Napieralski so wie bisher und seit mehreren Jahren üblich zur Wahl antreten wird. Ob das reicht, werden die Wahlen zeigen. Für die Tatsache, dass man bei vielen PO-Wählern eigentlich die erste Wahl wäre, drohte nicht das Kaczyński-Gespenst, wird es keinen einzigen Parlamentssitz geben. Und nach den Wahlen könnte es bald zu spät sein, weil die Möglichkeiten, das rechte Projekt eines Mehrheitswahlrechts, welches vor allem den beiden großen Formationen Vorteile bringen würde, dann schnell umgesetzt werden könnte. Dazu notwendig sind eine Zweidrittelmehrheit im Par-



lament und ein Staatspräsident, der kein Veto einlegt. Beide Bedingungen könnten Ende dieses Jahres gegeben sein.

Vietnam setzt auf Kontinuität

Der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams beschließt die Fortsetzung des Reformkurses.

Von Prof. Dr. Wilfried Lulei, Beiratsvorsitzender der Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft

Das Jahr des Tigers endete am 2. Februar 2011, und am 3. begann das Jahr der Katze. Nach den alten Schriften zu urteilen, wird es ein ruhiges Jahr. Im Vergleich zu seinem Vorgänger, der vielerlei Veränderungen, Aufregungen und Gefahren brachte, verspricht es Kontinuität, berufliche Erfolge, Fortschritte in allen Bereichen des Lebens und die harmonische Regelung auftretender Probleme.

Der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams, der vom 12. bis 19. Januar im modernen Konferenzzentrum My Dinh in Hanoi tagte, lässt sich durchaus in dieses Muster einordnen. 1 377 Delegierte vertraten die ca. 3,6 Millionen Parteimitglieder. Weder die vietnamesische Bevölkerung noch ausländische Beobachter erwarteten große Überraschungen. Vietnam hat in den letzten Jahren seine 1986 begonnene Reformpolitik *Doi moi* (Erneuerung) erfolgreich fortgesetzt. In der Wirtschaftsentwicklung und bei der Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung wurden beachtenswerte Erfolge erzielt. Das Land hat sowohl die Asienkrise der neunziger Jahre als auch die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 erstaunlich gut gemeistert. Es genießt hohes internationales Ansehen, wie die Aufnahme in die WTO im Januar 2007 und die Wahl zum nichtständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrates für die Jahre 2008 bis 2010 zeigt.

Die Politik der KP findet in großen Teilen der vietnamesischen Bevölkerung Akzeptanz. Immerhin kann das Land auf ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 7 Prozent verweisen, hat die Regierung Geschick beim Krisenmanagement bewiesen. Nach offiziellen Angaben stieg der Einzelhandelsumsatz im Jahre 2009 um 25,1 Prozent, der private Verbrauch um 7,4 Prozent und der mittlere Monatslohn um 13,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist mit 4,7 Prozent relativ gleich geblieben. Das BIP pro Kopf betrug 1 064 US-Dollar. Im ersten Halbjahr 2010 wuchsen die Industrie um 7,3 Prozent, die Dienstleistungen um 7,2 Prozent und die Landwirtschaft um 3 Prozent. Zwar wurden als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 einige geplante Großprojekte gestrichen oder verschoben, dennoch konnten so umfangreiche Vorhaben wie der Petrochemische Komplex in der Provinz Thanh Hoa (geplante Verarbeitungskapazität 10 Mio t jährlich) und der Bau der Metro in Ho-Chi-Minh-Stadt in Angriff genommen werden. 2010 wurden 720 neue Projekte ausländischer Investoren im Wert von über 11 Milliarden Dollar registriert. Die absolute Armut ist nach Angaben der Weltbank von 58 Prozent im Jahre 1993 auf 10 Prozent 2010 gesunken.

Die Mehrheit der Bevölkerung schätzt die Berechenbarkeit und Kontinuität der Entwicklung. Ausländische Investoren und Unternehmer sehen in Vietnam einen interessanter Partner. Allerdings hat dieses positive Gesamtbild auch seine Schattenseiten. Die Industriestruktur ist noch immer

schwach, das Außenhandelsdefizit weiterhin hoch (2010 ca. 9 Milliarden Euro), die Inflationsrate weiter angestiegen (2009 7 Prozent; 2010 9,3 Prozent), die Exportgüter sind überwiegend Rohstoffe (vor allem Erdöl) und arbeitsintensive Produkte (z. B. Schuhe und Textilien), die Infrastruktur-entwicklung wird den wachsenden Anforderungen nicht gerecht, die Maßnahmen zur Überwindung von Korruption und Vetternwirtschaft waren bisher wenig erfolgreich, die Schere zwischen arm und reich öffnet sich weiter, die Lösung sozialer Probleme und die Entwicklung der Demokratie hält mit dem wirtschaftlichen Fortschritt nicht Schritt.

Wer allerdings auf dem 11. Parteitag der KP Vietnams eine breite Diskussion dieser Probleme erwartet hatte, wurde enttäuscht. Das heißt nicht, dass sich die Partei mit diesen Fragen nicht beschäftigte und der Parteitag dazu keine Beschlüsse fasste. Wie bei den vorangegangenen Parteitagen gab es im Vorfeld eine umfangreiche und teilweise sehr konträre Diskussion. In der Partei und bei einem großen Teil der Bevölkerung herrschte Einigkeit über die Ziele – „ein starker Staat, wohlhabende Bürger, eine gerechte demokratische und zivilisierte Gesellschaft“. Dabei wird ausdrücklich betont, dass die Reformpolitik der Erneuerung fortgesetzt werden soll, dass sie kein Abrücken vom Sozialismus, sondern seine Verwirklichung unter den konkreten Bedingungen Vietnams bedeutet.

Mehrere Redner auf dem Parteitag betonten, dass „die großen Gedanken Ho Chi Minhs zusammen mit dem Marxismus und dem Leninismus weiterhin die ideologische Grundlage und der Leitstern der Tätigkeit der vietnamesischen Partei und der Revolution sein werden“. Zweifellos gibt es auch in Vietnam viele Diskussionen darüber, wie Marktwirtschaft und Sozialismus dauerhaft unter einen Hut zu bringen sind. Formulierungen wie „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ oder „sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnen weniger die jetzige Realität als mehr die Zielstellung für die Zukunft, wobei der Unterschied vor allem in der Zeitspanne liegt. Die gegenwärtige Politik wird überwiegend von Pragmatismus und weniger von klaren theoretischen Aussagen zum künftigen Sozialismus in Vietnam bestimmt. Allerdings erklärte der neue Generalsekretär in seiner Antrittsrede eindeutig, Vietnam bleibe auf dem Weg zum Sozialismus, auch wenn dieser noch lang sei.

Seit einiger Zeit wird in der KP Vietnams die Frage diskutiert, ob private Unternehmer (also „Kapitalisten“ und damit „Ausbeuter“) Mitglied der Partei sein und dort auch Funktionen ausüben dürfen. In der Praxis war das längst möglich, jetzt hat es der Parteitag offiziell bestätigt.

Der Parteitag bekräftigte das Festhalten am Einparteiensystem. Dieses habe sich in der Vergangenheit bewährt und garantiere die Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung in der Zukunft. Vietnam habe keinen Bedarf an Pluralismus und einem Mehrparteiensystem. Tatsache ist, dass ein großer Teil der vietnamesischen Bevölkerung den Führungsanspruch der KP akzeptiert und keinen Machtwechsel fordert, solange der Reformkurs sichtbare Fortschritte für das Land und seine Menschen bringt. Vietnam hat sich in den letzten Jahrzehnten gegen einen Crashkurs, für eine schrittweise Reform- und Erneuerungspolitik entschieden und ist damit überraschend erfolgreich gewesen. Unbewegliche Konservative konnten sich ebenso wenig durchsetzen wie radikale Reformer. In der Regel wurden sie von den Kräften, die für Kompromissbereitschaft und Harmonie im Interesse der De-



monstration von Einheit und Geschlossenheit nach außen eintraten, zurückgedrängt. Auch auf dem 11. Parteitag ist dies erkennbar.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen über die Wege und Methoden sowie das Schrittmäß der Entwicklung. Ein wichtiger Diskussionspunkt ist das Verhältnis von Stabilität und hohem Wachstumstempo der Wirtschaft. Im Vorfeld des Parteitages gab es Kritik von Experten, dass die Staats- und Parteiführung die wirtschaftlichen Wachstumsprozesse besser steuern und eine Überhitzung vermeiden müsse. Ministerpräsident Dung erklärte, es sei eine große Herausforderung, „eine unabhängige, selbständige und wettbewerbsfähige Wirtschaft zu entwickeln“. Als Hauptziele werden die konsequente Fortsetzung der Reformpolitik *Doi moi*, die Entwicklung zur Industrienation bis 2020 und Nachhaltigkeit immer wieder betont.

Als konkrete Aufgaben für die nächsten zehn Jahre werden u. a. genannt:

- die Veränderung der Exportstruktur: neben der Ausfuhr von Rohstoffen, Naturprodukten und in Vietnam hergestellten Waren im Auftrag ausländischer Konzerne die eigenständige Entwicklung und Herstellung hochwertiger Produkte;
 - ein allgemeines Wirtschaftswachstum von 7 – 7,5 Prozent pro Jahr; darunter Industrie und Bauwirtschaft: 7,8 – 8 Prozent; Landwirtschaft: 2,5 – 3 Prozent;
 - die Schaffung von 8 Millionen neuer Arbeitsplätze;
 - deutliche Steigerung der Qualifikation der Arbeitskräfte. 2020 sollen über 50 Prozent der Beschäftigten eine Berufsausbildung besitzen;
 - die Erhöhung des Prokopf-Einkommens von ca 1 160 Dollar im Jahre 2010 auf ca. 2 000 Dollar im Jahre 2020.
- Der Parteitag bestätigte den absoluten Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung, betonte zugleich aber auch die Notwendigkeit einer stärkeren Verzahnung mit den anderen gesellschaftlichen Prozessen. Wichtige Themen sind die Förderung und Umgestaltung der Wissenschaft, die Entwicklung „hochwertiger Humanressourcen“, die weitere Bekämpfung der Armut, der Schere zwischen Stadt und Land, zwischen arm und reich. In der Abschlussresolution heißt es unter anderem: Schwächen und Unzulänglichkeiten bestehen in den Bereichen Bildung, berufliche Qualifikation, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Bürokratie, Korruption, Verschwendung von Rohstoffen, Energie und anderen Ressourcen. Als Probleme auf der gesellschaftlichen Ebene werden Kriminalität, moralisches Fehlverhalten und unangemessener Lebensstil genannt. Notwendig sei es, künftig stärker darauf zu achten, „Wirtschaftswachstum mit sozialem Ausgleich zu verbinden und für soziale Wohlfahrt zu sorgen“. Vor allem in den ländlichen Regionen und den Gebieten der ethnischen Minderheiten müsse für eine Verbesserung der materiellen und geistigen Lebensbedingungen gesorgt werden. Als wichtige Aufgabe wird der Aufbau eines umfassenden und leistungsfähigen sozialen Sicherheitssystems für die breite Bevölkerung bezeichnet. Das ist eine immense Zielstellung, haben bisher doch nur ca. 50 Prozent der Bevölkerung eine Krankenversicherung und weniger als 20 Prozent eine Rentenversicherung.

So wie bei den Beschlüssen über die Grundlinien der weiteren Politik gab es bei den Personalentscheidungen keine Überraschungen. Auch hier waren die wichtigsten bereits im Vorfeld gefallen. Der bisherige Generalsekretär Nong Duc

Manh hatte nach zehnjähriger Amtstätigkeit aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ebenso will Staatspräsident Nguyen Minh Triet sein Amt im Mai aus Altersgründen abgeben und kandidierte deshalb nicht mehr für eine hohe Parteifunktion. Umstritten war die Position des Premierministers. Der derzeitige Amtsinhaber Nguyen Tan Dung war 2008/09 auf Grund einiger Entscheidungen im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise in die Kritik geraten. Neben Dung galt einige Zeit lang Truong Tan Sang, Wirtschaftsfachmann im Politbüro, als heißer Kandidat. Die Entscheidung fiel zugunsten von Dung, dessen Position damit zweifellos gestärkt wurde. Truong Tan Sang wurde als Nachfolger von Nguyen Minh Triet im Amt des Staatspräsidenten nominiert. Beide müssen jedoch im Mai von der Nationalversammlung in diesen Funktionen bestätigt werden.

Auch das neue Politbüro besteht aus 14 Mitgliedern: Wiedergewählt wurden: Nguyen Phu Trong (Generalsekretär/ bisher Präsident der Nationalversammlung), Truong Tan Sang (künftiger Präsident), Nguyen Tan Dung (Ministerpräsident), Phuong Quang Thanh (Verteidigungsminister), Pham Quang Nghi (Parteisekretär Hanoi), Le Hong Anh (Minister für öffentliche Sicherheit), Nguyen Sinh Hung (vorgeschlagen als neuer Vorsitzender der Nationalversammlung), Le Thanh Hai (Parteisekretär Ho Chi Minh-Stadt), To Huy Rua (Vorsitzender des Sekretariats des ZK). Neu gewählt wurden: Tran Dai Quang (Stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit), Tong Thi Phong (Vorsitzende der ZK-Kommission für Mobilisierung der Massen) Ngo Van Du (Leiter des Büros des ZK), Dinh The Huynh (Chefredakteur der Parteizeitung Nhan Dan); Nguyen Xuan Phuc (Leiter des Regierungsbüros).

Das Alter der Politbüromitglieder liegt zwischen 54 und 66 Jahren. Von der Ausbildung her sind fünf Wirtschaftswissenschaftler, drei Rechtswissenschaftler, drei Politikwissenschaftler, einer Militärwissenschaftler und einer Philosoph. Die einzige Frau im Politbüro ist Tong Thi Phong, sie gehört der Minderheit der Thai an. Alle übrigen sind Kinh (ethnische Vietnamesen).

Der neue Generalsekretär ist 1944 in einem Dorf nahe Hanoi geboren. Er hat in der Sowjetunion Politikwissenschaft studiert und promoviert. Er war u. a. Chefredakteur der Parteizeitschrift Tap Chi Cong San und von 2000 bis 2006 Parteisekretär von Hanoi. Seit 2006 war er Vorsitzender der Nationalversammlung. Mitglied des Politbüros ist er bereits seit 1997.

Dem neuen Zentralkomitee gehören 175 Mitglieder und 25 Kandidaten an. Davon wurde knapp die Hälfte neu in das Gremium gewählt. Eine zeitweilig in Erwägung gezogene Vergrößerung des ZK wurde nicht realisiert. Aus der Tatsache, dass mehrere Minister nicht wieder ins ZK der KP Vietnams gelangten, schließen Beobachter, dass diese bei der Bildung der neuen Regierung im Mai nicht in ihrem Ministeramt bestätigt werden. Besonders interessiert im Ausland der Posten des Außenministers, da der jetzige Amtsinhaber Pham Gia Khiem dem neuen ZK nicht mehr angehört.

Insgesamt war der 11. Parteitag der KP Vietnams also weit entfernt von Euphorie. Er schätzte die abgelaufene Periode realistisch ein. Er hob die großen Erfolge der letzten Jahre hervor, nahm aber auch offen und kritisch zu den Mängeln, Versäumnissen und Fehlern Stellung. Die Delegierten waren sich der zu lösenden Probleme und Schwierigkeiten wohl bewusst. Aber der Parteitag war auch getragen von dem Selbstbewusstsein, dass sich der Kurs der Reformpoli-



tik in der Vergangenheit bewährt hat, dass dieser Kurs von der Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung akzeptiert wird und dem Land in der Welt Anerkennung bringt. Vietnam ist politisch und ökonomisch stabil. Der 11. Parteitag der KP Vietnams hat deshalb erwartungsgemäß die Fortsetzung des bisherigen Kurses beschlossen. Und sowohl in Vietnam als auch im Ausland überwiegt die Auffassung, dass die gestellten Ziele erreicht werden können.

Weiter auf dem Wege von *Doi Moi* – Erfahrungen und Eindrücke von einem Vietnam-Aufenthalt

Von Bernd Ihme und Klaus Steinitz

Die Sozialistische Republik Vietnam befindet sich in einer wichtigen Phase wirtschaftlichen Aufschwungs und neuer gesellschaftspolitischer Herausforderungen. In diesem Zusammenhang werden auch die theoretischen Grundlagen von Ideologie und Politik kritisch hinterfragt und Antworten auf eine Vielzahl sich stellender Probleme gesucht. Mit großem Interesse folgten wir deshalb im November 2010 einer Einladung der Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften Hanoi und des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam zu einer zweitägigen Konferenz zum Thema: „Der theoretische Hintergrund der Linken vom Standpunkt der marxistischen Ideologie“. Diese Konferenz bettet sich ein in ein gemeinsames mehrjähriges Projekt der Hanoier Universität und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das darauf gerichtet ist, weltweit existierende alternative linke Theorien und deren Relevanz für Vietnam zu diskutieren.

Unseren Aufenthalt in Hanoi nutzten wir zu vielfältigen Gesprächen. Unter anderem hatte die Freundschaftsgesellschaft Vietnamese Union of Friendship Organizations (VUFO) eine Rund-Tisch-Diskussion zu Problemen der Aktionsprogramme der LINKEN und der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) organisiert. Der Gedankenaustausch fand in einer offenen und lebendigen Atmosphäre statt und trug bei allen Anwesenden zur Erweiterung der Kenntnisse über die Probleme in der LINKEN bzw. Deutschlands und der KPV bzw. Vietnams bei.

An der gemeinsamen Konferenz von Uni-Hanoi und rls-Hanoi nahmen ca. 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, geladene Gäste und eine größere Anzahl Studierender teil. Von der vietnamesischen Seite waren mehrere bekannte Wissenschaftler und Vertreter der KPV, die in verantwortlichen Funktionen tätig sind, anwesend – darunter der Stellvertretende Rektor der Universität USSH Hanoi, Prof. Nguyen Van Kim, der Direktor des Zentrums für politische Studien und Analysen (CEPSTA), Prof. Vu Cao Dam, der Generalsekretär der Zentralen Theoretischen Kommission der KPV, Prof. Hoang Chi Bao, der Vizedekan der Philosophischen Fakultät der USSH Hanoi, Dr. Nguyen Anh Tuan, der Dekan für Politikwissenschaften der Dai Nam University Hanoi, Dr. Tran Thao Nguyen, und Professoren für Leitungswissenschaften und für Jugendstudien. Von Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Berlin beteiligten sich Christina

Emmrich, Bürgermeisterin des Berliner Bezirks Lichtenberg, Dr. Bernd Ihme, Sekretär der Programmkommission Der LINKEN und Prof. Dr. Klaus Steinitz, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Helle Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin“ mit Beiträgen an der Konferenz. Aus dem Ausland war außer uns ein Wissenschaftler aus den USA, Dr. David Pickus, ange-reist.

Die Konferenz verlief in einer freimütigen und freundschaftlichen Atmosphäre. Nach den Ausführungen der Referentinnen und Referenten gab es die Möglichkeit, Anfragen zu stellen bzw. Bemerkungen und Kommentare zum Vorge-tragenen zu äußern. So kam es unter den Wissenschaftlern immer wieder zu einem lebhaften und teilweise kontrovers ausgetragenen Meinungsstreit in Bezug auf die Bewertung der gegenwärtigen Situation in Vietnam, zu den Problemen und Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung, den zweckmäßigen Wegen, diese Probleme zu lösen und den Herausforderungen gerecht zu werden. Angesprochen wurden sowohl Fragen der aktuellen Politik in Vietnam, der Einschätzung der internationalen Entwicklung und Politik, der verschiedenen Wege, die zum Sozialismus möglich sind als auch theoretische Probleme des Marxismus insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung des nächsten Parteitages der KP Vietnams, der inzwischen im Januar 2011 stattfand. Uns interessierten besonders Informationen und Diskussionen zur aktuellen Situation und zum politischen Geschehen in Vietnam.

Vietnam hat mit seiner Politik der Erneuerung, die als *Doi moi* bezeichnet wird, eine Reihe wichtiger Fortschritte vorzuweisen. Seit den 1990er Jahren wurde das Tempo des Wirtschaftswachstums enorm gesteigert. *Doi moi* wurde zwar 1986 eingeleitet, es dauerte jedoch noch einige Jahre, bis sich das neue Konzept durchzusetzen begann. Erst 1989 wurden signifikante Wirtschaftsreformen verabschiedet, die real zu einem höheren Wachstum führten. Die weltweite Krise bereitete dem Exportland Vietnam durch das Wegbrechen von Absatzmärkten beträchtliche Probleme; die jedoch unter Kontrolle gebracht werden konnten. Die Wachstumsrate ging 2009 zwar zurück, lag aber immer noch bei 5 Prozent.

Die Armut konnte in diesem Zeitraum weiter zurückge-drängt werden. So ist der Anteil der armen Bevölkerung von rund 50 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf rund 15 Prozent 2008 zurückgegangen. Insgesamt konnte die Lebens-lage der Bevölkerung verbessert werden. Dabei zeigten sich allerdings starke soziale Differenzierungen. Schwierige Probleme in der Bekämpfung der Armut traten generell in entle-genen ländlichen Gebieten auf. Davon waren besonders eth-nische Minderheiten betroffen.

Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs sind ins-gesamt ausreichend vorhanden. Vietnam gehört zu den welt-weit bedeutendsten Kaffee- und Reisexporteuren. Die Textil- und Computerindustrie florieren. Ein Ziel des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Vietnams besteht darin, die Er-fahrungen im Reformprozess *Doi moi* auszuwerten, nächste Schritte zur Fortsetzung dieser Politik zu erörtern und ent-sprechende Festlegungen zu treffen. Es geht im Kern um die Festigung und den Ausbau des bisherigen Kurses einer so-zialistisch orientierten Marktwirtschaft bei Bewahrung der führenden Rolle der kommunistischen Partei und traditionel-ler Werte. Von führenden Genossen der KP Vietnams wird hervorgehoben, dass in Vietnam kein Bedürfnis nach Plura-lismus oder einem Mehrparteiensystem besteht. Den ideolo-



gischen Grundlagen der weiteren Entwicklung Vietnams auf sozialistischem Weg wird eine entscheidende Bedeutung zugemessen. „Die großen Gedanken von Ho Chi Minh werden zusammen mit dem Marxismus und dem Leninismus immer die ideologische Grundlage und der Leitstern für die Tätigkeiten der vietnamesischen Partei und der Revolution sein“, betonte Staatspräsident Nguyen Minh Triet in seiner Ansprache vor den Delegierten des XI. Parteitag.

Die kommunistische Partei steht vor der Herausforderung, ihren Führungsanspruch dadurch zu legitimieren, dass sie die dynamische wirtschaftliche Entwicklung mit der weiteren spürbaren Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung in allen Regionen des Landes, der Eindämmung inflationärer Tendenzen, der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und des gesamten Finanzsystems sowie der Demokratisierung der Gesellschaft verbindet. Eine nicht leicht zu realisierende Aufgabe, denn die sichtbaren Fortschritte dürfen – so wurde immer wieder betont – nicht den Blick auf sich zuspitzende neue Problemlagen verstellen. Vietnam hat mit Tendenzen der Abnahme der wirtschaftlichen Dynamik, vor allem mit einer insgesamt unzureichenden Qualität des Wachstums, geringer Effizienz der Investitionen und überhaupt der Betriebe des staatlichen Sektors sowie mit großen Anspannungen der öffentlichen Haushalte zu kämpfen. Zugleich sind infolge mehrjähriger Importüberschüsse die Auslandsschulden gestiegen. Das Defizit der Außenhandelsbilanz Vietnams betrug 2010 über 10 Mrd. Dollar. Der vietnamesische Dong musste seit 2008 gegenüber dem Dollar um rund 20 Prozent abgewertet werden. Probleme der Umweltverschmutzung, einer verschwenderischen Ausbeutung von Naturressourcen und der zurückgebliebenen Infrastruktur haben sich verschärft.

Vietnam hat mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von über 40 Prozent eine sehr hohe Investitionsquote. Die Effizienz der Investitionen ist aber in den letzten Jahren zurückgegangen. Das Zurückbleiben der Effizienz der Staatsbetriebe gegenüber dem privaten Sektor und die Suche nach Wegen, um diese Situation zu verändern, spielten deshalb bei der Vorbereitung des Parteitages eine große Rolle. Im Zusammenhang mit den erhöhten Investitionen ausländischer Unternehmen in Vietnam gewinnt auch die Frage einer wirksamen Kontrolle und Einflussnahme auf ihre Entwicklung größere Bedeutung. In der letzten Zeit haben Streiks zugenommen. Sie konzentrierten sich vor allem auf ausländische Unternehmen wegen unzureichender Lohnzahlungen und Verstößen gegen geltendes Recht.

Der private Sektor hat in Vietnam seit dem *Doi-moi*-Kurs deutlich an Bedeutung gewonnen. In den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen von 12 000 auf 1 500 reduziert worden. Ihr Beitrag zum BIP beträgt rund 30 Prozent. Die Partei hält daran fest, dass in einer Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung entscheidende Großbetriebe in der Hand des Staates bleiben. Das verlangt aber, dass diese effektiver gemanagt, geführt und kontrolliert werden. Diese Aufgabe nimmt in der Prioritätenliste des sozial-ökonomischen Programms bis 2020 einen der vordersten Plätze ein. Bis zum Jahre 2020 soll Vietnam einen wichtigen Schritt bei der Entwicklung zu einem Industrieland vorankommen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen soll gegenüber 2010 auf fast das Dreifache, auf 3 000 Dollar, steigen. Das Land müsse sein „Wachstumsmodell erneuern und die Wirtschaft umstrukturieren, um die Industria-

lisierung und Modernisierung mit schnellem und nachhaltigem Wachstum voranzutreiben“, sagte Generalsekretär Nong Duc Manh zum Auftakt des XI. Parteitages.

Der wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung für ausländische Investoren und die eingeleiteten Privatisierungen haben aber auch zu mehr sozialen Spannungen geführt. Alte Lebens- und Wirtschaftsformen sind zählebig und kollidieren heftig mit den neuen Anforderungen und Entwicklungen in Wirtschaft und Politik. Die Kontraste zwischen arm und reich, zwischen Stadt und Land, zwischen Ballungsgebieten und abgelegenen Regionen treten schärfer hervor. Es gibt Millionen Arbeitslose, chronische Unterbeschäftigung ist ein verbreitetes Phänomen. Die Fortschritte bei der Überwindung des Analphabetentums sind geringer geworden. Aber der Anteil gut ausgebildeter Fachkräfte hat mit dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und mit den erhöhten Anforderungen an den Innovationsprozess nicht ausreichend Schritt gehalten. Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren vor allem gut ausgebildete junge Menschen in den Städten. Zu den Verlierern der Marktöffnung gehören Menschen ohne oder mit nur geringer Qualifikation, darunter besonders Jugendliche. Die Regierung unternimmt beträchtliche Anstrengungen, um die Armutsrate weiter zu senken. Aber Preissteigerungen, insbesondere bei Lebensmitteln, führen zu neuen Belastungen. Die Inflationsrate ist zwar 2009 gegenüber 2008, als sie zeitweise bei 20 Prozent lag, zurückgegangen, lag aber immer noch bei 8 Prozent. Damit steht das Problem, wie die marktwirtschaftliche Entwicklung mit einer sozialen Grundsicherung für die Bevölkerung in Übereinstimmung gebracht werden kann, akut auf der Tagesordnung.

Nach unserem Eindruck begrüßt die vietnamesische Bevölkerung die Politik der Erneuerung und das Voranschreiten der Marktwirtschaft durchaus. Unklar ist jedoch vielen, mit welchen Mitteln diese Entwicklung sozial abgefedert werden kann. Viele beklagen einen allgemeinen Werteverfall und fordern, den ökonomischen Fortschritt und die internationale Öffnung stärker mit dem Erhalt sozialer Errungenschaften, der nationalen Werte und Traditionen zu verbinden. Debattiert wird die Frage, wie die bestimmende Rolle des öffentlichen Sektors und damit auch des Staates angesichts der starken Ausdehnung des privaten Unternehmensbereichs und speziell der ausländischen Kapitalinvestitionen in Vietnam gesichert werden kann. Die Integration in eine neoliberal geprägte Weltwirtschaft setzt auch Vietnam dem Druck einer vom internationalen Kapital bestimmten Globalisierung aus.

Vietnam gehört zu den Ländern, die am meisten von den Folgen des Klimawandels bedroht sind. Dürreperioden, Überflutungen, Taifune und der Anstieg des Meeresspiegels sind alarmierende Signale. Große Konzerne aber auch die vielen kleinen Familienbetriebe tragen wesentlich zur hohen Umweltbelastung bei. Die Umweltproblematik gehört jedoch noch zu jenen Themen, die im öffentlichen Bewusstsein zu wenig als eine große Herausforderung für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung angesehen werden. Zu geringe Investitionen im Bildungswesen, ein ineffektiver Einsatz von Fördermitteln für Bildung und Privatisierungen im Bildungsbereich führen bei den Kindern zu unterschiedlichen Chancen bei der Aneignung einer hohen Bildung.

Nach Ansicht unserer vietnamesischen Gesprächspartner stellt gegenwärtig die Korruption in vielen gesellschaftlichen



Bereichen eine ernsthafte Gefahr für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes dar. Im Verwaltungsbereich sind dienstliche Veruntreuung, Bereicherung am öffentlichen Eigentum und das Kassieren von Bestechungsgeldern verbreitet. Im Gesundheitsbereich lässt sich mit Bestechungsgeldern ein besserer Service und eine bessere Behandlung erkaufen. Im Bildungswesen kann man sich durch entsprechende „Gebühren“ den erfolgreichen Abschluss der Aufnahmeprüfung zur jeweils höheren Bildungsstufe absichern. Viele Eltern sind bereit, für die bessere Bildung ihrer Kinder entsprechende Gelder zu zahlen. Deshalb hat die Partei den Kampf gegen Korruption und Bürokratisierung auf allen Ebenen als eine zentrale Aufgabe für die Gegenwart formuliert.

Die Öffnung zur Marktwirtschaft und zu vielfältigen internationalen Beziehungen, der Einfluss moderner Technik und Technologie, der zunehmende Strom von Touristen insbesondere aus Nordamerika und Europa, die neuen Möglichkeiten weltweiter Kommunikation (Internet) und ein wachsendes Umweltbewusstsein – all das weckt neue Erwartungen und Ansprüche an die Arbeits- und Lebensbedingungen, an kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse. Uns fielen die vielen jungen Menschen auf, die das Straßenbild von Hanoi prägen. Die junge Generation artikuliert – so wurde uns berichtet – Erwartungen, Lebens- und Wertvorstellungen, die sich von den harten Lebensbedingungen der älteren Generation in den Jahren des Krieges und unmittelbar danach wesentlich unterscheiden. Der Zugang zum Internet und die damit verbundenen neuen Kommunikationsmöglichkeiten bringen den Wunsch nach freier Meinungsäußerung und umfassenden Kontaktmöglichkeiten mit sich. Marktwirtschaftliches Denken, Konsumorientierung, wachsendes Selbstbewusstsein und ein neues Verständnis von Freiheit im Sinne der freien Entfaltung von Individualität führen zu Widersprüchen gegenüber dem traditionellen Verständnis des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft. Das alte – seit Konfuzius geprägte – Ideal der Unterordnung der eigenen Interessen unter die der Gesellschaft ist brüchig geworden. Mit herkömmlichen Erziehungsmethoden und der Verbreitung marxistischer Ideologie allein – so die Meinungen vieler Wissenschaftler – ist die Jugend kaum noch zu gewinnen.

Ohne Demokratie kein Sozialismus, hieß es in mehreren Diskussionsbeiträgen auf der Konferenz. Damit steht die Frage, auf welchen konkreten Wegen sich die weitere Demokratisierung der vietnamesischen Gesellschaft vollziehen sollte. Diskutiert wurde über eine deutliche Erhöhung der Wirksamkeit von Parlamentarismus, Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit. Der Staat müsse heute mehr Beschützer der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sein und nicht nur „ein Instrument der herrschenden Klasse“. Positiv wurde vermerkt, dass in den vergangenen Jahren eine tiefgreifende Verwaltungsreform begonnen wurde. Dezentralisierung, Demokratisierung und Modernisierung sind Orientierungen für die zu schaffenden modernen Strukturen der öffentlichen Verwaltung. Auf lokaler Ebene wurden demokratische Entscheidungsstrukturen gesetzlich verankert. Die Rolle der Nationalversammlung konnte kontinuierlich gestärkt werden, ihr Gewicht im politischen System der Sozialistischen Republik hat zugenommen. Die Nationalversammlung ist im Hinblick auf ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive eigenständiger und durchsetzungsfähiger geworden.

Debattiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob europäische Erfahrungen hinsichtlich der Voraussetzungen für das Funktionieren einer modernen Demokratie auf die vietnamesischen Bedingungen übertragbar seien. Welche Rolle spielt ein Mehrparteiensystem bei der Entwicklung von demokratischen Verhältnissen? Die Verhältnisse in anderen Ländern studieren, Erfahrungen anderer zur Kenntnis nehmen – dem gegenüber zeigten sich die vietnamesischen Diskussionsteilnehmer sehr aufgeschlossen. Dennoch betonten sie deutlich, dass Vietnam einen eigenen Weg in der Entwicklung der Demokratie finden müsse, der die wirtschaftliche, soziale, politische Entwicklung und die kulturellen Traditionen des Landes berücksichtigt. Dabei wurde auf den Humanismus im Denken und Handeln von Ho Chi Minh verwiesen, seine Begeisterung für die Ideen von Freiheit und Demokratie, seinen Einsatz und seine Rolle bei der Befreiung Vietnams, für die Entwicklung der vietnamesischen Nation und für ein Leben der Menschen in Würde, Glück und Wohlstand. Darin wird seine Bedeutung für die heutige und zukünftige Entwicklung Vietnams gesehen.

Großes Interesse bestand an der Einschätzung der Situation und der Entwicklung linker Kräfte in Europa, insbesondere an Fragen, die mit einer demokratischen, nicht gewaltsamen Transformation des Kapitalismus zu einer sozialistischen Gesellschaft verbunden sind. In seinem Referat über die Gründe für das Scheitern des Realsozialismus und Vorstellungen von einem neuen Sozialismus im 21. Jahrhundert ist Prof. Dr. Klaus Steinitz auf diese Probleme eingegangen. Anschließend an den Vortrag wurden viele Fragen zur deutschen und europäischen Linken gestellt, u. a.: Worin sind die Gründe für die Niederlagen und die gegenwärtige Schwäche der europäischen Linken zu suchen? Warum konnten die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht für eine Stärkung der Linken genutzt werden? Welche Rolle kommt der Produktivkraftentwicklung in den Sozialismusvorstellungen der Linken zu? Wie können Reformen im Rahmen des Kapitalismus zur Herausbildung einer neuen sozialistischen Gesellschaft weitergeführt werden?

Im Zusammenhang mit der Frage nach einem Sozialismus im 21. Jahrhundert wurde über die politische Entwicklung in Venezuela und in anderen lateinamerikanischen Staaten mit linken Regierungen diskutiert. Dabei zeigte sich, dass Thesen, die die Entwicklung in Venezuela als beispielhaft für die Entwicklung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnen, bei mehreren Konferenzteilnehmern auf Skepsis und Ablehnung stießen. Dem wurde die Vielfalt möglicher Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft entgegengestellt. Dabei handelt es sich für alle beteiligten Länder und ihre führenden Parteien um notwendige Such- und Lernprozesse. Die Bereitschaft von anderen zu lernen muss auf jeden Fall vorhanden sein und noch weiter gefördert werden, aber Vietnam müsse seinen eigenen Weg zum Sozialismus finden.

Die vietnamesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigen sich intensiv mit dem politischen System und dem Wirken unterschiedlicher Parteien in den europäischen Ländern. Dabei stießen das breite Spektrum linker Parteien und Organisationen und die Beziehungen zwischen den Kommunisten und anderen Teilen der Linken auf besonderes Interesse. Deutlich wurde, wie schwierig es ist, die komplizierten und widersprüchlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien eines breit definierten linken Spektrums – in Deutschland zwischen der SPD, der LINKEN,



den Grünen und der DKP – zu analysieren und zu verstehen. Interessant war in diesem Zusammenhang, dass von den Rednerinnen und Rednern der Begriff Demokratischer Sozialismus weitgehend mit Vorstellungen der Sozialistischen Internationale und der sozialdemokratischen Parteien verbunden wurde.

Über den Platz, die Rolle und das Agieren der Partei DIE LINKE im Parteiensystem der Bundesrepublik konnten wir einige Unklarheiten und relativ wenig gesicherte Kenntnisse feststellen. Daraus ergab sich wohl auch, dass die Beiträge der Vertreter der rls mit großem Interesse aufgenommen wurden. Dr. Bernd Ihme sprach in einem längeren Beitrag zum Selbstverständnis, zur Entwicklung und zum Entwurf des neuen Parteiprogramms der Partei DIE LINKE. Dem schloss sich eine Vielzahl von Fragen und Bemerkungen an. Gefragt wurde unter anderem danach, welche Kriterien der Entwicklung einer fortschrittlichen sozialistischen Gesellschaft zugrunde gelegt werden sollten und was unter demokratischem Sozialismus als Transformationsprozess zu verstehen sei. Der Frage, was denn Pluralismus innerhalb einer sozialistischen Partei bedeutet und welche Konsequenzen sich daraus für das Handeln der Parteimitglieder ergeben, schloss sich sofort die Frage an, welches die ideologischen Grundlagen der neuen Linkspartei DIE LINKE sind und wie sich diese mit dem pluralistischen Charakter der Partei in Übereinstimmung bringen lassen.

Einen wichtigen Platz in der Diskussion nahm die Frage ein, welche Rolle die marxistische und leninistische Theorie heute für die praktische Politik kommunistischer, sozialistischer und generell linker Kräfte spielt. Überwiegend wurde hervorgehoben, dass die Theorie von Marx, Engels, Lenin auch heute sehr wichtig ist und man sich intensiv mit ihr beschäftigen muss. Für die theoretische Arbeit linker Parteien reicht das heute und für die Zukunft allerdings nicht mehr aus. Einige Feststellungen der Klassiker seien überholt, hätten ihre Gültigkeit verloren. So wurde die Frage erörtert, inwieweit heute noch von der führenden Rolle der Arbeiterklasse gesprochen werden könne. Dies wurde von den Diskutanten verneint. Viele neue Fragen, die für das 21. Jahrhundert charakteristisch sind, erfordern neue theoretische Analysen, wissenschaftliche Diskurse und darauf beruhende neue Antworten. Deshalb ist der Erfahrungsaustausch zwischen sozialistischen Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern verschiedener Länder so wichtig.

Uns beeindruckte, wie versucht wurde, theoretische Fragestellungen mit Schlussfolgerungen für die Gestaltung aktueller Politik zu verbinden. Der Bezirk Lichtenberg von Berlin stellte nach der Wende den ersten roten Bürgermeister (damals der Partei des Demokratischen Sozialismus – PDS) in Berlin. Wie eine linke Bürgermeisterin in einem „kapitalistischen Umfeld“ tätig ist, was sie bewirken und was sie nicht erreichen kann, wie es gelang, mehr direkte Demokratie und breite Bürgerbeteiligung im Bezirk durchzusetzen, wodurch sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtbezirks als auch in der internationalen Öffentlichkeit das Interesse an der Politik der LINKEN gewachsen ist – darüber berichtete Christina Emmrich und konnte anschließend kaum mit der Flut an Fragen fertig werden. Christina Emmrich hat den Aufenthalt in Hanoi auch genutzt, mehrere Gespräche zur Vertiefung der Beziehungen zwischen dem Bezirk Berlin-Lichtenberg und dem Bezirk Hoan Kiem in Hanoi zu führen. Angestrebt wird eine offizielle Partnerschaft zwischen beiden Be-

zirken der Hauptstädte. Grundlage dafür ist eine Vereinbarung, die am 17. November 2010 in Berlin zwischen dem 1. Bezirkssekretär von Hoan Kiem, Herrn Hoang Cong, und der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich unterzeichnet wurde.

Unsere Maßnahmen sind darauf gerichtet, den Sozialismus zu bewahren

Rede von Raúl Castro Ruz, Vorsitzender des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, auf der Abschluss-sitzung der Nationalversammlung am 18. Dezember 2010; aus: www.cubadebate.cu

Trotz der Auswirkungen der weltweiten Krise auf unsere Volkswirtschaft, trotz ungewöhnlich starker Regenfälle in den 19 Monaten vom November 2008 bis zum Juni dieses Jahres und ohne eigene Fehler auszuschließen, kann ich feststellen, dass sich die Planerfüllung 2010 für die Zeiten, die wir erleben, befriedigend gestaltet. Das Wachstumsziel von 2,1 Prozent des BIP wird erreicht, der Export von Waren und Dienstleistungen hat sich erhöht, bereits vor Jahresabschluss haben wir die vorgesehene Zahl ausländischer Besucher erreicht. Wenn auch die geplanten Einnahmen wieder nicht realisiert wurden; hat sich das finanzielle Gleichgewicht konsolidiert. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren zeichnet sich eine günstige Dynamik der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Durchschnittslohn ab.

Die Rückstände bei den Zahlungen an das Ausland, mit anderen Worten, die Beschränkungen, die wir Ende 2008 für die Zahlungen kubanischer Banken an ausländische Lieferanten festlegen mussten, wurden weiter abgebaut und werden im kommenden Jahr ganz wegfallen. Zugleich haben wir mit unseren Hauptgläubigern bedeutende Fortschritte bei der Umschuldung erreicht.

Erneut möchte ich unseren Handelspartnern für ihr Vertrauen und Verständnis danken und unsere feste Absicht versichern, die eingegangenen Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen. Die Regierung hat klare Anweisung erlassen, keine neuen Schulden ohne die Sicherheit einzugehen, dass die Zahlung in den vereinbarten Fristen zu leisten ist.

Wie Jorge Marino Murillo, Vizepräsident der Regierung und Minister für Wirtschaft und Planung, dargelegt hat, sieht der Plan für das nächste Jahr ein Wachstum des BIP um 3,1 Prozent vor. Dieses muss unter nicht weniger komplizierten und angespannten Umständen erreicht werden.

Das Jahr 2011 ist das erste einer fünfjährigen mittelfristigen Entwicklungsphase unserer Wirtschaft, in der strukturelle und konzeptionelle Veränderungen des kubanischen Wirtschaftsmodells schrittweise eingeführt werden sollen.

Im nächsten Jahr werden wir überflüssige Ausgaben konsequent weiter abbauen und an der Einsparung aller Arten von Ressourcen arbeiten, was, wie wir bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt haben, die schnellste und sicherste Möglichkeit ist, zusätzliche verfügbare Mittel zu erschließen.

So werden wir auch bei der rationelleren Nutzung der vorhandenen Infrastruktur vorgehen, ohne die Qualität der sozialen Programme in den Bereichen von Gesundheit, Bildung,



Kultur und Sport zu vernachlässigen. Diese kann sogar noch erhöht werden, denn wir haben darin enorme Effizienzreserven erkannt. Wir werden den Export von Waren und Dienstleistungen verstärken und die Investitionen dort konzentrieren, wo kurzfristig Ergebnisse zu erwarten sind.

Was den Plan und den Haushalt betrifft, so bestehen wir darauf, dass Schluss sein muss mit der endlosen Geschichte der Nichterfüllung und Überziehung. Plan und Haushalt sind heilig! Ich wiederhole, von jetzt an sind Plan und Haushalt heilig. Sie werden ausgearbeitet, um erfüllt zu werden, nicht um uns mit Rechtfertigungen jeder Art, sogar mit falschen Behauptungen und Lügen abzuspeisen, wenn die beschlossenen Ziele nicht erreicht werden.

Manchmal geben Genossen ohne betrügerische Absicht ungenaue Informationen ihrer Unterebenen weiter, die sie nicht nachgeprüft haben, und werden so unbewusst zu Lügern. Aber diese falschen Daten können zu falschen Entscheidungen mit mehr oder weniger schweren Folgen für die Nation führen. Wer so handelt, lügt auch und muss ohne Ansehen der Person von seinem Posten abgelöst werden. Und das tatsächlich, nicht nur zeitweilig. Nach Untersuchung durch die zuständigen Organe ist er auch aus den Reihen der Partei zu entfernen, wenn er Mitglied war.

Die Lüge und ihre schädlichen Folgen begleiten uns Menschen, seit wir in ferner Urzeit die Gabe der Sprache erwarben. Die Gesellschaft hat sie immer abgelehnt. Erinnern wir uns an die Zehn Gebote der Bibel, von denen das achte lautet: „Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen“. Auch die drei ethisch-moralischen Grundsätze der Inka-Zivilisation fordern: nicht lügen, nicht stehlen und nicht faulenz.

Wir müssen dafür kämpfen, Lüge und Betrug aus dem Verhalten der Funktionäre aller Ebenen endgültig auszumerzen. Nicht umsonst nannte Genosse Fidel in seiner brillanten Definition des Begriffs Revolution unter anderen Kriterien: „Niemals lügen oder ethische Prinzipien verletzen.“

Nach der Veröffentlichung des Entwurfs der Richtlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik am 15. November hat sich der Zug zum VI. Parteitag in Gang gesetzt. Da der Parteitag eine offene und freie Diskussion dieses Dokuments durch die Mitglieder und das ganze Volk darstellen wird, erhalten wir die Möglichkeit, dessen Inhalt auf wahrhaft demokratische Weise zu bereichern und – ohne abweichende Meinungen auszuschließen – einen nationalen Konsens über die Notwendigkeit und Dringlichkeit strategischer Veränderungen in der Wirtschaft zu erzielen, um den Sozialismus in Kuba dauerhaft und unumkehrbar zu machen.

Unterschiedliche Standpunkte brauchen wir nicht zu fürchten. Diese Orientierung ist nicht neu und nicht an die Diskussion über die Richtlinien gebunden. Meinungsverschiedenheiten, die am angebrachten Ort, zum richtigen Zeitpunkt und in korrekter Form vorgebracht werden, sind allemal wünschenswerter als falsche Einstimmigkeit, die auf Verstellung und Opportunismus beruht. Außerdem ist die eigene Meinung ein Recht, das man niemandem nehmen darf.

Je mehr Ideen wir bei der Analyse eines Problems hervorbringen vermögen, umso näher werden wir einer geeigneten Lösung kommen.

Die Kommission der Partei für Politische Ökonomie hat mit ihren elf Untergruppen monatlang an diesen Richtlinien gearbeitet. Sie werden das zentrale Thema des Parteitags sein. Das entspricht unserer Überzeugung, dass die Sorge

um die Wirtschaft die Hauptaufgabe von Partei und Regierung, das Grundanliegen der Funktionäre aller Ebenen ist.

In den letzten Jahren haben wir darauf geachtet, uns auf diesem Gebiet nicht zu Improvisation und Übereilung hinreißen zu lassen, den Umfang, die Komplexität und Wechselwirkung der notwendigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Ich denke, wir haben gut daran getan, den Parteitag hinauszuschieben, wobei wir den ehrlichen, zuweilen auch in schlechter Absicht vorgetragenen Forderungen innerhalb und außerhalb Kubas beharrlich widerstehen mussten, unser Schrittmaß zu beschleunigen. Wie zu erwarten war, haben unsere Gegner im Ausland alle unsere Maßnahmen angefeindet. Zunächst haben sie sie als nicht ausreichend und rein kosmetisch abgetan. Jetzt trachten sie die öffentliche Meinung dadurch zu verwirren, dass sie ihr sicheres Scheitern voraussagen und ihre Propaganda auf die Enttäuschung und Skepsis konzentrieren, mit der unser Volk dieses Projekt angeblich aufgenommen hat.

Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass ihr eigener Wunsch sie daran hindert, die Realität wahrzunehmen. Unverhohlen fordern sie von uns, die wirtschaftliche und soziale Ordnung, die wir uns geschaffen haben, zu demontieren. Als ob diese Revolution bereit wäre, sich so schmachlich zu ergeben, oder, was dasselbe ist, sich ihr Handeln von entwürdigenden Bedingungen diktieren zu lassen.

In den vergangenen 500 Jahren von Hatuey bis Fidel ist zu viel Blut unseres Volkes vergossen worden, um heute alles aufzugeben, was wir unter solchen Opfern errungen haben.

Diejenigen, die derart unbegründete Hoffnungen hegen, will ich daran erinnern, was ich am 1. August 2009 vor diesem Parlament erklärt habe: „Ich bin nicht zum Präsidenten gewählt worden, um in Kuba den Kapitalismus zu restaurieren oder die Revolution aufzugeben. Ich bin gewählt worden, um sie zu verteidigen, zu erhalten und fortzusetzen, um den Sozialismus zu vervollkommen, nicht um ihn zu zerstören.“

Heute füge ich hinzu: Alle Maßnahmen, die wir ergreifen, und alle Veränderungen, die zur Aktualisierung des Wirtschaftsmodells eingeführt werden müssen, sind darauf gerichtet, den Sozialismus zu bewahren, zu stärken und unumkehrbar zu machen, wie es auf Antrag der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes im Jahre 2002 in die Verfassung der Republik geschrieben wurde.

Es ist notwendig, alle Informationen und Argumente, auf denen unsere Entscheidungen beruhen, auf den Tisch zu legen und zugleich die übertriebene Geheimhaltung abzuschaffen, an die wir uns in den mehr als 50 Jahren feindlicher Einkreisung gewöhnt haben. Ein Staat wird immer einige Dinge vernünftiger Weise geheim halten müssen, das wird niemand bestreiten. Das betrifft aber nicht die Fragen, die den politischen und wirtschaftlichen Kurs der Nation bestimmen. Es ist lebenswichtig, dass dem Volk die Richtigkeit, Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Maßnahme, so hart sie auch sein mag, erklärt und begründet wird, dass es davon überzeugt wird.

Die Partei und die Kommunistische Jugend, dazu der Gewerkschaftsverband Kubas und seine Einzelgewerkschaften sind zusammen mit den übrigen gesellschaftlichen und Massenorganisationen in der Lage, die Unterstützung und das Vertrauen der Bevölkerung zu mobilisieren. Das geschieht in Diskussionen ohne Einschränkung durch Dogmen und unbrauchbare Schemata, die eine gewaltige psychologische Barriere bilden, welche man unbedingt Stück für Stück ab-



bauen muss. Das werden wir alle miteinander erreichen. Das ist der Hauptinhalt der Nationalkonferenz der Partei, die im Jahre 2011 nach dem Parteitag stattfinden wird – zu einem Zeitpunkt, den wir noch festlegen. Dort wollen wir die Veränderungen in Methoden und Arbeitsstil der Parteiorganisation analysieren, die eingetreten sind, weil sich die Partei wegen Mängeln in der Tätigkeit der Regierungsorgane im Laufe der Jahre in die Ausübung von Funktionen einmischen musste, die ihrem Wesen gar nicht entsprechen. Das hat ihre Rolle als organisierte Avantgarde der kubanischen Nation, als oberste Führungskraft der Gesellschaft und des Staates nach Artikel 5 der Verfassung der Republik eingeschränkt und belastet.

Die Partei soll auf allen Ebenen führen und kontrollieren und sich nicht in die Regierungstätigkeit einmischen. Diese kommt jenen zu, die regieren. Jeder hat gemäß seiner Aufgabe in der Gesellschaft nach seinen eigenen Normen und Verfahrensweisen zu handeln.

Unter den neuen Umständen, die sich jetzt abzeichnen, gilt es die Mentalität der Funktionäre und aller Mitbürger zu verändern. Falsche, unhaltbare Vorstellungen vom Sozialismus, die als Folge paternalistischen, idealistischen und gleichmacherischen Vorgehens in Fragen der sozialen Gerechtigkeit in großen Teilen der Bevölkerung seit langem tief verwurzelt sind, müssen überwunden werden.

Viele Kubaner verwechseln den Sozialismus mit kostenlosen Zuwendungen und Subventionen, Gleichheit mit Gleichmacherei. Nicht wenige sehen in den Bezugsscheinen für die Versorgung mit Konsumgütern eine soziale Errungenschaft, die niemals aufgegeben werden sollte.

Ich bin überzeugt, dass verschiedene Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen, ihren Ursprung in dieser Art der Verteilung haben. Sie war seinerzeit von dem ehrlichen Bestreben diktiert, eine stabile Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und anderen Waren zu sichern, zu verhindern, dass diese von einigen aus skrupellosem Gewinnstreben gehortet werden. Sie ist aber gleichzeitig Ausdruck von Gleichmacherei, die sowohl denen zugute kommt, die arbeiten, als auch denen, die nicht arbeiten wollen oder müssen. Und sie hat Tauschhandel und Schwarzmarkt hervorgebracht.

Eine Lösung dieser komplizierten, heiklen Frage ist nicht einfach. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Stärkung der Rolle des Arbeitslohns in der Gesellschaft. Die aber wird nur möglich sein, wenn gleichzeitig kostenlose Leistungen und Subventionen reduziert werden, wenn wir die Arbeitsproduktivität steigern und das Warenangebot für die Bevölkerung verbessern.

Hier wie auch beim Abbau überflüssiger Planstellen wird der sozialistische Staat keinen Bürger allein lassen und mit Hilfe des Systems der Sozialhilfe sichern, dass alle Menschen, die nicht arbeiten können, den erforderlichen Mindestschutz erhalten. Auch in Zukunft wird es Subventionen geben, aber nicht für Waren, sondern für die Kubanerinnen und Kubaner, die sie aus dem einen oder anderen Grund wirklich benötigen.

Bekanntlich wurde ab September die Zuteilung von Zigarren eingestellt, eines Artikels, den nur ein Teil der Bevölkerung erhalten hat und der, das liegt auf der Hand, wegen seiner gesundheitsschädlichen Wirkung kein Produkt des Grundbedarfs darstellt.

Im kommenden Jahr werden wir uns nicht mehr den Luxus leisten, fast 50 Millionen Dollar für den Import von Kaffee

auszugeben, um die Ration aufrechtzuerhalten, die bis heute an die Verbraucher einschließlich der Neugeborenen verteilt wird. Wie wir es bis zum Jahre 2005 gehalten haben, werden wir ihn wieder mit Kichererbsen mischen. Das ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, denn schließlich kostet Kaffee fast 3 000 Dollar die Tonne, Kichererbsen dagegen nur 390 Dollar.

Wenn wir ohne Rationierung weiter reinen Kaffee trinken wollen, dann besteht die einzige Lösung darin, ihn in Kuba zu produzieren, wo nachweislich alle Bedingungen dafür vorhanden sind. Wir könnten ihn in ausreichender Menge anbauen, um die Nachfrage zu decken und ihn sogar in höchster Qualität zu exportieren.

Solche Beschlüsse und andere werden durchgeführt werden müssen. Wir wissen, dass sie nicht populär sind, aber sie sind notwendig, um die kostenlosen Leistungen im Gesundheitswesen, in der Bildung und der sozialen Sicherheit für alle Bürger aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

Der Führer der kubanischen Revolution, Genosse Fidel Castro, hat in seiner historischen Rede vom 17. November 2005 gesagt: „Eine Schlussfolgerung, die ich im Ergebnis vieler Jahre gezogen habe: Unter den großen Irrtümern, die wir alle begangen haben, war der wichtigste zu glauben, irgendetwas wüsste, wie der Sozialismus aufgebaut wird.“ In seiner Botschaft zum Internationalen Tag des Studenten vor knapp einem Monat hat Fidel diese Feststellung bestätigt, die auch heute noch voll gültig ist.

Ich möchte an die Worte eines preisgekrönten sowjetischen Wissenschaftlers erinnern, der vor einem halben Jahrhundert äußerte, wenn auch theoretisch bewiesen sei, dass der Mensch einen Flug ins All unternehmen kann, so bleibe dies doch stets eine Reise ins Unbekannte und Unerforschte.

Wenn wir auch über das theoretische Erbe des Marxismus-Leninismus verfügen, das die Machbarkeit des Sozialismus wissenschaftlich aufzeigt, und die praktischen Erfahrungen der Versuche seiner Errichtung in anderen Ländern vorliegen, so bleibt der Aufbau der neuen Gesellschaft auf wirtschaftlichem Gebiet nach meiner bescheidenen Meinung nach wie vor ein Weg ins Unerforschte, auf dem jeder Schritt gründlich überlegt und geplant werden muss, bevor der nächste getan wird. Irrtümer müssen rechtzeitig und schnell korrigiert werden, ihre Lösung darf man nicht auf die lange Bank schieben, weil wir dann eine noch höhere Rechnung präsentiert bekommen.

Wir sind uns der Irrtümer voll bewusst, die wir begangen haben. Die Richtlinien markieren den Weg der Korrektur und notwendigen Aktualisierung unseres sozialistischen Wirtschaftsmodells.

Niemand soll sagen, er sei getäuscht worden. Die Richtlinien weisen den Weg in die sozialistische Zukunft entsprechend den Bedingungen Kubas, nicht in die kapitalistische und neokoloniale Vergangenheit, die durch die Revolution gestürzt wurde. Die Planung, nicht der freie Markt wird das charakteristische Merkmal der Wirtschaft sein. Wie in der dritten der Allgemeinen Richtlinien zusammengefasst, werden wir keine Konzentration des Eigentums zulassen. Noch deutlicher kann man nicht werden. Heißt es doch, der Blinde sei der, der nicht sehen will.

Der Aufbau des Sozialismus muss entsprechend den Besonderheiten jedes Landes erfolgen. Das ist eine historische Lektion, die wir sehr gut gelernt haben. Wir haben nicht die



Absicht, erneut jemanden zu kopieren. Das hat uns genug Probleme bereitet. Allerdings haben wir auch schlecht kopiert. Andererseits ignorieren wir die Erfahrungen anderer nicht und lernen von ihnen. Das betrifft auch positive Errungenschaften der Kapitalisten.

Zu dem notwendigen Mentalitätswandel will ich ein Beispiel anführen: Wenn wir zu dem Schluss gekommen sind, dass selbständige Arbeit eine weitere Beschäftigungsalternative für Bürger im arbeitsfähigen Alter ist, die dem Zweck dient, das Angebot an Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern und den Staat von diesen Tätigkeiten zu entlasten, damit er sich auf das wirklich Entscheidende konzentrieren kann, dann kommt es der Partei und der Regierung zu, die Realisierung solcher Maßnahmen zu erleichtern, sie nicht länger zu stigmatisieren, Vorurteile abzubauen, die negative Bewertung dieser Form von Privatarbeit, die bei nicht wenigen von uns noch besteht, zu überwinden.

Als die Klassiker des Marxismus-Leninismus die Grundzüge für den Aufbau der neuen Gesellschaft skizzierten, haben sie darauf hingewiesen, dass der Staat in Vertretung des ganzen Volkes das Eigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln in der Hand behalten muss. Wir haben dieses Prinzip verabsolutiert und fast die gesamte Wirtschaft des Landes in staatliches Eigentum überführt. Die Schritte, die wir bei der Flexibilisierung der Arbeit auf eigene Rechnung jetzt gegangen sind und weiter gehen werden, sind Ergebnis tiefgründiger Überlegungen und Analysen. Wir versichern, dass es diesmal kein Zurückweichen geben wird.

Die Gewerkschaftszentrale Kubas und die Einzelgewerkschaften sind dabei, Formen und Methoden zu erarbeiten, wie sie die Betreuung dieser Arbeitskräfte organisieren, die strikte Einhaltung des Rechts, vor allem der Steuergesetze fördern und diese Werktätigen zur Ablehnung illegalen Verhaltens motivieren können. Solange sie die rechtlichen Bestimmungen einhalten, haben wir ihre Interessen wie die jedes anderen Bürgers zu schützen.

Dabei erhält die Einführung der Grundbegriffe des Steuersystems in den Unterricht auf den verschiedenen Ebenen große Bedeutung, um die neuen Generationen ständig und konkret mit der Handhabung der Steuern als universellster Form der Umverteilung von Nationaleinkommen im Interesse der Stützung der Sozialausgaben vertraut zu machen.

Die Achtung und Erfüllung der Steuerpflicht durch jeden Steuerzahler muss als staatsbürgerlicher Wert in der ganzen Gesellschaft verbreitet werden. Wir müssen diese Kultur und Disziplin bei den Menschen entwickeln, diejenigen belohnen, die ihre Pflicht erfüllen, und jene bestrafen, die Steuern hinterziehen.

Eine andere Aufgabe, bei der es trotz erreichter Fortschritte noch viel zu tun gibt, ist die Entwicklung verschiedener Produktionsformen in der Landwirtschaft. Hemmnisse, die die Produktivkräfte auf dem Lande bremsen, müssen verschwinden und die Landwirte im Maße der Einsparung von Nahrungsmittelimporten für ihre aufopferungsvolle Arbeit ein gerechtes und angemessenes Einkommen erhalten. Wucherpreise für die Bevölkerung rechtfertigt das allerdings nicht.

Vor über zwei Jahren haben wir mit der Übergabe ungenutzten Bodens zur landwirtschaftlichen Nutzung begonnen. Ich denke, wir sind jetzt in der Lage einzuschätzen, wie sich die Zuteilung zusätzlicher Flächen an landwirtschaftliche

Produzenten mit herausragenden Ergebnissen bei der intensiven Bodennutzung über die im Dekret Nr. 259 vom Juli 2008 festgelegten Grenzen hinaus auswirkt.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass die zur Nutzung übergebenen Flächen Eigentum des ganzen Volkes bleiben. Sollten sie künftig für andere Zwecke gebraucht werden, dann wird der Staat die heutigen Nutzer für getätigte Investitionen und vorgenommene Verbesserungen entschädigen.

Wenn die Analyse der gesammelten Erfahrungen abgeschlossen ist, werden wir dem Staatsrat Vorschläge zur Abänderung des genannten Dekrets vorlegen.

Eines der größten Hindernisse für eine neue Sichtweise – das müssen wir öffentlich aussprechen – liegt darin, dass es der Bevölkerung, einschließlich nicht weniger Führungskader an ökonomischer Bildung fehlt. Sie beweisen größte Unwissenheit auf diesem Gebiet. Wenn sie auf Tagesprobleme stoßen, dann treffen sie Entscheidungen oder schlagen solche vor, ohne sich auch nur einen Augenblick dabei aufzuhalten, die Wirkungen und Kosten abzuschätzen oder sich zu fragen, ob im Plan und im Haushalt Mittel dafür vorhanden sind.

Ich sage nichts Neues, wenn ich erkläre, dass Improvisation im Allgemeinen und in der Wirtschaft im Besonderen mit Sicherheit zum Scheitern führt, ungeachtet der guten Absichten, die man damit verfolgt.

Anlässlich des 54. Jahrestages der Landung der „Granma“ am 2. Dezember dieses Jahres druckte das offizielle Organ unserer Partei Auszüge aus der Rede nach, die Fidel zum 20. Jahrestag 1976 gehalten hat. Da diese auch heute noch gültig sind, möchte ich daraus zitieren:

„Die Kraft eines Volkes und einer Revolution liegt in ihrer Fähigkeit, Schwierigkeiten zu erkennen und anzupacken. Trotz allem werden wir auf vielen Gebieten vorankommen und kühn dafür kämpfen, die Effizienz der Wirtschaft zu erhöhen, Ressourcen zu sparen, unnötige Kosten zu reduzieren, die Exporte zu steigern und bei jedem Bürger ökonomisches Bewusstsein zu entwickeln. Früher habe ich gesagt, dass wir alle Politiker sind. Jetzt füge ich hinzu, dass wir alle Ökonomen sein müssen. Ökonomen, nicht Ökonomen, denn eine Mentalität der Sparsamkeit und Effizienz ist etwas anderes als eine Mentalität des Konsums.“

Zehn Jahre später, am 1. Dezember 1986, sagte Fidel auf einer Sitzung des III. Parteitages: „Viele Leute verstehen nicht, dass der sozialistische Staat, dass kein Staat, kein System geben kann, was er nicht hat. Und er hat noch weniger, wenn nicht produziert, wenn Geld ohne produktives Ergebnis ausgegeben wird. Ich bin sicher, dass die aufgeblähten Planstellen, der Geldüberhang, die überflüssigen Bestände und die Vergeudung viel zu tun haben mit der großen Zahl unrentabler Betriebe, die es im Lande gibt.“

34 bzw. 24 Jahre nach diesen orientierenden Hinweisen des Führers der Revolution haben wir es immer noch mit diesen und vielen anderen Problemen zu tun.

Fidel in seiner Genialität öffnete und wies uns den Weg, aber wir haben es nicht verstanden, zu diesen Zielen voranzuschreiten und die Ergebnisse zu sichern.

Uns fehlte es an Zusammenwirken, Organisation und Koordination zwischen Partei und Regierung. Angesichts all der Gefahren und Tageserfordernisse vernachlässigten wir die mittel- und langfristige Planung. Wir sind nicht streng genug gegen die Versäumnisse und Fehler einiger Wirtschaftsfunktionäre vorgegangen. Wir haben gezögert, Entscheidungen zu korrigieren, die nicht die erhoffte Wirkung brachten.



Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass in dieser Revolution fast alles schon einmal gesagt worden ist. Wir müssen prüfen, welche Orientierungen des Führers der Revolution wir erfüllt haben und welche nicht – von seiner kraftvollen Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ bis heute. Erobern wir uns Fidels Ideen zurück, die gültig geblieben sind, und lassen wir nicht zu, dass uns das Gleiche noch einmal passiert.

Wenn wir Irrtümer ehrlich analysieren, können daraus Erfahrungen und Lehren werden, können wir sie überwinden und ihre Wiederholung ausschließen. Darin besteht der große Nutzen einer tiefgründigen Fehleranalyse. Das muss zur ständigen Verhaltensnorm aller Führungskader werden.

Über allen unseren Bestrebungen und Wünschen steht die Realität der Zahlen. Im Rechenunterricht der ersten Klasse lernt man, dass zwei plus zwei vier ist, nicht fünf und nicht sechs. Man muss kein Ökonom sein, um das zu verstehen. Wenn wir daher in einem bestimmten Moment auf ökonomischem und sozialem Gebiet etwas tun müssen, was über die verfügbaren Ressourcen hinausgeht, dann sollten wir das im Bewusstsein der Folgen tun und von vornherein wissen, dass sich die Tatsachen am Ende unweigerlich durchsetzen.

Kuba verfügt über Tausende und Abertausende ausgebildeter Fachkräfte auf den Gebieten der Wirtschaft, des Rechnungswesens und der Finanzen, um nur einige Bereiche zu nennen. Wir haben es nicht verstanden, sie zum Nutzen einer geordneten Entwicklung der Nation rational einzusetzen.

Wir können mit dem Wertvollsten rechnen, dem menschlichen Kapital. Mit Hilfe der Nationalen Vereinigung der Ökonomen und Buchhalter (ANEC) müssen wir daran gehen, unser gebildetes Volk und seine Verantwortlichen aller Ebenen auf den genannten Gebieten beständig und systematisch fortzubilden. Zahlreiche Vertreter des Nationalen Komitees der ANEC haben an den ersten Seminaren über die Richtlinien teilgenommen, und viele ihrer Mitglieder sind in den laufenden Diskussionsprozess eingebunden.

Man muss die entscheidende Leistung von Tausenden und Abertausenden Fachleuten des Rechnungswesens hervorheben. Man muss der Buchhaltung den ihr gebührenden Platz bei der Leitung der wirtschaftlichen Tätigkeit zurückgeben. Sie ist, wie wir wissen, eine unverzichtbare Voraussetzung, um bei allem, was wir uns vorgenommen haben, Erfolg und Ordnung zu sichern.

Bei alledem gilt es, die Jugend differenziert zu behandeln. Ich verweise auf den Beschluss, die neuen Hochschulabsolventen, die gerade ihren Sozialdienst leisten, bei der Freisetzung von Arbeitskräften auszunehmen. Natürlich kann es nicht darum gehen, sie für Tätigkeiten zu verwenden, die nichts mit ihrem beruflichen Profil zu tun haben, wie es in der Vergangenheit vorgekommen ist, wo man sie selbst als Pflörtner eingesetzt hat. Diese Phase ist doch gerade dafür gedacht, sie an der Basis in Produktion und Dienstleistungen zu unterweisen, die von den Schulen vermittelte theoretische Ausbildung in der Praxis anzuwenden und bei ihnen die Liebe zur Arbeit zu wecken.

Nicht weniger wichtig ist die Aufgabe, die die Kader und Experten zu leisten haben, die mit der Ausarbeitung und Abänderung der Rechtsakte für die beschlossenen Veränderungen beschäftigt sind. Allein um die beiden Richtlinien, die sich auf die selbständige Arbeit und das entsprechende Steuerregime sowie auf die Freisetzung von Arbeitskräften

beziehen (Nr. 158 und 159) juristisch abzusichern, war es erforderlich, fast 30 Verfügungen – Dekrete, Regierungsanweisungen und Beschlüsse mehrerer Ministerien und nationaler Institute – zu erlassen.

Erst vor einigen Tagen mussten für einen Beschluss des Ministeriums der Finanzen, der die Aufkaufpreise einer Gruppe von landwirtschaftlichen Produzenten modifiziert, 36 Beschlüsse dieser Behörde außer Kraft gesetzt werden, die in früheren Jahren erlassen wurden, aber alle noch gültig waren.

Diese Beispiele geben eine Vorstellung von der Arbeit, die wir auf juristischem Gebiet vor uns haben, damit das Recht gestärkt wird, wie viele irrationale Verbote aufgehoben werden müssen, die seit Jahren überdauert haben, ohne die sich verändernden Umstände zu berücksichtigen. Sie bilden den Nährboden für vielfältige Handlungen am Rande der Legalität, die in gewissem Ausmaß zu Korruption führten. Das Leben bestätigt die Schlussfolgerung: Irrationale Verbote fordern ihre Verletzung geradezu heraus, was zu Korruption und Straflosigkeit führt. Deshalb denke ich, die Bevölkerung hat recht mit ihrem Ärger über die lästigen Verfahren beim Erwerb einer Wohnung oder beim Kauf und Verkauf von Autos zwischen Privatpersonen, um nur zwei Beispiele zu nennen, die gegenwärtig untersucht werden, um sie einer geordneten Lösung zuzuführen.

Es ist notwendig, das geltende Recht, das insgesamt sehr unübersichtlich ist, zu vereinfachen und zu ordnen. Rechtsakte werden erarbeitet, um denen zur Verfügung zu stehen, die für ihre Erfüllung verantwortlich sind, nicht um im Archiv abgelegt zu werden. Also gilt es, alle Kader weiterzubilden und von ihnen zu fordern, dass sie mit den Rechtsvorschriften, die für ihre Tätigkeit gelten, auch arbeiten. Die entsprechende Tauglichkeit als Voraussetzung für ein bestimmtes Amt ist streng zu prüfen.

Mangelnde Kenntnis des Rechts entbindet niemanden von der Pflicht, dieses einzuhalten. Nach der Verfassung haben alle Bürger gleiche Rechte und Pflichten. Jeder, der in Kuba ein Delikt begeht, hat unabhängig von dem Amt, das er bekleidet, die Folgen zu tragen und bekommt die Härte der Justiz zu spüren.

Und nun zu einer weiteren Sache, die ebenfalls in den Richtlinien eine Rolle spielt: Aus dem Plan für das kommende Jahr sind 68 Investitionsvorhaben von nationaler Bedeutung gestrichen worden, weil sie nicht den Anforderungen entsprechen. Das betrifft die Klärung der Finanzierung, die technische Projektvorbereitung, die Festlegung der Baufirmen, die das Projekt in den festgelegten Fristen fertigstellen können, und die Auswertung der Machbarkeitsstudien. Wir werden nicht mehr zulassen, dass wegen Spontaneität, Improvisation und Oberflächlichkeit Ressourcen vergeudet werden, wie es bisher bei nicht wenigen Investitionsvorhaben der Fall war.

Bei der Behandlung dieser Themen muss ich auf die entscheidende Rolle zu sprechen kommen, die die Funktionäre der Partei, des Staates, der Regierung, der Massenorganisationen und der Jugendorganisationen bei der koordinierten und harmonischen Führung des Prozesses der Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells zu spielen haben.

Bei der Dezentralisierung, die wir vornehmen, ist die Autorität der Leiter von Verwaltungen und Betrieben Schritt für Schritt erhöht worden. Wir werden auch weiter fortfahren, Befugnisse an sie zu übertragen. Parallel dazu werden die



Kontrollverfahren vervollkommen, werden bei Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit und anderen Verhaltensweisen, die mit einem öffentlichen Amt unvereinbar sind, die Sanktionen verschärft.

Wir sind uns des Schadens voll bewusst, den die langjährige Praxis der „umgekehrten Pyramide“ in der Kaderpolitik angerichtet hat, wonach die Gehälter in keinem Verhältnis zur Bedeutung und Rangordnung der Leitungsfunktionen standen und keine angemessenen Unterschiede existierten. Dadurch wurde für die Fähigsten der Anreiz geschwächt, in Betrieben und Ministerien höhere Verantwortung zu übernehmen. Das ist eine Grundfrage, die bei den Richtlinien Nr. 156 und 161 zur Lohnpolitik gelöst werden muss.

Nach den Gesetzen des Lebens wird der VI. Parteitag für die Mehrheit der Historischen Generation der letzte sein. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Ohne Unbescheidenheit oder persönliche Eitelkeit denke ich, dass wir die Verpflichtung haben, das Gewicht unserer moralischen Autorität im Volke zu nutzen, um einen klar festgelegten Kurs zu hinterlassen.

Wir halten uns nicht für klüger oder fähiger als Andere. Darum geht es nicht. Wir sind allerdings überzeugt, dass wir die elementare Pflicht haben, die Fehler zu korrigieren, die wir in diesen fünf Jahrzehnten des Aufbaus des Sozialismus in Kuba begangen haben. Für dieses Anliegen werden wir alle Energie einsetzen, die uns bleibt und die glücklicherweise nicht gering ist.

Verdoppeln wir die Beharrlichkeit und Unduldsamkeit gegenüber dem, was misslungen ist. Die Minister der Regierung und andere politische und administrative Leiter wissen, dass sie auf unseren vollen Rückhalt rechnen können, wenn sie in Erfüllung ihrer Aufgaben erzieherisch wirken und die ihnen Unterstellten fordern. Sie mögen nicht fürchten, sich dadurch Probleme zu machen. Sich Probleme machen, indem sie dagegen vorgehen, was schlecht gelöst wurde – das ist jetzt eine ihrer Hauptaufgaben.

Für alle ist auch klar, dass wir uns nicht mehr in jenen Anfangsjahren nach dem Sieg der Revolution von 1959 befinden, da einige, die Regierungsgäme einnahmen, zurücktraten, um ihre Gegnerschaft gegen die ersten radikalen Schritte der Revolution zu bekunden. Eine solche Haltung wurde damals als konterrevolutionär abgestempelt. Heute zeugt es von einer revolutionären und ehrlichen Einstellung, wenn ein Funktionär, der sich erschöpft oder nicht in der Lage fühlt, sein Amt mit aller Sorgfalt auszuüben, in Würde und ohne Furcht seinen Rücktritt beantragt. Das ist immer besser, als abgesetzt zu werden.

In diesem Zusammenhang muss ich drei Genossen erwähnen, die wichtige Verantwortung in der Leitung der Partei und in der Regierung zu tragen hatten und wegen begangener Fehler vom Politbüro aufgefordert wurden, als Mitglieder des Zentralkomitees und Abgeordnete der Nationalversammlung zurückzutreten.

Es handelt sich um Jorge Luis Sierra Cruz, Yadira García Vera und Pedro Sáez Montejo. Die beiden ersten wurden außerdem von ihren Pflichten als Minister für Verkehr bzw. Grundstoffindustrie entbunden. Sierra, weil er sich Befugnisse anmaßte, die ihm nicht zukamen und die zu ernststen Irrtümern in der Leitung führten, und Yadira García wegen sehr schlechter Arbeit an der Spitze des Ministeriums, die sich in besonderer Weise in der schwachen Kontrolle über die Ressourcen für Investitionen zeigte und die Vergeudung dieser Mittel begünstigte, wie beim Projekt der Erweiterung des Ni-

ckelunternehmens Pedro Soto Alba in Moa, Provinz Holguín, deutlich geworden ist. Beide Genossen wurden in mehreren gemeinsamen Sitzungen der Kommission des Politbüros und des Exekutivkomitees des Ministerrates hart kritisiert.

Pedro Sáez Montejo, der Oberflächlichkeit an den Tag gelegt hat, die mit seinem Amt als Erster Sekretär der Partei in Havanna-Stadt unvereinbar ist, verletzte Normen der Parteiarbeit. Mit ihm fand eine Diskussion in einer Kommission des Politbüros unter meinem Vorsitz statt, der die Genossen Machado Ventura und Esteban Lazo angehörten.

Gerechterweise muss man feststellen, dass alle drei die ihnen aufgezeigten Fehler anerkannt und eine aufrichtige Haltung gezeigt haben. Aus diesem Grunde hat die Kommission des Politbüros entschieden, dass sie ihre Mitgliedschaft in der Partei behalten. Man hielt es auch für angemessen, ihnen Aufgaben zuzuweisen, die ihren Fachkenntnissen entsprechen. Auf der persönlichen Ebene bleiben die drei meine Freunde, aber ich bin allein dem Volke verpflichtet und ganz besonders denen, die in diesen 58 Jahren ununterbrochenen Kampfes seit dem Staatsstreich von 1952 gefallen sind. Wenn wir so mit drei hohen Führungspersonlichkeiten umgegangen sind, dann mag man zur Kenntnis nehmen, dass dies die Linie ist, der die Partei und die Regierung gegenüber allen Kadern folgen werden. Sie stellen höhere Anforderungen. Zugleich sind sie wachsam bei Verletzungen der festgelegten Normen und ergreifen die notwendigen disziplinarischen Maßnahmen.

Nach dem Gesetz zur Veränderung der politisch-administrativen Gliederung werden im Januar die neuen Provinzen Artemisa und Mayabeque konstituiert. Deren Regierungsorgane nehmen nach neuen organisatorischen und strukturellen Vorgaben, viel vernünftigeren als die in der gegenwärtigen Provinz Havanna, ihre Tätigkeit auf.

Funktionen, Strukturen und Planstellen sind festgelegt. An der Definition der Zuständigkeiten der Provinzbehörden sowie des Verhältnisses zu den zentralen Verwaltungsorganen des Staates, den nationalen Unternehmen, den politischen und Massenorganisationen wird gearbeitet. Wir werden ihre Erfahrungen sehr genau verfolgen, um sie in den nächsten fünf Jahren schrittweise für die übrigen lokalen Organe der Regierung, das heißt für das ganze Land, zu verallgemeinern. Wir vertreten die Ansicht, dass es nützlich ist, die Autorität der Provinz- und lokalen Regierungen allmählich zu erhöhen und sie mit höheren Befugnissen für die Verfügung über die lokalen Haushalte auszustatten, denen man einen Teil der Steuereinnahmen aus der Wirtschaftstätigkeit zuweisen wird, um ihre Entwicklung voranzubringen.

Angesichts der unruhigen internationalen Lage entwickeln sich die Beziehungen zu den Völkern und Regierungen fast aller Staaten positiv.

Mit Bestürzung hat die Welt die skandalösen Enthüllungen von Hunderttausenden geheim gehaltenen Dokumenten der US-Regierung zur Kenntnis genommen. Ein Teil stammt aus jüngster Zeit; sie betreffen die Kriege in Irak und Afghanistan sowie verschiedenste Themen ihrer Beziehungen zu Dutzenden von Staaten.

Obwohl alle sich fragen, was nun weiter geschieht und in welcher Beziehung das zu den verschlungenen Wegen der US-Politik steht, zeigt doch das bisher Veröffentlichte, dass dieses Land unter der Maske einer freundlichen Rhetorik im Wesentlichen die Politik verfolgt, die es stets betrieben hat, dass es sich weiter wie ein Weltgendarm aufführt.



Die Vereinigten Staaten lassen nicht den mindesten Willen erkennen, die Politik gegenüber Kuba zu korrigieren, nicht einmal deren irrationalste Aspekte aufzugeben. Offenbar dominiert in dieser Frage weiterhin eine reaktionäre, mächtige Minderheit, die der antikubanischen Mafia als Stütze dient.

Die Vereinigten Staaten missachten nicht nur die übermächtigen Stimmen von 187 Ländern, die die Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen unser Land fordern, sondern haben im Jahre 2010 deren Anwendung verschärft und Kuba erneut auf ihre dubiosen Listen gesetzt, mit deren Hilfe sie sich das Recht herausnehmen, souveräne Staaten einzustufen und zu diffamieren, um Strafaktionen oder gar Aggressionsakte gegen sie zu rechtfertigen. Die Politik der Vereinigten Staaten gegen Kuba ist absolut ungläubwürdig. Ihnen bleibt kein anderes Mittel als die Lüge und die Wiederholung alter Vorwürfe. Besonders empörend, weil absolut unwahr sind Behauptungen, wir seien ein Land, das den internationalen Terrorismus schütze, den Kinder- und Frauenhandel zu Zwecken der sexuellen Ausbeutung dulde, in flagranter Weise die Menschenrechte verletze und die Religionsfreiheit erheblich einschränke.

Die US-Regierung versucht ihre eigenen Sünden zu verdecken und der Verantwortung dafür zu entgehen, dass in diesem Land bekannte internationale Terroristen, die von der Justiz mehrerer Ländern gesucht werden, ungestraft bleiben, während unsere fünf Brüder widerrechtlich im Gefängnis sitzen, weil sie gegen den Terrorismus gekämpft haben.

In ihren Verleumdungskampagnen zum Thema der Menschenrechte in Kuba haben die Vereinigten Staaten das Einverständnis europäischer Länder gefunden, die bekannt sind für ihre Komplizenschaft bei den Geheimflügen der CIA und der Einrichtung von Haft- und Folterzentren, für die Abwälzung der Lasten der Wirtschaftskrise auf die Geringverdienenden, für die gewaltsame Unterdrückung von Demonstranten und die Diskriminierung von Immigranten und Minderheiten.

Zusammen mit den Bruderländern Lateinamerikas werden wir weiter für die emanzipatorische Integration im Rahmen der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika kämpfen, werden wir für die Festigung der Solidarität und Einheit arbeiten, die uns alle immer mehr stärkt.

So werden wir auch weiterhin das Brudervolk von Haiti unterstützen, wo unser medizinisches Personal zusammen mit lateinamerikanischen und haitianischen Ärzten, die in Kuba ausgebildet wurden, selbstlos und im humanitären Interesse gegen die Cholera-Epidemie kämpft, gegen die Schäden des Erdbebens und die Folgen von Jahrhunderten Ausbeutung und Raub an diesem edlen Volk, das von der internationalen Gemeinschaft Ressourcen für den Wiederaufbau und besonders für eine nachhaltige Entwicklung benötigt.

Dies ist der geeignete Moment, um von diesem Parlament aus eine Botschaft der Ermutigung und Solidarität an das Brudervolk von Venezuela zu richten, das unter Regenfluten und Überschwemmungen mit Verlusten zahlreicher Menschenleben und großen materiellen Schäden zu leiden hat. Die Zehntausenden kubanischen Helfer, die in diesem Land arbeiten, haben rechtzeitig Anweisungen erhalten, sich den Venezolanern und Präsident Hugo Chávez zur Verfügung zu stellen, wo immer es nötig ist.

Im kommenden April werden es 50 Jahre seit der Proklamation des sozialistischen Charakters unserer Revolution.

An den Küsten der Playa Girón haben unsere Streitkräfte zum ersten Mal für die Verteidigung des Sozialismus gekämpft und unter der persönlichen Führung des Comandante en Jefe der von der USA-Regierung begünstigten Söldnerinvasion in kaum 72 Stunden eine Niederlage bereitet.

Aus Anlass dieses so wichtigen Jahrestages werden wir am 16. April eine Militärparade von Kampftruppen und Kampfgerät durchführen, an der die Delegierten des VI. Parteitages teilnehmen, die sich an diesem Nachmittag zur Eröffnung des Kongresses versammeln. Wir hoffen, den Parteitag am 19. April, dem Tag des Sieges in der Playa Girón, abzuschließen. Am Ende der Militärschau werden Zehntausende Jugendliche den Platz einnehmen und die neuen Generationen repräsentieren, die die Garantie für die Kontinuität der Revolution darstellen.

Diese Gedenkveranstaltung soll unserer Jugend gewidmet sein, die sich niemals der Revolution versagt hat. Junge Menschen waren es, die bei dem Überfall auf die Moncada-Kaserne und von Bayamo fielen.

Es waren Jugendliche, die sich in Santiago de Cuba unter der Führung von Frank País erhoben.

Jugendliche stellten die Besatzung der Granma, die nach dem Debakel von Alegría de Pío das Rebellenheer formierte. Sie wurden verstärkt durch Scharen ebenfalls junger Menschen, die vom Land und aus den Städten kamen, in erster Linie aus Santiago, von Frank selbst organisiert und zu uns geschickt.

Es waren Jugendliche, die die mächtige Untergrundbewegung bildeten.

Jugendliche waren die mutigen Angreifer auf den Präsidentenpalast und auf die Rundfunkstation Reloj am 13. März 1957, an ihrer Spitze José Antonio Echeverría.

Es waren Jugendliche, die heldenhaft in Girón kämpften.

Jugendliche und junge Erwachsene schlossen sich der Alphabetisierungskampagne vor 50 Jahren an.

Jung war die Mehrzahl die Kämpfer in den Gefechten gegen die von der CIA organisierten Söldnerbanden.

Es waren junge Menschen, die die herrlichen Seiten von Mut und Standhaftigkeit bei den internationalistischen Missionen in verschiedenen Ländern, besonders der Hilfe für die Befreiungsbewegungen in Afrika geschrieben haben.

Jung sind unsere fünf Helden, die im Kampf gegen den Terrorismus ihr Leben wagten und die schon mehr als zwölf Jahre grausamen Kerker erdulden.

Jung sind viele der Tausenden und Abertausenden kubanischen Helfer, die Menschenleben retten und Krankheiten heilen, die in Kuba schon ausgerottet sind, die Alphabetisierungsprogramme unterstützen und überall in der Welt Kindern und Erwachsenen Körperkultur und sportliche Übungen vermitteln.

Diese Revolution ist das Werk der Hingabe der kubanischen Jugend, der jungen Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuellen, Militärs, aller jungen Menschen zu allen Zeiten, die sie erlebt und in denen sie gekämpft haben. Die Jungen werden diese Revolution voller Optimismus und unerschütterlichem Glauben an den Sieg vorwärts führen.

Die Herausforderungen sind groß. Groß sind auch die Gefahren seit dem Sieg der Revolution und ganz besonders seit Girón. Aber keine Schwierigkeit hat uns wanken lassen. Jetzt und in der Zukunft stehen wir ein für die Würde, die Standhaftigkeit, die Tapferkeit, die ideologische Festigkeit, den Opfermut und revolutionären Geist des Volkes von Kuba,



das seit langem begriffen hat, dass der Sozialismus der einzige Garant ist, um weiter frei und unabhängig zu leben zu können.

Allianz von Medien für die Demokratisierung der Kommunikation in Lateinamerika

Aus: www.movimientos.org/foro_comunicacion/

In Quito (Ecuador) trafen sich vom 13. bis 15. Dezember 2010 Vertreter von 24 Medien und Kommunikationsnetzwerken aus 14 Ländern des Kontinents, um Wege und Inhalte der Zusammenarbeit für die Demokratisierung der Kommunikation zu beraten. Das Treffen war von der Lateinamerikanischen Informationsagentur (ALAI) einberufen worden, die mit den sozialen Bewegungen eng zusammenarbeitet. Es wurde von der UNESCO unterstützt. Im Abschlussdokument heißt es:

Zum Abschluss des Treffens vereinbarten wir für die beteiligten Medien, uns zu einen gemeinsamen Raum, einer Medienallianz für die Demokratisierung der Kommunikation zu vernetzen, um Informationen über gemeinsame Themen zu verbreiten und uns einigen anderen Herausforderungen zu stellen, vor allem die Demokratisierung der Kommunikation in unseren Ländern und auf dem Kontinent als eine Grundvoraussetzung für die Vertiefung der Demokratie voranzubringen.

Für den Aufbau dieses gemeinsamen Raumes wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Charakter der Allianz

In Lateinamerika sind wir dabei, die Demokratie neu zu erfinden. Wir durchschreiten eine neue Etappe, in der die besten Traditionen des Kampfes für die Emanzipation und des Volkswiderstandes zurückerobert und erneuert werden. Dies erfordert umfassende kollektive Partizipation, damit die Politik der regionalen Integration und die Anerkennung der Rechte und der Gerechtigkeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet gesichert und verstärkt werden können.

Zugleich ist es unerlässlich, den Bestrebungen zur Restauration der neoliberalen Ordnung entgegenzutreten, die sich heute in der auf Zersetzung und Umsturz gerichteten Tätigkeit der Kommunikationsmonopole ausdrücken, die sie bündeln und steuern. Daher glauben wir, dass die Demokratisierung der Kommunikation, die Vernetzung der Volksmedien und die Stärkung der öffentlichen Medien Grunderfordernisse sind.

Garant für eine Agenda demokratischer Kommunikation muss der Impuls durch die sozialen Bewegungen, die Nationalstaaten und die regionalen Instanzen der Integration sein. Wir Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Medien in Lateinamerika und der Karibik, die wir in diesem Grundsatz und dieser Notwendigkeit übereinstimmen, verstehen uns als Teil der gesellschaftlichen Kräfte, die für sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandel und ebenso für einen Wandel der

Kommunikation in Unserem Amerika eintreten. Wir verpflichten uns, die Anstrengungen auf unserem Tätigkeitsgebiet, der sozialen Kommunikation, zu vereinen, damit sie zu diesem Prozess beiträgt. Wir laden alle, die sich von diesen Grundsätzen angesprochen fühlen, dazu ein, sich diesem Kern anzuschließen,

2. Gemeinsame thematische Agenda

Als gemeinsame Themen und Vorgehensweisen definieren wir:

- die Begleitung der Kampagnen sozialer Akteure durch die Medien,
- die abgestimmte Wahrnehmung bestimmter symbolträchtiger Termine und Ereignisse,
- eine Informationsarbeit, die zur Einheit der sozialen Bewegungen beiträgt,
- die Verbreitung kritischen Denkens und die Stärkung des Bildungsgehalts von Information und Kommunikation.

Als gemeinsame Themen unserer Informationsagenda für die nächste Etappe bestimmen wir:

- Entmilitarisierung
- Rechte der Mutter Erde
- Integration
- Demokratisierung der Kommunikation
- Souveränität
- Entkolonialisierung
- Menschenrechte
- internationale Solidarität.

Die Vereinbarungen betreffen weiter Empfehlungen für die Verknüpfungen im Internet und die Nutzung der entsprechenden Instrumente, gegenseitige Unterstützung bei der Weiterbildung, die Schaffung einer gemeinsamen Datenbank, die Zusammenarbeit bei der Gewährleistung der Sicherheit, insbesondere gegen den Cyber-Krieg, Fragen der Erschließung von Ressourcen und der Finanzierung, unter anderem die Möglichkeiten einer solidarischen Wirtschaft auf dem Gebiet der Kommunikation, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problem sowie die Verantwortung der Staaten und Integrationsorgane.

An dem Treffen nahmen u. a. teil: die Agenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender Prensa Latina (PL), Prensa Indígena (APIN), ALAI, Agencia Periodística del MERCOSUR (APM), Alterpresse (Haiti), ANMCLA (Venezuela), CERIGUA (Guatemala), Voces (Stimmen – El Salvador), Radio del Sur, Brasil de Fato (Brasilien in Fakten), Desde Abajo (Von unten – Kolumbien), La Época (Bolivien), Coordinadora Nacional de Radio – CNR (Peru), Vive TV (Venezuela).



Zum XVI. Treffen des Forums von São Paulo

Buenos Aires, Argentinien, 17. – 20. August 2010;

Von Wolfgang Gehrcke, MdB, und Dietmar Schulz,
Mitarbeiter des Parteivorstandes DIE LINKE

Das XVI. Treffen des Forums von São Paulo fand vom 17. bis zum 20. August 2010 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires statt. Daran nahmen rund 600 Delegierte und Gäste aus 33 Ländern teil, die 54 Organisationen bzw. Parteien vertraten. Neben vier Vertretern der EL bzw. der GUE/NGL waren aus Europa die FKP, die Demokratische Partei (Italien), die Linkspartei (Schweden) und die DIE LINKE (Wolfgang Gehrcke, MdB, Mitglied des PV und Dietmar Schulz) als Einzelparteien vertreten. Unter den lateinamerikanischen Parteien fiel die Abwesenheit der MAS (Regierungspartei Boliviens) und der Alianza PAIS (Regierungspartei Ekuadors) auf. Die Veranstaltungen des diesjährigen Treffens standen ganz im Zeichen des 20. Jahrestages der Gründung des Forums im Jahre 1990. Nahezu alle Redner in den Plenarveranstaltungen nahmen Bezug auf die Ausgangssituation vor 20 Jahren (Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, „Ende der Geschichte“, neoliberale Herrschaft) und verwiesen dann auf die Entwicklung der linken, progressiven und demokratischen Kräfte in Lateinamerika und der Karibik, die letztendlich dazu geführt hat, dass diese Kräfte heute in rund einem Dutzend Länder der Region regieren oder an Regierungen beteiligt sind. Besondere Ehrung ließ das Plenum einer Reihe von Parteiführern zuteil werden, die zu den Gründern des FSP gehörten, aber in der Zwischenzeit verstorben sind, darunter Schafik Handal und Luis Corvalán. Außerdem wurden für ihren großen Beitrag zur Gründung und Entwicklung des FSP Tomás Borge (FSLN/Nicaragua) und der brasilianische Präsident Lula gewürdigt.

Inhaltlich stand das diesjährige Treffen unter der Losung der Verbreiterung der Einheit der progressiven und linken Parteien, der Vertiefung der Umgestaltungsprozesse in den linksregierten Ländern, der Abwehr der imperialistischen Gegenoffensive und der Festigung der regionalen Integration. Es soll alles getan werden, um die existierenden linken und progressiven Regierungen der Region zu verteidigen und linke Parteien in den übrigen Ländern (z. B. Mexiko, Kolumbien, Peru, Chile, Honduras) zu unterstützen. Die bisher existierenden linken und progressiven Regierungen müssten zum Ausgangspunkt eines neuen Entwicklungsmodells für Lateinamerika und die Karibik werden.

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die wiederholte Bezugnahme auf den Sozialismus als mögliches Alternativmodell für die postneoliberale Entwicklung in Lateinamerika, was schließlich in einer entsprechenden Entschliebung (siehe Anmerkung) gipfelte, die auf dem Abschlussplenum – wenn auch nicht unwidersprochen – angenommen wurde.

Die eigentliche inhaltliche Arbeit des FSP wurde diesmal nahezu ausschließlich in den Arbeitsgruppen geleistet, deren Ergebnisse am letzten Tag im Plenum vorgetragen wurden. Unter den Ergebnissen der Arbeitsgruppen sind die folgenden Festlegungen hervorzuheben:

Der Beschluss des Parlamentariertreffens, die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentariern der FSP-Mitglieds-

parteien in den einzelnen Regionalparlamenten zu koordinieren und zu vertiefen. Über die Einrichtung eines Koordinierungssekretariats im MERCOSUR-Parlament soll mittelfristig die Gründung einer gemeinsamen Fraktion der FSP-Mitgliedsparteien nach dem Vorbild der GUE/NGL im EP erreicht werden. Eine ähnliche Entwicklung soll im Andenparlament, im mittelamerikanischen Parlament PARLACEN und im lateinamerikanischen Parlament PARLATINO vorangetrieben werden.

Der Beschluss, ab dem kommenden Jahr jeweils unmittelbar vor den FSP-Treffen ein Frauentreffen der Mitgliedsparteien – analog zu dem zum zweiten Male veranstalteten Jungentreffen zu organisieren.

Das im vergangenen Jahr beschlossene Netzwerk der politischen Schulen und Stiftungen der Mitgliedsparteien des FSP soll weiter strukturiert und befähigt werden, seine Arbeit aufzunehmen. Für die kommenden 12 Monate sind dazu u. a. vorgesehen:

- Erstellen einer Datenbank mit Informationen zu allen mitwirkenden politischen Schulen und Stiftungen
- Gründung von Arbeitsgruppen für die Themen Politische Bildung, Publikationen, Analyse der linken Regierungstätigkeit und Sozialismus sowie Wahlkampfverfahren
- Durchführung eines Seminars zum Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der politischen Bildung, Februar 2011
- Durchführung eines Seminars zur Auswertung linker Regierungserfahrungen in Lateinamerika und der Karibik, organisiert durch die brasilianischen Stiftungen
- Durchführung eines Seminars über sozialistisches Denken in Lateinamerika, organisiert von Corporación La Tierra, Ecuador.
- Durchführung einer Werkstattveranstaltung zur Auswertung von Wahlkampfverfahren linker und progressiver Kräfte der Region.

Im Zusammenhang mit diesem Netzwerk der politischen Schulen und Stiftungen der Mitgliedsparteien des FSP wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung wiederholt zur Mitarbeit eingeladen. Hier besteht eine große Erwartungshaltung, die vor allem durch die Delegierten aus Brasilien, Uruguay, Kolumbien und El Salvador immer wieder unterstrichen wurde.

Die Entschliebung, die politische Arbeit unter den lateinamerikanischen Migranten in den USA weiterzuführen. Nach den beiden bisherigen Veranstaltungen in San Francisco (2009) und Los Angeles (2010) wird ein dritter Workshop für Migrationsfragen in Chicago durchgeführt werden. Federführend für diese Arbeit ist die PRD/Mexiko.

Der Beschluss der Arbeitsgruppe „Nationale Souveränität und Entkolonialisierung“, eine ständige Kommission des FSP zur Überwindung kolonialer Überreste in Lateinamerika und der Karibik zu schaffen. Ein Arbeitsschwerpunkt dieser Kommission soll die politische Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in Puerto Rico sein. Es soll erreicht werden, den Fall Puerto Rico auf die Tagesordnung der nächsten UN-Vollversammlung zu setzen.

Im Plenum wurden außerdem zahlreiche Solidaritätserklärungen (Kuba, Kolumbien, Puerto Rico, FRN/Honduras, Westsahara, etc.) verabschiedet.

Insgesamt sind der Verlauf und die Ergebnisse des XVI. Treffens des Forums von São Paulo als sehr konstruktiv einzuschätzen. Ungeachtet der etwas formalen Arbeit im Plenum zur Würdigung des 20. Jahrestages der Gründung des FSP zeigt die Arbeit in den thematischen Arbeitsgruppen,



dass das FSP insgesamt einen weiteren erfolgreichen Schritt in Richtung praktischen Wirkens zur Stärkung der linken Kräfte der Region getan hat.

Unter den aktiven Kräften des FSP traten erneut die PT aus Brasilien – die unumstrittene Führungskraft – die Frente Amplio aus Uruguay, die PRD aus Mexico sowie die FSLN und die FMLN aus Nicaragua bzw. El Salvador hervor. Eine ebenfalls sehr konstruktive Rolle hat erneut der Polo Democrático Alternativo (PDA) aus Kolumbien gespielt, während die Sozialistische Einheitspartei Venezuelas (PSUV) durch Roy Daza und Rodrigo Cabezas, beide Mitglieder der Nationalleitung, zwar hochrangig vertreten war, aber zumindest dem Augenschein nach (noch) nicht zum aktiven Kern des FSP gehörte.

Das nächste Treffen des Forums von São Paulo wurde für 2011 nach Managua/Nicaragua einberufen.

Anmerkung

Entschließung des Forums von São Paulo zum Thema Sozialismus: Unter Bezugnahme auf die Überlegungen im Grundsatzdokument für dieses XVI. Treffen hinsichtlich der Notwendigkeit einer strategischen Debatte über die kollektive Erarbeitung einer soliden Alternative zum neoliberalen Gesellschaftsmodell ist es notwendig zu betonen, dass unsere Parteien die Diskussion zu einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell begonnen haben. In der ganzen Welt wird heute eine breite Debatte über den Sozialismus geführt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die aktuelle Krise des Kapitalismus in einem wirtschaftlichen Desaster, Kriegsgefahren, in einer scharfen Infragestellung der politischen Systeme sowie einer bedrohlichen Umweltzerstörung zum Ausdruck kommt. Wir können nicht länger warten, sondern sehen uns genötigt, den Inhalt des Epochenwechsels zu diskutieren.

Kurze Wut und lange Zärtlichkeit

Forum von Sao Paulo konsequent für Einheit der Linken.

Von Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

„Kurze Wut und lange Zärtlichkeit“ – sagte ein Delegierter, als ein Vorschlag von ihm abgelehnt wurde und es kennzeichnet die Atmosphäre im Sao Paulo Forum, dem Zusammenschluss der Lateinamerikanischen Linken. Jener Delegierte war El Gordo („der Dicke“) Oviedo aus der Dominikanischen Republik, jetzt in Venezuela lebend, Urgestein und vor 20 Jahren Mitbegründer des Forums von Sao Paulo. Zum Forum gehören Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Befreiungs- und neue soziale Bewegungen, kurz: Linke der verschiedensten Richtungen. Es machen auch Stiftungen mit, Zeitschriften, wissenschaftliche Institute. Zum diesjährigen Treffen in Buenos Aires waren über 600 Delegierte von 54 Organisationen aus 33 Ländern entsandt worden.

Das Forum von Sao Paulo ist Träger und Motor der tiefen Veränderungen in Lateinamerika. Dort beendete die Linke die Zeit der Militärdiktaturen und Bürgerkriege, zumindest in den meisten Ländern. Die Herrschaft der USA wurde zurückgedrängt. Linke übernahmen Regierungen – nicht die Macht, wie sie feinsinnig festhalten – in vielen Ländern: Chavez in Venezuela, Morales in Bolivien, Correa in Ecuador, Ortega wurde in Nicaragua wieder Präsident, in Brasilien ein Gewerkschaftsführer und in Uruguay ein ehemaliger Tupamaro. In Argentinien beendeten die Kirchners die blutigste Diktatur der Militärs, die über 3000 Menschen ermorden ließ, und arbeiten mit den linken Regierungen ihres Kontinents zusam-

men. In El Salvador verlor die Rechte die Präsidentschaftswahl, in Mexiko konnte nur ein dreister Wahlbetrug den Linken die Präsidentschaft rauben. Kuba ist nicht mehr isoliert, isoliert sind die Putschisten in Honduras. Mit denen will keiner was zu tun haben mit Ausnahme der USA und Deutschland. Eine offene Wunde bleibt Kolumbien, Chile eine schmerzliche Niederlage. Eine der wichtigsten Aufgaben für den ganzen Kontinent ist für das Forum von Sao Paulo, linke Mehrheiten auch bei Wahlen zu gewinnen und zu verteidigen, wobei das Forum betont: Die sozialen Bewegungen haben die Linke an die Macht gebracht und sie wird verlieren, wenn sie die Bindung an die sozialen Bewegungen verliert.

Noch hat die Rechte nicht aufgegeben, bleiben die USA gefährlich. Doch schon beendet hat die Linke in Lateinamerika eine Epoche unglaublicher Brutalität und Unterdrückung. Sie begann mit der Ermordung der Ureinwohner durch europäische Kolonisatoren, zu ihr gehört die Versklavung ganzer Völkerschaften auf den Latifundien der Großgrundbesitzer und die grenzenlose Ausbeutung in den Bergwerken und Fabriken. Endlich wird in Lateinamerika gefragt nach den Toten, die der Panamakanal gekostet hat, nach den Verschwundenen in Argentinien, Uruguay, Chile und Brasilien, endlich wird gefragt nach den Opfern des Kupferbergbaus. Die indigenen Völker, denen man nicht nur ihr Gold, sondern ihre Lebensgrundlagen, ihre Würde und Geschichte geraubt hat, werden Teil linker Veränderungen.

Der Kampf um Rohstoffe und Märkte ist neu entbrannt. Das strategische Konzept „Lateinamerika“ der schwarz-gelben Regierung soll deutschen Unternehmen Zugang zu Rohstoffen und Märkten des Kontinents erleichtern. In dem Konzept stehen viele schöne Worte über Freiheit und Menschenrechte, aber in Lateinamerika ist nicht vergessen, dass z.B. VW in Argentinien oder Daimler in Brasilien aufs Engste mit den Militärdiktaturen verbunden waren. Dort weiß man, dass sich die deutsche Politik immer noch nicht kritisch auseinandersetzt mit ihrem Schweigen zu den Mörderregimen in El Salvador, Guatemala, Paraguay, Argentinien oder Chile.

Zu einer Zeit, da die Rechte triumphal das Ende der Geschichte feierte, kam das Forum von Sao Paulo zusammen in der Gewissheit, dass eine andere Welt nötig und möglich sei und dass die Linke einen neuen Anlauf unternimmt, sie zu erkämpfen. Das ist ein bleibendes Verdienst der Gründer des Forums wie Shafik Handal aus El Salvador und nicht zuletzt ein Verdienst der Brasilianischen Arbeiterpartei (PT) und ihres Vorsitzenden Lula. Dessen Zeit als Staatspräsident neigt sich dem Ende zu, aber er und das Forum werden Motor der lateinamerikanischen politischen Einheit bleiben.

Die Linke in Lateinamerika ist selbstbewusst geworden. Das Forum von Sao Paulo sieht sich als Vertretung der Mehrheit, hier treffen sich die Verändernden; auf der anderen Seite steht die Minderheit in ihrer Beharrung. Selbstbewusst anzugreifen und linke Pluralität wirklich zu leben – zuallererst das kann die europäische Linke von der lateinamerikanischen lernen. Und dann: Nicht im Kapitalismus ankommen zu wollen, sondern ihn zu überwinden. Ob der Sozialismus des 21. Jahrhunderts aus Lateinamerika kommt, ist für mich offen, aber ohne die Erfahrungen der Linken, der Sozialisten und Kommunisten aus Lateinamerika wird man kein anständiges Programm für ein Europa des 21. Jahrhunderts zustande bringen.



Bolivien: Die Kraft derer von unten

Von Isabel Rauber, Sozialphilosophin, Argentinien;
aus: „Rebelión“, 3. Januar 2011

Der Jahreswechsel war in Bolivien von heftigen Protesten gegen die Erhöhung der bisher stark subventionierten Benzinpreise begleitet, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt notwendig war, aber in allen Bereichen des Lebens sofort zu untragbaren Preisanstiegen führte und die Haushalte der Volksschichten trotz gleichzeitiger Erhöhung der Mindestlöhne übermäßig belastete. Die Regierung Evo Morales nahm die Preiserhöhung vom 26. Dezember 2010, die als „Gasolinazo“ bezeichnet wird, am 2. Januar zurück.

Die argentinische Sozialphilosophin Isabel Rauber, die u. a. in Havanna lehrt, arbeitet intensiv mit sozialen Bewegungen des Kontinents zusammen und hat zahlreiche Bücher zu Fragen der sozialen Transformation und Partizipation veröffentlicht.

„Ampel auf Rot“ ist der Ausdruck, der die Ereignisse der vergangenen Woche in Bolivien zusammenfassen könnte.

Gelobt sei der Gasolinazo, wenn er zum politischen Anstoß wurde, zum Wendepunkt, der imstande ist, die wachsende Tendenz des regierenden Überbaus zur Entscheidung von oben ohne Berücksichtigung derer von unten umzukehren, jene Tendenz, die alte politische Kultur der Macht wieder anzunehmen, die meint, dass das Regieren die Aufgabe derer sei, die „Bescheid wissen und recht haben“, oder dass es darum gehe, „Rückgrat zu beweisen“. Aber die Revolution ist eine Sache des Volkes, bewusster, organisierter Mehrheiten, die IHR Projekt in dem Maße, wie sie es verwirklichen, diskutieren und verteidigen.

Die Völker sind nicht dazu da, Ideen und Entscheidungen zu akzeptieren, zu unterstützen, zu bekräftigen oder auszuführen, sondern vor allem müssen sie dabei die Hauptrolle spielen. Will sagen: Sie müssen beteiligt sein am Prozess der Entscheidungsfindung und an der Verwirklichung der Beschlüsse, sie müssen Verantwortung übernehmen. Wenn man das Problem der Preise für Benzin und Erdöl mit den sozialen Organisationen diskutiert hätte, wenn man mit ihnen die Maßnahmen und Schritte zu ihrer Durchsetzung abgestimmt hätte, wäre es nicht dazu gekommen, was geschehen ist. Ich weiß nicht, wie das Vorgehen dann ausgesehen hätte, aber die Ergebnisse wären andere gewesen: Niemand geht auf die Straße, um gegen das zu protestieren, was man mit vereinbart hat.

Die Protagonisten können und wollen den Gang ihrer Geschichte nicht aus der Zeitung erfahren. Nicht mit Resolutionen und Dekreten verleiht man der demokratischen und kulturellen Revolution Impulse. Der Schlüssel liegt in der Beteiligung. Es handelt sich um ein kollektives Aufbauwerk, das erfordert, das Schrittmaß einzuhalten, das dieses Aufbauwerk – und die Entwicklung des kollektiven Bewusstseins – verlangt. Wenn man zu beschleunigen versucht und die Beteiligung des Volkes übergeht, wird das, was auf längere Sicht als Erfolg oder Treffer möglich erschien, erst einmal scheitern. Der Beweis liegt auf der Hand: Wenn man auf die Konsultierung und Einbeziehung derer von unten setzt, kann der Weg länger und das Tempo langsamer sein, aber auf die Dauer wird er effektiver sein, tiefergreifender und radikaler.

Diese Weisheit lernt man nicht auf der Universität, sie entsteht aus den Erfahrungen der Kämpfe der Völker. Die neuen Logiken der sozialen Transformation von unten haben sie in der Praxis vorgezeichnet und angewandt, die demokratisch-kulturellen Revolutionen, die auf die Entwicklung des Bewusstseins, der Organisation, der ständigen Partizipation derer von unten setzen. Das erreicht man nicht durch Kurse oder Vorträge, es ist vor allem ein Ergebnis der vollen Partizipation derer von unten am gesamten Prozess der Veränderungen; von der Analyse und Definition der Aufgaben bis zur Umsetzung und Kontrolle der Entscheidungen. Das alles ist nicht mehr der Auftrag einer Gruppe von Führern, sondern die gemeinsame Verantwortung aller.

Das bewusste Volk, das an den Entscheidungen beteiligt ist und sich mit ihnen identifiziert, wird ebenfalls auf die Straße gehen, aber in diesem Fall, um die Maßnahmen der Regierung zu bekräftigen, die seine Maßnahmen sind, um die revolutionäre Vertiefung des Prozesses zu fordern.

Was sich in Bolivien infolge des Gasolinazo ereignet hat, entspricht keiner dieser Alternativen, aber es bedeutet auch nicht die Ablehnung der Regierung, die die Demonstranten weiterhin als die Ihre betrachten. Es ist ein Aufschrei und eine überzeugende Bekundung gegen eine latente, aber sich ausbreitende Form des Regierens, die sich bereits in einigen Entscheidungen gezeigt hat. Sie versucht, das Volk als zentralen Akteur des Prozesses zu ignorieren und in der Beschlussfassung zu übergehen. Damit lässt sie den schlimmsten Teil des bürgerlich-kolonialen politischen Erbes wieder auferstehen.

Ein Revolutionär an der Regierung definiert sich nicht als solcher durch seinen Lebenslauf, nicht dadurch, dass er „ehrlich und anständig“ ist im Vergleich zu den traditionellen Amtsinhabern des Systems. Diese Qualitäten verstehen sich von selbst. Seine Wirkung muss über das Persönliche hinausgehen. Sie hängt direkt von seiner Fähigkeit ab, die Bereiche der Macht in den Dienst der revolutionären Umgestaltung zu stellen, die Pforten der Regierung dem Volke zu öffnen, einen neuen Typus von Institutionalität, von Legalität und Legitimität aufzubauen, die sich auf die Beteiligung des Volkes (der Basis der Konstituierenden Versammlung) am Fassen der politischen Beschlüsse stützt.

Die Titanenaufgabe der revolutionären Regierenden besteht nicht darin, das Volk zu ersetzen, nicht darin, sich gute Gesetze auszudenken, noch weniger darin, zu beweisen, dass sie intelligenter sind als alle, dass sie recht haben und daher „zu regieren verstehen“. Revolutionen aus der Regierung heraus voranzutreiben bedeutet, diese zu einem politischen Werkzeug der Revolution zu formen, das politische Bewusstsein zu entwickeln, die Regierungstätigkeit zu öffnen für die Beteiligung der indigenen Bewegungen, der sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen, der Volkssektoren, kollektive Instrumente aufzubauen, unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten herauszubilden, um gemeinsam das Land zu regieren.

Revolutionen von unten, das heißt, solche, die von der Wurzel der Probleme her durch die Völker gemacht werden, gehen von den Veränderungen aus, die im Bewusstsein der Völker entstehen und sich in ihrem Handeln als Hauptakteure entwickeln. Sie haben nichts zu tun mit Methoden, die den Prozess durch Dekrete oder von oben gefasste Beschlüsse vorantreiben wollen, so gut gemeint und richtig diese auch sein mögen.



Mit Maßnahmen des Überbaus, seien sie auch noch so richtig und vernünftig, kommt man nicht voran. Es gilt den kollektiven Protagonismus des Volkes zu entwickeln, und das kann man nur erreichen, wenn er bei jedem Schritt und mit jedem Schritt geschmiedet wird. Die Lehrzeit, ebenso wie die Unterweisung, beginnt mit der täglichen Praxis. Das ist die lebenswichtige pädagogische Schlüsselfrage der Revolutionen von unten.

Diese Schritte können sich nur vertiefen, wenn sie an die Herausbildung und Stärkung ihres kollektiven Subjekts geknüpft sind, des soziopolitischen Akteurs, der fähig ist, sie voranzutreiben und ständig zu radikalen, höheren Zielen zu drängen. Die Grundaufgabe des politischen Instruments in diesen Zeiten besteht daher gerade darin, die politische, kulturelle und ideologische Arbeit zu organisieren, die notwendig ist, um die Entwicklung des politischen Bewusstseins der Gesamtheit der sozialen und politischen Akteure des Volkslagers voranzubringen, institutionelle und nichtinstitutionelle Kanäle für die bewusste, organisierte und wachsende Partizipation der Gesamtheit der revolutionären Akteure zu öffnen, Bereiche für die kritische kollektive Reflexion des Veränderungsprozesses zu schaffen, damit das kollektive Bewusstsein wächst.

In Bolivien ist das Volk nicht auf die Straße gegangen, weil es seine Regierung ablehnt, sondern weil es nicht nur die Maßnahme, sondern auch die Art, wie sie erfolgt ist, das Aufzwingen von oben zurückweist, die Entscheidung ohne Befragung, das Auseinanderrücken von Regierenden und indigenen, bäuerlichen und sozialen Bewegungen, das sich als Tendenz bemerkbar machte und das in der Maßnahme des Gasolinazo offen zu Tage trat. Das Volk ging nicht auf die Straße, um sich gegen Evo zu stellen, sondern um Nein zu sagen zu jedem Versuch, ohne seine Beteiligung zu regieren, und um von ihm Berichtigung und Anerkennung zu fordern. Und in einem Akt der Demut, der ebenso seine große Weisheit wie seine Wurzeln sichtbar macht, korrigierte Evo die Entscheidung. Indem er auf sein Versprechen von Tihuanacu (bei seiner Amtseinführung) zurückkam, zog er die Dekrete zurück und wiederholte seine Entschlossenheit, „gehorchend zu regieren“, was im strengen Sinne weder regieren noch gehorchen bedeutet, sondern gemeinsam regieren, gemeinsam die grundlegenden Maßnahmen zu erarbeiten und die Verantwortung für die Entscheidungen und ihre Verwirklichung zu teilen.

Das ist weder eine Erfolgsgarantie noch verhindert es, dass es zu Fehlern und Irrtümern kommt. Aber wenn die Völker scheitern und sich darüber klar sind, dass das passieren kann, wenn sie wissen, dass man verlieren kann, kann das Scheitern auch zum Gewinn werden, zu einem kollektiven Erfahrungszuwachs, einem Hinzulernen und einem Stärkerwerden, das sie beflügelt und dazu drängt, ihre Ziele auf anderen Wegen zu erreichen. So etwas wie: „Gut, so geht die Sache nicht, auf welchem Weg und wie können wir sie erreichen?“ Das heißt, die Lage stellt sich anders dar, wenn es eine bewusste Beteiligung gibt, als wenn es diese nicht gibt: Ob die Völker mit einem Bewusstsein des Scheiterns oder des Sieges weiterkämpfen, hängt von ihrer Beteiligung an den Entscheidungen ab. Wenn sie scheitern ohne das Bewusstsein dessen, was sie unternommen haben, ist die Enttäuschung groß.

Revolutionen sind gleichbedeutend mit der Partizipation der Völker in der Rolle von Hauptakteuren; sie sind ihr direkt

proportional. Wenn man diese einfache Gleichung auf die gegenwärtigen revolutionären Volksprozesse anwendet, auf die Regierungsmaßnahmen und ihre Verfahren, so springen die Ergebnisse ins Auge: Je weniger Volksbeteiligung, umso weniger revolutionärer Inhalt und Tragweite, umso weniger Revolution. Schlussfolgerung: Der strategische gordische Knoten der revolutionären Prozesse wurzelt weder in der Richtigkeit der Regierungsbeschlüsse noch in der Weisheit der Regierenden und ihrer Umgebung, sondern im Willen des Volkes, in seinem Bewusstsein und seiner Organisation, sich an den Aufgabenstellungen und Lösungen zu beteiligen, sie voranzutreiben und zu unterstützen.

Auf politischem Gebiet ist klar: Wissen ist Macht. Doch das Wissen von Technikern und Experten ist beschränkt, begrenzt auf Eliten und Minderheiten. Seine Macht ist ebenfalls unvollkommen und begrenzt, bezogen auf Ämter und Funktionen, auf das, was man gewöhnlich „professionelle Arbeit“ nennt. Ohne den Wert der Arbeit von Experten und Beratern leugnen zu wollen, müssen daher die Ergebnisse und Vorschläge aus ihren Studien mit dem Volk, mit den indigenen, Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen, mit dem Lager des Volkes im ganzen immer neu bewertet, wenn nicht von Anfang an ausgearbeitet werden. Nur in einem wechselseitig verknüpften Prozess, gemeinsam, ist es möglich, die Vorstellungen von Regierungsfunktionären, Spezialisten oder Technikern in revolutionäre politische Entscheidungen von Regierung und Volk umzuwandeln. In revolutionären politischen Prozessen, wie sie Bolivien heute erlebt, kann die öffentliche Verwaltung – die die Verwaltung des Öffentlichen ist – nicht den Papieren der Beamten überlassen bleiben. Sie ist Thema und Aufgabe der kämpfenden soziopolitischen Kräfte des Volkes auf den Straßen der Städte, in den Dörfern, in den Bergwerken.

Diejenigen, die Regierungsverantwortung tragen, haben das Vorrecht, Veränderungen vorzuschlagen, und die Verpflichtung, dass ihre Vorschläge auf soliden Grundlagen beruhen. Das steht nicht in Frage. Aber das andere Stützbein des Prozesses, das fundamentale, das ihm revolutionären Sinn und Ausstrahlung verleiht, besteht in Folgendem: Damit das Wissen, das oben produziert wird, gleichzeitig unten Macht ist, muss es mit denen von unten erarbeitet werden und sich in Wissen und Macht des Volkes konstituieren. Das ist die politische Aufgabe par excellence derer, die in revolutionären Prozessen Regierungsverantwortung tragen.

Das deutlich zu machen und auf den Tisch zu legen ist eine der wichtigsten und weitreichendsten Lehren der Ereignisse, die der Gasolinazo nach sich gezogen hat. Das Volk forderte seine Rolle ein, es sprach zu seinem Führer in seiner Sprache des Widerstandes und des Kampfes. Und Evo antwortete als Kämpfer. In dem Bewusstsein, dass Berichtigung eine Fähigkeit Weiser ist, hörte und verstand er die Botschaft seiner Compañeros und Compañeras, hob entschlossen die Beschlüsse und Dekrete auf und setzte ein Schlüsselthema wieder auf die politische Tagesordnung: Für das Volk regieren heißt, mit dem Volk regieren. Damit erhielt Evo eine weitere Lektion: Um eine Revolution von unten voranzuführen, genügt es nicht, „Rückgrat zu beweisen“, sondern man muss die Füße auf dem Boden haben, das Herz im Volk und den Kopf klar über die Verantwortung als revolutionärer Regierender, der fähig ist, mit dem Volk im Einklang zu handeln bei der Gestaltung seiner Geschichte.

Damit wird deutlich, dass das Thema, das der Gasolinazo



angesprochen hat, weder Ökonomen noch Experten oder Journalisten vorbehalten ist. Es gehört dem Volke. Es ist das Volk – in seiner Vielfalt und seinen Identitäten, Nationalitäten und Kulturen –, das die Macht hat, die Geschichte zu verändern und sie nach seinem Bilde zu gestalten.

Da sich ein neuer Jahrestag der Amtseinführung der ersten indoamerikanischen Regierung auf unserem Kontinent nähert, dürfen wir also laut und mit voller Kraft ausrufen:

Es leben die Völker Boliviens! Es lebe Evo!

Der lange Schatten eines Mordes

Von Adam Hochschild, US-amerikanischer Journalist und Schriftsteller; aus: *New York Times*, 16. Januar 2011

Heute gedenken Millionen Menschen auf einem anderen Kontinent des 50. Jahrestages eines Ereignisses, an das sich kaum ein Amerikaner erinnert – des Mordes an Patrice Lumumba. Der 35-jährige Lumumba, ein schmaler Mann mit Bärtchen und Halbrandbrille, war der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident eines riesigen Landes, etwa so groß wie die USA östlich des Mississippi, heute bekannt als Demokratische Republik Kongo.

Diese Schatzkammer an Naturressourcen war eine Kolonie Belgiens gewesen, das jahrzehntelang gar nicht daran dachte, es in die Unabhängigkeit zu entlassen. Aber nach Kämpfen gegen kongolesische Nationalisten arrangierten die Belgier 1960 überstürzt die ersten Wahlen, und im Juni jenes Jahres begab sich der belgische König Boudouin in den Kongo, um das Land offiziell in die Freiheit zu entlassen.

„Es liegt jetzt bei Ihnen, Messieurs“, erklärte er den kongolesischen Würdenträgern in arrogantem Ton, „zu beweisen, dass Sie unseres Vertrauens würdig sind.“

Die Belgier und mit ihnen europäische und amerikanische Investoren gingen davon aus, Kongos Fabriken, Plantagen und lukrative Bergwerke auch weiterhin ausbeuten zu können, wo sie Diamanten, Gold, Uran, Kupfer und vieles Andere förderten. Aber sie hatten nicht mit Lumumba gerechnet.

Mit einer dramatischen, zornigen Antwortrede für Boudouin riss er die kongolesischen Parlamentarier zu stehenden Ovationen hin, erschreckte den König und ließ die Welt aufhorchen. Mit starken Worten prangerte er Gewalt, Demütigung und brutalen Raub afrikanischen Landes seitens der frankophonen Kolonialherren an, die die Afrikaner bisher wie Kinder behandelt hätten. Politische Unabhängigkeit sei nicht genug, erklärte er, die Afrikaner müssten auch von den riesigen Reichtümern in ihrem Boden profitieren.

Ohne eigene Verwaltungserfahrung und mit leerer Staatskasse geriet das riesige Land bald in Turbulenzen. Als die USA Lumumba jede Hilfe verweigerten, erklärte er, er werde sich an die Sowjetunion wenden. Tausende belgische Beamte, die noch im Staatsapparat saßen, taten alles, um die Entwicklung nach Kräften zu sabotieren. In den Funksprüchen ihres Militärs hieß Lumumba nur „der Satan“. Bald nach seinem Amtsantritt ordnete die CIA mit Zustimmung des Weißen Hauses seine Ermordung an und setzte einen Agenten mit Gift in Marsch.

Der kam nicht nahe genug an den Ministerpräsidenten heran, um seinen Auftrag auszuführen. Da leiteten die USA und Belgien Rivalen Lumumbas Geld und die nötigen Mittel

zu. Die rissen bald darauf die Macht an sich und verhafteten den Ministerpräsidenten. Da sie einen Aufstand seiner Anhänger fürchteten, sollte er in ihrem Gewahrsam zu Tode kommen, ließen die neuen Führer des Kongo Lumumba in die kupferreiche Provinz Katanga im Süden ausfliegen, deren Abspaltung die Belgier gerade organisiert hatten. Dort wurde Patrice Lumumba am 17. Januar 1961 nach schwerer Folter erschossen. Ein kalter Schreck durchfuhr die Welt und löste in vielen Ländern Protestdemonstrationen aus.

Sechs Monate später kam ich als College-Student, der in den Sommerferien durch Afrika tourte, für einige Tage nach Leopoldville, wie Kongos Hauptstadt Kinshasa damals hieß. Die Atmosphäre war düster und gespannt, überall patrouillierten Jeeps voller Soldaten, und abends leerten sich die Straßen rasch. Am stärksten beeindruckte mich damals die triumphierende Macho-Art, in der zwei junge Angestellte der amerikanischen Botschaft, die später als CIA-Leute identifiziert wurden, mit mir bei ein paar Drinks über den Tod eines Mannes redeten, den sie nicht als gewählten Regierungschef sondern lediglich als einen amerikafeindlichen Emporkömmling sahen.

Einige Wochen vor seinem Tod war Lumumba für kurze Zeit seinem Hausarrest entkommen und hatte mit einer kleinen Gruppe von Anhängern in den Ostkongo zu fliehen versucht, wo sich eine Gegenregierung gebildet hatte. Dabei musste die kleine Schar den Sankuru-Fluss überqueren, hinter dem Freundesland lag. Lumumba und mehrere Kameraden setzten in einem Kanu als Erste über den Fluss und charterten eine Fähre, um den Rest der Gruppe, darunter seine Frau und seinen Sohn, zu holen.

Als sie jedoch ans Westufer zurückkamen, waren die sie verfolgenden Regierungstruppen schon da. Ein Überlebender berichtete, Lumumba sei es beinahe gelungen, die Soldaten mit seiner berühmten Eloquenz zu überreden, sie ziehen zu lassen. Ereignisse wie dieses werden häufig im Nachhinein idealisiert. Aber was auch immer geschah, Lumumba riskierte sein Leben, um Andere zu retten. Film und Literatur haben sich der Episode angenommen.

Die schmerzhaften Filmaufnahmen davon, wie er kurz nach seiner Gefangennahme gefesselt und brutal behandelt wird, dabei aber seine Würde bewahrt, trugen nur noch mehr zu seinem strahlenden Image bei.

Patrice Lumumba waren nur wenige Monate im Amt vergönnt. Wir wissen nicht, was geschehen wäre, wenn er überlebt hätte. Hätte er seine Ideale hochgehalten oder sie wie so viele Führer der Unabhängigkeitskämpfe Afrikas für Reichtum und Macht aufgegeben? Auf jeden Fall wäre sein Traum, das Land in die volle ökonomische Unabhängigkeit zu führen, damals ein fast unmögliches Unterfangen gewesen. Die geschlossen gegen ihn aufmarschierten Regierungen und Konzerne des Westens waren zu mächtig und die von ihm kontrollierten Kräfte zu schwach. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit standen seinem Lande mit einer Bevölkerung von fast 15 Millionen kaum drei Dutzend Hochschulabsolventen zur Verfügung. Von 5 000 hohen Verwaltungsposten waren ganze drei von Kongolesen besetzt.

Nach einem halben Jahrhundert können wir Amerikaner zweifellos nur mit Scham auf den Tod Lumumbas zurückblicken, denn wir haben geholfen, die Männer zur Macht zu bringen, die ihn stürzten und ermordeten. In der akademischen Zeitschrift *Intelligence and National Security* (Geheimdienste und nationale Sicherheit) hat Stephen R. Weissman,



ein ehemaliger Stabschef des Afrika-Subkomitees des Repräsentantenhauses, kürzlich darauf hingewiesen, dass Lumumbas gewaltsames Ende ein Vorgeschmack auf die heutige US-Praxis der „außerordentlichen Überstellung“ (von Terrorverdächtigen – d. Ü.) gewesen sei. Die kongolesischen Politiker, die Lumumbas Ermordung planten, sprachen jeden Schritt mit ihren belgischen und amerikanischen Hintermännern ab. Der CIA-Resident hatte nichts einzuwenden, als sie ihn informierten, sie wollten Lumumba an die abtrünnige Regierung von Katanga „überstellen“, von der man wusste, dass sie ihn ohne jeden Zweifel umbringen würde.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Vier Jahre später inszenierte einer von Lumumbas Häschern, ein Armeeeoffizier namens Joseph Mobutu, erneut mit begeisterter US-Unterstützung einen Staatsstreich, der eine verheerende Diktatur von 32 Jahren Dauer einleitete. So wie uns Geopolitik und Erdöldurst heute solche widerwärtigen Verbündeten wie Saudi-Arabien bescheren, taten das damals der kalte Krieg und eine ähnliche Gier nach Naturschätzen. Mobutu kassierte US-Entwicklungshilfe von mehr als einer Milliarde Dollar. Er wurde von einer ganzen Reihe amerikanischer Präsidenten im Weißen Haus enthusiastisch gefeiert. George Bush sen. nannte ihn „einen unserer hochgeschätzten Freunde“.

Dieser hochgeschätzte Freund ließ sein Land ausbluten, raffte ein Vermögen zusammen, das auf vier Milliarden Dollar geschätzt wird, reiste in gemieteten Concordes durch die Welt, legte sich in Europa eine ganze Serie prächtiger Villen, dazu zahlreiche Paläste und eine Yacht in Kongo zu. Zugleich schrumpfte er die öffentlichen Dienstleistungen im Lande zu Tode, ließ Straßen und Eisenbahnstrecken vom Urwald überwuchern. Als er 1997 gestürzt wurde und bald darauf starb, war sein Land so heruntergewirtschaftet, dass es sich bis heute noch nicht wieder erholt hat. Seit jener Zeit hat die verhängnisvolle Kombination von enormen Naturreichtümern und gescheitertem Staat, den Mobutu hinterließ, einen endlosen, chaotischen Krieg nach sich gezogen, der Kongolesen in riesiger Zahl getötet oder von ihren Wohnstätten vertrieben hat. Ein Krieg wird stets von vielen Faktoren ausgelöst, besonders ein so undurchschaubar komplexer wie dieser. Aber als ich vor einigen Monaten wieder nach Ostkongo kam, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine der Spuren des enormen menschlichen Leides, das mir dort begegnete, zur Ermordung Lumumbas führt.

Die genaue Zahl der Opfer, die der aktuelle Konflikt im Kongo bisher gefordert hat, wird wohl nie ans Tageslicht kommen. Viele glauben, dass sie in die Millionen gehen. Einiges von diesem Blut klebt auch an den Händen der USA. Wenn man angebliche Feinde ermorden lässt und deren Feinde als „hochgeschätzte Freunde“ in die Arme schließt, hat das auf Dauer schwerwiegende Folgen – eine Lehre, die wir an diesem Jahrestag bedenken sollten.

Das Forum der Afrikanischen Linken ALNEF

Information der KP Spaniens

Vom 19. bis 21. August 2010 fand in Johannesburg, Südafrika das erste Treffen des Afrikanischen Linksforums ALNEF (African Left Networking Forum) statt. An der von der Südafrikanischen KP und der Sudanesischen KP ausgerichteten Konferenz nahmen 52 Organisationen, darunter 28 politische Parteien aus 28 afrikanischen Staaten sowie 3 Jugendorganisationen, Parteien aus nichtafrikanischen Ländern, politische Studienzentren sowie Universitäts- und Gewerkschaftsvertreter teil.

Die Konferenz wurde mit finanzieller Unterstützung des Internationalen Forums der Schwedischen Linken (der schwedischen Linkspartei nahe stehend) organisiert. Als nichtafrikanische Parteien waren vertreten die Partei der Kommunisten Brasiliens (PCdoB), die KP Kubas und die KP Spaniens.

Das Treffen hat folgende Dokumente bzw. Beschlüsse verabschiedet:

- Eine Politische Deklaration (s. u.)
- Mehrere politische Resolutionen (siehe www.alnef.org)
- Die Entscheidung, im März eine Konferenz des ALNEF zur Frauenfrage in Afrika zu veranstalten.
- Die Schaffung eines ständigen Sekretariats des ALNEF
- Die Festlegung, sich in Zukunft einmal jährlich zu treffen.

Zentrale Diskussionsthemen

Das Forum entstand u. a. aus der Notwendigkeit, die Idee der Einheit der afrikanischen Linken wiederzubeleben. Historisch gesehen, ist die Einheit der afrikanischen Linken im Kampf gegen den Kolonialismus geschmiedet worden, in dessen Ergebnis zwar die politische, jedoch nicht die ökonomische Macht errungen wurde. Darin bestand das Wesen der Entkolonialisierung Afrikas. Nachdem die Unabhängigkeit erreicht worden war, zerbrach die Einheit der Linken.

In diesem Jahr wird der 50. Jahrestag der Unabhängigkeit vieler afrikanischer Länder gefeiert, aber was feiert man eigentlich? Die Entkolonialisierung selbstverständlich, aber ansonsten sehr wenig. Der entscheidende Punkt liegt im Verständnis der Tatsache, dass die Entkolonialisierung nicht Staaten geschaffen hat, sondern lediglich die Infrastruktur für (die fortgesetzte Ausbeutung der) Bodenschätze. Viele afrikanische Regierungen handeln in guter Absicht, aber das Erbe des Kolonialismus bleibt eine offene Wunde, die Afrika ausbluten lässt.

Um die Demokratie in Afrika zu stärken, müssen die Befreiungsbewegungen gestärkt werden. Die Kultur und Tradition dieser Bewegungen sind für das Entstehen demokratischer und linker Kräfte unverzichtbar.

Die Aufgabe der Linken ist es, das Verständnis für die demokratischen Revolutionen gegen den Neokolonialismus in den einzelnen Ländern zu entwickeln. Dafür bedarf es gesellschaftlicher und sozialer Voraussetzungen, muss die Jugend (politisch) gebildet und die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Als Perspektive braucht Afrika eine sozialistische Orientierung, denn es gilt, gegen den Kapitalismus, nicht nur gegen den Neokolonialismus Front zu machen.



Erklärung der Afrikanischen Konferenz über partizipative Demokratie und des Forums der Afrikanischen Linken

Wir, die Delegierten der Afrikanischen Konferenz über partizipative Demokratie und des Treffens des Forums der Afrikanischen Linken, geben in Vertretung von 52 Organisationen aus 28 Ländern, darunter 28 politische Parteien und 3 Jugendorganisation, die folgende Erklärung ab:

1. Der Kampf geht weiter!

Während wir den 50. Jahrestag des Prozesses der Entkolonialisierung feiern, sehen wir unter der Linken unseres Kontinents zugleich eine große Breite an Erfahrungen, an Fortschritten der demokratischen und volksverbundenen Kräfte, an Teilerfolgen. Wir stellen aber auch wirtschaftliche Stagnation und schwerwiegende Probleme bis hin zur brutalen Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte fest. Überall auf unserem Kontinent setzen die Völker den Kampf für ihre legitimen demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Ziele fort.

Jahrhunderte des antikolonialen Kampfes, Jahrzehnte der Mobilisierung für die nationale Befreiung und 50 Jahre neokoloniale Ausplünderung haben uns eine wichtige Lehre erteilt: Wenn wir bei den eng miteinander zusammenhängenden Zielen der nationalen Befreiung, der nationalen Einheit sowie des demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts vorankommen, sie verteidigen und vertiefen wollen, dann erfordert das einen ständigen Kampf, die Mobilisierung der Massen, Organisation und Wachsamkeit.

Freiheit und Einheit unserer Völker und unseres Kontinents fallen nicht vom Himmel, sondern können nur durch die Kämpfe der Arbeiter und der Bevölkerung insgesamt erreicht werden.

In diesem Zusammenhang weisen wir Manöver zurück, die von gewissen Kreisen der Afrikanischen Union ausgehen und darauf abzielen, eine einzige afrikanische Regierung im Sinne von „Vereinigten Staaten von Afrika“ von oben herab und übereilt durchzusetzen; eine Regierung, die von ein paar Staatschefs gebildet werden soll, denen in ihren eigenen Ländern die demokratische Legitimation fehlt. Die Einheit Afrikas, die Einheit unserer Völker wird von unten her, durch die Mobilisierung gegen die reaktionären Kräfte des Auslands und ihre einheimischen Handlanger erkämpft.

Im Gegensatz zum (neo)liberalen Mythos von einer neuen Weltordnung und einem karitativen Norden, der unserem Kontinent die helfende Hand reicht, arbeiten die imperialistischen Kräfte und deren einheimische neokolonialistische Helfershelfer sowie die transnationalen Konzerne überall aktiv daran, die Rekolonialisierung unseres Kontinents wirksam voranzutreiben. Diese permanente Strategie nimmt viele Formen an: die Ausweitung militärischer Interventionen durch ausländische Streitkräfte, das Weiterbestehen französischer Militärbasen, den Ausbau von AFRICOM (Afrika-Kommando der USA) und seine Zusammenarbeit mit den Militärregimes der Region, die andauernde selektive Unterstützung autoritärer Regime, das Schüren von ethnischen und regionalen Konflikten, die heuchlerische Bestätigung von zutiefst betrügerischen Wahlprozessen und das vorsätzliche Untergraben der Fähigkeit der afrikanischen Staaten sowie ihres öffentlichen Sektors, das Kapital zu disziplinieren und die eigene Entwicklung voranzutreiben. Unser Kontinent ist reich

an Menschen und Naturressourcen, aber überall leben die Menschen in Armut. Unsere Reichtümer werden weiterhin geplündert, während man uns, wie es in einem Sotho-Spruchwort heißt, „den Kopf einer Ameise zum Teilen übrig lässt“.

2. Die Entwicklung Afrikas und die globale Krise des Kapitalismus

Die Konferenz und das Forum gehen davon aus, dass für die große Mehrheit der Bevölkerung Kapitalismus – egal ob in Zeiten von Boom oder Krise – die alltägliche Krise bedeutet, die sich in bitterer Armut, Arbeitslosigkeit, Zerstörung der Naturressourcen, in Hunger und verzweifelter Überlebenskampf äußert. Unter der Herrschaft des Kapitalismus, einem System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrheit der Völker der Welt beruht, kann es weder Stabilität, Frieden und Demokratie noch allseitige Entwicklung der Menschen geben.

Wir weisen die vereinfachende Sichtweise zurück, wonach die gegenwärtige globale wirtschaftliche Rezession lediglich auf das schlechte Management des globalen Finanzsystems durch gierige Banker zurückzuführen sei. Die gegenwärtige weltweite wirtschaftliche Instabilität ist dem Kapitalismus inhärent, und Afrika wird einmal mehr unter jenen sein, die am härtesten für die Schwächen und Übel des kapitalistischen Systems bezahlen.

Wir verpflichten uns, dafür zu arbeiten, dass die allseitige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas vorangetrieben wird – ausgehend von den Bedürfnissen der afrikanischen Völker und nicht dem privaten Vorteil weniger. Wir verpflichten uns, die Arbeiter und die Naturressourcen Afrikas gegen eine neue Runde globaler kapitalistischer Ausbeutung zu verteidigen, die nur an der Rückkehr zu hohen Gewinnmargen interessiert ist. Das sehen wir als einen Teil des Kampfes für Demokratie und Menschenrechte in Afrika an.

3. Klimawandel und Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen

Wir kennen den wachsenden Konsens der internationalen Wissenschaft darüber, dass der gegenwärtige Verlauf des globalen Wirtschaftswachstums zu einer raschen Zerstörung der Biosphäre als Voraussetzung für die Existenz unserer Zivilisation führen wird. Wir sind uns auch bewusst, dass es die entwickelten Volkswirtschaften des Nordens mit ihrem Konsumverhalten sind, welche die sich vertiefende Krise hauptsächlich vorantreiben, während die Völker des Südens die schlimmsten Folgen zu tragen haben.

Im Zentrum der ökologischen Krise steht die Krise des Kapitalismus, die von der expansiven Reproduktion des privaten Profits herrührt. Unser Kampf für den Sozialismus ist der Kampf darum, die gesellschaftlichen Bedürfnisse und nicht den privaten Profit zur strategischen Priorität zu machen. Daher ist der Kampf für den Sozialismus zugleich auch ein Kampf für ökologische Nachhaltigkeit.

Wir geloben, die Entwicklung erneuerbarer, ökologisch nachhaltiger Energien und die Errichtung einer gerechten und demokratischen sozialen und ökonomischen Weltordnung mit allen Kräften zu unterstützen.

Bei der Suche nach neuen Energiequellen und dem Schutz der Umwelt werden wir uns stets gegen alle imperialistischen Manöver zur Wehr setzen, die darauf abzielen, die Unterentwicklung Afrikas zu verfestigen und seine Arbeitskraft und Naturressourcen auszuplündern.



4. Die Solidarität der Linken

Auf der ganzen Welt und selbstverständlich auch im Süden stellen die Völker einmal mehr fest, dass ihre vielfältigen Kämpfe unauflöslich mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verknüpft sind. Wir, die fortschrittlichen Kräfte des afrikanischen Kontinents, verpflichten uns, mit den sozialen Bewegungen, mit Frauen, Jugend, indigenen Völkern, Gewerkschaften und politischen Parteien eng zusammenzuarbeiten und aus den reichen Erfahrungen ihrer antikapitalistischen Kämpfe zu lernen.

Als Forum der afrikanischen Linken arbeiten wir daran, aktive Verbindungen zu gleichgesinnten Kräften zu entwickeln – nicht nur auf unserem Kontinent, sondern auch in Lateinamerika, Asien und überall auf der Welt.

Die bedeutenden Fortschritte der Linken in Lateinamerika machen uns Mut. Wir glauben, dass die verschiedenen Projekte, beispielsweise in Brasilien, Bolivien, Venezuela und Ecuador, viele wichtige Parallelen zu uns aufweisen und uns viele Anregungen für die Kämpfe auf dem afrikanischen Kontinent geben können. Wir erneuern unsere große Wertschätzung für Kuba angesichts der konsequenten internationalen Unterstützung, die es unseren Völkern stets gewährte. Wir verpflichten uns, die Solidaritätsaktionen zur Verteidigung des kubanischen Sozialismus weiter zu verstärken.

Der Weg nach vorn

Auf diesem Treffen haben wir beschlossen, unser Zusammenwirken zu intensivieren. Künftig werden wir alljährlich zusammenkommen. Um die jährlichen Treffen vorzubereiten und eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten, haben wir ein Sekretariat des ALNEF gebildet. Das ALNEF und seine Webseite als Raum für die laufenden Diskussionen und Debatten zu konsolidieren, ist jetzt eine unserer wichtigen Aufgaben.

Neben den jährlichen Treffen werden wir auch Beratungen über die Kämpfe in einzelnen Bereichen abhalten. So werden wir im Februar 2011 eine internationale Konferenz zum Thema Frauen in Afrika einberufen.

Gemeinsam als Netzwerk und individuell als einzelne Organisationen wollen wir daran arbeiten, die Ideen, Vorhaben und Kampagnen, die wir in den letzten Tagen beraten und beschlossen haben, auf die Straße zu tragen und unter unseren Völkern zu verbreiten.

Die Macht dem Volke!

Arbeiter und Völker der Welt, vereinigt euch!

Der Kampf geht weiter!

Erklärung von Tshwane

12. Internationales Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien; aus: www.kommunisten.de

Vom 3. bis 5. Dezember 2010 fand in Tshwane (Republik Südafrika) das 12. Internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien zum Thema „Die sich vertiefende Systemkrise des Kapitalismus. Die Aufgaben der Kommunisten bei der Verteidigung der Souveränität, bei der Vertiefung sozialer Bündnisse, der Stärkung der antiimperialistischen Front im Kampf für Frieden, Fortschritt und Sozialismus“ statt. 102

Delegierte von 51 Parteien aus 43 Ländern aller Kontinente kamen zusammen, um die Arbeit der vorangegangenen Treffen fortzuführen und auf der Grundlage einer übereinstimmenden Sichtweise gemeinsame, abgestimmte Aktionen zu fördern und zu entwickeln.

Die sich vertiefende kapitalistische Krise

Die internationale Lage ist weiterhin geprägt durch die anhaltende und sich vertiefende Krise des Kapitalismus. Diese Tatsache bestätigt die in den Erklärungen des 10. und 11. Internationalen Treffens von Sao Paulo (2008) und Neu Delhi (2009) getroffenen Analysen. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus lässt dessen historische Grenzen und die Notwendigkeit seiner revolutionären Überwindung klar zutage treten. Sie zeigt, dass sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung weiter zuspitzt.

Es handelt sich um eine Krise des Systems. Entgegen anderslautenden kapitalistischen Illusionen vor 2008 ist der Kapitalismus nicht in der Lage, der ihm innewohnenden Tendenz zu Zyklen von Aufschwüngen und Abstürzen zu entkommen. In der aktuellen globalen Krise zeigt sich besonders drastisch ein durch kapitalistische Überproduktion ausgelöster Abschwung. Wie in der Vergangenheit gibt es auch heute im Rahmen der Logik des Kapitalismus keine andere Antwort auf diese zyklischen Krisen als die massive und gesellschaftlich irrationale Vernichtung von Gütern, Massenentlassungen, Unternehmensschließungen, groß angelegte Angriffe auf Löhne, Renten, soziale Sicherungssysteme und die Lebensbedingungen der Menschen. Daher haben wir auf unseren beiden vorangegangenen Treffen richtig festgestellt, dass die gegenwärtige Krise nicht nur subjektiven Fehlern oder der Gier von Bankern oder FinanzspekulantInnen geschuldet ist. Sie gehört weiterhin zu den systemischen Wesensmerkmalen des Kapitalismus.

Die anhaltende Krise wird durch erhebliche Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis verschärft. Dies sind der fortdauernde Niedergang der globalen wirtschaftlichen Hegemonie der USA, die allgemeine Stagnation der Produktion in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften und das Aufkommen neuer globaler Wirtschaftsmächte, vor allem Chinas. Die Krise hat die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren wie auch zwischen den etablierten und den neu aufstrebenden Mächten verschärft. Dazu gehören der von den USA geführte Währungskrieg, die Konzentration und Zentralisierung ökonomischer und politischer Macht in der EU, die deren Charakter als eines von den kapitalistischen Hauptmächten geführten imperialistischen Blocks vertieft, eine deutliche Verschärfung des zwischenimperialistischen Kampfes um Märkte und den Zugang zu Rohstoffen. Weiterhin ein sich ausbreitender Militarismus mit der Verstärkung aggressiver Bündnisse (genannt sei der kürzliche Nato-Gipfel in Lissabon mit seiner „neuen“ gefährlichen strategischen Konzeption), eine Vielzahl regionaler Spannungen und Aggressionsakte (besonders im Nahen Osten, in Asien und in Afrika), Staatsstreich in Lateinamerika, die Verstärkung der neoimperialistischen Tendenz zum Schüren ethnischer Konflikte und die wachsende Militarisierung Afrikas, unter anderem durch AFRICOM.

Zugleich zeigt sich, dass dieses Vorgehen des Kapitalis-



mus, die auf Profitmaximierung ausgerichtete blinde Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt insgesamt, zu einer schweren Bedrohung für den Erhalt der menschlichen Zivilisation insgesamt geworden ist. Die politischen Eliten der führenden kapitalistischen Staaten stehen mit ihren Vorschlägen für eine „grüne Technologie“ und Emissionshandel bestenfalls für gewisse Anpassungen, die die Kapitalerträge erhöhen sollen, wodurch die Natur noch stärker vermarktet wird und die Folgen des Klimawandels in die weniger entwickelten Länder verlagert werden. Die Krise des kapitalistischen Systems, vor der die Menschheit heute steht, hat mit der Unfähigkeit des Kapitalismus zu tun, sich anders zu reproduzieren als durch das unersättliche Streben nach Wachstum. Diese Krise ist nur zu überwinden, wenn der Kapitalismus abgeschafft wird.

Angesichts dieser Lage setzt sich das Kapital überall zur Wehr, indem es versucht, seine Profite zu sichern und die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Das geschieht durch die Verschärfung der Ausbeutung der Frauen und Jugendlichen, der Armen in Stadt und Land sowie großer Teile der Mittelschichten. Die Ausbeutung wird verschärft, der Staat wird benutzt um private Banker und Finanzunternehmen zu retten. Gleichzeitig wird den künftigen Generationen eine unerträgliche Schuldenlast aufgebürdet und verstärkt versucht, soziale Errungenschaften zu beseitigen.

In der gesamten kapitalistischen Welt werden soziale, wirtschaftliche, politische sowie Sozialversicherungs- und Arbeitsrechte abgebaut. Zur gleichen Zeit werden die politischen Systeme immer reaktionärer, werden demokratische und Menschenrechte, besonders Gewerkschaftsrechte beschnitten. Die Kürzungen, zu denen auch die massive Streichung von Ausgaben im öffentlichen Bereich gehört, haben verheerende Auswirkungen auf die Arbeiter, besonders die Arbeiterinnen. Es gibt auch Versuche, Not und Unsicherheit des Volkes zur Verbreitung von reaktionärer Demagogie, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu nutzen sowie faschistische Kräfte zu legitimieren. Dies ist Ausdruck antidemokratischer und autoritärer Strömungen, wozu auch eine Eskalation antikommunistischer Angriffe und Kampagnen in vielen Teilen der Welt gehört. In Afrika, Asien und Lateinamerika beobachten wir, dass den Völkern neue Mechanismen nationaler und Klassenunterdrückung aufgezwungen werden, die sowohl ökonomische, finanzielle, politische und militärische Mittel als auch die Schaffung einer Vielzahl von proimperialistischen NGOs beinhalten.

Für die Masse der Völker, besonders in Afrika, Asien und Lateinamerika, ist es jedoch wichtig, sich zu erinnern, dass das Leben im Kapitalismus auch vor der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise ein täglicher Kampf ums nackte Überleben war. Schon vorher lebte eine Milliarde Menschen in Elendsvierteln, und die Hälfte der Weltbevölkerung musste mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen. Die globale Krise hat all das massiv verschärft.

Die meisten dieser städtischen und bäuerlichen Armen, dazu ihre Angehörigen, die als ungeschützte Migranten in fremden Ländern arbeiten, sind die entwurzelten Opfer der in Afrika, Asien und Lateinamerika stattfindenden beschleunigten kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft. Der globalisierte Kapitalismus, dem die Großunternehmen des Agrobusiness als Speerspitze dienen, hat nahezu der Hälfte der Menschheit – den 3 Milliarden verbliebener Landbewohner in Afrika, Asien und Lateinamerika – den Krieg erklärt.

Zur gleichen Zeit werden unmenschliche Schranken gegen Immigranten und Flüchtlinge aufgebaut. Städtische und halbstädtische Elendsviertel schießen wie Pilze aus dem Boden, werden von verzweifelten, ausgegrenzten Massen bewohnt, die auf unterschiedlichste Art zu überleben versuchen. Die beschleunigte kapitalistische Transformation der Landwirtschaft in Ländern mit niedrigerem Niveau der kapitalistischen Entwicklung wirkt wie ein Genozid.

Die Bedeutung der Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse und der Volkskräfte

Überall in der Welt stoßen die Versuche des Kapitals, die Lasten der Krise auf Arbeiter und Arme abzuwälzen, auf den Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes.

Der volksfeindliche Angriff auf Arbeiterrechte, soziale Sicherheit und Löhne hat im vergangenen Jahr besonders in Europa zu einem Aufschwung der Volkskämpfe geführt.

Die imperialistischen Aggressionen im Nahen Osten, in Asien und Lateinamerika treffen weiterhin auf den entschlossenen Widerstand der Völker.

In Afrika und Lateinamerika haben antiimperialistische Kräfte, Gewerkschaften und soziale Bewegungen ihre Kämpfe für die Rechte der Völker, gegen die Ausplünderung durch die multinationalen Konzerne verstärkt. Diese haben in einigen Fällen progressive, populäre nationale Regierungen hervorgebracht, die sich nationale Souveränität, soziale Rechte, Entwicklung, den Schutz der Naturressourcen und der Artenvielfalt auf die Fahnen geschrieben haben, wodurch sie dem antiimperialistischen Kampf neue Impulse verleihen.

In der gegenwärtigen Lage ist es ein historisches Gebot, dass wir als kommunistische und Arbeiterparteien uns an diesen defensiven Schlachten der Völker beteiligen, sie verstärken und in offensive Kämpfe für weitergehende Rechte der Arbeiter und der Völker, für die Abschaffung des Kapitalismus umwandeln.

Die Kommunisten, die diese strategische Agenda vorlegen, heben dabei hervor, wie wichtig die Organisation der Arbeiterklasse und die Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterbewegung in einer klassenorientierten Richtung für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten sind.

Im Rahmen dieses Kampfes haben für uns besondere Bedeutung:

- die Verteidigung, Konsolidierung und Weiterentwicklung der nationalen Souveränität der Völker
- der Ausbau sozialer Bündnisse
- die Stärkung der antiimperialistischen Front für Frieden, für das Recht auf reguläre Arbeitsplätze, auf soziale Rechte wie unentgeltliche Gesundheitsfürsorge und Bildung.

Die Verteidigung, Konsolidierung und Weiterentwicklung der Souveränität der Völker

Angesichts der zunehmenden Aggression des transnationalen Kapitals hat der Kampf gegen die imperialistische Besetzung von Ländern, gegen wirtschaftliche und politische Abhängigkeit und zur Verteidigung der Souveränität der Völker herausragende Bedeutung erlangt. Für die Kommunisten ist es wichtig, diesen mit dem Kampf für soziale Emanzipation und Klassenemanzipation zu verbinden.



Die Kommunisten, die gegen den Imperialismus kämpfen, setzen sich für gleichberechtigte internationale Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern auf der Basis des gegenseitigen Vorteils ein.

Die Verteidigung, Konsolidierung und Weiterentwicklung der Souveränität der Völker ist von besonderer Bedeutung in Afrika und für diejenigen Völker, die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte kolonialer und halbkolonialer Unterdrückung erlebt haben. 2010 jährt sich der Beginn der formalen Entkolonialisierung Afrikas zum 50. Mal. Jedoch überall, auch dort, wo afrikanische Minderheiten leben, besteht das grausige Erbe von Sklavenhandel, kolonialer Enteignung und Raub fort. Trotz 50 Jahren formaler Entkolonialisierung kommt es überall verstärkt zu imperialistischer Intervention, wird die Vorherrschaft der Monopole mit Unterstützung des einheimischen Kapitals ausgebaut. Der Kampf dagegen erfordert das aktive Handeln und die Einheit der Volksmassen sowie die Verbreitung allgemeiner demokratischer Rechte.

Der Ausbau sozialer Bündnisse

Die anhaltende Krise des Kapitalismus und die antizivilisatorische Abwehr derselben schaffen die Voraussetzungen, um breite antimonetaristische und antiimperialistische soziale Bündnisse aufzubauen, die fähig sind, die Macht zu erobern und einen tiefgreifenden fortschrittlichen, radikalen und revolutionären Wandel herbeizuführen.

Die Einheit der Arbeiterklasse ist ein grundlegender Faktor zur Herstellung wirkungsvoller sozialer Bündnisse mit der Bauernschaft, den Massen der Armen in Stadt und Land, den städtischen Mittelschichten und den Intellektuellen. Den Erwartungen der Jugend und den Herausforderungen, vor denen sie steht, ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Bodenfrage, Agrarreform und ländliche Entwicklung sind wichtige Fragestellungen für die Entwicklung der Volkskämpfe in weniger entwickelten Ländern. Sie sind untrennbar verbunden mit Ernährungssouveränität und -sicherheit, nachhaltigen Existenzgrundlagen, der Artenvielfalt, dem Schutz der nationalen Ressourcen, dem Kampf gegen die Monopole des Agrobusiness und deren Erfüllungsgehilfen vor Ort. In diesen Kämpfen kommt den legitimen und progressiven Bestrebungen der indigenen Völker bei der Verteidigung ihrer Kultur, Sprache und Umwelt eine wichtige Rolle zu.

Die Rolle der Kommunisten bei der Stärkung der antiimperialistischen Front für Frieden, nachhaltigen Schutz der Umwelt, für Fortschritt und Sozialismus

Die Krise des Imperialismus und dessen Gegenoffensive führen zu einer Erweiterung und Diversifizierung der Kräfte, die objektiv eine patriotische und antiimperialistische Stellung einnehmen. Wie unterschiedlich die Lage in den einzelnen Ländern auch sein mag, überall stehen die Kommunisten vor der Verantwortung, die antiimperialistische politische und soziale Front sowie die Kämpfe für Frieden, nachhaltigen Schutz der Umwelt und Fortschritt zu verbreitern und zu stärken, sie in den Kampf um den Sozialismus zu integrieren. Die selbstständige Rolle der Kommunisten, die Stärkung der kommunistischen und Arbeiterparteien ist lebenswichtig, um eine konsequent antiimperialistische Perspektive breiterer

Bewegungen und Fronten sicherzustellen.

Besondere Aufmerksamkeit ist dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Abwehrkämpfen und der notwendigen ideologischen Offensive zum Aufzeigen einer sozialistischen Alternative, zur Verteidigung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus zu widmen. Der ideologische Kampf der kommunistischen Bewegung ist von unverzichtbarer Bedeutung, um den Antikommunismus von heute zurückzuweisen, um bürgerlicher Ideologie, unwissenschaftlichen Theorien und opportunistischen, den Klassenkampf negierenden Bewegungen entgegenzuwirken und um die Rolle sozialdemokratischer Kräfte zu bekämpfen, die durch Unterstützung der Strategie des Kapitals eine volksfeindliche und proimperialistische Politik verteidigen und umsetzen. Uns kommt eine Schlüsselrolle zu, um in der Theorie und vor allem in der Praxis durch die Entwicklung internationaler Klassensolidarität die entscheidenden Verbindungen zwischen den verschiedenen Bereichen des Kampfes der Völker zu knüpfen.

Wir leben in einer historischen Epoche, in welcher der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu einem zivilisatorischen Imperativ geworden ist. Die umfassende Krise des Kapitalismus unterstreicht einmal mehr, dass die Aufgabe der nationalen Befreiung von der Aufgabe der sozialen, nationalen und Klassenemanzipation nicht zu trennen ist. Angesichts der Vertiefung der kapitalistischen Krise demonstrieren die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus die Voraussetzungen für die Überlegenheit des Sozialismus.

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien und die Stärkung der antiimperialistischen Front müssen Hand in Hand gehen.

Wir, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die in Tshwane in einer Situation massiver Angriffe auf die Arbeiter und Volksmassen, zugleich aber auch vieler Möglichkeiten zur Entwicklung des Kampfes zusammengekommen sind, bringen unsere tiefe Solidarität mit den Arbeitern und Völkern in ihren harten Kämpfen zum Ausdruck. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, Seite an Seite mit den Werktätigen, der Jugend, den Frauen und mit allen Teilen des Volkes, die Opfer kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung sind, zu handeln und zu kämpfen.

Wir bekräftigen unseren Appell an breiteste Kräfte der Völker, sich uns zum gemeinsamen Kampf für den Sozialismus anzuschließen, der die einzige Alternative für die Zukunft der Menschheit darstellt.

Dabei weisen wir auf folgende Hauptachsen für die Entwicklung gemeinsamer, abgestimmter Aktionen hin:

1. In der Etappe der Vertiefung der kapitalistischen Krise werden wir uns auf die Entfaltung der Kämpfe der Arbeiter und Völker für soziale und Arbeiterrechte, auf die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Klassenorientierung, die Förderung des sozialen Bündnisses mit den Bauern und anderen Volksschichten konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit wird den Problemen der Frauen und der Jugend gewidmet, die zu den ersten Opfern der kapitalistischen Krise gehören.

2. Angesichts der umfassenden imperialistischen Aggression und der Verschärfung inner-imperialistischer Rivalitäten, werden wir den antiimperialistischen Kampf für Frieden, gegen imperialistische Kriege und Besetzungen, gegen die gefährliche „neue“ NATO-Strategie und gegen ausländische Militärbasen, für die Abschaffung aller Atomwaffen verstärken.



Wir werden allen Menschen und Bewegungen, die Unterdrückung, imperialistischer Bedrohung und Aggression ausgesetzt sind und sich ihr widersetzen, aktive internationalistische Solidarität leisten.

3. Wir werden Antikommunismus, antikommunistische Gesetze, Maßnahmen und Verfolgung entschieden bekämpfen. Wir fordern die Legalisierung kommunistischer Parteien, wo sie verboten sind. Wir werden die Geschichte der kommunistischen Bewegung, den Beitrag des Sozialismus zum Fortschritt der menschlichen Zivilisation verteidigen.

4. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit den Kräften und Völkern, die mit dem Aufbau des Sozialismus befasst sind. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit dem Volk Kubas und seiner sozialistischen Revolution. Der Blockade Kubas werden wir weiterhin mit aller Kraft entgegenzutreten und die internationale Bewegung zur Freilassung der Cuban Five unterstützen.

5. Wir werden entsprechend den jeweiligen nationalen Bedingungen zur Stärkung antiimperialistischer internationaler Organisationen wie des WGB, des Weltfriedensrates, des WBDJ und der IDFF beitragen. Unser besonderer Gruß gilt den 17. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die vom 13. bis zum 21. Dezember 2010 in Südafrika stattfinden.

Internationale Umschau

Israel – Palästina: Kann man den Siedlungsbau fortsetzen und gleichzeitig ehrlich über Frieden verhandeln wollen?

Eine kritische Hinterfragung von Karin Kulow, Mitglied der BAG FIP

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu betont einerseits seine Bereitschaft, mit Abbas und anderen palästinensischen Führern Verhandlungen über ein beiderseitiges Friedensabkommen führen zu wollen. Andererseits weigert er sich aber hartnäckig, jeglicher Forderung nach einem Siedlungsbaustopp zu entsprechen. Die Rede dabei ist von eben jenen Gebieten, die völkerrechtlich für einen unabhängigen Palästina-Staat vorgesehen sind. Da nun die palästinensische Seite ihre Rückkehr an den Verhandlungstisch von einem solchen Siedlungsbaustopp abhängig macht, wirft er dieser kurzerhand Friedensunwilligkeit vor und bezichtigt sie der willentlichen Blockade der von Obama im September 2009 initiierten neuen Verhandlungsrunde. Selbst die Obama-Administration vermochte mit auch noch so verlockenden Offerten – wie der zusätzlichen Lieferung von 20 Stealth-Bombern – nicht, Netanjahu von dieser seiner Position abzubringen. Nach dessen Ansicht gehe es bei der Siedlungsfrage lediglich um einen im Prozess der Verhandlungen zu regelnden Gegenstand, der folglich auch in keiner Weise zu präjudizieren sei.

Wenn auch nicht bestritten werden soll, dass die seit 1967 entstandenen israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet zu einem der Essentials auf der Verhandlungsagenda gehören, so ist dennoch die von der palästinensischen Seite erhobene Forderung durchaus nachzuvollziehen. Denn eigentlich geböte sich ein Stopp wegen des mit dem Siedlungsbau verbundenen Völkerrechtsbruchs von selbst. Nicht umsonst ist dieser von der internationalen Gemeinschaft von Anbeginn an verurteilt worden. Zudem ist er mittlerweile in einem solchen Maße vorangeschritten, dass die Bildung eines lebensfähigen Palästina-Staates – und mithin die Realisierung der Zwei-Staaten-Option – mehr und mehr obsolet zu werden droht. Schließlich kommt für die palästinensische Seite auch noch die Negativerfahrung vorangegangener so genannter Friedensprozesse hinzu, als sich gerade währenddessen die Zahl der Siedler auf palästinensischem Gebiet stets noch um ein Vielfaches erhöhte.

Soll es also um ernsthafte Verhandlungen über ein Friedensabkommen gehen, sprich, der Zwei-Staaten-Lösung überhaupt noch eine Chance eingeräumt werden, so wäre der Siedlungsbaustopp dafür Signal und Prüfstein zugleich. Ansonsten wäre logischerweise anzunehmen, dass die Verhandlungen der israelischen Regierung lediglich wieder nur als Vorwand dafür dienen sollen, weiteren Territorialgewinn zu Lasten der Palästinenser für sich zu verbuchen.

Wie ernst sich die Siedlungsfrage inzwischen stellt, mögen nachfolgende Fakten erhellen, obwohl diese aufgrund des begrenzten Platzes teilweise leider nur recht cursorisch dargestellt werden können:

Völkerrechtswidrige Siedlungspolitik als Grundmaxime

Alle israelischen Regierungen – ungeachtet jeweiliger politischer Provenienz – haben sich seit Beginn der israelischen Okkupation der palästinensischen Territorien im Ergebnis des Sechs-Tage-Krieges 1967 der Siedlungspolitik verschrieben und mithin des Völkerrechtsbruchs schuldig gemacht. Sowohl einschlägige UN-Sicherheitsratsresolutionen als auch entsprechende Regelungen des Kriegsvölkerrechts wurden und werden ungeachtet aller internationalen Kritik verletzt. Angefangen von der UN-Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967¹, über die UN-Sicherheitsratsresolution 252 vom 21. Mai 1968² bis hin zu den im Anhang zur IV. Haager Konvention sowie in der Vierten Genfer Konvention von 1949 definierten Rechtsregimen der Okkupation. Entsprechend dort fixierter Grundsätze ist einer Besatzungsmacht verboten, permanente Veränderungen in den von ihr besetzten Gebieten vorzunehmen bzw. eigene Bevölkerungsteile nach dorthin zu verbringen sowie die indigene Bevölkerung – unter welchen Motiven auch immer – zu vertreiben. Gleichfalls untersagt ist ihr, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu zerstören, das individuell oder kollektiv Privatpersonen gehört. Stattdessen aber obliegt Israel als Okkupationsmacht die Obhutspflicht für die hier ansässige palästinensische Bevölkerung.

Basierend auf dem so genannten Alon-Plan wurde unmittelbar nach der militärischen Eroberung mit der Errichtung jüdischer Siedlungen auf dem okkupierten Gebiet begonnen. Sowohl im nördlichen Teil der Westbank, in israelisch-biblischer Lesart Samaria (Shomron), als auch in deren südlichem Teil, in eben Judäa (Jehudah) wie vor allem auch in und



um Ost-Jerusalem.³ Schon allein mit den Begrifflichkeiten wurde ein biblisch-religiöser Rechtsanspruch signalisiert. War die Westbank zuvor doch auch noch so bezeichnet worden, nämlich als ha-gadah ha-ma'aravit.

Wurde die Siedlungstätigkeit anfangs noch vordergründig mit dem Schutz vor eventuellen arabischen Angriffen zu rechtfertigen versucht –, ging es mit ihr danach aber mehr und mehr darum, einen eigenständigen Palästina-Staat an der Seite Israels zu verhindern.⁴ Dementsprechend rasant begann dann das israelische Siedlungswesen mit dem Machtantritt des rechtsnationalistischen Likud-Blocks unter Ministerpräsident Menachim Begin im Jahre 1977 zu expandieren. Nicht nur die Zahl der Siedlungen und Siedler stieg rapide an. Auch deren Verbreitungsgebiet begann sich – speziell unter Berufung auf das biblische Israel – fortan sichtlich zu verändern. Hatten sich die Siedlungen bis dahin meistens noch auf Gegenden mit jeweils geringerer palästinensischer Bevölkerungsdichte konzentriert; so dehnten sie sich nunmehr explizit auf solche mit zumeist hoher palästinensischer Bevölkerungskonzentration aus. Offenkundig war den Siedlungen auch die Funktion zugeordnet, die 1967er Grenze – oder auch „Grüne Linie“ – durch neue „facts on the ground“ auszuhebeln und für eventuelle spätere Verhandlungen untauglich zu machen. Sprich neue Grenzverläufe zugunsten des Staates Israel begründen zu helfen. Denn bezeichnenderweise hat Israel bis heute seine Staatsgrenze offiziell nicht determiniert.

Inhaltliche Grundlage dieser Neuaufwertung wiederum bildete der vom damaligen Landwirtschaftsminister und Vorsitzenden des Ministerkomitees für Siedlungen Ariel Sharon im Herbst 1977 vorgelegte Plan. Nicht zufällig gilt Sharon vielen seither als der eigentliche „Gottvater“ des israelischen Siedlungswesens. Denn im Unterschied zu Alon wurde bei dem Plan von Sharon das Schwergewicht auf die Schaffung urbaner, zumeist auf den Bergspitzen gelegener, aber gleichfalls auch durch spezielle Straßen direkt mit Israel verbundener Siedlungen gelegt. Zudem schienen ihm diese leichter zu errichten zu sein und auch schneller zu bevölkern als die zuvor meistens agrarisch ausgerichteten Siedlungen im sozialdemokratisch-zionistischen Geiste. Ein weiteres Element des Sharon-Planes bildete die weitere Ausdehnung des Siedlungsgürtels um Ost-Jerusalem – vom Etzion-Block und Efrat im Süden über Ma'aleh Adumim im Osten sowie Beit El und Ofra im Norden.

Einen Aktivposten bei der Realisierung dieses von Sharon entwickelten Siedlungskonzepts bildete die 1974 aus der nationalreligiösen Bewegung hervorgegangene Siedlerorganisation Gush Emunim (Block der Getreuen), die gleichfalls Erez Israel zurückzuerobern trachtet. Und zwar gestützt auf das Credo ihrer religiösen Lehrer Rabbi Avraham Yitzhak Ha Cohen Kook und dessen Sohn Zvi Jehuda Kook, wonach die Heiligkeit des Landes und Volkes Israel ewig sei und die zionistische Bewegung das Erscheinen des Messias verkündige. Damit wird die Besiedelung insbesondere der Westbank und mithin die Verhinderung eines unabhängigen Palästina-Staates an der Seite Israels zur heiligen Pflicht erklärt. Nicht zufällig finden sich gerade diese „messianistischen“ Siedlungsgründungen vor allem in palästinensischen Ballungsgebieten. Gush Emunim wie der 1980 entstandene und scheinbar etwas weniger radikale Siedlerblock (Jesha-Rat) bilden seither eine Art grauer Eminenzen bei der Verteidigung und Durchsetzung der Siedlerinteressen gegenüber allen israelischen

Regierungen. Von denen werden sie aber jeweils auch wieder als Vorwand genutzt, nicht gegen diese Siedlergruppen vorgehen zu können, um keinen Bürgerkrieg zu riskieren. Seit den 1990er Jahren, allerdings an keine bestimmte Parteienherrschaft mehr gekoppelt, wird anscheinend nicht mehr so sehr auf steigende Siedlungszahlen Wert gelegt. Vielmehr konzentriert man sich darauf, bestehende Siedlungen aus sich heraus zu erweitern. Das geschieht unter dem Schlagwort von der notwendigen Befriedigung „natürlichen Wachstums“. Dieses zugleich angewendet als eine Art Trick der jeweiligen Regierungen, sich dem von der internationalen Gemeinschaft geforderten Einfrieren des Siedlungsbaus zu entziehen.

Heutiger Siedlungsbestand in der Westbank und in Ost-Jerusalem

Dieses, seit vier Jahrzehnten in der Westbank und in Ost-Jerusalem stattfindende Siedlungsbau geschehen hat tiefe Spuren hinterlassen. Wie ein Krake mit seinen Fangarmen hat es sich über jenes Territorium ausgebreitet, das entsprechend völkerrechtlichen Festlegungen für den Staat Palästina vorgesehen ist. Die einzelnen Teile der Westbank werden mehr und mehr fragmentiert und lassen so das Bild von einem Flickenteppich oder Schweizer Käse aufkommen.

Gar nicht zu reden von den Hunderten von Checkpoints und anderen Straßensperren, die die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bewohner der Westbank noch zusätzlich einschränken. Zumeist auf Anhöhen errichtet, thronen die Siedlungen über den palästinensischen Städten und Dörfern in den Tälern und wirken so – weithin sichtbaren Wachtposten gleich – noch zusätzlich provokant.

Wenn von Siedlungen die Rede ist, so geht es dabei nicht allein um Unterkünfte für die Siedler, sondern um ein komplexes infrastrukturelles System einschließlich eigener Wirtschaft. Und nicht zuletzt um die so genannten By-Pass-Straßen, jene ausschließlich von Siedlern zu benutzenden Straßennetzen zur direkten Verbindung der Siedlungen mit Israel.

Mit alledem wird den Palästinensern sukzessive Territorium entzogen. Hinzu kommt noch jenes, das durch den völkerrechtswidrigen Verlauf der seit 2002 in Bau befindlichen Trennmauer beansprucht wird.

a) in der Westbank

Gemäß den von der israelischen Friedensorganisation Peace Now erstellten Listen existieren in der Westbank gegenwärtig 120 Siedlungen⁵, von denen eine ganze Reihe 2008 nach ihrer Bevölkerung bereits die Größe von Klein- oder gar mittleren Städten erreicht hatte und für die der Terminus Siedlungsblock gebräuchlich ist.

Zwei der Siedlungsblöcke, nämlich Ma'aleh Adumim und Ariel, verfügen bereits über Stadtrecht. Sie sollen etwas genauer unter die Lupe genommen werden, weil sie – ungeachtet aller Spezifik – in vielerlei Hinsicht symptomatisch für das von Staats wegen geförderte und im Bunde mit den Siedlern ablaufende Siedlungsgeschehen sind. Ma'aleh Adumim – im Korridor zwischen dem Jordantal bzw. Jericho und Ost-Jerusalem, also nahezu inmitten der Westbank gelegen – ist aus einer Art Workcamp erwachsen, welches 1975 von 23 so genannten Pionier-Familien errichtet worden war und sich dann 1979 eine örtliche Verwaltung gegeben hat. Der Name wird auf biblische Zeiten zurückgeführt.

Der Stellenwert als Siedlung definierte sich von Anfang an durch seine besondere geostrategische Lage. Dementsprechend war und ist dieser eine Brückenfunktion zwischen den hier jeweils gelegenen Siedlungen zugeordnet – sozusagen als Sperrriegel quer über die Westbank. Und mittlerweile reicht sie flächenmäßig selbst schon fast an Jericho heran. Sollten in Vorbereitung befindliche Pläne, so der E1-Plan⁶, tatsächlich realisiert werden, würde nicht nur Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank völlig abgeschnitten sein, sondern zudem auch die Westbank quasi mittig durchtrennt.

Ma'aleh Adumim gehört deshalb nicht zufällig zu den Siedlungen mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung in der Westbank. Seine Einwohnerzahl hat sich im Zeitraum 1995 bis 2008 nahezu verdoppelt. Vor allem jüngeren israelischen Paaren wird sie schmackhaft gemacht. Für die Stadt selbst angestrebt ist demnächst die Zahl von 50 000 Siedlern. Aus diesem Grunde wird Ma'aleh Adumim regierungsoffiziell auch stets mit an erster Stelle genannt, wenn es um den Bau neuer Wohneinheiten zur Befriedigung der Bedürfnisse „natürlichen Wachstums“ geht. Laut einem Peace Now-Bericht vom März 2009 sind detaillierte Baupläne für 1 708 neue Wohneinheiten bereits genehmigt und weitere 5 700 Wohneinheiten befinden sich in der Planungsphase. Überdies scheint ein Masterplan in Vorbereitung, in dessen neuester Version zusätzliche 6 000 Wohneinheiten kalkuliert sind, um die Einwohnerzahl des gesamten Siedlungsblocks auf künftig 104 000 Siedler zu erhöhen.⁷

In ihrer Stadtchronik bezeichnet sich die Siedlung Ma'aleh Adumim mit Verleihung des Stadtrechtes im Jahre 1991 als „die erste jüdische Stadt in Judäa, Samaria und Gaza“⁸. Auch wenn der Anspruch auf den Gaza-Streifen israelischerseits 2005 offensichtlich aufgegeben worden ist, so ist die darin implizierte Verhöhnung des Völkerrechts eigentlich durch nichts mehr zu überbieten.

Ariel, das sich selbst als Hauptstadt von Samaria bezeichnet, führt seine Wurzeln auf ein Zeltlager zurück, welches von der israelischen Armee im Mai 1977 in der Nähe des palästinensischen Dorfes Haris unter der Bezeichnung „Haris Außenposten“ aufgeschlagen worden war. Mit der 1978 von der damaligen Likud-Regierung gegebenen Zusicherung, dem „Haris Außenposten“ die Entwicklung zur Stadt zu garantieren, fanden sich dann im gleichen Jahr 40 „Pionier-Familien“ bereit, hier zu siedeln. Ihrer Siedlung gaben sie den Namen Ariel – in erklärter biblischer Referenz an Jerusalem und den Tempelberg. Deren spezifische geostrategische Lage wurde damals darin beschrieben, zwischen Mittelmeer und Jordan gelegen zu sein und gleichzeitig die Küsten Israels überblicken zu können. Auf seinem Internet-Portal wird die geografische Lage des Siedlungsblocks Ariel beschrieben als „im Kernland des biblischen Israel“⁹ befindlich sowie im Herzen Israels – 40 km östlich von Tel Aviv, 40 km westlich des Jordan und 60 km nördlich von Jerusalem. Korrekt jedoch müsste es heißen, dass Ariel sich fast 20 km in östlicher Richtung entfernt von der „Grünen Linie“ auf der palästinensischen Westbank befindet und wie ein bohrender Finger in diese hineinragt.

Nachdem die Siedlung 1981 den Gemeindestatus erhalten hatte, wurde ihr dann 1998, während der ersten Ministerpräsidentschaft von Netanjahu, das Stadtrecht verliehen. Und ein Jahr später wurde sie zu Israels erster anheimelnder Stadt (smart city) gekürt. Ariel sieht sich selbst als ein Mi-

krokosmos von Israel: Israelis und Einwanderer bilden zusammen die heutige Bevölkerung. Über die Hälfte davon stammt aus der ehemaligen Sowjetunion, die ersten von ihnen kamen 1989 hierher. 2007 wurde zudem ein Programm speziell für nordamerikanische Einwanderer aufgelegt, um so die Einwohnerzahl Ariels gezielt weiter zu erhöhen.

Neben den rund 20 000 Einwohnern bevölkern diesen Siedlungsblock heute ebenfalls rund 10 000 Studenten. Bereits 1982 war in Ariel das „College of Judea and Samaria“ gegründet worden, das seit Ende Januar 2010 sogar mit den akademischen Weihen einer Universität versehen worden ist. Nunmehr nennt es sich also „Ariel University Center of Samaria“, sich selbst verstehend „als eine demonstrative zionistische Institution“¹⁰ und sich offerierend als eine der am schnellsten wachsenden akademischen Einrichtungen in Israel.

Dass dieser Siedlungsblock Ariel ungeachtet allen Völkerrechts als Teil des Staates Israel betrachtet wird, hat schon Ex-Premier Ehud Olmert vor Jahren wissen lassen und auch Netanjahu hat unlängst dessen Bürgermeister Ron Nachman – übrigens Leitfigur der ersten Siedlergruppe 1978 – versichert, alles dafür tun zu wollen, dass Ariel zu Israel gehörig bleibt. Auch für Ariel ist selbstverständlich seitens des zuständigen israelischen Ministeriums der Bau weiterer Wohneinheiten vorgesehen. 797 sind bereits bewilligt worden und für 3 200 weitere werden derzeit die detaillierten Baupläne erstellt. Überdies wird an einem Masterplan für zusätzliche 8 000 Wohneinheiten gearbeitet.¹¹

Für die Westbank insgesamt ist laut dem zuvor bereits zitierten Peace Now-Bericht in den folgenden Jahren der Bau von 67 580 neuen Wohneinheiten ins Auge gefasst. Alles in allem wird deutlich, dass für die Siedlungen weit in die Zukunft reichende jeweilige Entwicklungspläne bestehen und mithin die Fortexistenz insbesondere der großen Blöcke als unumstößlich gilt. Damit wird die Berufung auf Ur-Ur-Väterzeiten weiterhin für absolut legitim gehalten, um die eigene Präsenz auf eigentlich fremdem Territorium zu rechtfertigen.

Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang sind schließlich auch noch die so genannten Außenposten, deren Zahl sich zur Zeit auf etwa 100 belaufen soll.¹² Obwohl diese durchaus Schwankungen unterliegt, da einige von ihnen staatlicherseits doch hin und wieder beseitigt werden, stellen sie dennoch eine fixe und nicht zu bagatellisierende Größe dar. Eine Art Seismograph für entweder beabsichtigte Siedlungsneugründungen oder auch Siedlungserweiterungen.

Offensichtlich kommt ihnen politisch-strategisch eine Doppelfunktion zu. Einerseits können sie dazu dienen, weiteren Grund und Boden der Westbank in Beschlag zu nehmen und damit zugleich für empfindliche Unruhe unter der palästinensischen Bevölkerung zu sorgen, die bis zur Provozierung gewaltsamer Auseinandersetzungen gehen können. Was sich dann wiederum gut dafür eignet, die Sicherheit des Staates Israel als nach wie vor bedroht darzustellen. Andererseits aber fungieren sie auch als eine Art „Feigenblatt“ dafür, dass israelische Regierungspolitik durchaus gegen Siedler vorzugehen bereit sei. Wenngleich nur basierend auf dem Trick, zwischen „autorisierten“ und „unautorisierten“ Außenposten zu differenzieren. Ganz so, als ob lediglich die „Unautorisierten“ gegen Recht und Gesetz verstießen und alle übrigen damit automatisch legitimiert wären.



b) in Ost-Jerusalem

Zweifellos erfährt in Ost-Jerusalem dieses ganze israelische Siedlungswesen noch eine zusätzliche Brisanz. Vor allem insofern, als die israelische politische Klasse, bis in breite Schichten der Bevölkerung hinein, dieses hier nicht einmal mehr als solches gelten zu lassen bereit ist.¹³ Und zwar getreu dem im „Jerusalem“-Gesetz von 1980 definierten Anspruch auf Jerusalem als ewige und unteilbare Hauptstadt Israels. Zudem verbirgt sich hier die zusätzliche Gefahr, dass der vom Wesen her territoriale Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gar noch zu einem religiösen mutiert, für den dann aber überhaupt keinerlei Kompromisslösungen mehr vorstellbar wären.

Die derzeit in und um Ost-Jerusalem befindlichen Siedlungen – die Angaben über deren genaue Zahl schwanken zwischen 12 und 17 – dehnen sich durch den Bau immer neuer Wohneinheiten beständig weiter aus. Da sich die Siedlungstätigkeit in Ost-Jerusalem bereits über vier Jahrzehnte, d. h., über mehrere Generationen hinzieht, werden beispielsweise in den frühen 1970er Jahren entstandene Siedlungen im öffentlichen Bewusstsein als originäre jüdische Ansiedlungen angesehen.¹⁴

Aber nicht nur der demografische Charakter von Ost-Jerusalem hat sich infolgedessen gravierend zugunsten des Anteils jüdischer Siedler verändert. Sondern vor allem die Lebensumstände für die dortige palästinensische Bevölkerung, von der über die Hälfte Kinder sind, verschlechtern sich zusehends. Sowohl, was ihre Wohnbedingungen betrifft, als auch die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Gesundheitsfürsorge und Versorgung mit sauberem Wasser. Ebenso leben sie in zunehmender Sorge, die blaue Identitätskarte und somit ihre Residenzerlaubnis in Ost-Jerusalem zu verlieren. Ganz zu schweigen davon, dass sie durch die Trennmauer von ihrem palästinensischen Hinterland, der Westbank, nahezu völlig abgeschnitten sind und damit auch ihrer ökonomischen und sozialen wie familiären Bindungen verlustig gehen. Auch haben sie sich damit abzufinden, dass ihre Institutionen in Ost-Jerusalem, vor allem das Orienthaus, weiterhin geschlossen sind – ungeachtet aller internationalen Aufforderung an die israelische Regierung, diese von ihr 2001 verfügte Schließung wieder aufzuheben. Eine wachsende Zahl von palästinensischen Familien sieht sich von Vertreibung aus ihren Häusern und Wohnungen bedroht. Entweder per juristischer Klageverfahren oder auch sofortigem Abriss, weil ihnen der Nachweis über entsprechende Baugenehmigungen, die wiederum nur äußerst selten erteilt werden, fehlt. Über 2 000 palästinensische Wohneinheiten wurden auf diese Weise seit 1967 bereits dem Erdboden gleichgemacht. Davon allein in den Jahren von 2000 bis 2008 673.¹⁵

Dies alles geschieht in krassem Gegensatz zu der Errichtung von immer neuen Siedler-Wohnbauten. Entsprechend einem im März 2010 veröffentlichten Dokument¹⁶ sollen bis 2020 mindestens 15 380 neue Wohneinheiten in Ost-Jerusalem gebaut werden.

Im besonderen Focus israelischer Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem stand und steht natürlich das Gebiet um die Altstadt von Jerusalem, das so genannte Holy Basin (Heiliges Becken)¹⁷. Dies betrifft vor allem die beiden palästinensischen Ortsteile Silwan und Scheich Jarrah, die zugleich Sinnbilder konzertierter Aktionen von staatlichen Stellen und ra-

dikalen Siedlerorganisationen wie beispielsweise Elad Association (El Ir David)¹⁸ oder Ateret Cohanim¹⁹ sind. Bezeichnenderweise erfreuen sich gerade diese beiden radikalen Siedlerorganisationen eines mehr als üppig sprudelnden Sponsorings von US-amerikanischen Mäzenen, darunter von Irving Moskowitz – einem Arzt im Ruhestand und Eigentümer des in Kalifornien beheimateten BINGO-Lotterie-Spiels. (Bezeichnenderweise sind alle Spendengelder für den israelischen Siedlungsbau in den USA steuerlich absetzbar.)

Dem inmitten des „Holy Basin“ befindlichen, südlich der Altstadt gelegenen Silwan mit etwa 40 000 palästinensischen Einwohnern scheint bei diesem Vorhaben eine Schlüsselrolle zuzukommen. Speziell seit Beginn der 1990er Jahre sehen sich dessen Bewohner immer rigoroseren Siedler-Attacken unter staatlichem Begleitschutz ausgesetzt. Insbesondere jene in den Vierteln von Wadi Al-Hilweh und Al-Bustan. An der Stelle, wo sich heute Silwan befindet, soll einst die Stadt Jerusalem errichtet worden sein. Deshalb wird sie von den Siedlern wie der israelischen Regierung nur noch als Stadt Davids (City of David oder Ir David) bezeichnet. Für die Palästinenser hingegen ist es Wadi Al-Hilweh (Liebliches Flusstal).

Der nördlich an die Altstadt angrenzende palästinensische Ortsteil Scheich Jarrah mit rund 2 700 Bewohnern wiederum beherbergt eine ganze Reihe bekannter palästinensischer Einrichtungen, darunter das Orienthaus und das Palästinensische Nationaltheater. Entstanden ist dieser 1956 im Zusammenwirken zwischen UN und jordanischer Regierung, um hier palästinensischen Flüchtlingen des 1948er Krieges eine neue Bleibe zu bieten, ohne jedoch damals gleichzeitig auch die damit verbundenen Eigentumsfragen an Grund und Boden geklärt zu haben. Was von Siedlern heute rücksichtslos ausgenutzt wird und für die betreffenden Bewohner mit fatalen Folgen verbunden ist. Gestützt durch die Israelische Landadministration wird von den Siedlern vorgegeben, dass es sich dabei um Land handele, welches zu Zeiten des Osmanischen Reiches bzw. der britischen Mandats Herrschaft in jüdischem Besitz gewesen sei. Mindestens ein Viertel der palästinensischen Einwohnerschaft von Scheich Jarrah muss wohl im Zuge der Realisierung hier geplanter Projekte mit der Zerstörung von Wohnstätten und mit erneuter Vertreibung rechnen.

Wenn derartige Restitutionsansprüche als völlig gerechtfertigt angesehen werden sollen, so müssten diese doch aber wohl auch im umgekehrten Fall gelten, wenn Palästinenser ihren vor 1948 im Westteil der Stadt bestehenden Besitz gleichermaßen zurückfordern wollten. Was aber schon allein aus dem Grunde völlig illusorisch wäre, da dort nahezu alles so genanntes Staatsland ist, auf welches aber nun wiederum Palästinenser per se keinerlei Besitzansprüche anmelden haben.

Stetig wachsende Siedlerzahlen

In dem Maße, wie sich die Zahl der Siedlungen in der Westbank und in Ost-Jerusalem seit 1967 erhöht hat, sind dementsprechend natürlich auch die Siedlerzahlen immer weiter in die Höhe geschneilt. Bezeichnenderweise ist das dortige Bevölkerungswachstum dreimal höher als jenes in Israel selbst und liegt das Durchschnittsalter bei etwa 20 bis 40 Jahren. Mit einem ganzen Paket von Maßnahmen sucht man Israelis wie jüdische Bürger im Ausland für eine Ansiedlung in der palästinensischen Westbank zu ermuntern. So werden sie angelockt: mit großzügigen finanziellen Angeboten zum



Bau von modern ausgestatteten Unterkünften und familienfreundlicher Infrastruktur; mit niedrigen Kosten und großzügig subventionierten Sozialleistungen. Rund eine halbe Million Siedler (300 000 in der Westbank und 200 000 in Ost-Jerusalem) leben heute auf palästinensischem Gebiet.

Das untenstehende Diagramm veranschaulicht im Vergleich den jeweiligen Entwicklungsverlauf der Siedlerzahlen im Zeitraum von 1972 bis 2008:

Dabei deutlich sichtbar ist das bereits eingangs angesprochene auffällige Emporschnellen der Siedlerzahlen (sieht man einmal von dem mit dem Likud-Machantritt 1977 verbundenen Anstieg ab) speziell in jenen Jahren, als es eigentlich um die Aushandlung eines End-Status-Abkommens gehen sollte.²⁰

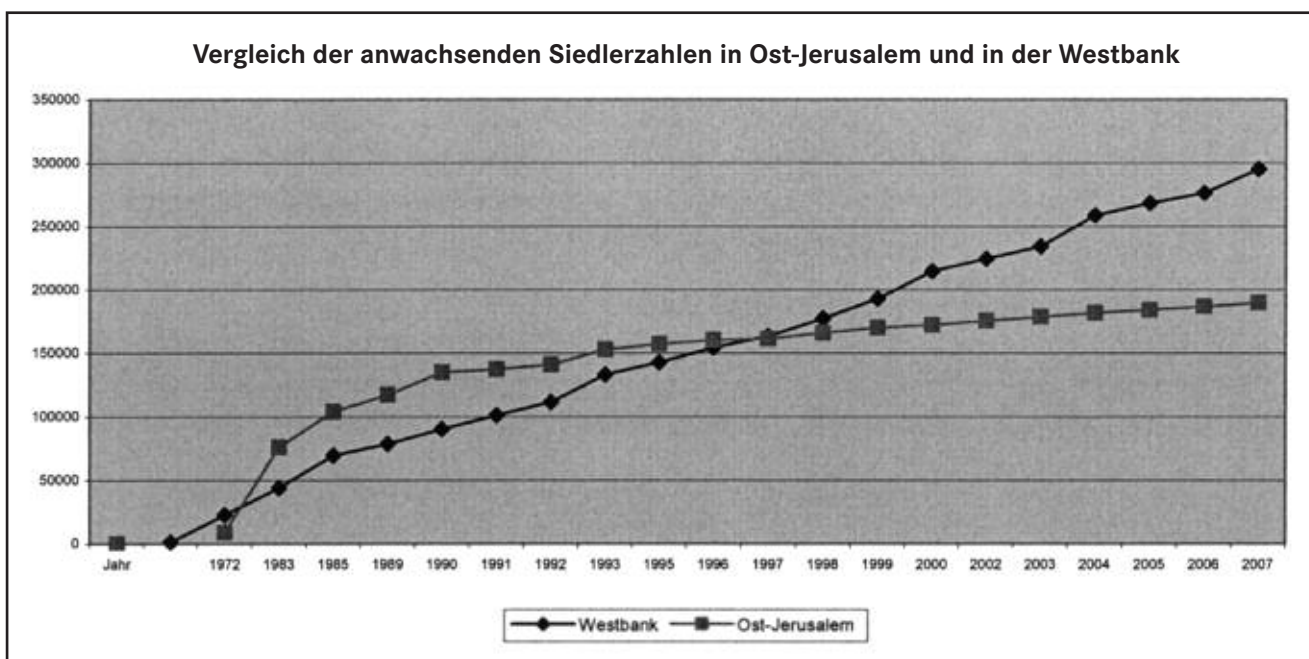
Vor allem die vom göttlichen Auftrag der jüdischen Rückeroberung biblischen Landes beseelten Siedler, deren Anteil immerhin ein reichliches Drittel beträgt, zeichnen sich durch besondere Rigorosität und Militanz aus. Zumeist bilden sie nach Einschätzung von Ernest Goldberger „streng monistische Gruppen, die keine Abweichungen von den geltenden Normen gestatten und an Sekten erinnern. Zu diesen Normen gehört auch die Pflicht der Frau, möglichst viele Kinder in die Welt zu stellen“.²¹ Dementsprechend widersetzen sich diese Siedler jeglichem Aussöhnungsprozess zum Zwecke eines dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern. Unter ihnen befinden sich auch nicht wenige solcher, die einst in ihrer US-amerikanischen Heimat zu den sozialen Unterschichten gehörten und sich nun – nicht selten auch unter Drogeneinfluss – gegenüber Palästinensern in der Westbank als Überlegene gebärdeten.

Alles in allem befindet sich also heute bereits rund ein Zehntel des Westbank-Territoriums im Einflussbereich der Siedler.²² Auch Ost-Jerusalem ist bereits zu wesentlichen Teilen judaisiert und von seinem natürlichen palästinensischen Hinterland abgeschottet. Darin eingeschlossen ist nicht zuletzt die Kontrolle über die begehrten Wasserressourcen, so dass den Siedlern allein größere Mengen Wassers zur Verfügung stehen als der palästinensischen Westbankbevölkerung zusammen genommen.

Was noch schwerer wiegt: Im Ergebnis dieses ganzen

Siedlungsgeschehens besteht die Westbank nicht mehr als ein homogenes, zusammenhängendes Territorium. Damit indessen aber steht und fällt die Möglichkeit der Errichtung eines lebensfähigen Palästina-Staates an der Seite Israels. Anders gesagt: die israelische Siedlungspolitik ist zur Schicksalsfrage der Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt geworden.

Dass sich dieses Siedlungswesen in der palästinensischen Westbank überhaupt – und zudem noch in diesem schicksalsschweren Ausmaß – entwickeln konnte, liegt wesentlich auch im Verhalten der westlichen Staaten begründet, vor allem in deren Inkonsequenz und Stillhaltepolitik. Nur deshalb konnte sich Israel bei seinem Vorgehen in der Westbank sicher wähnen, hatte es doch keinerlei wirksame Sanktionen gegen sich zu befürchten. Denn über die Jahrzehnte hinweg haben namentlich die USA darauf hingewirkt, kraft ihres Vetorechts die UNO aus dem Nahostregelungsprozess herauszuhalten und damit die legitimen nationalen palästinensischen Interessen zu unterlaufen. Aber auch die EU, darunter an vorderster Stelle die Bundesrepublik Deutschland, ist von der Mitverantwortung dabei keinesfalls freizusprechen. In praxi hat sie ebenfalls inkonsequent agiert und es stets nur bei verhaltener Kritik bewenden lassen. Es wird sehr aufschlussreich sein, wie sich die im UN-Sicherheitsrat vertretenen westlichen Staaten verhalten werden, wenn – wie bislang von der palästinensischen Seite beabsichtigt – im Februar 2011 versucht wird, eine Resolution einzubringen, mit der die seit 1967 von Israel betriebene Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten verurteilt werden soll. Zumindest hat UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon Ende Dezember 2010 die Absicht verlauten lassen, neben der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung des Gaza-Streifens die Beendigung der israelischen Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem zu einem der Hauptziele des Wirkens der UNO im Jahre 2011 zu erklären. Die Bundesrepublik Deutschland kann als neu gewähltes nichtständiges UN-Sicherheitsratsmitglied gleichfalls unter Beweis stellen, wie ernst es ihr tatsächlich mit dem erklärten Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung ist.



Auch DIE LINKE sollte für sich daraus eine besondere Verantwortung ableiten und sich insbesondere einem verstärkten zivilgesellschaftlichen Engagement verpflichtet fühlen. Dies um so mehr, als sich – wie die Gaza-Flotille gezeigt hat – weltweit verschiedenste Initiativen zu formieren beginnen. Darunter auch speziell jüdische, die in der fortgesetzten Siedlungspolitik Israels nicht nur eine Gefährdung der Zwei-Staaten-Option, sondern in erster Linie auch eine selbst verschuldete Bedrohung für die eigene sichere Existenz erkennen.

Anmerkungen

- 1 Diese bekräftigt eindeutig die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern. Gleichzeitig wurde Israel mit ihr aufgefordert – und dies immerhin schon vor mehr als vier Jahrzehnten –, seine Streitkräfte aus den während dieses Krieges besetzten Gebieten zurückzuziehen.
- 2 Darin ist festgeschrieben, dass alle von Israel unternommenen rechtlichen wie administrativen Maßnahmen und Aktionen, einschließlich der Expropriation von Land und Eigentum, die darauf gerichtet sind, den legalen Status von Jerusalem zu verändern, ungültig sind und mithin dessen Status auch nicht verändern können. Also auch Ost-Jerusalem unterliegt somit den relevanten Völkerrechtsgrundsätzen und ist folglich integraler Bestandteil der Westbank.
- 3 Nur 17 Tage nach dem Ende des Sechs-Tage-Krieges wurden durch Annexion von 70,5 km² Territorium der Westbank, inklusive 28 palästinensischen Dörfern, die Fläche von Jerusalem verdreifacht und die Stadt damit zur flächenmäßig größten Israels. Verwaltungsmäßig fortan als „Greater Jerusalem“ bezeichnet.
- 4 Auch die jordanischen Monarchen hatten einen solchen Staat nicht gewollt. Dennoch aber kam König Hussein II. nicht umhin, das Votum des 7. Treffens der arabischen Staatsoberhäupter und Regierungschefs 1974 in Rabat zu akzeptieren. Auf diesem Treffen wurde die PLO als einzig legitime Vertreterin des arabischen Volkes von Palästina anerkannt. Dementsprechend stimmte dann im gleichen Jahr auch das jordanische Parlament einer Verfassungsänderung zu, wonach Jordanien formell auf die von Israel besetzten Gebiete westlich des Jordan zugunsten der Palästinenser verzichtete und dann 1988 diesen Verzicht endgültig verbriefte (worauf die PLO dann Ende desselben Jahres in Algier den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 ausrief). Auch die UNO hatte im Zuge dessen die PLO als politische Interessenvertreterin der Palästinenser anerkannt; seither verfügt sie dort über einen Beobachterstatus.
- 5 Israelischerseits werden diese Siedlungen als „Kommunitäten“ bezeichnet. Rund 556 Millionen US-\$ werden jährlich vom israelischen Staat für sie bereitgestellt. Über die Jahrzehnte wurden bereits 17,4 Milliarden US-\$ an israelischen Staats- und Steuergeldern für das Siedlungswesen in der Westbank ausgereicht. Davon reichlich drei Viertel für den Bau entsprechender Wohneinheiten.
- 6 Dieser E1-Plan (die Abkürzung E steht für East, also Osten) umfasst ein Gebiet, das sich zwischen der östlichen Verwaltungsgrenze von Greater Jerusalem und Ma'aleh Adumim erstreckt und die palästinensischen Ortschaften Anata, Abu Dis, Azariya und Az-Za'im tangiert. Bei Fertigstellung würde damit eine Fläche von rund 12 km² beansprucht und dabei auch noch die palästinensische Hauptstraßenverbindung zwischen der nördlichen und der südlichen Westbank durchschnitten. Bislang scheint der Plan aber immer noch in der Schwebe zu sein, da verständlicherweise verschiedentlich internationaler Protest dagegen erhoben wird.
- 7 www.peacenow.org.il (aufgerufen am 5. Mai 2010).
- 8 www.jr.co.il/ma/history.htm.
- 9 www.ariel.muni.il (aufgerufen am 14. Mai 2010)
- 10 www.ariel.ac.il (aufgerufen am 12. März 2010). Der spezifische Charakter dieser Universität soll vor allem dadurch zum Ausdruck kommen, dass jeder Student pro Semester einen Pflichtkurs entweder zu Aspekten des Judentums, des jüdischen Erbes oder zum Land Israel zu belegen und in jedem Unterrichtsraum die israelische Fahne zu hängen habe.
- 11 www.peacenow.org.il (aufgerufen am 5. Mai 2010).
- 12 Gemäß aktuellen Recherchen und namentlicher Auflistung von Peace Now.
- 13 So wie es beispielsweise Premier Netanjahu in seiner Rede vor dem American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC) im März 2010 in Washington unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat: „Jerusalem ist keine Siedlung. Es ist unsere Hauptstadt.“ Wer nicht akzeptieren wolle, dass die jüdischen Nachbarschaften jenseits der „Grünen Linie“

(sprich in Ost-Jerusalem) integraler Bestandteil Israels seien, schließe die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung aus.

- 14 Zumal sie, wie Pisgat Ze'ev oder Gilo bzw. French Hill – nach ihrer Bevölkerung inzwischen teilweise weit über Kleinstadtgröße hinausgewachsen sind. So waren beispielsweise 2007 in Pisgat Ze'ev über 40 000, in Gilo reichlich 27 000 und in French Hill knapp 7 000 Einwohner registriert
- 15 Gemäß Einschätzungen des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten im besetzten palästinensischen Gebiet (OCHA) sind mindestens 28 Prozent der Wohngebäude Abriss gefährdet und mithin rund 60 000 Menschen betroffen. Siehe Special Focus, The planning crisis in East-Jerusalem: Understanding the Phenomenon of "illegal" construction, April 2009, S. 2 ff.
- 16 Hierbei handelt es sich um die „Reported Settlement Expansion Plans in East Jerusalem – March 2010“, deren Zahlen von der US-amerikanischen Foundation for Middle East Peace (FMPEP) publiziert worden sind
- 17 Das „Holy Basin“ umfasst jene Plätze in der Jerusalemer Altstadt, die den drei monotheistischen Religionen jeweils heilig sind. Während der Verhandlungen von Camp David im Juli 2000 hatte Israel zu diesem „Holy Basin“ die Idee eingebracht, es unter internationale Verwaltung zu stellen. Das war jedoch von der palästinensischen Seite mit der Begründung abgelehnt worden, Ost-Jerusalem gehöre als 1967 okkupiertes Gebiet unter palästinensische Souveränität.
- 18 Dieser 1986 ins Leben gerufenen rechtsradikalen Siedlergruppe wurde staatlicherseits in Silwan nicht nur palästinensisches öffentliches und privates Land übereignet, sondern sie erhielt auch noch die Rechte für dortige Ausgrabungen. Und mit den von ihr veranstalteten touristischen Führungen durch Silwan als die Stadt von König David sucht sie ihre Message zu kolportieren, wonach die Existenz des Reiches von König David von vor 3 000 Jahren die jüdische Wiederbesiedelung rechtfertigt und die Existenz der palästinensischen Gemeinschaft hier lediglich als temporär zu betrachten sei. Folglich also die palästinensischen Bewohner von Silwan durchaus wieder zu vertreiben wären und in israelischen Stadtführern bezüglich Silwan ohnehin nur noch von Ir David die Rede ist.
- 19 Bei dieser Siedlerorganisation, die speziell in Scheich Jarrah agiert, handelt es sich um eine 1978 gegründete rechtsgerichtete religiös-zionistische Gruppierung mit Geschäftssitz im muslimischen Viertel der Altstadt von Jerusalem. Seit den ersten Tagen ihrer Existenz hat sie sich darauf verstiegen, immer mehr Grundstücke und Häuser vornehmlich in der Jerusalemer Altstadt für sich zu vereinnahmen. Zum Beispiel, indem deren führende Vertreter alte kommunale Aufzeichnungen und Karten präsentieren, mittels derer nachzuweisen versucht wird, dass die Jerusalemer Altstadt zwischen 1880 und 1936 mehrheitlich jüdisch bewohnt war, ehe sich Jordanien dieses Gebietes 1948 bemächtigt hätte. Folglich seien die meisten der nun von ihnen in Besitz genommenen Grundstücke und Häuser ohnehin jüdisches Eigentum.
- 20 So wuchs z. B. im Zeitraum der Madrider Konferenz (1991 – 1993) die Zahl der Siedler um knapp ein Viertel. In den Jahren zwischen Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen – bekanntlich sollten diese den Weg zu End-Status-Verhandlungen ebnen – und dem Ausbruch der 2. palästinensischen Intifada (1993 – 2000) erhöhte sich deren Zahl nahezu katapultartig um 70 Prozent. Seit Verabschiedung der „Roadmap“ durch das „Diplomatische Quartett“ (UN, USA, EU, Russland) 2003, dem Fahrplan zur Implementierung der Zwei-Staaten-Option, stieg die Zahl der Siedler um nahezu ein Viertel. (Prozentangaben jeweils gerechnet bis zum Jahr 2008.) Kraft eben dieser Roadmap war die israelische Regierung aber aufgefordert worden, unverzüglich alle seit März 2001 errichteten Siedlungsaußenposten zu beseitigen sowie jegliche Siedlungstätigkeit, einschließlich des „natürlichen Wachstums“, einzufrieren. Auch während der israelisch-palästinensischen Verhandlungen im Rahmen des so genannten Annapolis-Prozesses, der gleichfalls den Stopp des Siedlungsbaus implizierte, wuchsen die Siedlerzahlen und Wohnungsneubauten insbesondere in Ost-Jerusalem weiter an. Allein 1 257 neue Einheiten, davon 748 feste Gebäude und 509 mobile Unterkünfte, wurden dort im Jahre 2008 errichtet.
- 21 Ernest Goldberger, Die Seele Israels – Ein Volk zwischen Traum, Wirklichkeit und Hoffnung, Zürich 2004, S. 283.
- 22 Und zwar in jenen 60 Prozent, die in der so genannten Zone C liegen, über die Israel alleinige Kontrolle ausübt. (Im Verantwortungsbereich der Palästinensischen Administration, der „Zone A“, hingegen befinden sich lediglich 17 Prozent und die restlichen 23 Prozent als „Zone B“ werden sowohl israelisch als auch palästinensisch kontrolliert).



Der Libanon steckt in einer Krise. Was ist daran neu? Die Krone und die Kohlen

Von Uri Avnery, israelischer Publizist und Friedenskämpfer,
Gründer der Organisation Gush Shalom;
aus: www.uri-Avnery.de, 15. Januar 2011

Seit der Gründung des Staates Libanon vor 90 Jahren ist das Wort „Krise“ untrennbar mit dessen Namen verbunden. Aus israelischer Perspektive hat diese Krise doppelte Bedeutung.

Erstens gefährdet sie den Frieden an der nördlichen Grenze Israels. Jede interne Krise im Libanon kann leicht zu einem Großbrand führen. Irgend jemand im Libanon mag eine Konfrontation gebrauchen, um die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken. Irgend jemand in Israel kann entscheiden, dass dies eine gute Gelegenheit sei, irgendeinen israelischen Plan voranzubringen.

Wenn ein dritter Libanonkrieg ausbricht, was Gott verhüte, droht unsägliche Zerstörung auf beiden Seiten. Der zweite Libanonkrieg wird sich im Vergleich dazu wie ein Picknick ausnehmen. Diesmal lägen alle Städte und Dörfer Israels in Reichweite von Hisbollahs Raketen. Als vor ein paar Wochen auf dem Karmel das große Feuer wütete, wurde klar, dass nichts für die Verteidigung des Hinterlandes vorbereitet ist außer einem eindrucksvollen Arsenal von Reden und Erklärungen.

Aber diese libanesische Krise ist auch auf einer ganz anderen Ebene bedeutsam. Sie beinhaltet eine wichtige Lehre, die die existentielle Frage betrifft, mit der wir es gerade zu tun haben: Israel in den Grenzen von 1967 oder ein Groß-Israel, das über alles Land zwischen Mittelmeer und dem Jordan herrschen will?

Die libanesische Krise ruft uns zu: Wir haben euch gewarnt!

Die libanesische Krankheit begann mit einer wichtigen Entscheidung, die am Tage der Staatsgründung getroffen wurde.

In den Augen der Araber ist der Libanon ein Teil Syriens. Groß-Syrien – al-Sham auf Arabisch – schließt den gegenwärtigen syrischen Staat, Libanon, Palästina, Jordanien und den Sinai ein. Dies ist ein Axiom des modernen arabischen Nationalismus.

Während der vierhundert Jahre osmanischer Herrschaft in der Region gab es zwischen diesen Provinzen keine wirklichen Grenzen. Die administrative Aufteilung wechselte von Zeit zu Zeit, war aber unbedeutend. Man konnte problemlos von Haifa nach Damaskus oder von Jerusalem nach Beirut reisen.

Der Libanon ist ein Land der hohen Bergketten. Er ist eines der schönsten Länder der Welt. Diese topographische Realität ermutigte verfolgte Minderheiten aus der ganzen Region, dort Zuflucht zu suchen. Sie richteten sich zwischen den Bergen ein, organisierten eine Rundum-Verteidigung und hielten entschlossen an ihrer besonderen Eigenart fest. Die sehr tolerante osmanische Herrschaft gewährte jeder Gemeinschaft weitreichende Autonomie.

So siedelten die Drusen im Chouf-Gebirge, die christlichen Maroniten in den zentralen Bergen und die Schiiten im Süden. Neben ihnen gab es weitere christliche Gemeinschaften (hauptsächlich griechisch-orthodoxe und griechisch-katholi-

sche) und die sunnitischen Muslime. Letztere konzentrierten sich in den Küstenstädten – Tripoli, Beirut und Sidon. Das war kein Zufall – hatten sie die sunnitischen Osmanen doch angesichts all der verschiedenen Gemeinschaften dort als Wächter ihres Reiches etabliert.

Der historische Wandel in den Annalen des Libanons pasierte 1860. Bis dahin lebten die beiden großen Gemeinschaften – Maroniten und Drusen – in angespannter Koexistenz. Es gab viele Zusammenstöße zwischen ihnen, und eine Zeit lang errichteten drusische Fürsten so etwas wie einen Ministaat in der Region. Aber die Beziehungen zwischen ihnen waren erträglich.

1860 eskalierten die lokalen Konflikte zu einer Katastrophe: die Drusen massakrierten die Christen. Auch die Juden waren in Gefahr, und der britische Jude Moses Montefiori eilte ihnen in seiner Kutsche zur Hilfe. Die Welt war schockiert – das war eine Zeit, in der Massaker sie noch schockierten. Die Situation nutzten die Franzosen, die schon immer ein begehliches Auge auf die „Levante“ geworfen hatten. Die Regierung in Istanbul war gezwungen, sie als Beschützer der Christen im Libanon anzuerkennen. Um die Christen zu schützen, erhielt das Libanon-Gebirge innerhalb des Osmanischen Reiches einen autonomen Status als französisches Protektorat.

Mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Region zwischen den beiden Siegermächten Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. In zynischem Verrat an ihrem erklärten Ziel („nationale Selbstbestimmung“) übernahmen die Franzosen Syrien (einschließlich des Libanons), während die Briten Palästina, Transjordanien und den Irak besetzten. Die Araber wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt. Als der Emir Feisal (der Bruder von Abdallah) in Damaskus ein syrisches Königreich errichtete, wurde er von den Franzosen brutal vertrieben. Eine spätere arabische Revolte, seltsamerweise von den Drusen angeführt, schlugen die Franzosen mit großer Grausamkeit nieder.

Die Muslime, die im vereinigten Syrien die überwältigende Mehrheit darstellten, hassten die französischen Eroberer bis zum letzten Tag ihrer Herrschaft in Syrien, als die Briten sie im Laufe des Zweiten Weltkrieges (mit Hilfe „illegaler“ jüdischer Kräfte aus Palästina) vertrieben. Auf diesem Feldzug verlor Moshe Dayan ein Auge und legte sich sein Markenzeichen, die schwarze Augenklappe, zu.

Die Franzosen verfolgten vom ersten Tage an das Ziel, das Libanon-Gebirge zu einem soliden französischen Dominium auszubauen, das sich auf die christliche Bevölkerung gründete. Sie entschieden, den Libanon von Syrien abzutrennen und zu einem separaten Staat zu machen. Gegen die Trennung erhob sich unter den Muslimen ein gewaltiger Sturm, der aber ohne Wirkung blieb.

Nun stellte sich die wichtige Frage, die noch heute ihren Schatten über den Libanon wirft: Sollten sich die Christen mit einem kleinen Staat zufrieden geben, in dem sie die entscheidende Mehrheit stellten, oder umfangreiche muslimische Gebiete annekieren und ein Groß-Libanon errichten? Jeder Israeli kennt dieses Dilemma.

Es gibt eine jüdische Legende, die besagt, dem Pharaos sei berichtet worden, ein neugeborenes Baby mit Namen Moses sei zum König bestimmt. Um es auf die Probe zu stellen, bot der Pharaos dem Baby nebeneinander eine goldene Krone und einen Haufen glühender Kohlen an. Das Baby



streckte seine Hand in Richtung der Krone aus, aber Gott sandte einen Engel, der seine Hand in Richtung der Kohlen lenkte. Der Pharao war zufrieden, und Moses war gerettet.

Als die Christen im Libanon vor der gleichen Wahl standen, wählten sie die Krone.

Die Franzosen willigten in ihre Forderungen ein und schlossen dem Libanon die muslimischen Städte Tripoli, Beirut, Sidon und Tyros, das Bekaa-Tal und den ganzen schiitischen Süden an. Die Bewohner dieser „umstrittenen Gebiete“ – wie sie genannt wurden – einschließlich der Schiiten, opponierten heftig dagegen, aber vergeblich. Jegliche Opposition wurde von den Franzosen gewaltsam unterdrückt.

Bereits bei der Gründung von Groß-Libanon stellten die Maroniten eine Minderheit der Bevölkerung dar. Nur all die verschiedenen christlichen Konfessionen zusammen bildeten eine knappe Mehrheit. Zugleich war klar, dass die Muslime mit ihrer höheren Geburtsrate in absehbarer Zukunft die Mehrheit im christlichen Staat sein würden.

So kam es auch. Die Muslime entsagten ihrem Traum, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sie forderten nicht mehr, die „umstrittenen Gebiete“ dem syrischen Heimatland zurückzugeben. Aber sie begannen, gegen die Vorherrschaft der Christen im Libanon zu kämpfen. Im Laufe der Zeit wurden die Christen gezwungen, Teile ihrer Privilegien an andere Gemeinschaften abzutreten. Eine unumstößliche kommunale Teilung wurde etabliert: der Präsident (mit weitreichenden exekutiven Kompetenzen) musste stets ein Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer Muslim sein, und so weiter ... Aber nach kurzer Zeit entsprach auch diese Aufteilung nicht mehr den demografischen Realitäten.

Die Israelis sagen es so: Der Libanon behauptet, ein „demokratischer und christlicher Staat“ zu sein. Aber ein demokratischer Staat war er nie und ein christlicher ist er nicht mehr.

Die kurze Geschichte des Libanons ist ein permanenter Kampf zwischen den Gemeinschaften, die gegen ihren Willen zusammengesteckt wurden wie Katzen in einem Sack. Darüber kann man eine Menge aus dem kürzlich auf Englisch erschienenen hervorragenden Buch von Patrick Seale „The Struggle for Arab Independence“ erfahren.

Einen seiner Höhepunkte erreichte der Kampf im großen Bürgerkrieg, der 1975 begann. Die Syrer marschierten ein, um (wie ironisch) die Christen gegen die Muslime zu verteidigen, die durch die PLO verstärkt worden waren, welche im Süden des Landes eine Art Ministaat errichtete, nachdem man sie aus Jordanien vertrieben hatte.

In diesen Schlamassel tappten die Führer Israels, ohne von der komplexen Situation des Landes die geringste Ahnung zu haben. Sharon fiel 1982 in den Libanon ein, um die PLO zu vernichten und die Syrer – ihre Feinde – zu vertreiben. Die israelische Armee schloss mit den Maroniten ein Abkommen, ohne sich darüber im klaren zu sein, dass die viel besser darin waren, wahllose Massaker (Sabra und Shatila) an Muslimen zu verüben, als wirklich zu kämpfen. 18 Jahre und Hunderte getöteter Soldaten waren nötig, bis sich die israelische Armee endlich aus dieser Falle zurückzog.

Die israelische Intervention hatte nur eine anhaltende Wirkung, und zwar eine völlig unerwartete. Die Schiiten im Südlibanon, die unterdrückteste Gemeinschaft im Lande, die von beiden, den Christen und den Sunniten, aufs tiefste verachtet wurde, wachten plötzlich auf. In ihrem langen Guerillakrieg gegen die israelische Armee wurden sie eine bedeu-

tende politische und militärische und schließlich eine entscheidende Kraft im Libanon. Wenn die Hisbollah tatsächlich das ganze Land übernehmen sollte, dann schuldet sie Ariel Sharon auf dem zentralen Platz von Beirut ein Denkmal dafür.

Die gegenwärtige Krise ist nur eine Fortsetzung aller früheren. Aber während der 90 Jahre der Existenz des Staates Libanon haben sich große Veränderungen vollzogen. Die Christen sind nur noch eine zweitrangige Kraft, und auch die politische Bedeutung der sunnitischen Muslime ist gesunken. Nur die Schiiten haben an Stärke gewonnen.

Die jetzige Krise begann mit der Ermordung des sunnitischen Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri, dessen Platz von seinem Sohn Saad-al Din Rafik al-Hariri übernommen wurde. Eine internationale Untersuchung wurde in Gang gesetzt, hauptsächlich, um Syrien, dem Feind der USA, zu schaden, aber die Spur führte in Richtung Hisbollah. Die brachte mit ihren Verbündeten (darunter ein wichtiger christlicher General) in dieser Woche die Koalitionsregierung, der sie angehörte, zu Fall. Saudi Arabien und Syrien, bis vor kurzem Todfeinde, taten sich zusammen, um eine Katastrophe zu verhüten, die leicht die ganze Region erfassen könnte. Sie boten einen Kompromiss an – aber die USA befahlen ihrem Mann, Saad al-Hariri, diesen abzulehnen.

Die Amerikaner ähneln den Israelis. Sie übertreffen sie vielleicht sogar, was Arroganz und Ignoranz betrifft, die an Verantwortungslosigkeit grenzt. Ihr Eingreifen mit einer frivolen Geringschätzung der unglaublichen Komplexität des Libanon kann einen Bürgerkrieg und/oder einen Großbrand auslösen, der auf Israel übergreift.

All dies hätte verhindert, 90 Jahre Leiden hätten vermieden werden können, wenn die Christen damals mit ihrem Teil des Landes zufrieden gewesen wären. Als sie die Option Groß-Libanon wählten – ähnlich einem Groß-Israel – verurteilten sie sich selbst und ihr Land zu 90 Jahren Krieg und Elend, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Im entscheidenden Augenblick lenkte kein Engel ihre Hand von der goldenen Krone zu den brennenden Kohlen hin. Jetzt stehen wir Israelis vor einer sehr ähnlichen Entscheidung.

China und die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise

Vortrag beim Verband für internationale Politik und Völkerrecht Berlin, 9. März 2011; von Helmut Ettinger, Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN

Im Krisenjahr 2009 erlebte Deutschland die tiefste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das BIP sank um beispiellose 5 Prozent. Unter den großen Wirtschaftsmächten der Welt erging es nur Japan noch schlimmer: Dort fiel das BIP um 5,9 Prozent. Die Wirtschaft der USA schrumpfte um 2,5 Prozent.

Die Volksrepublik China beging am 1. Oktober 2009 den 60. Jahrestag ihres Bestehens. Ihre Wirtschaft wuchs in diesem Jahr um 9,2 Prozent. Damit lag die Rate fast exakt im Mittel der letzten 30 Jahre, der erfolgreichsten Periode der chinesischen Geschichte. Ein Geschenk der „kommunistischen Propaganda“ zum glorreichen Jubiläum? Keineswegs.



1. Welche Auswirkungen hatte die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auf China und wie ging es damit um?

Diese Krise hat um China keinen Bogen gemacht. Bei dem hohen Grad seiner Integration in die Weltwirtschaft konnte sie nicht ohne Wirkung auf das Land bleiben:

Der schwerste Schlag war das Wegbrechen wichtiger Exportmärkte, vor allem in den USA und Europa, durch die Rezession in diesen Ländern. Die hohen Wachstumsraten des chinesischen BIP fielen von zweistelligen auf einstellige Prozentwerte. In den entwickelten Küstenregionen, vor allem in den fast ausschließlich für den Export produzierenden neuen Industriegebieten Südchinas, wurden Betriebe geschlossen. Die Arbeitslosigkeit nahm sprunghaft zu. Deutsche Medien überschlugen sich mit Berichten über entlassene Wanderarbeiter, die ohne jede Hoffnung in ihre Dörfer zurückkehren mussten. Sie sagten voraus, die chinesische Wirtschaft stehe vor dem Zusammenbruch, riesige soziale Unruhen seien zu erwarten.

Diese Prognosen sind nicht eingetreten. Die chinesische Wirtschaft fing sich wieder und schloss das Jahr 2010 mit einem Zuwachs von 10,3 Prozent ab. Deutschland war sehr stolz darauf, 2,2 Prozent Wachstum erreicht zu haben. In China sind Raten um 7 Prozent notwendig, um den Arbeitsmarkt stabil zu halten, auf den trotz konsequenter Geburtenkontrolle jedes Jahr ca. 8 – 10 Mio. neue Arbeitssuchende drängen.

Ein grundsätzlicher Vorteil Chinas besteht darin, dass es keine notleidenden Banken hat. Es musste keine Milliardensummen für die Bankenrettung ausgeben. Nach dem sozialistischen Prinzip, die Kommandohöhen der Wirtschaft in staatlicher Hand zu behalten, sind die großen chinesischen Banken, von denen vier heute zu den zehn wichtigsten der Welt gehören, staatliche Institutionen. Sie haben sich nicht in großem Stil an den Risikogeschäften des weltweiten Finanzcasinos beteiligt. Die gewaltigen Devisenreserven von 2,85 Billionen US-Dollar (etwa 2,2 Bio. Euro) geben China beträchtliche finanzielle Spielräume.

Auf staatliche Weisung reichten die chinesischen Banken verstärkt Kredite an die Realwirtschaft aus. Im Jahr 2009 beliefen sich diese auf 960 Mrd. Euro.

China hat im Unterschied zur BRD oder Japan aus der Krise gelernt, dass ein Wirtschaftsmodell, das größtenteils auf den Export setzt, nicht nachhaltig sein kann. Daher lautete die zentrale wirtschaftspolitische Schlussfolgerung, die hohe Exportabhängigkeit des Landes abzubauen und den Verbrauch auf dem riesigen Binnenmarkt anzukurbeln. Im Jahr 2009 legte die Zentralregierung ein Konjunkturpaket von ca. 465 Mrd. Euro auf. Dazu kamen ca. 700 Mrd. Euro der 29 Provinzregierungen.¹ Damit soll vor allem die Binnennachfrage stimuliert werden. Zugleich treibt man die Lösung dringender sozialer Probleme voran, die ohnehin auf der Tagesordnung stehen. Schwerpunkte sind:

- der Wohnungsbau auf dem Lande und in Katastrophengebieten, z. B. im Erdbebengebiet von Sichuan
 - der Bau von Straßen, Wasserleitungen und Stromanschlüssen für entlegene Dörfer
 - die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten für ehemalige Wanderarbeiter
 - Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen auf dem Lande
 - der Umweltschutz, vor allem die Energieeinsparung.
- Der Umsatz auf dem chinesischen Binnenmarkt stieg 2010 um 18,4 Prozent.² Klar ist allerdings auch, dass eine nach-

haltige Steigerung des Binnenkonsums nur erreicht werden kann, wenn der Aufbau landesweiter sozialer Netze zügig vorankommt und die Menschen nicht wie bisher beträchtliche Summen für Gesundheitsvorsorge, Renten und die Ausbildung ihrer Kinder zurücklegen müssen.

Mit den umfangreichen Krediten und dem Konjunkturpaket, das 2010 weitergeführt wurde, stieg der Geldumlauf in der chinesischen Wirtschaft beträchtlich an. Das hat zu einem Anwachsen der Inflationsrate geführt. Im Schnitt des Jahres 2010 betrug sie 3,3 Prozent.³ Die Lebensmittel- und Immobilienpreise sind beträchtlich gestiegen. Sofort warnten ausländische Ökonomen vor einer „Kreditblase“, die bald platzen werde. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Die Zentralbank hat den Leitzins in drei Stufen erhöht, eine Obergrenze für die Kreditausgabe eingeführt und die Mindestreserve an Kapital heraufgesetzt, die die Banken vorhalten müssen. Dadurch konnte die Liquidität bisher wesentlich eingedämmt werden. 2011 soll die Inflationsrate nicht über 4 Prozent anwachsen.

Steigende Lebensmittelpreise sind in China für Menschen mit durchschnittlichen oder sehr niedrigen Einkommen eine ernste Belastung. Und auch die sogenannte Immobilienblase bereitet Wohnungssuchenden in China, besonders jungen Menschen, großes Kopfzerbrechen. Die Krise hat die Preise für Häuser und Wohnungen, die als sichere Anlagemöglichkeit gelten, in schwindelnde Höhen getrieben. In China wird Wohnraum heute jedoch vor allem gekauft, nicht gemietet. Jetzt müssen die Spekulation eingedämmt und die Preise auf ein normales Niveau zurückgeführt werden, denn der Bedarf an Wohnraum ist angesichts des Zustroms in die Städte riesengroß.

Die genannten Maßnahmen der Zentralbank sollen auch dazu dienen, das Wachstum der chinesischen Wirtschaft zu dämpfen, die schon wieder höheren zweistelligen Werten zustrebt und damit die materiellen und energetischen Reserven des Landes überzustrapazieren droht. Auf der Tagung des nationalen Volkskongresses gab Ministerpräsident Wen Jiabao am 6.3.2011 bekannt, dass für den 12. Fünfjahresplan ein jährliches Wachstum von nur 7 Prozent angestrebt wird.⁴

Grundsätzlich ist heute auch für China kein ungebremsstes Wachstum mehr möglich. Seine begrenzten Ressourcen, die bereits stark geschädigte Umwelt und seine Verantwortung für das weltweite Klima setzen ihm objektive Grenzen.

Mit dem wieder gestiegenen Bedarf seiner Wirtschaft an Rohstoffen, Energie, Stahl und Maschinen ist China gegenwärtig in der Tat zu einer der Lokomotiven geworden, die die Weltwirtschaft aus der Krise ziehen. Selbst der „Spiegel“ musste eingestehen, dass der Handel mit China zum „wichtigsten Treibsatz für das aktuelle deutsche Konjunkturwunder“ geworden ist.⁵

2. Verschafft sich China einseitige Vorteile im internationalen Handel durch eine künstlich unterbewertete Währung?

Das behaupten vor allem die USA und drohen Strafzölle auf chinesische Waren an. Der rüde Ton gegenüber China im vergangenen Herbst hatte zunächst innenpolitische Gründe. Vor den Kongresswahlen im November sollte ein Teil der Verantwortung für den nach wie vor schlechten Zustand der US-Wirtschaft auf China abgewälzt werden. Darin wetteiferten konservative Demokraten und Republikaner miteinander.



Letztere wollen Präsident Obama zudem in einen Währungskrieg treiben, um dessen politische Bilanz generell zu verschlechtern.

Der eigentliche Hintergrund ist ein anderer: In den meisten Industrieländern wächst die Wirtschaft weiterhin langsam, die Angst vor einer neuen Flaute ist latent vorhanden. Einen Ausweg sehen alle in der Ankurbelung des Exports, für den sie sich günstigste Bedingungen zu schaffen suchen, u. a. durch einen niedrigen Kurs der eigenen Währung.

Die USA setzen seit Ausbruch der Krise auf eine expansive Geldpolitik. Durch den extrem niedrigen Leitzins der Zentralbank nahe 0 Prozent, durch die gewaltigen Konjunkturprogramme, durch massiven Rückkauf eigener Staatsanleihen werden riesige Mengen Dollars in die Märkte gepumpt. Dadurch bleibt der Dollarkurs niedrig, andere Währungen wie der japanische Yen oder der Euro steigen an. Selbst Bundeswirtschaftsminister Brüderle hat den USA am Rande eines Ministertreffens der G 20 in Südkorea im Oktober „indirekte Wechselkursmanipulation“ durch ihre Politik des billigen Geldes vorgeworfen.⁶ Japan hat im September 2010 gewaltige Mengen eigener Schuldverschreibungen erworben, um den Aufwärtstrend des Yen zu stoppen. Deutschland verschafft seinen Unternehmen seit Jahren durch eine Politik der Niedriglöhne und des Sozialabbaus Vorteile im Handel, wodurch es zum Exportweltmeister wurde und die Euro-Krise mit verursacht hat. Brasilien hat eine Sondersteuer von 4 Prozent auf den Kauf seiner Staatsanleihen durch ausländische Anleger verhängt, um ein Hochtreiben seiner Währung zu verhindern. Die ASEAN-Staaten kaufen eigene Schuldverschreibungen auf.

Die massive Forderung nach Aufwertung des chinesischen Yuan zielt in Wirklichkeit auf etwas Anderes: China soll gezwungen werden, seine vorsichtige Währungspolitik aufzugeben. Der Yuan ist nach wie vor nicht völlig frei, sondern nur teilweise konvertierbar. Sein Kurs wird von der Zentralbank gesteuert. Diese Schutzmauer vor massiven Attacken ausländischer Spekulanten gegen die chinesische Währung hat sich bereits in der Asienkrise von 1998 bewährt, die China ebenfalls nur geringfügig beeinträchtigte. Die damals starken Tigerstaaten Asiens dagegen mussten schwere Einbrüche bei Finanzen und Wirtschaft hinnehmen. China denkt nicht daran, den Schutzmechanismus in diesen unsicheren Zeiten kurzfristig aufzugeben. Es weist darauf hin, dass sein hoher Exportüberschuss gegenüber den USA und anderen westlichen Industrieländern auf viele Faktoren zurückzuführen ist, u. a. darauf, dass diese in riesigem Umfang billige chinesische Konsumgüter importieren, von denen die verarmten Bevölkerungsteile leben. Zugleich halten sie beim Export von Hightech-Produkten nach China an den strikten Embargobestimmungen aus der Zeit des Kalten Krieges fest, was Chinas Käufen in diesen Ländern beträchtliche Grenzen setzt. Die chinesischen Exportzahlen werden zusätzlich in die Höhe getrieben, weil ausländische Firmen, darunter viele amerikanische und westeuropäische, in China Waren herstellen und dann auf den Weltmarkt werfen.

China hat sich bereiterklärt, den Währungskurs zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Die stufenweise Anhebung des Leitzinses und weitere Maßnahmen haben zu einer Aufwertung des Yuan um 5 Prozent geführt. Auf die Forderung nach abrupter, massiver Kurserhöhung kann und wird China nicht eingehen. Erhebliche Turbulenzen in der Binnenwirtschaft, starke Preiserhöhungen, Zusammenbrüche

kleiner und mittlerer Unternehmen, steigende Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen wären die Folge. Das hohe Staatsdefizit und das Problem der Arbeitslosigkeit in den USA würden dadurch nicht gelöst, erklärte Ministerpräsident Wen Jiabao am Rande der UNO-Vollversammlung im September in New York.⁷

Chinas hoher Außenhandelsüberschuss hat auch Gründe, die in der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung liegen. Eine neue Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Dezember 2010 stellt dazu fest, China sei es gelungen, durch „niedrige Löhne, gut ausgebildete Arbeitskräfte, moderne Maschinen, Anlagen und Infrastruktur sowie eine effiziente Einbindung in die globalen Beschaffungs- und Absatzmärkte zur Fabrik der Welt“ zu werden.⁸ Heute produziert China drei Viertel der DVD-Spieler und Fernsehgeräte der Welt, zwei Drittel aller Schuhe, Spielsachen und Mikrowellenherde, die Hälfte aller Handys und Textilien.⁹ Chinesische Produkte verdrängen europäische vom Markt und zwingen die Hersteller zu Umstrukturierungen, die für die verarbeitende Industrie der entwickelten Länder ohnehin notwendig gewesen wären, um sie zukunftsfähig zu halten. Die Studie bezeichnet diesen Druck als Chance, die die Produzenten in den entwickelten Ländern nutzen sollten, statt darüber zu klagen.

In China wächst die Erkenntnis, dass die Ära der Billiglöhne zu Ende geht. Der Druck der noch billigeren Konkurrenz aus asiatischen oder afrikanischen Ländern wächst. Bei dem rasanten Wirtschaftsaufschwung sind ausgebildete Arbeitskräfte heute keine unbeschränkte Ressource mehr. Die Betriebe müssen um sie konkurrieren, was die Löhne steigen lässt. Auch die chinesischen Gewerkschaften, vor allem in den modernen Betrieben, erstreiten durch zunehmend selbstbewusstere Arbeitskämpfe höhere Löhne.

In der jüngsten Zeit gerät China nicht nur wegen seiner hohen Exportüberschüsse, sondern auch wegen angeblich unerlaubter Exportrestriktionen in die Kritik. In der Tat hat es u. a. den Export von Kupferschrott und den sogenannten Seltenen Erden Schritt für Schritt eingeschränkt – Güter, die besonders die Hightech-Industrie benötigt. Die Gründe dafür sind sämtlich binnenwirtschaftlicher Natur. Mit steigender Produktion im Lande wächst der Eigenbedarf. Der Abbau der Seltenen Erden ist höchst aufwendig und stark naturzerstörend. China ist bestrebt, defizitäre Rohstoffe für die eigene Industrie zu sichern und die Umwelt, noch dazu in sensiblen Gegenden für Landschafts- und Klimaschutz, besser zu schonen. Die Weltmarktpreise für die stark nachgefragten Güter steigen, was China den Vorwurf der Preistreiberei einbringt. In der Tat hat das große Land China als Produzent und Abnehmer beträchtlichen Einfluss auf die internationale Preisentwicklung, aber Angebot und Nachfrage sind nun einmal ein ehernes Gesetz des Weltmarktes. Altruismus ist dort ein Fremdwort. Und der Schutz der eigenen Ressourcen kommt in vielen Ländern vor – man denke nur an die Jahrzehnte lange Schonung der nationalen Erdölressourcen der USA.

Besondere Erbitterung erregt bei westlichen Industrieländern und transnationalen Konzernen, dass Chinas Politik der Sicherung nationaler Ressourcen für die eigene Wirtschaft bei anderen Schwellen- und Entwicklungsländern Nachahmer findet.

Nun sind insbesondere die Seltenen Erden, die Oxide der Metalle Scandium, Yttrium, Lanthan und weiterer 14 im Periodensystem folgenden Elemente, in der Tat ein sensibles



Thema, weil die Herstellung zahlreicher hochmoderner Produkte von Computern bis zu leistungsstarken Akkus und Magneten für Elektroautos und bestimmten Rüstungsgütern von ihnen abhängt. China fördert bisher über 90 Prozent des Weltmarktaufkommens und hat damit quasi eine Monopolstellung inne. Für 2010 hat es die Ausfuhr um 40 Prozent eingeschränkt. Aber Tatsache ist auch, dass China nur über 36 Prozent der weltweiten Vorkommen verfügt, dass diese Mineralien in ausreichendem Umfang in anderen Ländern vorkommen, so in den USA, in Grönland, Australien, Kanada, Indien und Malawi. Nur verursachen Aufschluss und Abbau erhebliche Kosten, die man bisher vermieden hat.¹⁰

Jetzt werden einige Länder und internationale Großkonzerne diese wohl auf sich nehmen müssen, wenn sie die Rohstoffbasis für ihre Produktion weiterhin sichern wollen. Die USA haben bereits mit einer Klage bei der WTO gedroht, sie aber bisher nicht eingereicht. Möglicherweise zögern sie, weil die WTO Exportquoten grundsätzlich verbietet, es sei denn, Fragen des Umwelt- oder Gesundheitsschutzes sind involviert. Das ist in China der Fall. Außerdem könnte es seinerseits auf die bereits genannten Embargobestimmungen für Hightech-Produkte hinweisen, die die USA und die EU nach wie vor nicht aufgehoben haben.

3. Wie geht China mit seinen riesigen Devisenreserven um?

China verfügt heute mit 2,8 Billionen US-Dollar über die größten Devisenreserven aller Staaten der Welt. Sie resultieren nicht nur aus den hohen Außenhandelsüberschüssen, sondern auch daraus, dass China in den 90er Jahren den wichtigen asiatischen Finanzplatz Hongkong übernahm und dass die chinesische Zentralbank die Devisenerlöse der staatlichen Unternehmen der Volksrepublik zentral verwaltet. Sie bestehen überwiegend aus US-Dollar; davon wurden 1,16 Billionen – ca. 40 Prozent – über die Jahre in US-Staatsanleihen angelegt.¹¹ Der Hauptgrund dafür sind die USA als Chinas wichtigster Markt, wo es weltweit die höchsten Überschüsse erwirtschaftete und sich ihm auch die größten Anlagemöglichkeiten boten. So wurde China zum Hauptgläubiger der US-Notenbank FED. Seit dem Einbruch der US-Finzen in der aktuellen Krise ist dies zu einem großen Problem geworden. Wie bereits beschrieben, ist die gegenwärtige Politik der FED auf eine Verbilligung des Dollars gerichtet, um die amerikanischen Exporte anzukurbeln. Die Folge ist eine schleichende Entwertung der chinesischen Guthaben. Das wird unter den heutigen Bedingungen der Medientransparenz von vielen Menschen in China mit wachsendem Unmut beobachtet. Bereits als der Prozess 2009 einsetzte, stellten chinesische Blogger im Internet die bohrende Frage, wer denn für diese einseitige Verteilung des nationalen Reichtums verantwortlich sei und ob nicht konkrete Personen dafür haftbar gemacht werden müssten.

Als Ausweg aus diesem von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Dilemma bot sich China nur die Möglichkeit, langfristig eine Diversifizierung seiner Währungsreserven vorzunehmen und zugleich neben dem Warenexport den Kapitalexport stärker anzukurbeln. In beiden Richtungen wird intensiv gearbeitet.

Während China beim Warenexport bekanntlich 2009 vor Deutschland zur Nr. 1 in der Welt aufstieg, liegt es beim Kapitalexport zur Zeit auf Platz 5. Sein Anlagevermögen im Ausland betrug 2010 ca. 1 Billion Dollar. Es ist extrem un-

gleich verteilt. 70 Prozent entfallen auf Asien, 13 Prozent auf Lateinamerika, 6 Prozent auf die EU, nur 2,7 Prozent auf die USA und Kanada.¹² Der Hauptgrund dafür war bisher die protektionistische Politik der großen Industrieländer, die chinesische Anlagen mit Skepsis sahen und ihnen die verschiedensten Steine in den Weg legten, vor allem ganze Wirtschaftsbereiche für sie sperrten.

Dies hat sich nun geändert, da die Krise schwächere Staaten des Euro-Raumes, die mit dem beziehungsreichen Kürzel PIGS belegt wurden, an den Rand des Staatsbankrotts getrieben hat. Ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für diesen Zustand trägt bekanntlich Deutschland, das mit seiner aggressiven Exportpolitik die hohe Verschuldung der industriell schwächer entwickelten Staaten gefördert hat.

Da die EU nicht in der Lage ist, dieses Dilemma zu lösen, ohne grundsätzliche Veränderungen in den Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Union vorzunehmen, die derzeit nicht abzusehen sind, konnte China im Falle Griechenlands als Retter in der Not auftreten und zur Dämpfung der Krise um dieses Land beitragen. Die Spekulationen gegen den Euro gingen zurück, als die chinesische Zentralbank den Ankauf von griechischen Staatsanleihen ankündigte. Bei seinem Besuch in Athen gab Ministerpräsident Wen Jiabao am 3. Oktober 2010 bekannt, dass China einen Hilfsfonds von 3,6 Milliarden Euro für Griechenland auflegt. Inzwischen soll es auch für 3 bis 4 Milliarden Euro portugiesische Staatspapiere und 10 Prozent der Anleihen des spanischen Staates erworben haben.¹³

Schon erklären gewisse Medien, dies sei beileibe kein altruistischer Akt. Das hat China nie behauptet, und das wäre wohl bei dem rauen Klima auf den Weltmärkten auch kaum angebracht. China verfolgt damit natürlich auch eigene Interessen. Erstens ist dies eine Möglichkeit, einen gewissen Teil seiner Devisenreserven umzuschichten. Zweitens entsteht in finanziell solventen Staaten mehr Nachfrage nach chinesischen Waren. So wird Griechenland dringend benötigte Frachtschiffe wohl in China kaufen. Drittens belebt sich durch diese Maßnahme – anders als bei den strikten Sparauflagen aus Brüssel – auch die Wirtschaft der betroffenen EU-Länder wieder. Der Boom auf dem chinesischen Binnenmarkt bietet ihnen neue Exportchancen nach China. Eine klassische win-win-Situation.

Neu ist, dass jetzt auch aus dem deutschen Wirtschaftsministerium kaum noch Bedenken zu hören sind. Als der stellvertretende Ministerpräsident Li Keqiang, der beim Führungswechsel im nächsten Jahr als der heißeste Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten gilt, bei seinem Besuch Anfang Januar in Berlin erklärte, China wolle ein zuverlässiger, langfristiger Investor auf dem europäischen Markt sein, wurde das jedenfalls mit Wohlgefallen aufgenommen.¹⁴ Skeptisch blicken auf das Ganze höchstens die USA, deren Hauptgläubiger China nun zur Stabilisierung des Euro, ihrer wichtigsten Konkurrenzwährung, beiträgt.

Die Krise hat die Suche nach Anlagemöglichkeiten für chinesisches Kapital in der ganzen Welt stark stimuliert. Deutschland gehört inzwischen zu den Top Ten der Zielländer. Ende 2010 haben chinesische Direktinvestitionen in der BRD die Grenze von 1 Milliarde Euro überschritten. Deutschland ist vor allem wegen seines hohen technologischen Niveaus und seiner Lage mitten in Europa attraktiv. Chinesische staatliche Unternehmen und Fonds kaufen Beteiligungen an deutschen Firmen oder gründen selbst Produktions-



stätten. Anfängliche Befürchtungen, sie könnten auf Heuschreckenart agieren – kommen, kaufen, die Technologie mitnehmen und bald wieder gehen – haben sich nicht bestätigt. Auch der befürchtete Arbeitsplatzabbau kommt eher selten vor. Zwar werden hin und wieder Bereiche nach China verlagert, die dort billiger produzieren können, aber die hochwertigen Arbeitsplätze bleiben in Deutschland und werden zum Teil noch ausgebaut. Zugleich entstehen neue Verbindungen zu chinesischen Unternehmen, werden Zugänge zum chinesischen Markt eröffnet und Aufträge akquiriert.¹⁵

Die SWP-Studie empfiehlt, die EU-Empfängerländer, in denen chinesische Direktinvestitionen in der Regel von Wirtschaftskreisen früher begrüßt wurden als von den Regierungen, sollten die Vorteile nutzen und Nachteile durch kluge Politik begrenzen. Vor allem aber sollten sie die zusätzlichen Möglichkeiten für Arbeitsplätze und Einkommen sehen, die dadurch geschaffen werden.

Am schwersten scheint die Erkenntnis zu fallen, dass mit China ein neuer Konkurrent auf dem europäischen Markt aufgetaucht ist. Besonderen Unmut soll in Deutschland z. B. die Tatsache erregt haben, dass Polen im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft in Warschau den Bau des letzten Stücks noch fehlender Autobahn zwischen Warschau und Berlin an den chinesischen und nicht an einen deutschen Bewerber vergeben hat.¹⁶

4. Plündert China hemmungslos die Naturreichtümer anderer Länder aus?

Chinas rasantes Wirtschaftswachstum verursacht einen riesigen Rohstoffbedarf. China ist heute weltweit der größte Verbraucher von Erdöl und Energie. Ähnlich ist die Lage bei anderen Rohstoffen. Umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung liegt der Verbrauch Chinas allerdings hinter dem der entwickelten Industrieländer weit zurück. Jeder Chinese hat jedoch das gleiche Recht auf Entwicklung wie jeder Deutsche oder US-Amerikaner.

Die natürlichen Ressourcen dieser Erde sind endlich. Die weltweite rasante Entwicklung der Industrie verknappt die Rohstoffe. Die Schwellenländer mit ihren hohen Wachstumsraten tragen ihren Teil dazu bei. Nicht nur China, sondern ebenso Indien oder Brasilien. Ihr Bedarf ist aber nicht die alleinige Ursache für steigende Rohstoffpreise. Das Streben der Erzeugerländer, ihren abnehmenden nationalen Reichtum so teuer wie möglich zu verkaufen, mehr noch die Profitgier der transnationalen Konzerne, die damit handeln, und der Spekulanten, die sie horten, sind stark daran beteiligt.

Hinzu kommt, dass die großen Industrieländer, die bisherigen Hauptverbraucher, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bei der Rohstoffversorgung mehr und mehr auf den nun einheitlichen freien Weltmarkt setzten. Dort glaubten sie schrankenlos einkaufen zu können. Beteiligungen an Aufschluss und Abbau spielten bei Unternehmen und Regierungen eine immer geringere Rolle. So verkaufte z. B. Thyssen-Krupp 2001 seine Anteile an zwei großen Eisenerzgruben in Brasilien, weil deren Börsennotierung absackte und der weitere Unterhalt dem Konzern zu teuer wurde. Der BDI hat folgende interessante Rechnung aufgemacht: Deutsche Firmen kauften in den letzten Jahren Rohstoffe für ca. 80 Milliarden Euro pro Jahr. Für entsprechende Minen und Vorkommen hätten mindestens 800 Milliarden Euro ausgegeben werden müssen.¹⁷

Inzwischen scheint die Bundesregierung aufgewacht zu

sein. Ende Januar wurde bekannt, dass sie an einer Modellvereinbarung für exklusive Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern arbeitet. Mit Beteiligung deutscher Firmen soll dort am Aufschluss von Vorkommen als Voraussetzung für stabile Lieferungen gearbeitet werden. Erster Kandidat ist Kasachstan, das großes Interesse signalisiert hat. Weitere zentralasiatische Staaten, Russland und die Mongolei sollen folgen.¹⁸

China kann sich bei der Versorgung seiner riesigen, rasch wachsenden Industrie nicht allein auf den Weltmarkt mit seinem wechselnden Angebot und schwankenden Preisen verlassen. Es setzt seit langem auf stabile Lieferbeziehungen samt Beteiligung an Erkundung und Aufschluss, wo sich Möglichkeiten dafür bieten. Dabei hatte es sich von Anfang an mit heftiger Konkurrenz der Mineralöl- und Bergwerkskonzerne des Westens auseinanderzusetzen, die diese Sphäre beherrschen. Es musste Nischen suchen und an Standorte gehen, die den Platzhirschen entweder nicht lukrativ genug erscheinen oder von ihnen aus politischen Gründen gemieden werden. Dies ist einer von mehreren Gründen dafür, weshalb China heute in Burma, Iran, Sudan oder Simbabwe so stark engagiert ist.

Da chinesische Unternehmen einen Teil ihrer Fördermengen auch auf dem freien Weltmarkt verkaufen, und dies zu den üblichen Bedingungen und Preisen, stoßen Drohungen von Konkurrenten ins Leere, es bei der WTO wegen Verstößen gegen deren Regeln zu verklagen.

Regionale Schwerpunkte für chinesische Rohstoffbezüge sind heute Australien, Lateinamerika und Afrika. Während die Zusammenarbeit mit den ersteren beiden Kontinenten kaum Anstoß erregt, sieht sich China für jene mit Afrika heftiger Kritik ausgesetzt.

Die Zusammenarbeit ist für afrikanische Staaten lukrativ, weil China, wie sie sagen, aus der Unterentwicklung kommt und selbst Entwicklungsprobleme zu lösen hat. China kauft in Afrika Rohstoffe und beteiligt sich an deren Aufschluss. Wo gewünscht, bietet es im Gegenzug ein Komplettpaket aus Handel, Investitionen, technischem Know-How und Personal an. Der Außenhandel mit Afrika ist in dem Jahrzehnt von 2000 bis 2010 auf das Zwölfwache gestiegen. 2010 hat China die USA als wichtigster Handelspartner Afrikas abgelöst. China hat seinen Markt für 400 Produkte Afrikas geöffnet. Es baut in Afrika Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Telekommunikationsnetze. China setzt für Infrastrukturmaßnahmen in Afrika wesentlich höhere Mittel ein als andere Akteure. Nach einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Studie betrug in den Jahren 2000 bis 2006 12 Milliarden Dollar. Die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank reichten im gleichen Zeitraum an afrikanische Länder Kredite im Wert von 2,1 Milliarden Dollar aus.¹⁹

China hat seine Entwicklungshilfe für Afrika verdoppelt, allen 35 Ländern des subsaharischen Afrika die Schulden erlassen. China baut Umweltprojekte auf, bildet Fachkräfte aus, entsendet medizinisches Personal und realisiert gemeinsame Forschungsprojekte in Bereichen wie Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Medizin. Das geschieht ohne politische Vorbedingungen.

Bei alledem kann das Agieren Chinas in Afrika nicht unkritisch gesehen werden. Bei einer Kooperation dieses Ausmaßes entstehen Reibungen und Konflikte. Diese ergeben sich aus Mängeln des Mechanismus der Zusammenarbeit, aus den beträchtlichen kulturellen Unterschieden, aus Proble-



men der Empfängerländer, aber auch aus ganz banalen menschlichen Schwächen.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika werden aus China zentral gesteuert, was für die Konzipierung, strategische Führung und die Bereitstellung der Mittel von Vorteil ist. Daran ist eine ganze Reihe staatlicher Institutionen beteiligt – das Außenministerium und seine Vertretungen, das Außenhandelsministerium, die Entwicklungs- und Reformkommission, die zentrale Export-Import-Bank und weitere Stellen. Ihr koordiniertes Handeln kann in konkreten Fragen zum Problem werden.

Die Sache wird kompliziert durch die Palette der Akteure, die die Projekte vor Ort umsetzen, so die genannte Afrika-Studie. Es sind im Wesentlichen zwei Kategorien – staatliche Unternehmen und neue chinesische Privatfirmen, die ihre Chance auf den Märkten der afrikanischen Länder suchen. Die Führungskräfte der großen Staatskonzerne sind auf die politische Linie Chinas gegenüber Afrika verpflichtet, erhalten Vorgaben für soziale und ökologische Standards, die sie einzuhalten haben. Sie sind aber – wie in der „sozialistischen Marktwirtschaft“ Chinas üblich – für den kommerziellen Erfolg ihrer Unternehmen voll eigenverantwortlich und können entsprechend selbstständig handeln. Die Export-Import-Bank, die die Finanzmittel ausreicht, hat die Einhaltung der Vorgaben zu kontrollieren. Ihre Möglichkeiten dafür sind jedoch begrenzt. Vor Ort handeln chinesische Manager und Ingenieure, die lernen müssen, ihre Vorstellungen und Erfahrungen aus der Praxis des eigenen Landes unter den ganz anderen Bedingungen Afrikas umzusetzen.

Ein Beispiel ist der Umweltschutz, wo China bekanntlich während seiner Industrialisierung selbst in schwere Probleme geraten ist. Diese sind nicht nur Fehlern in der staatlichen Politik geschuldet, sondern auch einem noch niedrigen Umweltbewusstsein in der Bevölkerung und bei den Wirtschaftsfunktionären. Erst als in den letzten Jahren dramatische Schäden eintraten, ist in China hier ein Umdenken eingetreten. Solche Entwicklungen wirken sich natürlich auch auf das Agieren chinesischen Personals in Afrika aus. Ebenso der Umgang mit Arbeitskämpfen bei chinesischen Projekten – für China eine völlig neue Erfahrung.

All das trifft in verschärftem Maße auf die chinesischen Privatunternehmer zu, meist Besitzer kleiner und mittlerer Firmen, die in Afrika handeln wie Privatunternehmer überall auf der Welt. Sie sind nicht zur Durchsetzung der staatlichen Politik verpflichtet. Das tut dem Image Chinas in Afrika nicht immer gut.

Problematisch ist die Lieferung großer Mengen billiger Konsumgüter aus China nach Afrika. Damit werden Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt. Zugleich leidet die im Entstehen begriffene einheimische Konsumgüterindustrie. Hier muss das rechte Maß erst noch gefunden werden.

Unmut erregt in afrikanischen Ländern auch die Tatsache, dass chinesische Unternehmen schnell dabei sind, auf eigenes Personal zurückzugreifen, wenn vor Ort keine qualifizierten Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Bei der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten afrikanischen Ländern ein echtes Problem. Die genannte Afrika-Studie zieht jedoch die Bilanz, dass bei chinesischen Projekten insgesamt mehrheitlich afrikanische Kräfte eingesetzt werden.

Ein beliebter Vorwurf lautet, dass sich unter den chinesischen Bauprojekten in Afrika auch sogenannte Prestigeob-

jekte befinden, die nicht der Bevölkerung, sondern nur bestimmten Führungsfiguren afrikanischer Staaten zugute kommen. Dies ist nicht zu bestreiten, wenn auch Sportstadien, die häufig in diesem Zusammenhang genannt werden, durchaus von der Bevölkerung genutzt werden. Hier argumentiert man in China, dass die Auswahl der Projekte von den Empfängerländern vorgenommen wird. Ein Grundsatz der chinesischen Außenpolitik lautet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, wie es sich auch selbst solche Einmischung verbittet. Es will zwar mit Entwicklungshilfe und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zur Lösung sozialer Probleme in den Empfängerländern beitragen, *regime change* steht allerdings nicht auf seiner Agenda. Die sieht es als Sache der betroffenen Völker selbst an.

Der neueste Trend in der chinesisch-afrikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Förderung von Industrieansiedlungen auf dem schwarzen Kontinent. Auch diese liegen im beiderseitigen Interesse. Im Unterschied zu vielen pessimistischen Prognosen sieht China in Afrika mit seiner jungen, rasch wachsenden Bevölkerung, die sich nach demographischen Hochrechnungen binnen 40 Jahren verdoppeln und mehrheitlich in Städten leben wird, einen gewaltigen Zukunftsmarkt. Bereits heute steigt dort der Bedarf an Handys, modernen Elektrogeräten und Fahrzeugen, mit deren preiswerter Herstellung China Erfahrung hat. Nach Ländern unterschiedlich – stehen die nötigen Arbeitskräfte durchaus zur Verfügung oder können ausgebildet werden. Nicht zuletzt haben viele afrikanische Länder einen zollfreien Zugang zur EU, wohin ebenfalls exportiert werden kann.²⁰

5. Wo ist China heute weltwirtschaftlich einzuordnen?

China geht aus der Krise mit einer gestärkten Stellung in der Weltwirtschaft hervor. Nachdem es 2009 bereits Deutschland den Titel des Exportweltmeisters abnahm, hat es im 2. Quartal 2010 erstmals Japan beim BIP überholt und ist nach den USA zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Die dominierenden internationalen Wirtschaftsorganisationen haben dem bereits Rechnung getragen. Die Weltbank erhöhte im April 2010 die Stimmrechte Chinas von 2,77 auf 4,42 Prozent.²¹ Im Oktober 2010 wurde eine Erhöhung der Stimmrechte Chinas im IWF von 4,0 auf 6,4 Prozent vorgenommen. Deutschland wurde von 6,1 auf 5,6 Prozent zurückgestuft.²²

Um eine Wiederholung derart tiefgreifender globaler Krisen wie der gegenwärtigen zu verhindern, fordert China gemeinsam mit anderen Schwellenländern konsequentere Regeln für die internationalen Finanzmärkte, die Überwindung der Dominanz der G8 in der Finanzpolitik, eine größere Rolle für die G20, denen auch Schwellen- und Entwicklungsländer angehören. Was die Rolle des US-Dollars als internationale Leitwährung betrifft, so heißt es aus China, die Entwicklung der Weltwirtschaft dürfe nicht länger vom Zustand der Währung eines einzelnen Landes und dessen Währungspolitik abhängen.

Die Krise und die gnadenlose US-Politik des billigen Geldes haben den Ruf des Dollars in der Tat beträchtlich erschüttert. Bisher hielt dessen Ausnahmestellung die Spekulanten davon ab, gegen ihn in der gleichen aggressiven Weise vorzugehen wie gegen den Euro und andere Währungen. Sie fürchteten, damit das ganze internationale Finanzsystem ins Wanken zu bringen und ihre eigenen Vermögen zu entwerten. Das muss nicht immer so bleiben.



Der Präsident der chinesischen Zentralbank, Zhou Xiaochuan hatte bereits im März 2009 angeregt, die Sonderziehungsrechte des IWF, die sich aus einem Korb mehrerer Währungen speisen, zu einer globalen Reservewährung auszubauen.²³ Diesen Vorschlag hat seine Stellvertreterin Hu Xiaolian jetzt zusammen mit den früheren IWF-Direktoren Michel Camdessus aus Frankreich und Horst Köhler aus Deutschland sowie dem ehemaligen US-Notenbankchef Paul Volcker erneut eingebracht.²⁴ Wie aussichtsreich dieser ist, bleibt abzuwarten. China hat jedenfalls bereits begonnen, mit wichtigen Handelspartnern wie Indonesien, Südkorea oder Argentinien Handelsgeschäfte in Yuan abzuwickeln. Es bezahlt deren Lieferungen, in Yuan, die die Lieferfirmen bei ihrer jeweiligen Zentralbank in Landeswährung umtauschen können. Der Dollar bleibt außen vor, lästige Gebühren werden gespart, das Risiko schwankender Wechselkurse minimiert. Auch Auslandskredite gibt China bereits in Yuan aus.

Die SWP-Studie vom Dezember 2010 bringt die Einschätzung vieler Fachleute auf den Punkt: „Chinas wirtschaftlicher Aufstieg ist die epochale weltwirtschaftliche Strukturveränderung unserer Zeit“, heißt es dort. China sei zu einer Herausforderung für den Westen und zu einem attraktiven Partner für viele Länder der Dritten Welt geworden.²⁵

6. Warum hat China die Krise so gut bewältigt und sogar als Treibsatz für einen neuen Schub seiner Entwicklung nutzen können?

Den Hauptgrund sehe ich darin, dass es die sozialistischen Züge seiner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konsequent genutzt hat – die zentrale staatliche Führung strategischer makrowirtschaftlicher Prozesse. Währung, Geldmenge und Kreditvergabe durch die Banken, Konjunkturprogramme und Investitionen werden vom Staat zentral gesteuert. Bei voller ökonomischer Selbstständigkeit der Provinzen und Unternehmen geben die Fünfjahrpläne zentrale politische und wirtschaftliche Orientierungen vor. Zentral- und Provinzregierungen arbeiten an der sozialen Abfederung der Krise, an der Angleichung des Entwicklungsniveaus der Regionen des Landes, wo noch riesige Probleme zu bewältigen sind. Das Ziel einer nachhaltigen, umweltfreundlichen, ressourcen- und energiesparenden Wirtschaft wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und angegangen.

All das steht kapitalistischen Wirtschaften nicht zur Verfügung. Es verschafft China den entscheidenden Vorsprung bei der Krisenbewältigung. Daher ist dies auch der Hauptangriffspunkt der Kritik des Westens. Diese Schritte der chinesischen Politik werden als Wettbewerbsverzerrung auf den globalen Märkten angeprangert. China soll diese Politik aufgeben, sich voll in den Strudel kapitalistischer Widersprüche und Krisen ziehen lassen.

Ein echtes Problem sind die Auswirkungen von Chinas Politik und Auftreten aufgrund seiner schieren Größe, seiner riesigen Bevölkerung, seines Wirtschaftspotenzials, seines Rohstoff- und Energiebedarfs, seiner Einflüsse auf die Umwelt und das globale Klima. Sie lösen Ängste vor einer künftigen Weltmacht China aus, die diese in wachsendem Maße berücksichtigen muss.

Für den Westen ist jedoch die entscheidende Frage: China ist in Teilen ein entwickeltes, in Teilen noch ein Entwicklungsland. Es stellt sich in der aktuellen weltwirtschaftlichen Auseinandersetzung eindeutig auf die Seite der Entwicklungsländer, wirft sein Gewicht in diese Waagschale, um die

terms of trade zu deren Gunsten und damit zu Ungunsten der alten Kolonialmächte und heutigen Verfechter des Neoliberalismus zu verändern.

China hat die Pläne des Westens durchkreuzt, der ihm auf Dauer die Rolle einer verlängerten Werkbank zugedacht hatte, um das Monopol auf die fortgeschrittenste Wissenschaft und Technologie selbst zu behaupten und die Schwellen- und Entwicklungsländer weiter in Abhängigkeit zu halten. Durch seine Erfolge in Wirtschaft und Technologie, durch seine ökonomische und politische Stärke hat China den Weg zu einer weiteren Demokratisierung der internationalen Beziehungen geöffnet.

Chinas Vorgehen beim Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau wird für Entwicklungsländer zunehmend attraktiver. China drängt es niemandem auf, ist aber zur Weitergabe seiner Erfahrungen bereit. Nach Jahrzehnten demütigender Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten haben viele Entwicklungsländer erstmals nicht nur die Wahl zwischen der Übernahme westlicher neoliberaler Konzepte oder der Isolation, sondern es bietet sich ihnen die Alternative eines nicht-westlichen Weges.

Selbst bisher so gefürchtete Institutionen wie IWF und Weltbank verlieren ihren Schrecken. In Afrika und Lateinamerika sind sie verhasst, weil ihre Kredite stets mit harten Auflagen verbunden sind – Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Deregulierung, Privatisierung von Industrie und sozialer Daseinsvorsorge, Kürzung der Sozialausgaben, wodurch die Wirtschaften vieler Entwicklungsländer ruiniert und die Armut vergrößert wurden. Jetzt bieten sich ihnen Kredite aus China und die Erfahrung, dass auch staatliche Unternehmen rentabel wirtschaften können, ihre erwirtschafteten Mittel in technische Innovation und soziale Projekte investiert werden, dass öffentliches Eigentum geschützt und gefördert wird.

China leistet durch seine Politik in den Bereichen Bevölkerung, Entwicklung, Wirtschaft oder Finanzen eigene Beiträge zur Lösung von Existenzfragen der Menschheit. Es sieht seinen Weg nicht als zur Nachahmung empfohlenes Vorbild. Es definiert seine gegenwärtige Entwicklungsetappe als „Anfangsphase der sozialistischen Gesellschaft“ mit einer Mehrsektorenwirtschaft. China erwartet die Anerkennung seines Entwicklungsweges, der durch die Größe des Landes, seine Geschichte, seine Mentalität und die heutigen Realitäten in der Welt bestimmt wird. Das ist ihm – bei allen Problemen und strittigen Punkten seiner inneren Entwicklung – zuzugestehen.

Anmerkungen

- 1 Sebastian Carlens, „Gefahr und Gelegenheit. Die Volksrepublik China und die Weltwirtschaftskrise“, in: Junge Welt, 18.1.2011.
- 2 www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,740477,00.html
- 3 Ebenda.
- 4 www.german-china.org.cn
- 5 www.spiegel.de/spiegel/print/d-73388908.html
- 6 Berliner Zeitung, 13.11.2010.
- 7 www.n-tv.de/wirtschaft/China-warnt-vor-Pleitetwelle-article1552451.html
- 8 Hanns Günther Hilpert, Chinas globale wirtschaftliche Herausforderung. Für eine kohärente Außenwirtschaftspolitik Europas, SWP-Studie S 29, Berlin, Dezember 2010, S. 15.
- 9 www.spiegel.de/spiegel/print/d-76121070.html
- 10 Siehe u. a. Berliner Zeitung, 18.10.2010.
- 11 Neues Deutschland, 5./6.3.2011.
- 12 Sebastian Carlens, a. a. O.
- 13 Neues Deutschland, 27.12.2010 und 6.1.2011.



- 14 Ebenda, 6.1.2011.
 15 Berliner Zeitung, 18./19.12.2010.
 16 Ebenda, 8.11.2010.
 17 Ebenda, 27.10.2010.
 18 <http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE70U0EF20110131>
 19 Andreas Seifert, China in Afrika, IMI-Studie 9/2008, Tübingen 2009, S. 13.
 20 Neues Deutschland, 7.1.2011.
 21 www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/stimmrechte-bei-der-weltbank-verschieben-sich-418006/index.do
 22 Berliner Zeitung, 25.10.2010.
 23 Sandra Heep, Hanns Günther Hilpert, Renminbi und IWF-Sonderziehungsrechte – Alternativen zum Dollar? SWP-Aktuell, 2009/A 65, Berlin, Dezember 2009.
 24 FAZ, 24.2.2011.
 25 Hanns Günther Hilpert, S. 7.

Analyse

Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa (Karl Dietz Verlag Berlin 2010) – unter diesem Titel hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende 2010 bereits die zweite Buchpublikation vorgelegt, die der Entwicklung, dem Politik- und Selbstverständnis, der organisatorischen Struktur, der Strategie und Programmatik sowie dem aktuellen Gebrauchswert linker Parteien in Europa und einzelnen Ländern gewidmet ist. Das Besondere daran: Sie beruht auf 24 Länderberichten und einem Regionalbericht zum Thema, die auf der Grundlage eines einheitlichen Fragebogens erarbeitet wurden und erfasst mit wenigen Ausnahmen alle Staaten Europas. Dreizehn der Länderberichte sind in diesem Band abgedruckt; alle zusammen erscheinen in einem weiteren Sammelband. Ihnen vorangestellt sind in dem vorliegenden Buch sechs Beiträge zu übergreifenden Themen, von denen wir im Folgenden drei aus der Feder der Herausgeberinnen Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt und Anna Striethorst dokumentieren. Das Buch sei allen, die sich für eine engagierte und zugleich unvoreingenommene, realistische Analyse von Zustand, Politik und Perspektiven von Partnerparteien Der Linken sowie deren internationaler Zusammenschlüsse interessieren, zur Lektüre empfohlen. (d. Red.)

Über den Gebrauchswert der Linksparteien

Von Birgit Daiber, Leiterin des Büros Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nach dem Gebrauchswert linker Parteien zu fragen bedeutet, nach ihrer Praxistauglichkeit zu fragen. Dabei geht es nicht in erster Linie um Zielsetzungen und Forderungskataloge. Die Praxistauglichkeit linker Parteien misst sich an ihrer Fähigkeit, einen Richtungswechsel der Politik und reale Veränderungen auch unter den Bedingungen des gegenwärtigen

Kräfteverhältnisses zu erreichen. Es geht dabei um nicht weniger als um den Aufbau von Gegenhegemonie und die Öffnung der Zukunft für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft. Dabei werden in erster Linie die Aktionsfelder der Parteien geprüft.

Voraussetzung für den Aufbau von Gegenhegemonie ist die Bereitschaft der Akteure verschiedener linker Formationen zur Kooperation. „Kooperation hat die Verschiedenheit und die Eigeninteressen der Beteiligten zur Voraussetzung und hebt sie nicht auf – aber sie kann, sie muss sie verändern. Nur durch eine solidarische und zugleich produktive Veränderung der Interessen werden sie gesellschaftlich mächtig und können der Unterwerfung unter die Vormacht herrschender Kreise entkommen. Nur in einem sie selbst verändernden Zusammenhang erhalten sie Wirkungsmacht und können auf Ergebnisse hoffen, die allein nicht erreichbar gewesen wären. Gegen-Hegemonie hat drei entscheidende Bedingungen: (1) neue Bündnisse, (2) transformatorische Projekte, (3) kooperationsfähige linke Kräfte und eine realistische Machtoption mit starker demokratischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.“¹

Vor dem Hintergrund dieser historischen Herausforderungen ist das Bild der linken Parteien in Europa sehr unterschiedlich. Offensichtlich ist, dass die Zäsur von 1989 immer noch nachwirkt. Aber auch die Tatsache, dass seit den 90er Jahren in vielen Ländern Europas ein massiver Prozess des Sozialabbaus stattgefunden hat, zwingt die linken Parteien in die Verteidigung sozialer Besitzstände – und damit in die Defensive.

Dennoch kann sich keine linke Partei, die sich selbst ernst nimmt, den historischen Herausforderungen entziehen, egal, wie sie sich der Frage der Gegenhegemonie stellt: ob sie Bündnisse ablehnt oder befürwortet, ob sie innovatorische emanzipatorische Projekte entwirft oder ob sie ihre Aufgabe in der Verteidigung des klassischen kapitalistischen Wohlfahrtsstaates sieht und wie sie sich zu möglichen realistischen Machtoptionen verhält.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass alle linkssozialistischen Parteien – egal welcher Prägung sie zuzurechnen sind – zwei große Themen haben:

- Teilhabegerechtigkeit, Sicherung des Wohlfahrtsstaates, Kampf gegen Armut, für „gute Arbeit“ und für Arbeitnehmerrechte.
- Friedenspolitik und Entmilitarisierung der europäischen und internationalen Politik.

Sehr unterschiedlich allerdings gewichten die Parteien diese Ziele im Kontext konkreter politischer Praxis. Unterschiedlich sind auch damit verbundene wesentliche Politikbereiche, wie z. B. Bürgerrechte, Geschlechterdemokratie, die Gleichberechtigung von Minderheiten, Ökologie und die Sicherung gemeinschaftlicher Güter bzw. die Eigentumsfrage sowie das Verhältnis zwischen sogenannter Erster und Dritter Welt. Dementsprechend unterschiedlich ist auch der Bezug zu gesellschaftlichen Akteuren: Sind vorrangig die Gewerkschaften und Kollektivorgane der klassischen Industriearbeiterschaft Adressaten der Politik der linkssozialistischen Parteien? Oder geht es darum, Akteure aus allen emanzipatorischen sozialen Bewegungen zu gewinnen? Gibt es einzelne Berufsgruppen z. B. im öffentlichen Dienst, die eine besondere Bindung an die linkssozialistischen Parteien haben (Niederlande, Portugal)? Und in welcher Weise beantworten die Parteien die Herausforderung der Individualisierung und Pre-



karisierung der Lebensverhältnisse für viele Menschen in den post-industriellen Gesellschaften?

Die Beantwortung dieser Fragen fällt so unterschiedlich aus, dass hier – unterhalb der beiden großen Themen – kaum gemeinsame Zielrichtungen erkennbar sind. Was sich auf der Ebene von Zielen und Forderungen feststellen lässt, wird auch sichtbar, wenn man die reale Position der linken Parteien im Parteienspektrum der jeweiligen Länder betrachtet:

Zum Teil sind die Parteien links von der Sozialdemokratie gespalten (z. B. Frankreich, Italien, Dänemark, Griechenland), zum Teil sind sie zu zersplittert und zu klein (z. B. Estland, Belgien), um überhaupt an entscheidenden Wahlen teilzunehmen, zum Teil haben die Parteien in den vergangenen Jahren einen Niedergang erlebt und sind in einer Phase der Rekonstruktion (z. B. Spanien, Italien). Auf der anderen Seite gibt es Beispiele für linke Parteien (z. B. Niederlande, Dänemark, Finnland, Zypern, Portugal, Island, Norwegen, Schweden, Deutschland), die sich im Parteienspektrum ihrer Länder erfolgreich behaupten.

Der Aufbau von Gegenhegemonie und die Nutzung von Gestaltungsspielräumen für transformatorische Projekte sind nicht nur an Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen geknüpft. Im Gegenteil: Die Beteiligung an Regierungen kann sich für linke Parteien (z. B. in Frankreich, Italien) sehr negativ auswirken, wenn sie kein identifizierbares Profil haben, keine konkreten Projekte realisieren und die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen. Entscheidend ist, inwieweit es den linken Parteien gelingt, die Bürgerinnen und Bürger – über die eigene Klientel hinaus – davon zu überzeugen, dass ihre Vorschläge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme in praktische Politik umsetzbar sind, und inwieweit es in solchen Projekten auch Gemeinsamkeiten mit den anderen Parteien des Mitte-Links-Spektrums gibt.

Eine Reihe von erfolgreichen Parteien (Deutschland, Portugal, Niederlande, Finnland) nutzen ihre Gestaltungsräume, um konkrete Zukunftsprojekte zu entwerfen und damit die öffentliche Diskussion voranzutreiben.

Andere erfolgreiche Parteien sind in Regierungsbeteiligungen auf nationaler (Island, Norwegen, Zypern) oder regionaler Ebene (Deutschland, Italien) eingebunden und versuchen in Richtung des Aufbaus von Gegenhegemonie zu wirken, auch wenn sie dies aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse nur in einzelnen Politikfeldern realisieren können (z. B. Norwegen) – sie messen aber die Fortschritte in den einzelnen Politikfeldern an dem großen Ziel.

Einzelne Parteien nutzen Gestaltungsspielräume auf regionaler oder kommunaler Ebene (Frankreich, Dänemark, Deutschland, Italien), die aber aufgrund der begrenzten Kompetenzen keine unmittelbare, die gesellschaftlichen Strukturen verändernde Kraft entfalten können. Gleichwohl können sie überregionale Bedeutung gewinnen, weil sie in bestimmten Bereichen – etwa Bürgerbeteiligung, Bildung, Gleichberechtigung von Minderheiten, öffentliche Dienstleistungen, aber auch lokale soziale Sicherung und Beschäftigungsentwicklung, also den Bereichen der kommunalen und regionalen „good Governance“ – die Realisierbarkeit alternativer Entwicklungsstrategien trotz eingeschränkter Kompetenzen exemplarisch aufzeigen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die kommunale Verankerung linker Parteien. Schließlich ist Kommunalpolitik die für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar fassbare, praktische Politikebene.

Es sind drei strategische Handlungsfelder, die für den Auf-

bau von Gegenhegemonie relevant sind: die Veränderung von Rahmenbedingungen, die Entwicklung von Einstiegsszenarien und Projekten sowie die Gestaltungsräume und Bündnisse. Im Folgenden werden Beispiele zu diesen Handlungsfeldern dargestellt.

Die Veränderung von Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen betreffen staatliches und überstaatliches Handeln. Die Themen sind hier vor allem Steuerungerechtigkeit bis hin zur Enteignung überschüssiger Vermögen und die Einschränkung spekulativer Finanzgeschäfte sowie Investitionen in die sozial-ökologische Transformation und Teilhabegerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ein zweites großes Thema ist die Entmilitarisierung von Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark möchte die Banken verstaatlichen und setzt sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein.

Die Partei DIE LINKE in Deutschland ist als gesamtdeutsche Partei noch sehr jung und befindet sich noch in einem programmatischen Selbstfindungsprozess. Auf der parlamentarischen Ebene werden einige Forderungen bezüglich der Rahmenbedingungen formuliert: ein gerechteres Steuersystem, das Reichtum besteuert, eine Finanztransaktionssteuer und Regulierungsinstrumente für die Finanzmärkte. Als Friedenspartei setzt sich Die Linke für eine Auflösung der NATO ein.

Der Linksbund in Finnland möchte den „Fossil-Kapitalismus“ durch eine Transformation in eine freie, gleiche und ökologische Gesellschaft verändern und geht dabei weit über die Forderungen der finnischen Grünen hinaus, die sich im Wesentlichen auf Klimafragen und den Schutz der Umwelt konzentrieren.

Für die Partei Sinn Féin in Irland war der Friedensprozess im Norden der Insel lange Zeit zentrales Anliegen. Nach wie vor setzt sich die Partei für die Vereinigung der Insel und einen gemeinsamen sozialistischen Staat durch soziale Transformationsprozesse ein. Die Partei ist begeisterte Befürworterin der erneuerbaren Energiequellen „Wind und Welle“ und hat aufgrund von Regionalstudien ein umfassendes Entwicklungsprogramm formuliert.

In Island tritt die Links-Grüne Bewegung im Regierungsbündnis dafür ein, alle natürlichen Ressourcen in öffentliches Eigentum zu überführen und den Wert der Natur in das Steuersystem einzubeziehen.

In Norwegen konnten seit der Beteiligung der Sozialistischen Linkspartei 2005 an der Regierung Steuern auf Aktienausschüttungen und Kapitaleinkommen eingeführt werden. Die Entwicklungspolitik des Landes ist heute im Vergleich zu allen anderen westlichen Ländern vorbildlich. Seit 2009 gibt es eine Kindergartenplatzgarantie für alle Kinder zwischen einem und sechs Jahren.

Der Linksblock in Portugal tritt für eine umfassende soziale Transformation ein und nimmt dabei ökologische und feministische Zielsetzungen ebenso auf wie den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Die linkssozialistische Regierungspartei AKEL in Zypern hält an kommunistischen Traditionen fest und ist zugleich realpolitisch orientiert. AKEL ist die Partei, die sich am intensivsten für die Wiedervereinigung der Insel einsetzt und dabei auch Anhänger im türkisch besetzten Teil hat. Insofern



ist sie eine Partei, die praktisch und pragmatisch in hohem Maße an der Veränderung der Rahmenbedingungen für ihr Land arbeitet.

Die Entwicklung von Einstiegsszenarien und Projekten

Einstiegsszenarien betreffen Strategien und Projekte, die pragmatische Lösungen für gesellschaftliche Probleme anbieten, die aber gleichzeitig Elemente emanzipatorischer Politik enthalten, die einen Zukunftsraum für eine gesamtgesellschaftliche emanzipatorische Entwicklung eröffnen.

Dies ist ohne Zweifel die am schwierigsten zu bestimmende Dimension für transformatorische Prozesse. Die meisten linken Parteien Europas – mit Ausnahme der norwegischen Partei, die in einer besonderen Situation ist – stehen vor der Herausforderung, gegen den seit den 90er Jahren betriebenen neoliberalen Abbau von gemeinschaftlicher sozialer Risikosicherung, öffentlichen Dienstleistungen und den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu kämpfen. Verursacht durch die Weltwirtschaftskrise wird in vielen Ländern eine Austeritätspolitik in neuen Dimensionen eingeführt, die zu weiterem Sozialabbau führt und die vor allen Dingen die Gestaltungsspielräume auf staatlicher Ebene erneut einengt.

Die linken Parteien müssen in dieser Situation zwei sehr unterschiedliche politische Strategien miteinander verbinden: die Verteidigung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates und die Umsteuerung in Richtung sozial-ökologischer Transformation. Sie müssen also Defensivkämpfe mit offensiver Politik verbinden, ein Spagat, der erhebliches sportliches Training erfordert. Dafür einige Beispiele:

In Dänemark wendet sich die Rot-Grüne Einheitsliste gegen die bereits weit fortgeschrittenen Privatisierungen der sozialen Dienstleistungen, gegen die NATO sowie gegen den Lissabon-Vertrag und seine Folgen. Die Einheitsliste ist Teil der die EU ablehnenden politischen Bewegung des Landes.

Die Partei DIE LINKE in Deutschland will die durch die rot-grüne Schröder-Regierung eingeführten sogenannten Hartz-Gesetze wieder abschaffen und die Rücknahme der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen erreichen, auch die Rücknahme der bereits beschlossenen Erhöhung des Renteneinstiegalters mit 67 Jahren. Als ein innovatorisches Projekt für Deutschland ist die Forderung nach einem gesetzlichen, existenzsichernden Mindestlohn zu bewerten. Die Partei versucht mit dieser Forderung – die in abgeschwächter Form auch von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften getragen wird – der Tatsache der massiv gestiegenen Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland gerecht zu werden. Mit dieser Diskussion ist zugleich auch die partiell nicht mehr funktionierende Tarifautonomie, also der Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf den Prüfstand gestellt. Die Linke fordert außerdem den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Auf Länderebene ist die Partei in Berlin und Brandenburg an zwei Regierungen beteiligt. Durch exemplarische regionale Projekte der Beschäftigungsentwicklung und durch Investitionen in nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften wie durch Bildungsprojekte wird hier versucht, Impulse für die Veränderung von Rahmenbedingungen zu geben.

Dem Linksbund in Finnland ist es seit dem Ende der Regierungsbeteiligung 2003 gelungen, den damals angehäuf-

ten Glaubwürdigkeitsverlust zu überwinden und sich zu verjüngen. Die Prekarität des Arbeitslebens, die sich während der Zeit des linken Regierungsbündnisses intensivierte, hat diese Entwicklung beschleunigt. Besonders in den letzten Jahren kommen viele neue aktive Mitglieder in die Partei, die hoch gebildet und schlecht bezahlt sind, befristete oder Zeitarbeitsstellen haben. Diese Neuausrichtung der Partei hat dazu geführt, dass sie die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in ihr Programm aufgenommen hat. Diese Forderung wird in Finnland nicht als Einzelmaßnahme diskutiert, sondern als ein Instrument zur Überwindung des Kapitalismus und zur Stärkung des Widerstandes gegen schlechte Arbeit und Prekarisierung. Übrigens ist der Linksbund in Finnland die einzige Partei, die sich wie die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Beitritt zur NATO wendet.

In Griechenland ist die Kommunistische Partei die stärkste oppositionelle Kraft gegen soziale Einschnitte. Zu ihren Kernforderungen gehören Mindestlöhne und Mindestrenten, die 35-Stunden-Woche, kostenlose Kinderbetreuung und kostenlose öffentliche Dienstleistungen. Die zweite linke Partei in Griechenland, SYN, konzentriert sich mehr auf bürgerrechtliche Forderungen wie die Respektierung des Status von Flüchtlingen oder die Trennung von Kirche und Staat sowie auf ein gerechteres Steuersystem und die Reform des Bankensektors.

Sinn Féin in Irland setzt sich für ein kostenloses Gesundheitssystem, die Sicherung von Wohnraum, Bildung, Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen ein. Die Partei ist offen für Mitglieder mit Migrationshintergrund und gibt Publikationen in Polnisch, der größten Minderheitensprache der Insel, heraus.

Die Links-Grüne Allianz in Island ist stark friedenspolitisch und feministisch orientiert. Sie ist gegen den Beitritt des Landes zur NATO und für eine Stärkung der UNO.

Die Sozialistische Partei in den Niederlanden zeichnet sich durch die Konzentration auf lebensnahe Themen aus: u. a. Umweltverschmutzung, Verkehrspolitik und sinkende Renten. In gesundheitspolitischen Fragen hat die SP ein eigenständiges Kompetenzprofil aufgebaut. Sie wird deshalb verstärkt von Angehörigen der Gesundheitsberufe gewählt.

Die Sozialistische Linkspartei in Norwegen konnte im Rahmen der Mitte-Links-Regierung seit 2005 im Bereich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte Verbesserungen erreichen, bereits geplante Privatisierungen wurden gestoppt. Norwegen hat seine Militärs aus dem Irak zurückgezogen und bereits einen Teilabzug aus Afghanistan realisiert.

Die Kommunistische Partei Österreichs, die regelmäßig an Wahlen teilnimmt, jedoch nur regional und kommunal in Parlamenten vertreten ist und national bei unter einem Prozent der Wählerstimmen liegt, hat dennoch ein unverkennbares Markenzeichen, das in der österreichischen Kulturlandschaft einen festen Platz einnimmt: ihr jährliches traditionelles Kulturfest, zu dem nicht nur viele bekannte Künstler einen Beitrag leisten, sondern das durch ein breites organisatorisches Bündnis von vielen kleinen linken Gruppierungen und Projekten getragen wird. Das Volksstimme-Fest wird auch von konservativen Beobachtern zuweilen als das schönste österreichische Volksfest bezeichnet.

Das rot-rot-grüne Wahlbündnis in Schweden setzt sich für Verbesserungen in der Arbeits- und Bildungspolitik ein, will die soziale Sicherheit vor allem in der Gesundheitsversor-



gung und in der Arbeitslosenversicherung verbessern und plant „grüne“ Investitionen in eine umweltfreundliche Infrastruktur und in das Wohnumfeld.

Die Partei AKEL in Zypern ist sehr aktiv in der Kulturförderung. Sie versucht, die Folgen der Wirtschaftskrise durch Konjunkturprogramme zu mildern und die öffentliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Gestaltungsräume und Bündnisse

Die Nutzung von Gestaltungsräumen und Bündnisse zwischen Parteien und sozialen Bewegungen sind die Voraussetzung, um politische Machtverhältnisse zu verändern. Auch dabei ist der Aktionsradius der linken Parteien sehr unterschiedlich.

Die Sozialistische Volkspartei in Dänemark strebt zusammen mit den Sozialdemokraten nach den nächsten Wahlen ein Regierungsbündnis an. Die Rot-Grüne Einheitsliste ist bereit, dieses Bündnis zu tolerieren, will sich aber nicht an einer Regierung beteiligen, weil sie zu große Kompromisse schließen müsste. Sie ist auf allen parlamentarischen Ebenen in Dänemark vertreten, stellt in Kopenhagen sogar den Bürgermeister, hat aber noch nie an EU-Wahlen teilgenommen, weil sie eng mit der die EU ablehnenden politischen Bewegung in Dänemark verbunden ist. Die Partei ist gut verankert in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes und in der Gewerkschaft für ungelernete Arbeiter. Ihre Mitglieder sind häufig aktiv in Elternverbänden, Umweltgruppen, Bürgerinitiativen und Solidaritätsbewegungen.

Die Partei DIE LINKE in Deutschland ist gesamtdeutsche Protestpartei gegen Sozialabbau und Volkspartei im Osten der Republik. Diese Differenz kennzeichnet auch ihren Aktionsradius. Während sie im Osten Bürgermeister und Landräte stellt und zusammen mit den Sozialdemokraten in den zwei Bundesländern Berlin und Brandenburg die Regierung bildet, ist sie im Westen der Republik zum ersten Mal als eigenständige Partei in Landtagen und auf kommunaler Ebene vertreten. Die Partei ist in Aktionsbündnissen mit sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung engagiert und in ihren sozialpolitischen Forderungen mit den Gewerkschaften verbunden. Junge Politikerinnen und Politiker von Linken, Sozialdemokraten und Grünen haben ein Diskussionsforum für gemeinsame Themen initiiert und orientieren sich dabei an dem norwegischen und schwedischen Beispiel des Aufbaus von Gegenhegemonie.

Die Kommunistische Partei in Frankreich ist traditionell sehr stark konzentriert auf Einigungs- bzw. Spaltungsbewegungen und Machtoptionen innerhalb des linken Spektrums. Sie verfügt über vielfältige Erfahrung mit Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene (seit 1971) und ist trotz erheblicher Verluste mit 132 000 Mitgliedern und etwa 11 000 Mandaten auf allen Ebenen immer noch die stärkste linke Partei in Europa. Sie hat eine solide Verankerung in der kommunalen und regionalen Ebene, auch wenn sie auf der nationalen und europäischen Ebene schwächelt. Seit den Europa-Wahlen 2009 bildet sie mit der neuen Parti de Gauche (Partei der Linken) des Linkssozialisten Jean-Luc Mélanchon das Parteienbündnis Front de Gauche (Linksfront). Das Bündnis steht in Konkurrenz zur Sozialistischen Partei, zu der Neuen Antikapitalistischen Partei NPA sowie der sehr erfolgreichen Neugründung Europe Ecologie. Für die in Frankreich herausragenden Präsidentschaftswahlen 2012 muss sich erweisen,

wer welche Bündnisfähigkeit im Mitte-Links-Lager entwickeln kann.

Die Kommunistische Partei Griechenlands hat mit der eigenen gewerkschaftlichen Organisation PAME eine starke Verankerung im gewerkschaftlichen Milieu. Die linke SYN dagegen ist in soziale Bewegungen und Sozialforen, in Jugendprotestbewegungen und in Bürgerinitiativen eingebunden.

Sinn Féin in Irland hat viele Unterstützer in den irischen Diaspora-Zentren USA, Großbritannien und Australien und ist offen für Mitglieder mit Migrationshintergrund. Die Partei ist auf vielen zivilgesellschaftlichen Feldern tätig, z. B. in Stadtteilgruppen und Sportvereinen, auch hat sie einen sehr aktiven Jugendverband.

Die Sozialistische Partei in den Niederlanden besitzt eine starke kommunalpolitische Verankerung und zeichnet sich durch hohe Kampagnenfähigkeit aus. Sie ist eine typische „Kümmerer-Partei“, die sich nicht nur während der Wahlkämpfe im Straßenbild zeigt, sondern den Bürgern jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen will.

Die Sozialistische Linkspartei in Norwegen ist seit 2005 an einem Regierungsbündnis mit Sozialdemokraten und Zentrumspartei beteiligt. Vorausgegangen war eine Kampagne der Gewerkschaften mit 58 konkreten Forderungen für eine Mitte-Links-Regierung. Die drei Koalitionsparteien gingen daraufhin bereits mit klaren Aussagen für eine Regierungsbildung in den Wahlkampf. Die Partei ist sehr eng mit Gewerkschaften, Umweltbewegung und Sozialforen verbunden.

Der Linksblock in Portugal ist treibende Kraft bei Massenprotesten wie z. B. der „Lehrer-Bewegung“ oder bei Aktionen gegen die Privatisierung des Gesundheitsdienstes. Er sucht stets Bündnisse und versteht sich als offenes Forum. Dies gilt auch für die theoretische und programmatische Debatte. Für das neue Wahlprogramm z. B. führt der Linksblock einen Konsultationsprozess mit Akteuren außerhalb der Partei durch, um eine möglichst breite Basis für die Forderungen und Zielsetzungen des Programms zu gewinnen.

Die Linkspartei in Schweden tolerierte zwischen 1998 und 2006 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Dies wurde von den Wählern nicht honoriert, die Partei erlebte bei den Wahlen 2006 einen Einbruch. Statt sich völlig aus der Machtoption Regierungsbeteiligung zurückzuziehen, hat die Partei für den Wahlkampf 2010 zusammen mit den Grünen und den Sozialdemokraten ein Regierungskonzept entwickelt, das die drei Parteien im Wahlkampf gemeinsam vertreten. Damit vermochten die linken Parteien die Konservativen allerdings nicht von der Regierung zu verdrängen.

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens in der Tschechischen Republik hat sich eine relative Stärke bewahrt und ist im parlamentarischen System gut verankert – allerdings liegt der Altersdurchschnitt der Mitglieder bei 70 Jahren, und der Großteil von ihnen sind ehemalige Staatsbedienstete. Die KPBM stützte bis 2010 die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Parlament, die Sozialdemokraten lehnten jedoch eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten mit dem Argument ab, die Partei müsse sich erst von der Vergangenheit lösen und sich für Verbrechen entschuldigen sowie die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennen. Auf regionaler Ebene gibt es allerdings zwei Koalitionen von Sozialdemokraten und Kommunisten. Die KPBM ist so gut wie gar nicht in Bündnisse mit sozialen Bewegungen einbezogen. Eine Ausnahme bildeten die Proteste gegen die US-Radar-Basis in Tschechien. Bei rassistischen Angriffen



auf die Minderheit der Roma ergreift die Partei keine Position für die Minderheit, sondern wiegelt eher ab.

Als Beispiel für eine zweifelhafte Nutzung von Gestaltungsräumen sei zum Schluss die Sozialistische Partei in Bulgarien erwähnt, die als Nachfolgepartei der ehemaligen Kommunisten seit 1990 bereits fünf Mal eine Regierung gebildet hat und 2009 abgewählt wurde. Ihr wird vorgeworfen, sich in der Übergangszeit nach 1990 einen Teil des sozialistischen Staatseigentums angeeignet zu haben. Die Partei steht heute nicht besser da als die anderen als korrupt geltenden Parteien in Bulgarien.

Schlussbemerkung

Die linken Parteien Europas befinden sich in sehr unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung. Die nordischen Parteien haben alle ein starkes ökologisches Profil und versuchen, übergreifende sozial-ökologische transformatorische Prozesse – auch unter so extrem schwierigen Bedingungen wie in Island – voranzutreiben. Insgesamt gilt: Alle linken Parteien, die praktische Strategien für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verfolgen, stellen die sozial-ökologische Transformation ins Zentrum.

Auch ist unübersehbar, dass neben den klassischen linken Politikfeldern Teilhabegerechtigkeit und Frieden die Politikfelder Bürgerbeteiligung, Geschlechterdemokratie und Minderheitenrechte in den linken Realisierungsszenarios zunehmend Raum einnehmen.

Die niederländische SP und der Linksblock in Portugal zeichnen sich durch eine hohe Kampagnenfähigkeit aus, mit der sie gesellschaftliche Probleme und Lösungsstrategien in die Öffentlichkeit bringen. Auch die Partei Die Linke ist in Deutschland Motor in der öffentlichen Debatte über die soziale Verfasstheit der Gesellschaft und in Fragen der Friedenspolitik.

Diese Beispiele zeigen, dass es den linken Parteien gelingen kann, aus der Defensive herauszukommen, wenn sie in der Lage sind, Gestaltungsräume zu eröffnen und die Diskussion über alternative gesellschaftliche Entwicklungsstrategien in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das Beispiel der Parteien in Norwegen und Schweden, Regierungsbeteiligungen nur dann einzugehen, wenn im Vorhinein bereits gemeinsame Projekte entwickelt wurden, fußt auf der Erfahrung, dass die linken Parteien sowohl durch wenig profilierte diffuse Regierungsbeteiligungen wie auch durch die Tolerierung von Minderheitsregierungen an Glaubwürdigkeit verlieren. Von ausschlaggebender Bedeutung ist, dass die linken Parteien sich durch konkrete Projekte profilieren.

Wenn sich linke Parteien heute an Regierungen beteiligen, dann setzen sie sich einem historischen Härte-test aus: Einerseits müssen sie gegen die durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigten neoliberalen Politikprozesse und den damit verbundenen Sozialabbau kämpfen, andererseits müssen sie die durch die Bankenrettungsaktionen verursachte enorme Staatsverschuldung mittragen, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte einschnürt, und drittens müssen sie versuchen, emanzipatorische und innovative sozial-ökologische Transformationsprojekte zu initiieren. Dies ist ein sehr steiniger Weg ohne Erfolgsgarantie.

Anmerkung

1 Michael Brie: Another Government is possible. Beyond the center-left Governments in Europe – a German Perspective. Vortrag in Brüssel, Juni 2010

Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien

Von Cornelia Hildebrandt, Referentin für Parteien und soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (geringfügig gekürzt)

Zu den Rahmenbedingungen der Politikentwicklung und Strategiebildung linker Parteien in Europa gehören die immer stärkere Europäisierung der Politik und der wachsende Grad ihrer Institutionalisierung. Dies ist verbunden mit der Neu-deutung der Europäischen Union als „global player“. Europapolitik durchdringt inzwischen zunehmend alle Politikbereiche der nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen und zwingt – aufgrund der Wettbewerbsstrategie der EU – zu einer Politik der Stabilisierung öffentlicher Haushalte, zur Privatisierung öffentlicher Dienste und Dienstleistungen. Die Phasen europäischer Annäherung infolge der Erweiterungsprozesse bis Mitte der 90er Jahre wurden von zunehmend widersprüchlichen Entwicklungen zwischen den Mitgliedsländern der EU abgelöst. Es wächst mit deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung die soziale Polarisierung innerhalb der EU ebenso wie innerhalb der Mitgliedsländer selbst – eine Tendenz, die sich unter den Bedingungen der Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Krise beschleunigt. Um diese Entwicklungen umzukehren, wäre eine starke europäische politische Linke dringend notwendig. Real aber sind die Linksparteien Europas, trotz einzelner Erfolge im Kampf gegen die EU-Verfassung noch immer in der Defensive, während die herrschenden Parteien ihren nationalen (und auch europäischen) Einfluss über die Institutionen der Europäischen Union vervielfachen können.

Der europapolitische Einfluss der Linksparteien bleibt weit hinter ihren Fähigkeiten auf nationaler Ebene zurück, sich als Protest- und Widerstandskraft zu formieren und Politik zu gestalten. Und dies, obwohl gerade zu ihrem Identitätsverständnis ein internationalistischer Politikansatz gehört.

Was sind hierfür die Gründe? Auf drei Probleme soll nachfolgend eingegangen werden: erstens auf die kontroversen Haltungen der Linksparteien zur EU aufgrund unterschiedlicher Erwartungen oder Befürchtungen, zweitens auf ihre „historischen Erblasten“ und drittens auf ihre mangelnden Fähigkeiten, auf europäischer Ebene gegen die vorherrschende Ausrichtung der EU zu intervenieren.

Die kontroversen Haltungen der linken Parteien reichen von der fast unkritischen Zustimmung zum Europäischen Projekt über europakritische Positionen, die sich nicht grundsätzlich gegen die Institutionen der Europäischen Union richten, sondern gegen die vorherrschende neoliberale Ausrichtung der EU, über europaskeptische Positionen, die sich grundsätzlich mit europäisierter Politik und ihren Institutionen auseinandersetzen, bis hin zur Ablehnung der EU. Insgesamt sind die Linksparteien in Europa stärker EU-kritisch bei pro-europäischen Grundhaltungen, die sich allerdings auf den ganzen Kontinent und nicht nur auf die EU beziehen.



Zu den europakritischen Parteien gehören z. B.: Déi Lénk in Luxemburg, die PRC in Italien, der Linksbund in Finnland, die PCF in Frankreich, SYN in Griechenland, der Linksbund in Portugal. Eine eher europakritische bis ambivalente EU-Haltung vertritt die Linke in Deutschland. Für europaskeptische Positionen stehen u. a. die SP der Niederlande, die Linkspartei in Schweden, die SV Norwegens, die KPBM in Tschechien und Sinn Féin in Irland. Klar ablehnend ist die Haltung der KP Griechenlands, der Portugiesischen KP, der Rot-Grünen Einheitsliste in Dänemark. Letztere tritt deshalb nicht zu den Europawahlen an.

Nachfolgend werden exemplarisch die Positionen einzelner Parteien dargestellt.

Die Rot-Grüne Einheitsliste Dänemarks war von Anfang an Gegnerin der EU. Sie sieht jedoch in ihrer internationalen Arbeit einen Beitrag für die Erarbeitung einer demokratischen rot-grünen europäischen Alternative zur EU. Die Ausrichtung der EU am Neoliberalismus und Militarismus und vor allem das Demokratiedefizit der EU lassen sich nicht verändern, „ohne die ganze Institution abzuschaffen“. Dennoch ist aus Sicht der Einheitsliste die Zielsetzung für ein „anderes Europa“ als Basis für die Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen, die eine andere Sicht der EU vertreten, notwendig. Die Einheitsliste hat im Unterschied zur Sozialistischen Volkspartei (SF) in Dänemark den Beitritt zur EU wie auch die NATO-Mitgliedschaft abgelehnt. Die Vertreter der SF arbeiten im Europäischen Parlament mit den grünen Parteien und im nordischen Zusammenhang mit den rot-grünen Parteien zusammen, d. h., mit der Linkssozialistischen Fraktion im Nordischen Rat und der Nordischen Grün-Linken Allianz (NGLA). Ihre Abwendung von der Linksfraktion GUE/NGL hin zur Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz verweist auf einen politischen Schwenk der Partei weg von den Parteien der „radikalen Linken“ hin zu den Mitte-Links-Parteien.

In Großbritannien gibt es keine relevante Linkspartei neben der Labour Party. Dennoch ist die Stellung von britischen Linken für die Linksparteien in Europa nicht unwichtig. Stellvertretend hierfür sollen die Positionen des linken britischen Wahlbündnisses TUSC kurz erwähnt werden. In dem Wahlprogramm von 2009 wird die Gefahr „kapitalistischer, militaristischer Vereinigter Staaten von Europa“ beschrieben, die zu Konflikten zwischen einheimischen Arbeiter/innen und Immigrant/innen führen muss. Sichtbar ist dies bereits bei der Entsenderichtlinie, in deren Folge Arbeiter aus unterschiedlichen Ländern auf unterschiedlichem Lohnniveau konkurrieren.

Der finnische Linksbund hatte lange eine gespannte Beziehung zur Europäischen Union und ebenso auch Probleme mit der europäischen Zusammenarbeit. Anfang der 90er Jahre war die Mehrheit der Parteimitglieder gegen den Beitritt zur EU und verstand sich als Teil der Anti-Beitritts-Bewegung. Mit der Beteiligung des Linksbundes an der Regierung der Regenbogenkoalition von 1995 bis 2003 veränderte sich die offizielle Position der Partei in dieser Frage: Ziel der Partei war nunmehr „ein Europa, das das Bestreben seiner Mitgliedstaaten fördert, Sozialstaaten aufzubauen, die auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung fußen“. Gleichzeitig vertrat der Europaabgeordnete der Partei Esko Seppänen EU-kritische Positionen, wie sie von der Mehrheit der Wählerschaft des Linksbundes noch immer vertreten werden. Vor diesem Hintergrund degenerierte die EU-

Politik zum persönlichen Streit mit dem Ergebnis, dass die Partei gegenwärtig keine Position zur EU-Politik formuliert. Ähnlich kompliziert stellt sich die Situation für die linksgrüne Bewegung in Island dar. Sie lehnt die Teilnahme an Militärbündnissen wie der NATO und der WEU ab. Ferner tritt sie gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein und setzt vielmehr auf bilaterale Handels- und Kooperationsvereinbarungen. Diese Haltung der linksgrünen Bewegung wurde 2009 in der rot-roten Koalition zur ersten Belastungsprobe. Die Mehrheit der Partei stellte sich gegen einen Antrag zur Aufnahme in die EU, die Parlamentsspitze unterstützte diesen jedoch und stellte sich hinter ihren Koalitionspartner. Im Unterschied zur Ablehnung der EU verteidigten die Linken die Zusammenarbeit ihrer Länder im Nordischen Rat. Das gilt auch für die Linksparteien in Norwegen, Dänemark und Schweden.

Die schwedische Linkspartei war 1995 die einzige Partei, die den EU-Beitritt ablehnte. Zur Europaparlamentswahl 2009 war „deine EU-kritische Wahl“ der Hauptslogan der Partei, wobei die Austrittsforderungen aus der EU mittlerweile leiser geworden sind. Lediglich die Ablehnung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie des Euros ist stark geblieben. Die Wählerschaft der Linkspartei vertritt mit Abstand die EU-skeptischsten Positionen.

In einer besonderen Situation befindet sich die Sozialistische Linkspartei Norwegens. Sie ist durch die norwegische Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und dem EWR-Vertrag geprägt, der die norwegische Wirtschaft zu hundert Prozent dem Binnenmarkt der Europäischen Union einverleibt. Durch diese Mitgliedschaft werden die meisten Fälle von Deregulierung und Privatisierung, die schon stattgefunden haben, zementiert, außerdem werden zusätzliche Reformen in neoliberaler Richtung vorgeschrieben. Zwei Themen sind für die Kampagne der Linken in Norwegen gegen die Mitgliedschaft grundsätzlich gewesen: Erstens gibt es die Auffassung, dass die demokratischen Werte auf Landes- und auch auf Kommunalebene, die der Bevölkerung lieb und teuer sind, besser außerhalb der EU aufgehoben seien. Zweitens besteht in Norwegen eine Skepsis gegenüber dem in der gesamten Folge von EU-Verträgen eingebetteten Marktliberalismus. Die Marktfreiheiten der EU erfordern, dass weder auf nationaler, auf regionaler noch auf Kommunalebene in Lösungen eingegriffen wird, die das freie Spiel der Marktkräfte hervorbringt. Jede Regelung der Märkte soll allein auf Ebene der EU stattfinden. Notwendig sind dagegen nach Meinung der SV Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit, gegen wachsende soziale Ungleichheit, den Niedergang des Sozialstaates, die sich auflösenden Gemeinschaften und die Wartezeiten bei der medizinischen Versorgung. Es fehlen Maßnahmen gegen den Drogenmissbrauch und zunehmende Gewaltverbrechen, gegen das organisierte Verbrechen über Binnengrenzen hinweg. Es bedarf nationaler Lösungen zur Integration von ethnischen Minderheiten. In Skandinavien hat sich die europaskeptische Linke in der Nordischen Grün-Linken Allianz vereinigt. Dazu gehören die Sozialistische Linkspartei (Norwegen), die Sozialistische Volkspartei (Dänemark), die Linkspartei (Schweden), der Linksbund (VAS) in Finnland und die Linksgrüne Bewegung in Island.

Aus der Sicht der irischen Sinn Féin muss die nationale Souveränität oberste Priorität haben, denn erst ein geeintes Irland könne einen positiven Beitrag innerhalb der europäi-



schen Familie leisten. Auf dieser Grundlage stellt sie die Frage der Erneuerung der Europäischen Union, die um das Konzept eines sozialen Europas ergänzt werden müsse. Als Hauptproblem der EU sieht sie jedoch das Demokratiedefizit sowie das Gefälle, das zwischen der EU als Institution und den EU-BürgerInnen bestehe. Deshalb müssen die nationalen Regierungen bei jenen Angelegenheiten die Hauptakteure bleiben, die in erster Linie ihre jeweiligen Länder betreffen. Sinn Féin verstand sich als irische Hauptstimme im Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon wie auch schon bei dessen Vorgängern, den Verträgen von Nizza bzw. Maastricht. Die Partei befürchtete mit der Annahme des Vertrages von Lissabon die Abgabe weiterer irischer Souveränitätsrechte an die Institutionen der EU. Diese werden jedoch nicht gewählt und sind dem normalen europäischen Staatsbürger gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Europa stehe viel mehr für ein „Europa der Konzerne“, weit entfernt von einem Europa auf Grundlage der sozialen Solidarität. Sinn Féin sieht sich jedoch nicht als Gegnerin des Konzepts einer Europäischen Union, sondern nur des zur Zeit herrschenden wirtschaftskonservativen Charakters. Gemeinsamkeiten mit ihren Verbündeten in der GUE/NGL gibt es vor allem in Fragen der Rechte der Arbeiter in Europa und im Umweltschutz.

Die Kritik der Vereinigten Linken (IU) in Spanien richtet sich im Unterschied zu den euroskeptischen Parteien nicht gegen die EU selbst, sondern gegen ihre konkrete Verfasstheit. „Die IU sieht in der aktuellen Politik der EU massive soziale, demokratische, ökologische und wirtschaftliche Defizite.“ Sie „setzt sich für eine Ausweitung der Rechte des EU-Parlaments ein ..., lehnt aber den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und den Lissabonvertrag ab“. Das „neoliberale Europa des Maastrichtvertrages“ müsse revidiert werden, und soziale Inhalte seien in die Verträge „mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen“. Dies bedinge die „Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes“.¹

Die Französische Kommunistische Partei (FKP) gehört wie die IU zu den europakritischen Parteien, die 2005 erfolgreich das Referendum zur Ablehnung der EU-Verfassung bestanden. Die Non-Wähler kamen überwiegend aus dem linken politischen Lager, aus der Arbeiterklasse und waren jung. Sie hatten ihre Wahlentscheidung aufgrund ihrer antiliberalen Einstellung getroffen. Gleichzeitig muss sich die FKP mit den Grünen (Les Verts) in Frankreich auseinandersetzen, die sich zu ihrer europäischen Identität bekennen, noch ehe sie auf der nationalen Zugehörigkeit bestehen. Die Partei war sich während des Referendums 2005 nicht einig: Die Mehrheit der Aktivisten sprach sich gegen den Vertrag von Lissabon aus und signalisierte so ihre Zugehörigkeit zum linken Lager.

Die AKEL in Zypern sieht die Entwicklung der Europäischen Union eher positiv auch vor dem Hintergrund der Rolle der EU in der Zypernfrage. Sie unterstützt zugleich ein „anderes Europa“.

Die Haltungen der ehemals postkommunistischen und heute als sozialdemokratisch zu beschreibenden Parteien in Bulgarien, Polen und Rumänien sind eher pro-europäisch ausgerichtet. „Die polnische SLD und die Union der Arbeit (UP), beide Mitglieder der Sozialistischen Internationale, begreifen sich als pro-europäische Kräfte, die sich für ein weiteres Fortschreiten der EU-Integration einsetzen.“² Anders

die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die sich EU-kritisch versteht. Auch die postkommunistischen Parteien des früheren Jugoslawien, die sich sozialdemokratisch ausgerichtet haben, stehen für den Beitritt zur EU wie auch den Beitritt zur NATO – mit Ausnahme der serbischen Sozialdemokratischen Partei, die den NATO-Beitritt ablehnt.

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM) ist traditionell eine EU-skeptische Partei. Sie lehnte beim Referendum 2003 als einzige Partei mehrheitlich den EU-Beitritt ab, wobei es innerhalb der Partei und auch in der Parteiführung unterschiedliche Positionen gab. Die Ablehnung der europäischen Verfassung wie auch des Lissabon-Vertrages wurde begründet mit der neoliberalen Ausrichtung der EU und mit der Befürchtung, dass die tschechische Gesellschaft in solch einer EU die nationale Identität verlieren werde.

Die Gründe für Zustimmung, Kritik, Skepsis und Ablehnung sind sehr unterschiedlich. Sie sind erstens geprägt durch die Erwartungen der Bevölkerung an die Europäische Union und deren Möglichkeiten, die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des eigenen Landes voranzubringen. Zweitens beeinflusst das historische Erbe der Linken, einschließlich des politischen Erbes des Internationalismus, die Ausprägung europäischer Politikansätze in den einzelnen linken Parteien und ihre Einbindung in transnationale europäische Organisationen bzw. europäische Parteien. Drittens ist die gegenwärtige Konstitution der EU primär geprägt von politischen Rahmenseetzungen einer Währungs- und Wirtschaftsunion, die sich im Wesentlichen auf ihre Vertragswerke stützt: die Verträge von Nizza, Maastricht und Lissabon. In den europapolitischen Positionen der Linksparteien wird deshalb vor allem die Ergänzung des politischen Grundansatzes der EU durch eine europäische Sozial- und Umweltunion eingefordert, wie sie u. a. auch in der Wahlplattform der Europäischen Linkspartei enthalten ist.

Zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind in starkem Maße geprägt von der Stellung des jeweiligen Landes innerhalb der bzw. zur Europäischen Union. Es ist dabei nicht unwichtig, ob es sich um ein politisch und ökonomisch starkes oder eher schwaches Land handelt, deren Bürgerinnen und Bürger sich mit dem Beitritt zur EU Verbesserungen der sozialen wie auch wirtschaftlichen Lage erhoffen. Auch 2010 liegt der Wert „social protection“ als Antwort auf die Frage, was die Bürger der Mitgliedsländer mit der EU verbinden, bei ca. 20 Prozent: in Bulgarien (23 Prozent), Estland (18 Prozent), Rumänien (17 Prozent). Bemerkenswert ist, dass die Zustimmung zur EU von 2005 bis 2007 auch in Frankreich und den Niederlanden trotz der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung signifikant gestiegen ist. Das heißt, das Nein zur EU-Verfassung ist nicht gleichbedeutend mit einer Infragestellung der EU-Mitgliedschaft. Die Kritik der EU, die die Linksparteien politisch vertreten, muss die zunehmende Erwartungshaltung der Bevölkerung der Mitgliedsländer berücksichtigen, welche die EU als akzeptablen politischen Raum im Vergleich zu anderen transnationalen Akteuren anerkennen.

75 Prozent der EU-Bürger, darunter verstärkt auch BürgerInnen aus Finnland, Belgien, Deutschland, der Slowakei und



den Niederlanden, wünschen eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

66 Prozent der Befragten ordnen sich den unteren sozialen Schichten zu. Vor allem von Arbeitslosen und Rentnern wird die weitere Entwicklung in der EU pessimistisch betrachtet. Auf der politischen Rechts-Links-Skala sind es vor allem die Linken, die diese Entwicklung auch weiterhin negativ beurteilen. Insgesamt ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft des Landes in der EU von 58 Prozent im Jahr 2007 auf 49 Prozent in 2010 gefallen und liegt damit fast wieder auf dem Niveau von 2001.³ Einerseits wachsen die Erwartungen an die EU als globaler Akteur auch bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise, andererseits betrachten weniger als die Hälfte der Befragten die Mitgliedschaft in der EU als gute Sache für ihr Land.

All diese Faktoren spiegeln sich auch in den Wahlergebnissen der Linksparteien zum Europaparlament wider. Diese sollen hier kurz skizziert werden, weil trotz der noch immer starken nationalen Ausrichtung der Europawahlen die Wahlbeteiligung darauf verweist, welche Bedeutung die Wahlen zum Europaparlament für die jeweilige Bevölkerung haben. Die Wahlentscheidungen für die Linksparteien erlauben daher nicht nur Rückschlüsse auf deren nationale Bedeutung, sondern auch auf deren europapolitisches Angebot bzw. die Akzeptanz ihrer europapolitischen Ausrichtung.

Die Wahlen zum Europaparlament 2009

Die Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament lag auch 2009 bei knapp 20 Prozent in der Slowakei und über 90 Prozent in Luxemburg (Wahlpflicht). Sie ist im Vergleich zu 2004 in Zypern, Griechenland, Italien und Litauen um mehr als zehn Prozent gesunken. In Lettland, Estland und Dänemark ist sie dagegen um mehr als zehn Prozent, in Schweden, Österreich und Polen um ca. vier bis fünf Prozent gestiegen.

Die Linksparteien konnten bei den Europawahlen 2009 nicht von den dramatischen Einbrüchen der sozialdemokratischen Parteien in Estland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, Spanien oder Ungarn profitieren. Die grünen Parteien hingegen konnten ihre Ergebnisse zu 2004 deutlich verbessern, darunter in Belgien, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Schweden. Diese Entwicklung spiegelt zum Teil die politische Dynamik innerhalb der Mitgliedsländer der EU wider. Jene Parteien, die auf der nationalen Ebene nicht parlamentarisch vertreten sind, sind es zu einem Großteil auch auf europäischer Ebene nicht. Dennoch gibt es hier zwischen den Linksparteien erhebliche Unterschiede.

Die Linksparteien profitieren zum Teil von den europaskeptischen Einstellungen ihrer Wählerschaft wie z. B. Sinn Féin, KPBM und KP Griechenlands – wobei alle drei mit weniger Abgeordneten im Europaparlament vertreten sind als 2004. Auch die schwedische Linkspartei hatte trotz gewachsener Wahlbeteiligung (2004: 37,2 Prozent, 2009: 45,5 Prozent) Probleme, zur Europawahl mit europakritischen Positionen zu mobilisieren. Sie verlor einen von zwei Europaabgeordneten.

Im Unterschied hierzu konnten europakritische Parteien wie Die Linke in Deutschland, die Linksfront in Frankreich, der Linksblock in Portugal und die Vereinigte Linke in Spanien ihr Ergebnis leicht steigern. Dennoch wirkte auch hier

die zum Teil ambivalente Haltung der Linken wie in Deutschland oder Finnland eher dämpfend auf die Wahlergebnisse der Parteien. Diese lagen bei den Europawahlen 2009 zum Teil – siehe Deutschland – unter den Ergebnissen ihrer letzten nationalen Wahlen. Der finnische Linksbund verlor sein einziges Abgeordnetenmandat.

Das italienische Ergebnis – der Verlust aller Mandate im Europäischen Parlament – muss eher als Ausdruck des zerrütteten Zustandes der italienischen Linken gesehen werden. Die ohnehin schwachen, parlamentarisch nicht oder nur gering verankerten Linksparteien konnten auch bei den Europawahlen 2009 keine besseren Ergebnisse erzielen. Die trotzkistischen, maoistischen Parteien oder andere Splitterparteien verblieben mit Ausnahme der NPA in Frankreich alle im Ein-Prozent-Bereich oder darunter. Dazu gehören u. a. linksradikale Parteien in Belgien, Großbritannien, Luxemburg, Lettland, Litauen, der Slowakei, Rumänien und Ungarn. In den letzten drei Ländern sind zugleich die extremen Rechten außerordentlich erstarkt.

Die Ergebnisse der Europawahlen 2009 beschreiben eine deutliche Rechtsverschiebung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union, wozu auch die starken Wählerverluste der sozialdemokratischen Parteien u. a. in Estland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Ungarn beigetragen haben. Sehr bedenklich ist die Zunahme des Gewichts rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, Italien, in den Niederlanden, Schweden, Belgien, Finnland, Griechenland, Großbritannien und Italien. Sie stellen zusammen mit einigen europaskeptischen Rechtsparteien seit 2009 mit 32 Abgeordneten eine eigene Fraktion.⁴

Zurückgeführt wird das insgesamt relativ schwache Ergebnis der Linksparteien mit 5,3 Prozent 2009 (sieben Prozent 2004) auf einen Mangel an linken Alternativen, der die Wahlerfolge der bürgerlichen Rechten bei den Wahlen zum Europaparlament beförderte. Bisher konnte die politische Linke in Europa nach Meinung des finnischen Linksbundes trotz der erstmalig gemeinsamen Wahlplattform noch kein in sich konsistentes europapolitisches Konzept entwickeln.

Die Haltung der Bevölkerung und die Stellung des Landes

Das europäische Selbstverständnis der Mitgliedsländer der EU bzw. das Verhältnis ihrer Bürgerinnen und Bürger zur EU unterscheiden sich noch immer stark voneinander. Dies hat verschiedene Ursachen, die zum Teil mit der Geschichte der Länder, der Stellung im System der internationalen Arbeitsteilung wie auch mit ihrer geographischen Lage zusammenhängen. Bulgarien, Italien und Griechenland verstehen sich als Länder eines gemeinsamen Mittelmeerraumes. Die Bevölkerung in Schweden, Dänemark und Finnland steht der EU und deren gegenwärtiger Politik eher skeptisch gegenüber, dennoch verändert sich auch hier die Haltung zur Europäischen Union. Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedstaaten bringen den EU-Institutionen zunehmend mehr Vertrauen entgegen, immerhin mehr als ihren nationalen Regierungen oder Parlamenten. Das größte Vertrauen haben hierbei die Esten mit 68 Prozent, die Slowaken mit 65 Prozent, die Bulgaren und Dänen mit je 61 Prozent. Das geringste EU-Vertrauen zeigen die Briten mit 20 Prozent.

Auf die Frage, welcher globale Akteur die Probleme der Finanz- und Wirtschaftskrise am besten bearbeiten könne



(EU, nationale Regierung, G20, IWF oder USA), erhielt die EU im Vergleich zu den nationalen Regierungen die höchsten Werte in Polen (35 zu 13 Prozent) und Zypern (34 zu 19 Prozent). In weiteren Ländern erhält die EU im Vergleich zu den nationalen Regierungen doppelt so hohe Werte. Dazu gehört Deutschland (27 zu 12 Prozent), Estland (28 zu 14 Prozent), Spanien (33 zu 16 Prozent), Italien (33 zu 17 Prozent), Litauen (33 zu 14 Prozent), Portugal (28 zu 11 Prozent). Völlig anders erfolgte die Bewertung aus Großbritannien und Schweden. Hier liegt das Vertrauen in die EU-Institutionen deutlich unter dem, welches sie ihren nationalen Regierungen entgegenbringen.

Aus der ökonomischen Situation allein lässt sich die so unterschiedliche Haltung zur EU nicht erklären. Ergänzend hierzu müssen die politische und geographische Lage, die Geschichte und Kulturen der jeweiligen Länder berücksichtigt werden, was in dieser Darstellung nicht möglich ist. Wichtig für die Bewertung der Linksparteien bleibt allerdings, ob sie ihre europapolitische Grundhaltung im Einklang oder im Gegensatz zur Mehrheitsbevölkerung ihres Landes formulieren und wie sie diese begründen.

Gemäß einer Umfrage von Eurobarometer 2008 wuchs das Interesse an Europa mit der Anzahl der „Bildungsjahre“. Während bis zu zwei Drittel der Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Abschluss nach maximal 15 Jahren) eher desinteressiert an Europa sind, kehrt sich dieses Verhältnis bei jenen um, die höhere oder längere Ausbildungswege (über 20 Jahre) absolviert haben.⁶ Der Anteil jener, die bereits 2008 ankündigten, definitiv nicht zur Wahl zu gehen, lag bei Selbstständigen, Managern, „white-collar-workers“ bei acht Prozent, der Anteil bei „manual-workers“, Hausfrauen und Rentnern zwischen 13 und 17 Prozent, bei Arbeitslosen bei 19 Prozent.⁷

Gleichzeitig wird Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problemfeld der EU mit 47 Prozent angegeben. Es folgen die Veränderungen des Klimas mit 33 Prozent. Der Schutz bzw. die Bewahrung des europäischen Sozialstaates werden mit lediglich zwölf Prozent nur schwach gewichtet. Dieser Anteil liegt erwartungsgemäß bei den Linkswählern mit 17 Prozent deutlich am höchsten.⁸ Wenn man davon ausgeht, dass dieser Wert ein Indikator für das Wahlpotential linker Parteien in Europa ist, dann können die linken Parteien mit 35 Abgeordneten (4,7 Prozent der Abgeordneten im Europaparlament) ihr Potential offensichtlich derzeit nicht ausschöpfen. Und dies, obwohl ein großer Teil der linken Parteien auf ihrer 2009 erstmals gemeinsam erarbeiteten Wahlplattform der Europäischen Linkspartei für soziale Gerechtigkeit, ein soziales und demokratisches Europa geworben haben. Gefordert wurde ein „umfassendes Sozialsystem“ auf europäischer Ebene mit „gemeinsame(n) europäische(n) Standards, die armutsfest und zukunftssicher sind“. Gefordert wurde die Verknüpfung der sozialen und ökologischen Frage. Abgelehnt wurde das Flexicurity-Konzept der Lissabonner Strategie. Stattdessen sollte die EU-Grundrechtecharta weiterentwickelt werden und juristisch bindend sein.⁹

Warum aber kann die Linke in Europa ihr Wählerpotential auf europäischer Ebene nicht ausschöpfen?

Anmerkungen zum historischen Erbe – ein Blick zurück

Die Haltung der Linken zu Europa war und ist kontrovers. Bereits dem Prozess der Herausbildung erster europäischer Institutionen wie der Europäischen Gemeinschaft (EG) standen die linken Parteien eher ablehnend gegenüber. In den Römischen Verträgen von 1956 wurde ein „Abkommen zur Verhinderung sozialistischer Revolutionen“¹⁰ gesehen. Die EG wurde vor allem als ein Produkt zur Sicherung der Interessen der großen Monopole betrachtet, gestützt auf die vier „Grundfreiheiten“ – einen freien Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr. Die Italienische Kommunistische Partei sah z. B. in den verschiedenen Versuchen, Europa während der Zeit des Kalten Krieges zu organisieren, eine eindeutig antisowjetische Instrumentalisierung. Zugleich aber wurde der europäische Integrationsprozess als ein objektiver Entwicklungsfaktor für eine neue Dimension der Produktion und Wirtschaft in Europa betrachtet, der zur Verbesserung der Chancen einer Überwindung der Teilung Europas in entgegengesetzte Militärböcke auf der Grundlage präziser, gegenseitiger Sicherheitsgarantien beitragen konnte. Diese Chance beruhte auf einem Machtgleichgewicht, das nicht einseitig gestört werden durfte. Aus dieser Einschätzung resultierte auch die Sicht der italienischen Kommunisten, dass Italien notwendig im Atlantischen Bündnis verbleiben sollte.¹¹

Die Frage nach dem Verhältnis der Linken zu Europa bzw. zur Europäischen Union wurde vor allem in den Phasen ihrer Erweiterungen, der Norderweiterung 1973, der Süderweiterungen 1981 und 1986, den Erweiterungen nach 1990, 1995 (Erweiterung um die Staaten der europäischen Freihandelszone EFTA) und der Osterweiterung 2004 immer wieder neu diskutiert.

In den 70er Jahren wurden die Erweiterungspläne der EWG von den kommunistischen Parteien, die bedingungs- und kritiklos die Politik der KPdSU unterstützten, primär als Ausdruck des Hegemonie- und Expansionsstrebens europäischer imperialistischer Staaten und insbesondere Deutschlands¹², als Vorwand zur Restauration des Monopolkapitalismus in Portugal¹³, verstanden. Denn die EWG sei „ein Zusammenschluss von Ländern, in denen der staatsmonopolistische Kapitalismus herrscht“¹⁴. Weder die EG noch die NATO „können zu brauchbaren internationalen Organen der Zusammenarbeit für Abrüstung, Entspannung, und Sozialismus verändert werden“¹⁵. Die Dänische KP forderte deshalb: „Dänemark raus aus der NATO und der EG!“¹⁶ Wie die Mehrheit der kommunistischen Parteien lehnte auch die KP Großbritanniens die EG grundsätzlich ab und charakterisierte sie als imperialistisches Machtinstrument der Konzerne und Monopole.

Anders verhielten sich die sogenannten eurokommunistischen Parteien in Italien, Frankreich und Spanien. Die Französische KP war zunächst gegen den Beitritt Frankreichs und gegen den gemeinsamen europäischen Markt. Dennoch haben diese „Bande zwischen den Mitgliedsländern“ eine Situation geschaffen, die aus der Sicht des Jahres 1979 einen einseitigen Bruch nicht mehr wünschenswert erschienen ließ. Die Französische KP sah deshalb ihre europapolitischen Ansätze darin, einerseits die Souveränität und die Aktionsfreiheit Frankreichs zu bewahren. Andererseits sollte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der „Trusts und Bankiers“ so verändert werden, dass sie „der ungeteilten Herr-



schaft der Mächte des Geldes entzogen und auf ein Europa der Werktätigen gelenkt wird“.¹⁷

Im „Plan für Europa“ von 1978 forderte deshalb die FKP ein Europa des sozialen Fortschritts, in dem die soziale Gesetzgebung im nationalen Rahmen dem günstigsten Niveau der einzelnen Mitgliedsländer anzupassen sei. Dies sei notwendig auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Löhne, der Rentenrechte, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen und der gewerkschaftlichen Rechte. Es gehe außerdem um ein Europa der Zusammenarbeit, um ein weltoffenes Europa, um ein Europa der Demokratie – einschließlich der Demokratisierung der europäischen Institutionen, der europäischen Fonds für soziale und regionale Zwecke, der Erweiterung der kollektiven und persönlichen Freiheiten, der Anwendung der europäischen Charta der Menschenrechte, der Aufhebung politischer Diskriminierung –, um ein friedliches und unabhängiges Europa.¹⁸ Dabei war es der Französischen KP wichtig, sich für die eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programme einzusetzen. Sie forderte konkreter als andere Parteien, dass im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EG „die Arbeiterschaft gerecht vertreten sein und der Ausschuss zur Hälfte aus Vertretern der Gewerkschaften und zur Hälfte aus Vertretern anderer sozialer Gruppen und von der Regierung benannten Persönlichkeiten zusammengesetzt“ sein müsse.¹⁹

Es sei keineswegs Ziel der FKP – so Georges Marchais 1977 –, „das Land aus den Ketten des atlantischen Blocks herauszulösen, um es in den Einflussbereich des Warschauer Vertrages hineingeraten zu lassen“²⁰. Vor allem diese Haltung vereinte in den 70er Jahren die eurokommunistisch geprägten Parteien, die sich mit der europäischen Einigung die Überwindung der politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Block- und Konfrontationspolitik erhofften. Denn unter den Bedingungen der Blockkonfrontation waren aus deren Perspektive weder gesellschaftliche Entwicklungen als Alternative zum Kapitalismus noch zum Staatssozialismus möglich. Der Status quo sicherte die friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und zugleich den Status quo der Kräfteverhältnisse innerhalb der Blöcke, einschließlich der führenden Rolle ihrer Großmächte.

Die KP Spaniens verband deshalb die Zustimmung zum Eintritt Spaniens in die EWG 1978 mit dem Ziel, den Charakter der Gemeinschaft, der „von den großen Monopolen beherrscht wird“, hin zu den anderen Linkskräften in Europa zu verschieben. Europa solle das „Europa der Völker“ werden, das weder den Vereinigten Staaten noch der Sowjetunion untergeordnet ist. Zu beiden Mächten solle die Europäische Gemeinschaft positive Beziehungen unterhalten und ein eigenständiger Faktor der Weltpolitik sein. Nur so könne die EG zur Überwindung der militärischen Blöcke und des Bipolarismus sowie zur Demokratisierung des internationalen Lebens beitragen.²¹

Vor diesem Hintergrund forderten die italienischen und spanischen kommunistischen Parteien im Rahmen der EG die „Demokratisierung ihrer Organe, die Aufwertung des Europäischen Parlaments“. Dies würde die politisch-demokratischen Kräfte und die Gewerkschaften im Rahmen der EG-Behörden stärken und zu einer „Reduzierung der Macht der nationalen und internationalen Monopole“ beitragen.²² Ein unabhängiges „Europa der Völker“, das sich dem Sozialismus zuwende, müsse dies auf der Grundlage repräsentativer poli-

tischer Institutionen, d. h. Parlament, politischer und philosophischer Pluralismus, Theorie der Gewaltenteilung, Dezentralisierung und Menschenrechte, entwickeln. Diese Grundlagen würden unter sozialistischen Bedingungen weiter gelten und noch wirksamer werden.²³

Diese Vision eines geeinten und unabhängigen Europas richtete sich sowohl auf die Überwindung der Blockkonfrontation als auch auf einen alternativen Entwicklungsweg zum sowjetischen Sozialismusmodell. Gegen eine solche Vision richteten sich die Worte von Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf dem 6. Parteitag der DKP 1981: „Dem Gegner ist es gelungen, dass antisowjetische und antiinternationalistische Positionen unter den Linken Fuß fassen“. „Gerade in einer Situation, da die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion ihre Anstrengungen vermehrt koordinieren, ist es auch die Pflicht der Kommunisten aller Länder, ihre Reihen zu schließen.“²⁴

Völlig richtig stellte die KPI bereits 1979 fest: „Die Schwierigkeiten der Linken in Europa resultieren weitestgehend daraus, dass eine einheitliche Perspektive für Europa fehlt.“²⁵ Der Widerstand gegen die Schaffung einer mit echten Befugnissen ausgestatteten europäischen Organisation zeigte sich sowohl in einigen kommunistischen als auch in den sozialistischen, sozialdemokratischen und Labour-Parteien. Die Linken waren Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auch in der EG-Frage gespalten. „Gerade die Parteien, die die entschiedenen Vorkämpfer des Internationalismus waren – die Sozialisten und Kommunisten –, sind heute nicht in der Lage, eine auf einem minimalen Konsens basierende Strategie zu entwickeln“²⁶, schrieb Nicolas Sartorius, führender Intellektueller der Kommunistischen Partei Spaniens. Aber „ohne die überzeugte Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Parteien kann man sicher kein Europa der Völker und der Werktätigen schaffen, und man lässt den Aktivitäten der Konzerne und multinationalen Gesellschaften Manövrierraum“²⁷. Deshalb sei das „Vorhandensein einer europäischen Strategie unerlässlich für die Ausarbeitung einer fortschrittlichen Alternative angesichts der Krise, für die Vorbereitung und Förderung gemeinsamer Aktionen und die Erreichung eines neuen Kräfteverhältnisses, um dem europäischen Aufbau eine neue Dynamik zu verleihen, die die Beherrschung durch die Multinationalen und die Monopole überwindet und uns in ein Europa der Völker führt.“²⁸

Die Überwindung zweier Machtblöcke, gebunden an die größte Niederlage der gesamten Linken – den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa –, führte die Linken in Europa in die Defensive, aus der sie sich bis heute – trotz zahlreicher erfolgreicher Kämpfe – nicht befreien konnten. Die Frage, ob die Linksparteien in Europa ein „europäisches Dach“ zur Koordination gemeinsamer Aktionen brauchen, oder ob sie – wie von der KP Griechenlands vorgeschlagen – ausdrücklich an einem kommunistischen Pol arbeiten sollten, der einen Beitrag für ein breites antiimperialistisches Bündnis leistet, wurde unter den Linksparteien kontrovers diskutiert.²⁹

Eine erste „europäische“ Antwort war 1991 die Gründung des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF), deren Gemeinsamkeit in der Forderung nach einem demokratischen Sozialismus und der Ablehnung einer neuen „Internationalen“ bestand und deren Beziehungen „auf gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit, nicht auf der Dominanz eines Zentrums oder Direktorats beruhen sollte“.³⁰



Im Jahr 2000 wurde die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) als Forum der radikalen linken Kräfte in Europa gegründet, die stark durch trotzkistische und außerparlamentarisch wirkende Parteien geprägt ist und der sich vornehmlich die „marginalisierten radikalen Kräfte angeschlossen haben, die kaum politischen Einfluss in den jeweiligen Bevölkerungen haben“³¹. 2004 kam es zur Gründung der Europäischen Linkspartei, die heute 31 Mitglieder- und Beobachterparteien umfasst. Der EL fehlen allerdings noch wichtige skandinavische Parteien. In ihr vertreten sind nur die beiden finnischen Parteien (Linksbündnis und KP Finnlands) und die Rot-Grüne Allianz Dänemarks. Wichtig für die bisherige Entwicklung der EL war das strikte Festhalten an Entscheidungsprozessen, die konsequent im Konsens aller Mitgliedsparteien zu treffen sind.

Wichtig für die linken Parteien in Europa war und ist die Präsenz der linken Fraktion im Europaparlament. Ihre Geschichte wider spiegelt die „dramatischen Umbrüche“ der Linken seit dem Ende der 70er Jahre, vor allem aber nach dem Ende des Realsozialismus 1989. Anfang der 90er Jahre war die Kluft zwischen den eurokommunistisch geprägten Parteien wie KPI, Vereinigte Linke (Spanien), Sozialistische Volkspartei (Dänemark) und SYNASPIMOS einerseits und den seit Ende der 70er Jahren wieder stärker traditionell kommunistisch geprägten Parteien Frankreichs, Portugals und Griechenlands so groß, dass die Linksparteien zunächst mit zwei linken Fraktionen im EU-Parlament vertreten waren. Erst 1994/95 entstand die gemeinsame Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL). Sie ist seit 2009 mit 35 Abgeordneten im EU-Parlament präsent.

Ihr konföderaler Charakter betont den hohen Grad der Autonomie ihrer Mitgliedsparteien und die unterschiedlichen europapolitischen Ansätze ihrer Abgeordneten. Eine Einflussnahme auf die parlamentarische Arbeit der Fraktion von Seiten der EL im Sinne einer „Leitlinienkompetenz“ würde zum Scheitern der Fraktion in ihrer heutigen Form führen. Die EL kann nur über ihre Abgeordneten in der Fraktion wirken.³² Die im Grundlagendokument der Fraktion formulierten Ziele stehen neben den spezifisch nationalen Zielen der Parteien und haben unverbindlichen Charakter. Dennoch ist die Tätigkeit der GUE/NGL von inhaltlicher Kontinuität und „konstanter politischer Arbeit“ geprägt. Der langjährige Vorsitzende der Fraktion, Francis Wurtz, konstatierte 2005 „die Erhöhung der Kohärenz der Fraktion vor allem bei inhaltlichen Fragen, weniger im Abstimmungsverhalten“³³. Die größten Differenzen zeigten sich bei Abstimmungen zu Fragen der EU, der EU-Institutionen und EU-Integration sowie zu Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Aktuelle Positionen – Kritik an der gegenwärtigen Konstitution der EU

Zu den gemeinsamen Ausgangsbedingungen des politischen Wirkens der Linksparteien gehört, dass die grundlegenden Entwicklungstendenzen der EU für alle Mitgliedsländer gelten und deshalb gemeinsame Proteste wie die gegen die europäische Verfassung, gegen den Stabilitätspakt der EU, gegen die Sparmaßnahmen möglich und sinnvoll sind. Schwieriger ist die Formulierung von Alternativen. Diese müssen die ungleiche Entwicklung der Länder in der EU, die sich zum

Teil auch in den unterschiedlichen Politikansätzen oder deren Gewichtung innerhalb der Linken in Europa spiegelt, berücksichtigen, wenn die Suche nach Handlungsoptionen für die Erarbeitung gemeinsamer Positionen und ihre Verdichtung zu einem gemeinsamen Programm einer linken, europäischen Alternative erfolgreich sein soll. Noch steht eine konsistente strategische Alternative für „ein anderes Europa“ aus.

Was linke Parteien mit Blick auf Europa und europäische Politik verbindet, ist ihre grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Ausrichtung, d. h. einer Wirtschafts- und Währungspolitik, die Europa zur wissensbasierten, wettbewerbsstärksten Region der Welt entwickeln will – mit einer Politik der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, gestützt auf die europäischen Verträge von Maastricht, Nizza und Lissabon. Der Kampf der Linken in Europa richtet sich deshalb folgerichtig immer wieder gegen das europäische Vertragswerk. Prägnantester Ausdruck dieses Kampfes war der europaweite Kampf gegen die europäische Verfassung, die bei den Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden erfolgreich abgelehnt wurde. Das Nein der irischen, französischen und niederländischen Bürgerinnen und Bürger zum Entwurf der EU-Verfassung sieht die Mehrheit der Linken als Indiz dafür, dass eine wachsende Zahl von Menschen in Europa mit der undemokratischen und unsozialen Politik der Europäischen Union nicht einverstanden ist.

Weder in Frankreich noch in den Niederlanden oder in Irland konnte jedoch die Dynamik des gemeinsamen Kampfes der Linken gegen die EU-Verfassung in eine Bewegung für ein anderes Europa überführt werden. Es gelang nicht, das linke Nein in ein alternatives, europapolitisches Angebot von links zu transformieren und für einen alternativen Verfassungsentwurf zu werben.

Die europäischen Linken konnten bisher auch nicht von den gegenwärtigen Krisen profitieren, obwohl diese die „neoliberalen Grundlagen der EU-Verträge“ infrage stellten, „besonders das Beharren auf einer ‚offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb‘: den freien unkontrollierbaren Fluss des Kapitals, die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, den Status und Auftrag der Europäischen Zentralbank“³⁴.

Gerade angesichts der Krise ist deshalb aus Sicht der Linken die Schaffung eines einheitlichen und öffentlichen Banken- und Finanzwesens unter öffentlicher und allgemeiner Kontrolle eine notwendige Konsequenz. Die Linken in Europa – und das eint sie – wollen ein Europa, das friedlich ist und zivil handelt, das sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, das feministisch und antirassistisch ist und sich auf der Grundlage von Demokratie und Solidarität entwickelt.³⁵

Zahlreiche Stellungnahmen der Linksparteien selbst, des NELF und der EL formulieren deren Kritik an den grundlegenden Defiziten der EU. Dazu gehören die fehlende europäische Sozialunion, Demokratiedefizite und die Fehlentwicklungen infolge ihrer vorherrschenden Ausrichtung auf Wettbewerbs-, Wirtschafts- und Währungspolitik und die Militarisierung der Außenpolitik.

Den Parteien der EL gelang es anlässlich des Europawahlkampfes 2009, erstmalig eine gemeinsame Wahlplattform zu erarbeiten. Das darin zugrunde gelegte Europaverständnis der EL steht vorrangig für eine kritische, „insgesamt aber



aufgeschlossene“ Grundhaltung zur Europäischen Union.³⁶ Die EU-Wahlen werden als Chance zur Veränderung der EU gesehen, um eine neue Perspektive für Europa zu eröffnen. Gefordert wird ein „Europa der Völker“ statt eines „Europa der Banken“. Das Statut der EU müsse neu gefasst werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll durch einen „neuen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz“ abgelöst werden.³⁷ Dies wird untersetzt mit Forderungen nach gemeinsamen Sozialstandards, Mindesteinkommen und Mindestlöhnen, der Durchsetzung des Mindestmaßes bereits unterschriebener Umweltschutzverpflichtungen.

„Die EU steht an einem Scheideweg“, ihre bisherige kapitalistische Politik fortzusetzen oder sich zu einem Raum nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Zusammenarbeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, demokratischer Teilhabe und Solidarität“ zu wandeln, wo „Antifaschismus, Antirassismus, bürgerliche Rechte und Freiheiten und Menschenrechte gängige Praxis sind“.

Diese Einschätzung der EL wird jedoch nicht von allen Linksparteien getragen. Vor allem jene kommunistischen und trotzkistisch geprägten Parteien, die sich eher in der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL)³⁸ organisieren, sehen die EU als ein neoliberales und imperiales Projekt, das deshalb grundsätzlich infrage gestellt werden müsse.

Für die nordisch-grünen Parteien stellt sich die Situation etwas anders dar.³⁹ Sie unterstützen viele Forderungen, die von der EL vertreten werden. Ein Großteil ihrer WählerInnen erwartet aber eine deutlich stärkere Gewichtung der ökologischen Fragen über die Positionen der EL hinaus.

Die Probleme hinsichtlich der Formulierung gemeinsamer Forderungen sind an zwei, für die europäischen Linken zentralen Fragen zu beschreiben: den Forderungen, ein soziales und ein friedliches Europa zu schaffen.

Erste Forderung: ein soziales Europa

In Europa finden sich die vier Sozialstaatsmodelle europäischer Entwicklungen: das angelsächsische Modell in Großbritannien und Irland, das kontinentale westeuropäische, sich weitgehend auf Beitragszahlungen stützende Modell wie in Deutschland, die Modelle der südeuropäischen „rudimentären mediterranen Wohlfahrtsstaaten“ wie in Portugal, Spanien, Griechenland und das skandinavische Modell. Überdies existieren noch vielfältige Variationen von Sozialstaatlichkeit, die sich aus den ehemals staatssozialistischen „autoritären Sozialstaatsmodellen“ entwickelt haben, bei denen es wie z. B. in Bulgarien zunächst um Schaffung europäischer Standards, insbesondere auch Sozialstandards geht. Auch wenn es im Verlauf der Entwicklung der EU in den letzten Jahren eine Angleichung sozialstaatlicher Entwicklungen gegeben hat, sind deren Unterschiede noch immer gravierend. Altersversorgung, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosenunterstützung, große Teile der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik liegen in der EU ausschließlich in nationalstaatlicher Kompetenz.

Zugleich aber werden die Möglichkeiten der Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen europäisch diktiert, ihre finanziellen und wirtschaftlichen Eckdaten sind insbesondere durch die Strategie von Lissabon und den Stabilitätspakt von Maastricht geprägt. Die Strategie Europa 2020 (Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) weicht von der bisherigen Strategie von Lissabon kaum ab.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU – verknüpft mit hoher Produktivität, Wirtschaftswachstum und ökologischer Modernisierung – sowie die Stärkung der Haushaltsdisziplin bleiben die zentralen Anliegen der EU-Politik. Der destabilisierenden Wirkung von Ungleichgewichten und Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit soll durch die Überwachung der nationalen Haushalte begegnet werden, während der EU-Rat Veränderungen des EU-Haushaltes vehement bekämpft. Die Verteidigung und der Ausbau von Sozialausgaben in den jeweiligen nationalen Haushaltsbudgets werden mit Bezug auf den noch immer verbindlichen Maastrichter Stabilitätspakt und untersetzt durch nationale Schuldenbremsen zur nationalen wie zur auch europäischen Herausforderung. Das heißt, die Leitidee der EU 2020 bleibt auch weiterhin ein Motor von Privatisierungen und restriktiver Geldpolitik. Diese Politik der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge wirkt direkt auf die Gestaltung nationaler sozialer Sicherungssysteme und befördert die Ausweitung von deren Privatisierung – eine Tendenz, die zunehmend auch den gesamten Gesundheitsbereich erfasst und mit der Kürzung von Sozialtransfers einhergeht.

Dies beschreibt ein zentrales Problem der Linken. Auf ihren „ureigensten“ Politikfeldern – soziale Gerechtigkeit, Verteidigung und Verbesserung sozialer Sicherungen und Standards – werden die Linken auf ihr nationales, traditionell bewährtes Kampffeld verwiesen. Sie müssen jedoch gleichzeitig europäisch widerstandsfähig und gestaltend wirksam sein.

Dazu sind linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Lage. Das haben die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie 2006 und die Arbeitszeitrichtlinie 2009 gezeigt. Aber auch dieser Kampf blieb letztlich ein Verteidigungskampf. Ihre bewahrende verteidigende Funktion, die unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise zunimmt, bestimmt maßgeblich das Profil der Linksparteien in Europa. Dies funktioniert jedoch nur solange, wie die eigentliche „Copyright-Inhaberin“ des Sozialstaates, die Sozialdemokratie, sich von diesen Positionen entfernt hat und deshalb von links angreifbar ist.

Es genügt deshalb nicht, wenn die Linksparteien lediglich als „Verwalter“ von klassischen sozialdemokratischen Positionen wahrgenommen werden. Andererseits ist es für sie schwierig, gesellschaftliche Mehrheiten zu mobilisieren, da ihre Forderungen als utopisch empfunden werden. Radikale Realpolitik auf europäischer Ebene muss also den Spagat zwischen eigenständigem Profil und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit beherrschen und dabei das Spannungsverhältnis von nationaler und europäischer Politik berücksichtigen. Hinzu kommt, dass die jeweiligen Ebenen der Europäischen Union (regional, national oder eben europäisch) durch unterschiedliche Logiken und Entscheidungsprozesse geprägt sind, die die Linksparteien in Europa erschließen und nutzen müssen. Europapolitik ist nicht eine einfache Verlängerung nationaler Politik. Was heißt das konkret?

Das gemeinsame Ziel, die europäische Sozialpolitik nicht mehr der EU-Wirtschafts- und Währungspolitik unterzuordnen, sondern die EU um eine europäische Sozialunion zu ergänzen, setzt ein einheitliches europäisches Sozial- bzw. Sozialversicherungssystem und hierzu die Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die EU-Ebene voraus.

Ein so harmonisiertes EU-weites System der sozialen Sicherung ist unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen



nicht durchsetzbar. Es ist gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig und liefe Gefahr, ausgebaute Sozialstandards wie in den skandinavischen und zum Teil in den westeuropäischen EU-Ländern abzusenken. Das heißt, auch die Linksparteien müssen neben ihrer Kritik an der grundsätzlichen politischen Ausrichtung der EU auch direkt an den Handlungsmöglichkeiten der Institutionen der EU, insbesondere des EU-Parlamentes ansetzen, deren grundlegende Ausrichtung jedoch verändern. Dazu gehören der Kampf gegen das europäische Vertragswerk, der Einsatz für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Finanzmarktspekulation und Schritte zur Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, für eine Stärkung der Binnennachfrage und die Einführung eines EU-weiten Mindestlohnes und einer angemessenen Mindestsicherung/Grundsicherung.

Die Linke muss jedoch, wenn sie ihren Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung ernst nimmt, linke Antworten auf die Verknüpfung sozialer, ökologischer und ökonomischer Fragen geben. Sie muss ihre Forderung nach einer institutionellen Absicherung der sozialen Dimension der EU konzeptionell so untersetzen, dass ihre Forderungen – wie z. B. Mindestlohn, Grundsicherung, Regulierung der Leiharbeit, Ausweitung öffentlicher Einrichtungen für Bildung, Gesundheitsvorsorge, Mobilität, Kultur und Kreditvergabe für die regionale Wirtschaft und kommunale Energieversorgung – programmatisch zusammengeführt werden. Das heißt, linke Europapolitik muss konzeptionell wie auch konkret praktisch – unter Berücksichtigung der ungleichen nationalen Ausgangsbedingungen – die unterschiedlichen Politikfelder des europäischen Mehrebenensystems unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung miteinander verknüpfen und hierzu konkrete Angebote unterbreiten – aber gerade darin liegen gegenwärtig die Schwierigkeiten für die Linke. Einfacher scheint es bei den anderen Themen, wie z. B. bei Fragen der Abrüstung und Rüstungskonversion, der Demokratisierung europäischer Institutionen, der ökologisch-nachhaltigen Entwicklung der EU zu sein, alternative linke Strategien zu entwickeln.

Zweite Forderung: ein friedliches Europa – Außen- und Sicherheitspolitik

Die Auflösung der US-Militärstützpunkte auf europäischem Territorium wird langfristig von allen Linksparteien in der EU gefordert, ihre gegenwärtige Existenz jedoch zu einem Teil akzeptiert. Für Spanien war die Errichtung der US-Militärbasen ein Weg, sich nach der Franco-Diktatur aus der internationalen Isolation zu befreien, allerdings kämpften die Linken in Spanien konsequent gegen die Mitgliedschaft in der NATO, so dass lediglich 52 Prozent der Spanier bei dem Referendum 1982 für den Verbleib im Militärbündnis stimmten. Über diese NATO-Auseinandersetzungen bildete sich ein neues politisches Bündnis links von der Sozialistischen Arbeiterpartei. Aus der Plataforma Civica por la salida de Espana de la OTAN entwickelte sich zu den Parlamentswahlen 1986 das Wahlbündnis Plataforma de la Izquierda Unida und später die Partei der Vereinigten Linken. Aber nicht nur die spanische Linke, auch die bulgarischen und tschechischen Linksparteien sprechen sich vor allem gegen die Ausweitung ausländischer Militärstützpunkte in Bulgarien (vorzeitige Kündigung der Verträge von 2006) und in Tschechien aus. Exemplarisch

stand hierfür der Kampf gegen die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Bulgarien und Tschechien. Auch die isländischen Linken wenden sich eindeutig gegen die Existenz von US-Militärstützpunkten in ihrem Land. Im Athener Appell der EL heißt es dazu: „Europa braucht kein aggressives Bündnis, das die Rolle der UNO untergräbt, den Frieden zu sichern und friedliche Beziehungen zwischen allen Staaten der Welt herzustellen. Wir appellieren an die Völker Europas, von ihren Staaten zu verlangen, die Mitgliedschaft in der Militärstruktur der NATO aufzugeben sowie alle Militärstützpunkte der NATO und der USA unverzüglich aufzulösen. Die NATO in der heutigen Form ist unakzeptabel und die Forderung nach ihrer Abschaffung dringend geboten.“ Die Wahlplattform der EL 2009 verweist auf den bedrohlichen Charakter von US-Stützpunkten wie in Vicenza, auf die Stationierung von US-Raketenabwehranlagen in Polen und der Tschechischen Republik oder die Einrichtung neuer Militärbasen in Bulgarien und Rumänien. Diese bedrohen „nicht nur die Souveränität Europas, sondern bringen auch das reale Risiko einer neuen Konfrontation auf unserem Kontinent mit sich“.

Alle Linksparteien sprechen sich für die Auflösung der NATO aus. Mit dieser Position unterscheiden sie sich von sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien. Die tschechische sozialdemokratische Partei (CSSD) hält eine Regierungskoalition mit der KPBM für unmöglich, solange sich diese nicht kritisch zu ihrer Vergangenheit äußert und für ihre Verbrechen entschuldigt sowie das Privateigentum und die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennt. In Dänemark z. B. versteht die Sozialistische Volkspartei die NATO-Mitgliedschaft als Basis dänischer Außen- und Sicherheitspolitik, zu der es „keine glaubwürdige Alternative“ gebe. Die Frage, wie eine solche Alternative aussehen könne und vor allem wie ein Prozess der Auflösung angesichts gegenwärtiger Kräfteverhältnisse eingeleitet und in ein europäisches System kollektiver Sicherheit überführt werden könne, wird unterschiedlich bewertet. Der Austritt aus der NATO ist aus Sicht einiger linker Parteien gegenwärtig keine realistische Option. Für die SP der Niederlande ist der Austritt aus der NATO „kein nahes Ziel“ mehr. Auch die SV in Norwegen hat die weitere Mitgliedschaft in der NATO akzeptiert. Die Linke in Deutschland hat dies zunächst in die Formel „Abschaffen und ersetzen“ gebracht. Die Frage des „Wie“ muss hier wie auf europäischer Ebene noch beantwortet werden. Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt ihre Forderung nach Auflösung der NATO. Sie ist gegen die Logik der Militärböcke, einschließlich der Versuche der Politik, neue europäischer Militärstrukturen aufzubauen.

Klare Positionen gibt es unter den Linken, was die Teilnahme an militärischen Auslandseinsätzen betrifft. Alle Linksparteien sprechen sich für den unverzüglichen Abzug ihrer nationalen Militäreinheiten und Kontingente aus Afghanistan aus – exemplarisch genannt seien hier die bulgarische Linke, die Linksparteien in Italien, die Einheitsliste in Dänemark, Die Linke in Deutschland, die SP der Niederlande, die Linkspartei in Schweden, die Sozialistische Linkspartei in Norwegen. Letztere konnte als Regierungspartei den Abzug der norwegischen Sondereinheiten der Operation Enduring Freedom durchsetzen.

Die Zustimmung zu linken Alternativen ist immer dann am größten, wenn linke Positionen glaubwürdig, kohärent, durchsetzbar und zugleich zukunftstauglich erscheinen und



noch dazu verbunden werden mit der konkreten Verbesserung der Lebensverhältnisse. Wie man dazu Projekte entwickelt und die Bürgerinnen und Bürger europaweit begeistern kann, bleibt eine offene Frage – eine Herausforderung für alle Linken, nicht nur für die Linksparteien.

Anmerkungen

- 1 Dominic Heilig, „Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik“, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.), Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzien. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 140 f.
- 2 Holger Politt, „Linke Parteien in Polen“, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 106 f.
- 3 Vgl. Eurobarometer (2010): First results, S. 31 und Pressemeldung vom 26. August 2010. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1071>.
- 4 Diese Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ besteht aus neun Parteien – United Kingdom Independence Party: 12 MEP; Lega Nord: 9 MEP; Dänische Volkspartei: 2 MEP; Wahre Finnen: 1 MEP; MPF (Bewegung für Frankreich): 1 MEP; LAIKOS (Griechenland): 2 MEP; Nationalistische Partei der Niederlande: 2 MEP; Partei Ordnung und Gerechtigkeit in Litauen: 2 MEP; Slowakische Nationalpartei: 1 MEP.
- 5 Vgl. Eurobarometer. Frühjahr 2010, Mehrheit für stärkere politische Steuerung der Wirtschaft durch die EU IP/10/1071 vom 26. August 2010, S. 2 f.
- 6 Vgl. Eurobarometer Spezial (2008). 69.2 European Election; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_en.pdf, S. 14; abgerufen am 28.8.2010.
- 7 Vgl. ebenda, S. 18.
- 8 Vgl. ebenda, S. 43.
- 9 Europäische Linkspartei (2009), Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit und Solidarität! www.european-left.org/fileadmin/downloads/Electoral_Plattform/Plattform_de.pdf; abgerufen am 28.8.2010.
- 10 Sascha Wagener; „Linkssozialismus in der Europäischen Linkspartei“, in: Klaus Kinner (Hg.); DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2009, S. 280.
- 11 Kommunistische Partei Italiens, Thesen und Statut. Verabschiedet vom XV. Parteitag der IKP, Roma Editori Riuniti 1979, S. 44 f., zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 18, Reihe C, S. 174.
- 12 Vgl. Herbert Mies: Bericht des Parteivorstandes an den Mannheimer Parteitag. Protokoll des Mannheimer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, 20.–22. Oktober 1978, S. 39 f.
- 13 Vgl. Kommunistische Partei Portugals, Dokument des ZK der PKP „Für eine demokratische und patriotische Politik.“ Plenum des ZK der PKP am 14. Mai 1978, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 17, Reihe C, S. 179.
- 14 Alvaro Cunhal, „Interview des DDR-Fernsehens mit Alvaro Cunhal“, in: Horizont 10 (1977) 26, Berlin, S. 11, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 16, Reihe C, S. 227.
- 15 Kommunistische Partei Dänemarks, Bericht des ZK auf dem 26. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks, in: Land og Folk, 39 (1980) 126 vom 5./6. April 1980, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 19, Reihe C, S. 129.
- 16 Ebenda.
- 17 Kommunistische Partei Frankreichs, Bericht des ZK an den 23. Parteitag der FKP vom 9.–13. Mai 1979, in: Cahiers du Communisme, Paris, 55 (1979) 6/7, S. 38 ff., zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1979, Heft 18, Reihe C, S. 163 ff.
- 18 Vgl. Kommunistische Partei Frankreichs, „Beschluss des ZK der FKP vom 13. Dezember 1978“, Humanité, 14. Dezember 1978, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 17, Reihe C, S. 166 ff.
- 19 Wolfgang Leonhard, Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, Gütersloh 1978, S. 374 f.
- 20 Georges Marchais, Parlons franchement, Paris 1977, S. 99, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 19, Reihe C, S. 239.
- 21 Vgl. Kommunistische Partei Spaniens, Neunter Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens, 19.–23. April 1978, Barcelona 1978, 210 S.; zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 17, Reihe C, S. 178.
- 22 Leonhard, Eurokommunismus, S. 21, 373.

- 23 Santiago Carrillo, Eurokommunismus und Staat, Hamburg 1977, S. 114 f.
- 24 Herbert Mies, Bericht des Parteivorstandes an den 6. Parteitag. Protokoll des 6. Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Hannover, 29.–31. Mai 1981, S. 97, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 19, Reihe C, S. 295.
- 25 Kommunistische Partei Italiens, Die Politik und die Organisation der italienischen Kommunisten. Thesen und Statut. Verabschiedet vom XV. Parteitag der IKP, Rom 1979, S. 48, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 18, Reihe C, S. 176.
- 26 Nicolas Sartorius, „Eurokommunismus und die Krise Spaniens“, in: Zeitschrift Sozialismus, Heft 4, Juli 1978, S. 100.
- 27 Kommunistische Partei Spaniens, „Tesis en el X Congreso del PCD“, in: Mundo obrero semanal, Madrid vom 16.–22. Oktober 1981, Beilage, zit. nach: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 20, Reihe C, S. 291.
- 28 Ebenda.
- 29 Axel Lochner (2004), „Linke Parteien und Kooperationen in Europa. Ein Überblick“, in: Hamburger Skripte 10, S. 7.
- 30 Ebenda, S. 16.
- 31 Martin Schirdewan, Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 69.
- 32 Vgl. Martin Schirdewan: Die transnationalen Interaktionen linker Parteien in Europa, Berlin 2008, S. 163
- 33 Ebenda, S. 190 f.
- 34 Europäische Linkspartei (2009), Plattform Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009; http://die-linke.de/politik/international/dokumente_der_europaeischen_linkspartei/gemeinsam_fuer_den_wechsel_in_europa/.
- 35 Ebenda.
- 36 Jürgen Mittag/Janosch Steuer, Politische Parteien in der EU, Wien 2010, S. 147.
- 37 Ebenda.
- 38 Die Mitgliedsparteien der EAL, unter denen die trotzkistischen Parteien oder Strömungen stark vertreten sind, verstehen sich als „Nicht-Regierungslinke“, die sich in erster Linie sozialen Bewegungen der Opposition gegen den Neoliberalismus verbunden fühlen und deren Forderungen wahlpolitisch artikulieren, aber keine Beteiligung an Regierungen anstreben. Kriterien für die Teilnahme an EAL-Konferenzen sind eine klare antikapitalistische Grundposition, eine sozialistische Zielperspektive und die Anerkennung des pluralistischen Charakters der Linken.
- 39 Vgl. Schirdewan, Links – kreuz und quer, S. 57.

Aktuelle Themen und Debatten der europäischen Linksparteien

Von Anna Striethorst, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Einleitung

Aktuelle politische Inhalte stehen selten im Zentrum vergleichender Parteienforschung. Deren Fokus bleibt zumeist auf Parteiensysteme, Typen und Funktionen von Parteien, Mitglieder, Entscheidungsstrukturen und Programmatik beschränkt. Dabei ist die Frage, ob die linken Parteien adäquate Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen haben, zentral für Aussagen über ihre Zukunftsfähigkeit. Zugleich gibt es abgesehen von vereinzelt nationalstaatlichen Untersuchungen und Analysen zur Partei der Europäischen Linken (EL) kaum aktuelle Literatur über Zustand und Ziele der linken Parteien in Europa. Dieser Beitrag soll einen Überblick über Themenschwerpunkte und Lücken in der Themenwahl geben; es sollen ähnliche und gemeinsame Kämpfe der Parteien sowie Kontroversen in und zwischen ihnen dargestellt werden. Gezeigt werden soll dabei auch die Heterogenität



der nationalstaatlichen Problemlagen, die es den Parteien erschwert, gesamteuropäische Forderungen zu entwickeln.

Bei der Gründung der EL im Jahre 2004 verständigten sich die Mitgliedsparteien darauf, gemeinsam „Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung vor der Natur“¹ einzufordern. Diese Ziele sehen sie durch die folgenden Entwicklungen bedroht: „In Europa, in allen unseren Ländern leiden die Menschen heute unter der Politik des globalisierten Kapitalismus, den die Regierungen im Interesse des Großkapitals und seiner Lobbys durchsetzen ... Wir erleben einen Generalangriff auf die Rentensysteme, den Abbau und die Privatisierung der Sozialversicherung, die Einführung der Marktgesetze für solch wesentliche öffentliche Dienstleistungen und Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, für Gemeinschaftsgüter wie Wasser und andere Naturressourcen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, vor allem die Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen Gewerkschaften wird zunehmend härter vorgegangen, Immigranten werden kriminalisiert ... Im Europa von heute nehmen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Militarisierung nach außen – wie im Balkan-, Afghanistan- und Irak-Krieg demonstriert – und nach innen durch repressive, Freiheit raubende Gesetze gegen jene, die sich der neoliberalen Politik entgegenstellen, immer mehr zu.“²

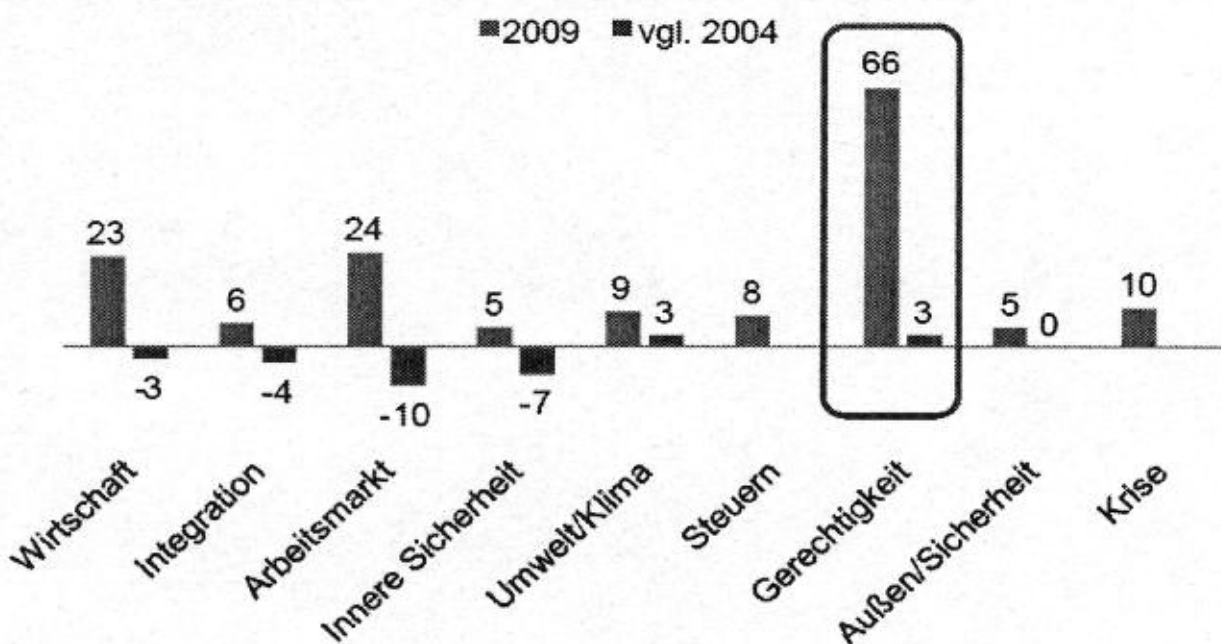
Diese Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation als „Generalangriff“ auf Sozialstaat, Frieden, geschützte Arbeitsverhältnisse und das Prinzip der öffentlichen Daseinsfürsorge wird weitgehend von den Mitgliedsparteien der Europäischen Alternativen Linken (EAL) und dem Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) geteilt. Die hieraus entstandenen Ziele und Themenschwerpunkte können als kleinster gemeinsamer Nenner linker Parteien in Europa gelten.³ Ein weiteres Thema, das bei der Gründung der EL noch keine Rolle spielte, heute jedoch die Diskussionen in allen linken Parteien Europas prägt, ist die Krise des Finanzmarktkapita-

lismus. Während die europäischen Regierungen nach einem kurzen Schock zügig zum business as usual zurückgekehrt sind und nun vor allem darüber nachdenken, welche öffentlichen Ausgaben als Erstes den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen sollen, hat in den linken Parteien eine dynamische Diskussion zu alternativen Finanz- und Wirtschaftsmodellen und zur Notwendigkeit gesellschaftlicher Umverteilung begonnen.

Als Kernthemen, die mit erstaunlich hoher Kohärenz in allen linken Parteien diskutiert werden, lassen sich 1. Krise des Finanzmarktkapitalismus, 2. Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste, 3. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und 4. Frieden und kollektive Sicherheit identifizieren. Die Themen Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit stehen in ihrer praktischen Relevanz deutlich dahinter zurück, obwohl fast alle nationalen und europäischen Parteiprogramme ihnen theoretisch einen hohen Stellenwert einräumen. Lediglich für die linksgrünen Parteien Skandinaviens ist der Erhalt der Umwelt ein zentraler Bezugspunkt in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. Umwelt- und energiepolitische Forderungen bilden zudem den Kern grüner Parteien wie der französischen Europe écologie, die mit ihrer Linksorientierung als ein Teil der stark fragmentierten französischen Linken angesehen werden kann. Auch Geschlechtergerechtigkeit, ob in der Gesellschaft oder in den eigenen Parteistrukturen, ist außer in den feministisch geprägten skandinavischen Parteien und in der EL nur in wenigen Ländern ein wichtiges Thema der Linken, so z. B. in Rumänien und in Österreich.⁴

Kaum diskutieren die linken Parteien die Integration von Minderheiten. Zwar sehen sich viele linke Parteien in der Tradition des Antifaschismus und bekennen sich zu einer pluralistischen und integrativen Gesellschaft, jedoch agieren manche Parteien (z. B. in Dänemark und Tschechien) auch offen gegen MigrantInnen und Roma, oder die Parteimitglieder (z. B. in den Niederlanden und Bulgarien) halten ihre Inte-

Graphik 1: Wahlentscheidende Themen bei den Europawahlen 2009 (Vergleich zu 2004)⁵



gration für unwichtig. Ähnliches gilt für die Situation sexueller Minderheiten. Während sich beispielsweise der portugiesische Linksblock und die spanische Vereinigte Linke über Jahre hinweg für Gesetze zur gleichgeschlechtlichen Ehe eingesetzt haben, sind Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle (LGBT) in den linken Parteien Mittel- und Osteuropas regelrecht tabuisiert. Der Protest gegen regelmäßige Angriffe auf Gay Prides bleibt vielerorts kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorbehalten, und vereinzelt kommt es (z. B. in Tschechien) sogar zu homophoben Äußerungen linker PolitikerInnen.

Weitere Themen, die selten Eingang in konkrete politische Forderungen finden, sind die Herausforderungen des Internetzeitalters und das oft in Parteiprogrammen unter dem Stichwort Demokratie benannte Thema Bürgerrechte.

Betrachtet man Graphik 1 zu den wahlentscheidenden Themen deutscher WählerInnen bei den Europawahlen 2009, so entspricht die obengenannte Themensetzung der linken Parteien weitgehend dem Stellenwert, den auch die deutschen WählerInnen diesen Themen zuweisen. Als zentral angesehen werden Wirtschaft, (soziale) Gerechtigkeit und Arbeitsmarkt; die Finanz- und Wirtschaftskrise steht als aktuelles Thema immerhin an vierter Stelle. Die Themen Integration und innere Sicherheit haben seit 2004 in ihrer Bedeutung abgenommen und spielen nur eine marginale Rolle. Doch auch die Außen- und Sicherheitspolitik – Stichwort Frieden – hat einen deutlich geringeren Stellenwert für die WählerInnen als für die Partei Die Linke. Sie rangiert in ihrer Bedeutung sogar noch hinter dem Thema Umwelt.

Die Krise des Finanzmarktkapitalismus

Das Thema Krise beherrscht die Debatten in den linken Parteien erst seit Mitte des Jahres 2008, als es auch von anderen Parteien und den Medien aufgegriffen wurde. Diskutiert wird die Krise allerdings anders als im politischen Mainstream nicht als Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern als Krise des kapitalistischen Systems. Eine besondere Argumentationslinie geht dahin, in der Verschränkung einer gleichzeitig auftretenden Klima-, Nahrungsmittel- und Energiekrise eine Krise der menschlichen Zivilisation zu sehen.⁶

Bemerkenswert in der Debatte ist der vielfach verwendete Begriff Finanzmarktkapitalismus, der die Verselbstständigung der Finanzmärkte und die Einbeziehung der Realwirtschaft in spekulative Finanzgeschäfte beschreibt.⁷ Ist auch der Kapitalismus in Gänze durch diese Krise nicht ernsthaft bedroht, so soll zumindest ein Finanzsystem überwunden werden, in dem die Wirtschaft und Gesellschaft völlig machtlos den Interessen von Großbanken und dem Urteil privater Ratingagenturen gegenüberstehen. Das Fernziel, den Kapitalismus selbst zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, bleibt dennoch bestehen.

Die Krise hat in der Linken Hoffnungen auf eine mögliche Transformation des Kapitalismus geweckt.⁸ Diskutiert werden Ideen zu einem ökosozialen Umbau der postfordistischen Industriegesellschaft, zu einer Vergesellschaftung des Finanzsektors und zu Modellen der Wirtschaftsdemokratie.⁹ Die Hoffnung, nicht nur die Wirtschafts- und Finanzwelt zu verändern, sondern auch erste Schritte in Richtung einer solidarischeren und nachhaltigeren Lebensweise zu machen, verdichten sich in Fragestellungen wie „Wie wollen wir leben?“ und dem aus Lateinamerika stammenden Konzept des Bien

Vivir. Diese Debatten zur Transformation finden allerdings weitgehend in transnationalen intellektuellen Zirkeln statt. Sie haben nur in begrenztem Maß Einzug in die Diskussionen linker Parteiengremien gehalten, so beispielshalber in die Der Linken in Deutschland und des Linksblocks in Portugal.

Neben der Frage, inwieweit die mannigfaltigen Krisenerscheinungen als Vorzeichen eines möglichen Systemwandels interpretiert werden können, stehen strategische Fragen im Mittelpunkt der Debatten parteinaher Think Tanks. Dabei lässt sich feststellen, dass die linken Parteien paradoxerweise bisher nicht von der Krise profitieren können: Obwohl sie über Jahre hinweg vor den drohenden Folgen einer Deregulierung der Finanzmärkte gewarnt haben, werden die Forderungen der Linken nun zwar vereinzelt umgesetzt – man denke an die Teil-Verstaatlichungen der britischen Banken Northern Rock und Bradford & Bingley 2008 oder das derzeit diskutierte Verbot ungedeckter Leerverkäufe –, die Forderungen werden aber nicht mehr als Forderungen der radikalen Linken erkannt. Den linken Parteien wird keine Kompetenz zur Überwindung der Krise zugesprochen, und deutliche Stimmenzuwächse bleiben bisher aus.¹⁰ Im Gegenteil: Wie die Europawahlen 2009 und die Wahlen in Ungarn und den Niederlanden im Frühjahr 2010 gezeigt haben, scheint die Krise in erster Linie populistische und radikal rechte Parteien zu stärken.

Hinzu kommt, dass die Krise trotz der gegenseitigen Abhängigkeit im Euro-Raum bisher nicht als Problem aller europäischen Staaten wahrgenommen wird, denn sie hat in den verschiedenen europäischen Ökonomien höchst unterschiedliche Auswirkungen, die durch die derzeitige Politik der nationalen Regierungen sogar noch verschärft werden.¹¹ Während die Bevölkerung Griechenlands und Spaniens massiv unter den Folgen der Krise leidet, haben kurzfristige Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld, Konjunkturprogramme und Steuergeschenke in vielen EU-Ländern dazu geführt, dass die BürgerInnen das Ausmaß der Krise bisher nicht erkennen. Breite Proteste gegen das nationale und europäische Krisenmanagement, an denen die linken Parteien ansetzen könnten, bleiben deshalb bisher aus.

Die Vorschläge der linken Parteien zur Überwindung der Krise werden in erster Linie innerhalb des kapitalistischen Systems gedacht. In den gegenwärtig diskutierten Vorschlägen offenbart sich ein bekanntes Dilemma: Die Notwendigkeit, konkrete und zeitnah umsetzbare Konzepte zum Vorteil breiter Bevölkerungsschichten zu entwickeln, zwingt linke Parteien dazu, ein System zu stützen, das sie eigentlich überwinden wollen. Das derzeit von fast allen Parteien formulierte Ziel ist das einer „stärkeren Regulierung des Finanzsektors“. Es wird ausdifferenziert in Forderungen nach öffentlichen Ratingagenturen und einer Stärkung des Regimes der Europäischen Zentralbank, die von demokratisch gewählten VertreterInnen kontrolliert werden soll. Banken soll darüber hinaus verboten werden, sich an Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds zu beteiligen.¹² Die Forderung nach einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) ist einer der Vorschläge, die auch von der schwarzgelben Bundesregierung und der EU-Kommission aufgegriffen wurden. Einige Parteien werben für die Verstaatlichung von Banken, so die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark und die italienische PRC. Die Wahlplattform der EL aus dem Jahr 2009 fordert, dass „Gemeinschaftsgüter und strategische Wirtschaftsbereiche ... zu vergesellschaften“¹³ sind.



Der Krise der Realwirtschaft wollen die linken Kräfte mit einer Umverteilung des Wohlstands von oben nach unten begegnen, durch die die Massennachfrage gesteigert werden soll. Im Mittelpunkt der Konzepte der linken Parteien stehen nachhaltige staatliche Investitionen z. B. in Bildung und ökologische Modernisierung sowie Steuerentlastungen und Lohnerhöhungen für GeringverdienerInnen. Ein auf Planung und Volkseigentum basierendes Wirtschaftsmodell ist hingegen, sieht man von Ausnahmen wie der KP Griechenlands und der DKP ab, für das Gros der Parteien keine gewünschte Alternative.

Es gibt auch Differenzen zwischen den Parteien sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene. Es gibt bisher kein gemeinsames Programm der EL zum Umgang mit der Krise. In Dänemark wurden Krisenpakete für die Banken von der Sozialistischen Volkspartei (SF) unterstützt und von der Rot-Grünen Einheitsliste abgelehnt. Die meisten nationalen Besonderheiten der Parteien in der Auseinandersetzung mit der Krise sind aber weniger ideologischen Differenzen geschuldet als vielmehr den unterschiedlichen landesspezifischen Krisensituationen. In Griechenland kämpfen die Parteien SYNASPISMOS und KP gegen die Abtretung griechischer Autonomie an den IWF und die Europäische Kommission und gegen die heftigen sozialen Einschnitte infolge der Sparmaßnahmen. SYNASPISMOS fordert, dass Griechenland ausschließlich Kredite von der EZB beziehen und ein Pakt für sozialen Schutz, Sicherung menschenwürdiger Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung an die Stelle des Stabilitätspakts treten soll. Die Partei Vinstri hreyfingin in Island hat als Regierungspartei selbst die Chance, den Protest gegen die Präsenz des IWF in die isländische Außenpolitik hineinzutragen und nationale Gesetze zum Umgang mit der Krise zu verabschieden. Zu den ersten Maßnahmen der isländischen Regierung gehörten die Reorganisation der staatlichen Zentralbank, eine vorübergehende Auktionsbeschränkung wegen Zwangsvollstreckung, die Sicherung der Renten für Geringverdienende und Steuervergünstigungen für Zinszahlungen.

Im Zentrum der Kampagnen der linken Parteien in Italien, Spanien und Portugal steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Parteien fordern unter anderem ein Verbot von Massenentlassungen, eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und eine Reform der Arbeitslosenversicherung. Auch in den skandinavischen Ländern, die bisher insgesamt nur gering von der Krise betroffen sind, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Krise von linken Parteien als derzeit drängendstes Problem wahrgenommen; es werden Beschäftigungspläne und die Erhöhung des Arbeitslosengelds gefordert. Die Linke in Deutschland konzentriert sich momentan vorrangig auf den Protest gegen das umfassende Sparpaket der Bundesregierung; auch die italienische und die britische Linke mobilisieren mit Demonstrationen und Streiks gegen die Sparpläne ihrer Regierungen. Die EL und die Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament richten ihr Augenmerk darauf, Solidarität im Umgang mit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Ländern wie Griechenland herzustellen und eine gemeinsame europäische Lösung der sich weiter ausbreitenden Schuldenkrise einzufordern.¹⁴

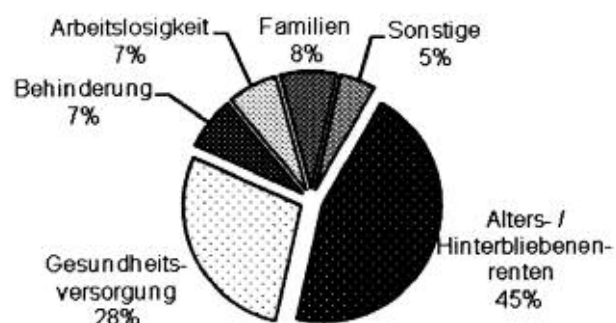
Hinter all diesen verschiedenen Kämpfen steht in erster Linie das gemeinsame Ziel zu verhindern, dass die Folgen der Krise auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden. Die Argumentation vieler linker Parteien lässt sich unter dem Satz

„Lasst sie für ihre Krise zahlen“ subsumieren, der auch Motto des Europäischen Sozialforums 2010 war. In ihm manifestiert sich die Entrüstung darüber, dass die Banken und ihre Manager von großzügigen Rettungspaketen profitieren konnten, während staatliche Sparmaßnahmen vor allem Geringverdienende und Erwerbslose treffen sollen. Nicht zuletzt, weil viele linke StammwählerInnen persönlich von den sozialen Kürzungen betroffen sein werden, hat der Kampf dagegen einen höheren Stellenwert für die Parteien als die Formulierung von Vorschlägen zum Finanzsystem. Um die Folgen der Krise abzumildern und einen Anstieg der Armut zu verhindern, kämpfen die linken Parteien in erster Linie um die Verteidigung des Sozialstaats und propagieren einen starken öffentlichen Sektor. Diese Ziele sollen im Folgenden weiter ausgeführt werden.

Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste

Das Modell des „europäischen Wohlfahrtsstaates“ fächert sich in eine weite Bandbreite von Typen auf, die sich grob in zwei Kategorien unterscheiden lassen: in das beitragsfinanzierte Bismarck-Modell, das beispielsweise in Staaten wie Tschechien, Belgien und Lettland gilt, und das steuerfinanzierte Beveridge-Modell, das unter anderem in Großbritannien, Polen und Zypern angewandt wird. Während das Erste die soziale Sicherung an Beschäftigung koppelt, richtet sich das Beveridge-Modell als Fürsorgemodell mit staatlichen Renten und kostenlosen Gesundheitsdiensten an die gesamte Bevölkerung.¹⁵ Allerdings bestehen diese Modelle fast nirgends in Reinform; verbreitet ist eine Mischfinanzierung aus Sozialbeiträgen, staatlichen Zuweisungen, privaten Versicherungen und nichtstaatlicher Fürsorge (Familien, Wohlfahrtsorganisationen). Letzterem kommt insbesondere in den rudimentären Sozialsystemen in Südeuropa eine hohe Bedeutung zu.¹⁶

Graphik 2: Struktur der Sozialschutzausgaben der EU-27, 2006¹⁷



Große Diskrepanzen gibt es auch in der Höhe der Mittel, die die Staaten für die Versorgung von RentnerInnen, Behinderten, Kranken, Familien und Arbeitslosen aufwenden (zur Verteilung der europäischen Gesamtausgaben vgl. Graphik 2). So machten die Sozialausgaben der EU-Staaten 2006 durchschnittlich 26,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, die Niederlande, Belgien und Frankreich lagen mit Ausgaben zwischen 28,5 Prozent und 31,1 Prozent des BSP signifikant darüber, während Lettland (12,2 Prozent) und die anderen

baltischen Länder weit unterhalb des EU-Durchschnitts lagen. Andere Länder mit besonders niedrigen sozialen Ausgaben sind Bulgarien und Rumänien.¹⁸

Die linken Parteien müssen in der Folge auf sehr unterschiedliche nationale Diskurse reagieren. Der Linksbund in Finnland und die Linkspartei in Schweden beispielsweise konkurrieren mit Teilen der Sozialdemokratie um die Verteidigung eines nordischen Wohlfahrtsmodells, das von den jeweiligen Regierungen als nicht mehr finanzierbar erklärt wird. Ganz anders die polnische Linke in ihrem Ringen um mehr staatliche Fürsorge: Sie muss sich mit der verbreiteten Ansicht auseinandersetzen, dass ein schlanker Sozialstaat für das heutige Polen prinzipiell besser geeignet ist als die traditionellen westeuropäischen Sicherungssysteme – eine auch von dem Sozialdemokraten Leszek Miller vertretene Auffassung. In einer völlig anderen Diskussion befindet sich wiederum Die Linke in Deutschland, wenn angeblich zu hohe Lohnnebenkosten als Grund für Massenarbeitslosigkeit angeführt werden.

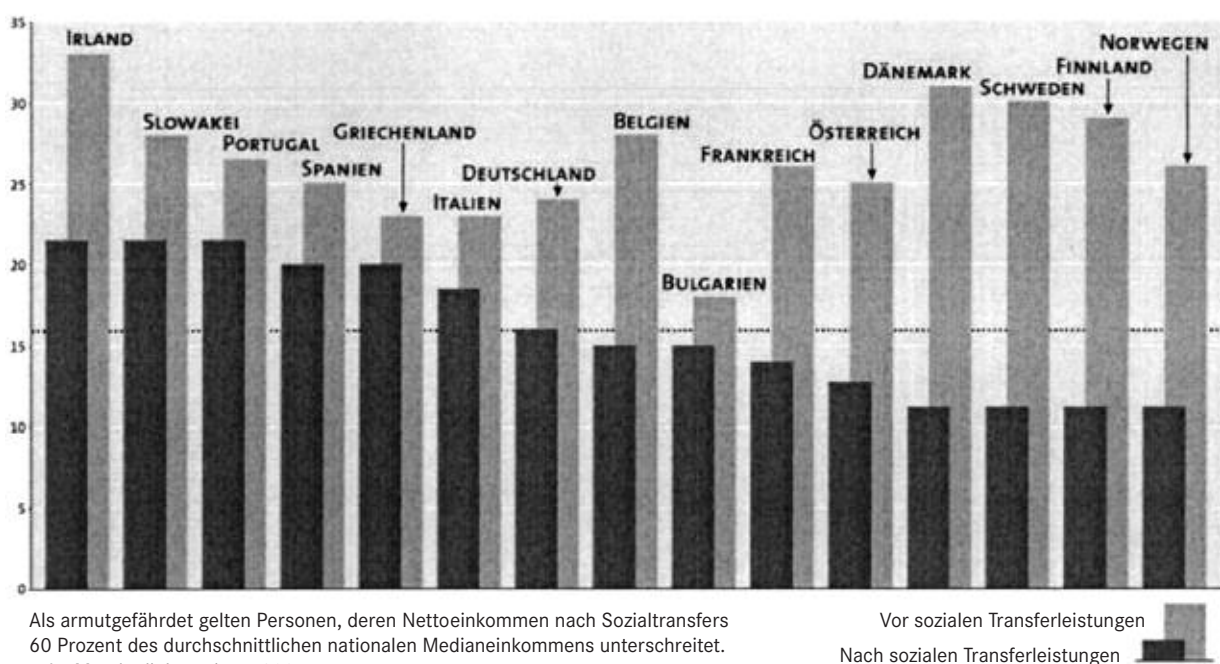
Europaweit vergleichbare oder sogar gemeinsame Forderungen entstehen aus Elementen, die in fast allen Programmen der linken Parteien verankert sind: die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Solidaritäts- oder Wohlfahrtsgedanke. Beide spiegeln sich in Forderungen der Parteien nach fairer Einkommens- und Steuerverteilung und nach sozialen Mindeststandards für alle BürgerInnen wider. Die Parteien nehmen die Debatten zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme angesichts des offensichtlich vorhandenen Reichtums in der EU zu Recht als Verteilungsdebatten wahr. Auf welche Weise umverteilt werden kann, ist in den Staaten mit Beveridge-Modell leicht erkennbar: Fordern beispielsweise Sinn Féin, der linke Flügel der Labour Party oder die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung oder eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, so steht unmittelbar die Frage im Raum, aus welchen Mitteln diese Mehrausgaben im Staatshaushalt finanziert werden

sollen. Die Einheitsliste beantwortet diese beispielsweise mit Forderungen nach der Einführung einer Gewerbe- und einer Transaktionssteuer. In anderen Ländern werden höhere Spitzensteuersätze oder Luxussteuern gefordert, auch um der zunehmenden Polarisierung der Einkommen entgegenzuwirken.¹⁹

In den Staaten mit Bismarck-Modell stellt sich die Situation komplexer dar: Linke Parteien fordern hier unter anderem Staatsgarantien für Ausfälle der Sozialversicherung (Die Linke), eine Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse (KPÖ, Linksbund) oder die Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeitgeber (Déi Lénk, Luxemburg). Zwar sprechen sich viele Parteien für eine umfassende und über die Erwerbstätigen hinausgehende Fürsorgepflicht des Staates aus, aus Sorge vor staatlichem Sozialabbau halten manche aber auch explizit an der Kopplung der Sozialausgaben an die Beschäftigung fest. Von den Parteien vielfach infrage gestellt wird eine Politik, die eine Überlastung des beitragsfinanzierten Systems ausschließlich durch Schritte hin zu einer höheren Beschäftigungsquote zu verhindern sucht. Der dadurch gesteigerte Druck auf Erwerbslose, jegliche Form von Beschäftigung anzunehmen, hat nach Wahrnehmung der linken Parteien lediglich zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnssektors geführt.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit der linken Parteien stehen die Privatisierung der Sozialversicherung und die Kürzungen staatlicher Leistungen, die durch private Anlagen in Pensionsfonds und Zusatzversicherungen aufgefangen werden müssen. Die Parteien lehnen kapitalgedeckte Versicherungsmodelle zum einen wegen ihrer Instabilität ab, denn die Beiträge werden auf den Finanzmärkten angelegt und sind damit auch deren Risiken unterworfen – die Renten können letztlich also viel niedriger ausfallen als erwartet.²⁰ Zum anderen führen die Aufgabe des Solidarprinzips und der ökonomische Wettbewerb privater Versicherungen zu einer erheblichen Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und zu einer

Graphik 3: Armutgefährdete Bevölkerung in Prozent



Senkung der Standards. Die Parteien protestieren deshalb gegen die staatliche Förderung privater Versicherungen und gegen Beschäftigungsverhältnisse, in denen Arbeitgeber keinen Beitrag zur Sozialversicherung leisten. Der Einsatz der Parteien gegen Privatisierung richtet sich darüber hinaus gegen Gesetze, durch die Kosten für einzelne soziale Leistungen dem Individuum aufgebürdet werden sollen. Beispiele hierfür sind der Protest der italienischen PRC gegen Kürzungen des Leistungskatalogs und die Forderungen der niederländischen SP nach Abschaffung des Eigenanteils in der Krankenversicherung.

In fast allen europäischen Ländern sehen sich die linken Parteien angesichts der Krise mit einer höheren Ungleichheit und einer wachsenden Armutsgefährdung konfrontiert. In Portugal und Estland gilt inzwischen ein Viertel der Bevölkerung als arm; in Deutschland ist der Anteil derer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, im Jahr 2009 auf knapp 22 Prozent angewachsen.²¹ Wie Graphik 3 zeigt, ist dieser relative Anteil unabhängig von der Wirtschaftsstärke eines Landes, und er wird erst durch soziale Transferzahlungen massiv reduziert. Wohlfahrtsstaat und Armutsbekämpfung sind also eng miteinander verknüpft und werden von den linken Parteien meist in einem Atemzug genannt.

Eine Forderung zur Bekämpfung der Armut, die linke Parteien in fast allen europäischen Ländern formulieren, ist der freie Zugang Bedürftiger zur Gesundheitsfürsorge und zu anderen sozialen Diensten. Die SP in den Niederlanden, die Gesundheit zu ihren Kernthemen zählt, fordert darüber hinaus einen jährlichen Gesundheitstest für alle NiederländerInnen. In den anderen Ländern Westeuropas und in Skandinavien steht vor allem der Kampf um höhere Sätze für die Versorgung Erwerbsloser im Zentrum der Aufmerksamkeit der Parteien. In Mittel- und Südosteuropa, wo Altersarmut ein Massenphänomen ist, ist die Erhöhung der Renten eine zentrale Forderung in den Programmen linker Parteien. Der Linksblock in Portugal nimmt sich insbesondere der Situation derer an, die trotz Arbeit arm sind, und die Regierungspartei AKEL in Zypern hat es sich zum Ziel gemacht, dass ab 2012 alle BürgerInnen über mehr als 420 Euro im Monat verfügen sollen.

Eine der aktuellen Debatten in den linken Parteien betrifft das bedingungslose Grundeinkommen, das vor allem in den west- und nordeuropäischen Parteien thematisiert wird: BefürworterInnen im finnischen Linksbund und in Der Linken propagieren auf diese Weise die „Freiheit von entfremdeter Arbeit“; sie wollen mit dem Grundeinkommen Räume schaffen, in denen sich Aktivität jenseits der Schaffung von Mehrwert entwickeln kann. Andere Teile des Linksbundes sehen im Grundeinkommen hingegen lediglich eine „weitere Form der Sozialversicherung“, und auch die luxemburgische Partei Déi Lénk lehnt die Idee ab, indem sie den Wert von Arbeit als „Basis der Produktion gesellschaftlicher Güter“ aufrechterhält. In der innerdeutschen Debatte wird das Grundeinkommen als nicht finanzierbar und als segregierend kritisiert, da es die Bevölkerung dauerhaft in Erwerbstätige und Grundeinkommens-EmpfängerInnen aufspalten würde.²² Alternativ oder ergänzend wird in einigen Ländern für Modelle der Verkürzung der Wochen- bzw. der Lebensarbeitszeit geworben, wodurch Beschäftigung fair auf alle Erwerbsfähigen verteilt werden soll.²³

Eine zweite aktuelle Debatte, in der auch die Gewerkschaften Stellung beziehen, ist die derzeit in Frankreich,

Italien und anderen Ländern beschlossene Erhöhung des Rentenalters. Die linken Parteien prangern an, dass dieser Schritt faktisch einer Rentenkürzung gleichkommt und dass er im offensichtlichen Widerspruch zu dem erklärten Ziel steht, die Jugend- und die Sockelarbeitslosigkeit zu senken. Sie fordern stattdessen eine staatliche Absicherung der Rentensysteme und eine gesellschaftliche Umverteilung, die ein weiteres Absenken der Renten verhindert. Staatliche Mindestrenten gehören ebenso zu den Kernforderungen linker Parteien wie die nach einem fairen Mindestlohn.

Neben Mindestlöhnen sind es vor allem die Dienstleistungsrichtlinie und die Auswirkungen der Lissabon-Strategie bzw. der Europa-2020-Strategie, die über die nationale Ebene hinaus auch von der europäischen Linken diskutiert werden. Der Fokus liegt dabei auf der Privatisierung öffentlicher Dienste: „Bildung, Betreuung in Kindheit und Jugend, bei Krankheit und im Alter, Gesundheit, Wasser und Abwasser, Energie, Nahverkehr, Post, Kultur und Breitensport sind keine Waren, sondern öffentliche Dienstleistungen, die in die Obhutpflicht des Staates fallen. Sie dürfen deshalb nicht dem Wettbewerb um die niedrigsten Kosten und höchsten Profite unterworfen werden. ... Wir treten für starke öffentliche Dienstleistungen und öffentlich kontrollierte Unternehmen, für verstärkte Investitionen in Bildung, Pflege und Betreuung, Gesundheit, Nahverkehr, Kultur und Breitensport ein.“²⁴

Folgerichtig fordern die Parteien, dass öffentliche Dienste, insbesondere die Gesundheitsversorgung, von den Regeln des europäischen Binnenmarkts und der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden.²⁵ Der Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge ist besonders für Die Linke und die italienische PRC ein wichtiges Thema. Die PRC konkretisiert dieses Ziel in Forderungen nach mehr sozialem Wohnungsbau und Mitteln für die Kompetenzentwicklung öffentlicher Unternehmen. Finanziert werden sollen die Maßnahmen dadurch, dass die kommunale Finanzautonomie gestärkt und die Maastrichter Verschuldungsgrenze angehoben wird. Auch in den anderen Parteien gewinnt die Sicherung kommunaler Dienste an Bedeutung, so zum Beispiel in Forderungen der KPÖ nach einer „Energiegrundsicherung“. Fast ausschließlich in den Jugend- oder Studierendenorganisationen der Parteien thematisiert werden hingegen die Ökonomisierung der Universitäten infolge von GATS und Bologna-Prozess sowie die Reform der Studienfinanzierung, durch die die Kosten für Bildung weg von der Gesellschaft hin zu den Studierenden verlagert werden.

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Der Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung nimmt angesichts aktueller Arbeitskämpfe z. B. bei Opel und Carrefour derzeit nicht nur in Parteien mit einem traditionell hohen Anteil an GewerkschafterInnen einen wichtigen Stellenwert ein. Das Mitte der 90er Jahre in den Niederlanden und Skandinavien entwickelte Flexicurity-Modell, ein kaum existenter Kündigungsschutz gegen das Versprechen der raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, erweist sich in der anhaltenden Rezession als verheerend. Die linken Parteien richten ihr Augenmerk deshalb vor allem auf die Verhinderung von (Massen-)Entlassungen. Sie fordern kurzfristige Maßnahmen wie die staatliche Rettung und Vergesellschaftung



tung in Not geratener Unternehmen, ein Kurzarbeitergeld mit Beschäftigungsgarantie, Solidaritätsfonds für KurzarbeiterInnen und ein Entlassungsverbot für 36 Monate, bzw. ein Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Gewinne machen. Als eine langfristige Maßnahme zur Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze werden Investitionen im öffentlichen Sektor angesehen; dazu gehören auch kommunale Projekte wie der durch Die Linke initiierte öffentliche Beschäftigungssektor des Landes Berlin.

Ein anderes Thema, das schon seit einigen Jahren in den linken Parteien diskutiert wird, ist die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in Form befristeter Arbeitsverträge, ausufernder Zeitarbeit und Scheinselbstständigkeit – Erfahrungen, von denen auch viele der linken Parteimitglieder persönlich betroffen sind. Die Parteien warnen vor den psychischen Folgen anhaltender Unsicherheit und wenden sich mit Demonstrationen, Gesetzesvorhaben und Referenden gegen Gesetze, die den Arbeitsmarkt regulieren und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse vorantreiben. Gemeinsames Ziel ist die Rückkehr zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen mit fairen Arbeitsbedingungen und menschenwürdigen Löhnen. Gefordert werden unter anderem strengere Regeln für Überstunden und Feiertagsarbeit, Löhne, die auch ohne staatliche Beihilfen zum Leben ausreichen, umfassender Arbeitsschutz, die flächendeckende Gültigkeit von Tarifverträgen und mehr Kontrollrechte für Personalvertretungen und Gewerkschaften. Als Mittel hierzu gelten die klassischen Formen des Arbeitskampfes als unvermeidbar; die Idee der Sozialpartnerschaft wird von den Parteien klar zurückgewiesen.

Es fällt auf, dass viele der Forderungen der linken Parteien sich fast ausschließlich im Rahmen des traditionellen „Normalarbeitsverhältnisses“ bewegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird ebenso wenig thematisiert wie die Veränderungen der modernen Arbeitswelt, sei es die zunehmende Vermischung von Arbeit und Freizeit oder der Trend zur Wissensgesellschaft und die mit ihm verbundene Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Gleichzeitig bleiben die Diskussionen weitgehend auf die nationale Ebene beschränkt: Obwohl europäische Institutionen wie der EuGH massiven Einfluss auf den Kampf gegen drohende Standortverlagerung und Lohndumping haben, wird die EU kaum als Adressat linker Beschäftigungspolitik wahrgenommen. Ein Beispiel für gemeinsame Ziele der linken Parteien ist die Kampagne der EL gegen prekäre Beschäftigung, in der für einen europaweiten Mindestlohn geworben wird. Die EL setzt sich darin auch für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und den Zugang aller Erwerbsfähigen zu Vollzeitbeschäftigung ein.²⁶

Welchen Stellenwert Arbeit für die linken Parteien hat, zeigen die Debatten, die über die unmittelbaren Wahlforderungen hinausgehen. So sprechen nicht nur die italienische Partei Linke und Freiheit (SEL) und die luxemburgische Déi Lénk von einem Recht auf Arbeit. Viele andere Programme betonen auch den Wert von Arbeit über den Selbstzweck oder die wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus; Arbeit soll als Schlüssel zu Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Partizipation dienen. Linke Feministinnen weisen zudem auf die Notwendigkeit hin, den Arbeitsbegriff um unbezahlte gesellschaftliche Arbeit zu erweitern.²⁷ Trotz eines prinzipiell positiven Arbeitsbegriffs lehnen die Parteien Gesellschaftskonzepte ab, die individuelles Bemühen zur Maxime erheben

und Menschen ausschließlich nach ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit bewerten. Entsprechend wird auch bekräftigt, dass die Trennung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen überwunden werden muss, so zum Beispiel in Form solidarischer Netzwerke, wie sie die italienische PRC fordert.

Frieden und kollektive Sicherheit

Die Debatte um Frieden und kollektive Sicherheit wird in den linken Parteien von zwei großen Themenbereichen bestimmt: der Haltung zu internationalen Konflikten und Militäreinsätzen und der Mitgliedschaft in Sicherheitsorganisationen.

Die aktuellen Konflikte, die von linken Parteien thematisiert werden, sind der Krieg in Afghanistan und der Nahostkonflikt. Die Konflikte im Kaukasus spielen eine nachgeordnete Rolle in den Forderungen der Parteien so wie auch der Krieg gegen den Irak, der nach den Truppenabzügen der letzten Jahre inzwischen nur noch für die britische Linke ein zentrales Thema ist. In Bezug auf den Krieg in Afghanistan fordern viele linke Parteien, z. B. in Deutschland, den Niederlanden, Bulgarien und Schweden, mit Unterschieden im Detail einen sofortigen Abzug aller Truppen. Die deutliche Opposition gegen den Krieg bleibt allerdings nicht ohne Ausnahme: Die SF hat den dänischen Truppeneinsatz mitgetragen und fordert nun einen Friedensplan mit einer mittelfristigen Abzugsperspektive. Die norwegische Sozialistische Linkspartei (SV) hat als Regierungspartei zwar einen Teilabzug der norwegischen Truppen durchsetzen können, im Gegensatz zur deutschen Linken ist die weitere Beteiligung am Afghanistankrieg aber kein Ausschlusskriterium für eine (fortgesetzte) Mitte-Links-Koalition.

Der Nahostkonflikt hat in den europäischen Linksparteien traditionell einen höheren Stellenwert als in anderen politischen Parteien. Die Haltung dazu wird vor allem in der deutschen Linken und in der KPÖ als Gradmesser linker Identität empfunden, und stark polarisierte Positionen erschweren gemeinsame Lösungsansätze. Der gewaltsame Angriff auf die Gaza-Flotte durch die israelische Armee führte im Mai 2010 erneut zu scharfen Debatten zwischen den israel- bzw. palästinenserfreundlichen Lagern, die außer in den deutschsprachigen Ländern auch in Frankreich und Großbritannien sehr präsent sind. Es handelt sich dabei jedoch um einen weitgehend parteiintern geführten Streit; in Wahlkämpfen spielt der Nahostkonflikt eine nachrangige Rolle.²⁸

Sowohl in Bezug auf den Nahostkonflikt als auch auf die Kriege in Afghanistan fällt auf, welchen hohen Stellenwert die linken Parteien dem humanitären Völkerrecht zumessen. So besteht Einigkeit dahingehend, dass internationale militärische Einsätze, wenn überhaupt, ausschließlich im Rahmen von ausdrücklich formulierten UN-Mandaten stattfinden dürfen. Die Völkerrechtswidrigkeit der Operation Enduring Freedom (OEF) der NATO sowie ihre Vermischung mit der UN-Mission ISAF sind Hauptargumente der linken Parteien, die jeweiligen Truppeneinsätze abzulehnen. Weniger stark werden Verstöße gegen das Völkerstrafrecht von den linken Parteien als solche thematisiert. Beim Protest der deutschen Linken gegen die Bombardierung eines Tanklusters in Afghanistan im September 2009 wurde fast gar nicht darauf verwiesen.²⁹

Die Diskussionen der linken Parteien zur internationalen Sicherheitsstruktur werden von den Debatten über Alternativen zur NATO und Forderungen nach einem jeweiligen Aus-



tritt von Ländern aus der NATO dominiert. Abgelehnt wird die NATO als ein nicht demokratisches Sicherheitssystem, das ausschließlich über militärische Mittel verfügt und das wichtige Akteure wie Russland außen vor lässt. Die SicherheitspolitikerInnen in linken Parteien warnen vor strukturellen und personellen Überschneidungen der NATO mit europäischen Instrumenten wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (ESVP) und den EU Battlegroups. In der Kritik steht zudem die Vermischung militärischer und ziviler Missionen wie z. B. die Zusammenarbeit von KFOR und EU-LEX im Kosovo. Alternativ zur NATO setzen die Parteien auf kollektive Sicherheitssysteme wie UN und OSZE, wobei konkrete Fragen wie die Bewältigung von gewaltsamen Konflikten wie im ehemaligen Jugoslawien nur unter ExpertInnen diskutiert werden.³⁰

Die Ablehnung einer Mitgliedschaft ihrer Länder in der NATO ist für einige der europäischen Linksparteien also eine zentrale Forderung; im Fall der spanischen Vereinigten Linken (IU) oder der norwegischen SV ist sie sogar Bestandteil ihrer Gründungsgeschichte. Zu den Parteien, die vorbehaltlos einen Austritt aus der NATO fordern, gehören insbesondere mittel- und südosteuropäische Parteien wie die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM) und die Bulgarische Linke (BL). Die Partei der Kommunisten der Republik Moldova (PKRM), die bis 2009 regierte, schließt einen Beitritt zur NATO aus und fordert ein neutrales Moldova nach österreichischem Vorbild.³¹ Die meisten westeuropäischen Linksparteien halten einen nationalen Alleingang nach Jahrzehnten der Mitgliedschaft eher für unrealistisch bzw. weichen wie die niederländische SP in Wahlkämpfen von dieser Forderung ab. Sie tendieren stattdessen eher zu einer Auflösung (Die Linke) oder zu einem gemeinsamen Austritt aller europäischen Länder aus der NATO (Déi Lénk). Wieder sind es die skandinavischen Parteien SV und SF, die die Mitgliedschaft ihrer Länder in der NATO nicht aktiv angreifen: Die SV will ihren Koalitionskompromiss nicht gefährden, und die SF sieht nach den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden Ole Sohn keine Alternativen zur NATO.

Vor allem in den mittel- und osteuropäischen Parteien präsent sind die Themen Aufrüstung und die Stationierung ausländischer Truppen. So kämpft zum Beispiel die BL gegen die Stationierung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme. Die Kampagne Ne záchladnám der tschechischen KPBM gegen eine US-Radarbasis gilt als eines der wenigen Beispiele erfolgreicher Bündnisarbeit der Partei. Aufrüstung spielt darüber hinaus in der Europafraktion GUE/NGL eine signifikante Rolle, sind doch die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und das Aufrüstungsgebot im Lissabon-Vertrag zentrale Themen der linken Parteien in der Auseinandersetzung mit der EU.

Mit schwelendem Nationalismus und ethnischen Konflikten setzen sich vor allem die linken Parteien in Estland, der Türkei, in Zypern und im ehemaligen Jugoslawien auseinander. Allgemeine Ideen zu friedlicher Konfliktbearbeitung oder zu einer Vision von Frieden, die über konkrete Konflikte hinausgeht, werden eher in linken Think Tanks und Friedensgruppen als in den Parteigremien formuliert.

Fazit

Die linken Parteien legen einen deutlichen Schwerpunkt auf Themen wie die Schaffung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz vor Ausbeutung. Sie werden damit der Ausrichtung ihrer jeweiligen Programme gerecht. Die Debatte zur Krise zeigt zum einen eine Kompetenz der Linken in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, die aber von den WählerInnen bisher nicht wahrgenommen und honoriert wird. Zum anderen offenbart die Krisen-Debatte eine hohe Diskrepanz zwischen den Analysen intellektueller Kreise in Parteiennähe und den zum Teil stark vereinfachten Losungen, mit denen sich die Parteien selbst im politischen Wettstreit zu behaupten versuchen.

Ungleiche nationale und regionale Problemlagen führen zu unterschiedlichen Schwerpunkten und zu spezifischen Forderungen, die je nach Stellung der Parteien im Parteiensystem auch mehr oder weniger radikal formuliert werden. Hinzu kommen landesspezifische (politische) Kulturen, unterschiedliche Begriffe und Tabus. So findet beispielsweise die Debatte zu Migration und Flüchtlingen in Griechenland unter völlig anderen Vorzeichen statt als in Dänemark. Dass sich die PPS, die PAS und die PSD in Rumänien ausdrücklich zur Kirche bekennen, ist wohl eine Ausnahme unter den linken Parteien Europas, wo Religion entweder gar nicht oder in Forderungen nach mehr Laizismus thematisiert wird. Der Vergleich der politischen Arbeit der Parteien offenbart dennoch einen gemeinsamen Themenkern und eine Vielzahl parallel verlaufender Kampagnen, die Grundlage für koordinierte Aktionen der EL sein könnten. Gemeinsame Aktionen finden bisher allerdings nur in begrenztem Umfang statt. Angesichts der Ähnlichkeit der jeweiligen Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme kann man dahinter wohl am ehesten ideologische Differenzen zwischen den Mitgliedsparteien der EL vermuten.

Schwer fällt es den Parteien, Themen aufzugreifen, von denen sich das Gros der Parteimitglieder nicht selbst betroffen fühlt. Offensichtlich wird dies beim Thema Geschlechtergerechtigkeit und beim Datenschutz, den die linken Parteien fast gänzlich der Piraten-Partei überlassen. Aber auch Migration oder die Auseinandersetzung mit der Ausgrenzung gesellschaftlicher Randgruppen wie den Roma bleiben Nischenthemen, weil es keine starke Repräsentanz der entsprechenden Gruppen in den Parteien gibt.

Eine erhebliche Lücke in der Themenwahl der Parteien zeigt sich beim Thema Umwelt. Fast alle linken Parteien sprechen sich im Prinzip für Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung aus, sie protestieren gegen lokale Umweltverschmutzungen oder fordern Transparenz in den öffentlichen Umweltausgaben. Auch wird durchaus anerkannt, dass der Schutz der Umwelt Vorrang vor Industrie und auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen haben sollte. Dies zeigt beispielsweise eine Umfrage unter WählerInnen von Déi Lénk in Luxemburg. Eine darüber hinausgehende Auseinandersetzung findet jedoch nicht statt. Insbesondere die notwendige Transformation des Kapitalismus hin zu einer nachhaltigeren Produktionsweise – im Konzept eines Green Democratic Socialism formuliert – ist kein Thema der linken Parteien.³² Die Debatte darüber, ob sich daraus das linke Zukunftsprojekt entwickeln könnte, nach dem viele europäische Parteien bisher vergebens suchen, soll an dieser Stelle jedoch nicht vertieft werden.



Anmerkungen

- 1 Programm der Partei der Europäischen Linken (EL), verabschiedet am dem Gründungskongress in Rom am 8. und 9. Mai 2004, S. 1.
- 2 Ebenda, S. 3.
- 3 So charakterisiert François Vercammen, Mitglied des Exekutivbüros der IV. Internationalen, die Ziele der EAL wie folgt: „... antikapitalistisch und ökologisch, antiimperialistisch und kriegsgegnerisch, feministisch und für die Bürgerrechte kämpfend, antirassistisch und internationalistisch... Für alle: stabile Vollbeschäftigung, angemessene Entlohnung, Renten, die den Lebensunterhalt sichern, Recht auf Wohnung, professionelle Schul- und Berufsbildung und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung.“ Zitiert nach Martin Schirdewan, Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 33. Der inhaltliche Katalog des NELF umfasst unter anderem die folgenden Themen: Arbeitslosigkeit, aktiver Umweltschutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen, Demokratisierung der Gesellschaft, Bürgerrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Verhinderung von Krieg, eine neue demokratische internationale Ordnung und eine humane Immigrations- und Flüchtlingspolitik. Vgl. ebenda, S. 29 f.
- 4 Anlass zu dieser Einschätzung gibt die Themenwahl in Publikationen und Veranstaltungen der linken Parteien. Ein ähnlich geringen Stellenwert haben die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Umwelt für die sozialen Bewegungen: Auf dem Europäischen Sozialforum 2010 setzte sich nur ein Bruchteil der angebotenen Seminare mit ihnen auseinander. Ausführlich zur Relevanz von Geschlechtergerechtigkeit für linke Bewegungen vgl. Susanne Empacher, „Socialism and Feminism“, in: Inger V. Johansen/Barbara Steiner (Hg.), International Women’s Day – 100 years of struggle. Speeches of the International Women’s Conference in Copenhagen, March 6 – 7, 2010, transform! european journal for alternative thinking and political dialogue, Sonderheft 5/2010, S. 13 ff.
- 5 Quelle: Benjamin Hoff, Die Europawahl 2009 und DIE LINKE. Auswertung der Daten des WAHLREPORTS von Infratest-dimap, in: www.benjamin-hoff.de/article/3406.die-europawahl-2009-und-die-linke.html; abgerufen am 10.6.2010. Dass die Mitglieder (nicht unbedingt die Funktionäre) linker Parteien den Stellenwert der genannten Themen ähnlich beurteilen, zeigt eine Neumitgliederbefragung Der Linken.
- 6 Vgl. François Houtart: „Die Mehrdimensionalität der Krise und mögliche Alternativen“, in: Rosalux-Europa April 2009, S. 1.
- 7 Vgl. Effi Böhle u. a., „Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderung für die Linke“, in: kontrovers 1/2009, S. 2.
- 8 Vgl. Transform! Europe: Meaning, Subjects and Spaces of Transformation, International workshop by transform! Europe in Florence 29–30 May 2010, Ergebnisse in: <http://www.transform-network.net/en/home/display-home/article//Strategic-Perspectives-of-the-European-Radical-Left-2-Meaning-Subjects-and-Spaces-of-Transf.html>; abgerufen am 10.6.2010; Dieter Klein: „Eine zweite große Transformation und die Linke“, Rosalux-Europa Februar 2010.
- 9 Vgl. Böhle u. a., „Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus“, S. 2.
- 10 Vgl. Barbara Steiner, „Electoral Performance of the Left: A Survey“, in: transform! european journal for alternative thinking and political dialogue 6/2010, S. 174 f.
- 11 Vgl. Elisabeth Gauthier, „Crisis, Europe, Alternatives and Strategic Challenges of the Left“, ebenda, S. 116 f.
- 12 Vgl. Julia Kuckelhorn (Red.), „Wie würde die europäische Linke auf die Krise reagieren? Gabi Zimmer von den Europäischen Linken spricht über die Finanzkrise“, in: Deutsche Welle Fokus Europa, Sendung vom 2. Juni 2010.
- 13 Europäische Linke, Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, S. 4. Zur innerdeutschen Debatte vgl. Velten Schäfer: „Alle privaten Banken sind pleite. Die polit-ökonomische Intelligenz der Linkspartei traf sich zum Krisen-Gipfel in Berlin“, in: Neues Deutschland vom 28. Juni 2010, S. 2.
- 14 Vgl. Jürgen Klute (Hg.), „Jeder gegen jeden? Die EU und die Krise“, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010; Europäische Linke: The European Left in solidarity with the Greek workers, 6. Mai 2010, Crisis and the neoliberal attack on the rights of the working people in Greece and Europe, 6. März 2010, in: www.european-left.org/english/positions/statements; abgerufen am 10.6.2010.
- 15 Vgl. Josef Schmid, „Der Wohlfahrtsstaat in Europa – Divergenz und Integration“, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2008, S. 715.
- 16 Vgl. ebenda, S. 717.
- 17 Quelle: Eurostat: The Social situation in the European Union 2008. New Insights into Social Inclusion, European Communities, 2009, S. 118. Zusammengefasste Angaben nach eigenen Berechnungen.
- 18 Vgl. Eurostat: The Social Situation in the European Union 2008. New Insights into Social Inclusion, European Communities 2009, S. 114. Ein ähnlich diverses Bild ergibt sich, betrachtet man den Anteil der Erwerbslosen, die Einkommensbeihilfen beziehen: Erhielten in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Finnland über 90 Prozent aller Erwerbslosen eine staatliche Unterstützung, so war es in Griechenland, Italien, Estland, Litauen und Großbritannien weniger als ein Drittel der Erwerbslosen. Ebenda, S. 26.
- 19 Für eine ausführliche Darstellung sozialer Ungleichheit und Einkommenspolarisierung vgl. „Jan Goebel/Martin Gornig/Hartmut Häußermann: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert“, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24/2010 vom 16. Juni 2010; Kate Pickett/Richard Wilkinson, The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger, London 2009.
- 20 Vgl. Agnes Streissler, „Public and private pensions: Lessons from the crisis“, in: ETUI Policy Brief 6/2009, S. 5. WissenschaftlerInnen warnen darüber hinaus vor den makroökonomischen Folgen kapitalgedeckter Rentenversicherungen: Die Beiträge werden nicht in Renten umgelegt, sondern fließen unmittelbar in die Finanzmärkte. Dies führt zu einer Überschwemmung der Märkte mit Kapital und gilt wie im Fall der US-amerikanischen Rentenfonds als einer der Auslöser der gegenwärtigen Krise.
- 21 Vgl. Goebel u. a., „Polarisierung der Einkommen“, S. 3.
- 22 Vgl. Rainer Land, „Grundeinkommen und Vollbeschäftigung!“, in: Berliner Debatte Initial 18 (2007) 2, S. 78f.; Ullrich Busch, „Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens“, in: UTOPIE kreativ, 181 (November 2005), S. 978 – 991.
- 23 Vgl. ebenda.
- 24 Europäische Linke, Gemeinsam für den Wechsel in Europa!, S. 4.
- 25 Vgl. Europäische Linke. Defend the Public Services! 8. Mai 2010, in: www.european-left.org/english/positions/statements; abgerufen am 20.6.2010.
- 26 Vgl. Europäische Linke, Reclaim Life. Fight Precarity, in: www.european-left.org/uploads/media/Precarity_en.pdf; abgerufen am 20.6.2010.
- 27 Vgl. Katja Kipping, „Nicht auf der Höhe der Zeit. Dem Programmwurf der LINKEN fehlt der Respekt vor der Vielfalt der linken Bewegung“, in: Neues Deutschland vom 21. Juni 2010, Online-Ausgabe; Empacher: Socialism and Feminism, S. 19 f.
- 28 Für eine ausführliche Darstellung der Debatten zum Nahostkonflikt, vgl. Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2007.
- 29 Für eine ausführliche Darstellung der Positionen Der Linken vgl. Die Linke, Bundeswehr 2010 aus Afghanistan abziehen, in: http://www.linksfraktion.de/bundeswehr_2010_aus_afghanistan_abziehen.php; abgerufen am 10.7.2010.
- 30 Vgl. Wolfgang Triebel, „Statt NATO ein kollektives Sicherheitssystem zur Demokratisierung internationaler Beziehungen“, in: Rosalux-Europa, März 2010.
- 31 Vgl. Cornel Mihalache, European Security Policy: Left approach and our response to NATO. Vortrag auf der Sommeruniversität der Europäischen Linken 2010 in Chisinau, Moldova, vom 14. bis 18. Juli 2010.
- 32 Vgl. Klein, „Eine zweite große Transformation“, S. 7; Judith Dellheim/Günter Krause (Hg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Berlin 2008.



Umbruch in der arabischen Welt

Julia Wiedemann und Ansar Jasim, Bereich Internationale Politik in der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

Der Kleptokrat Ben Ali wurde in Tunesien samt seiner Familie aus dem Amt gejagt. In Ägypten haben es zigtausende Demonstranten trotz Einschüchterungsversuchen geschafft, Präsident Mubarak zum Rücktritt zu zwingen. In Libyen gehen seit Wochen Tausende gegen Muammar Gaddafi auf die Straße. Die Gewalt in Libyen eskaliert und droht sich zu einem Bürgerkrieg zu entwickeln. Auch in Jemen gibt es seit Wochen Proteste, in Oman und in Bahrain gehen die Menschen auf die Straße, und selbst in Saudi-Arabien. Die arabische Welt befindet sich im Umbruch und verändert sich täglich. Die Nachrichten kommen den Ereignissen nicht mehr hinterher. In der gegenwärtigen Situation ist kaum absehbar, wohin die Reise geht, wohin sich welche Staaten entwickeln werden, welche weiteren Regime fallen werden und ob es zu weiteren gewalttätigen Konflikten kommt.

Eins steht jedoch fest: Die bisherige Politik des Westens im Nahen Osten und in Nordafrika ist gründlich gescheitert und es gibt zu dieser Politik kein Zurück mehr. Die arabischen Völker sind selbstbewusster geworden, und haben den Mut gefunden, gegen autoritäre Herrschaft, gegen Unterdrückung, gegen Ungleichheit und Korruption auf die Straße zu gehen.

Ursachen der Protestwelle

Die Ursachen dieser Proteste bilden ein Geflecht aus verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, sozioökonomischen, religiösen und demografischen Faktoren. So gibt es in jeder Region Unterschiede und Besonderheiten. Dabei müssen die Entwicklungen in den einzelnen Staaten differenziert betrachtet werden. Eine Mischung aus sozioökonomischen und innenpolitischen Faktoren können als allgemeine Ursachen der Protestwelle ausgemacht werden:

Ökonomische und soziale Faktoren:

- Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich im Kontext von Globalisierung und Marktliberalismus
- hohe Arbeitslosigkeit
- hoher Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung, die besonders von Arbeitslosigkeit und damit auch von Perspektivlosigkeit betroffen sind. Unter 25-Jährige machen mitunter mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus
- beschleunigte Urbanisierung, damit Entstehung von Elendsvierteln
- Verlust von Ackerland durch Versteppung oder Umnutzung, Rückgang landwirtschaftlicher Produktion, damit steigende Lebensmittelimporte und Abhängigkeit von Nahrungsmittelpreisen und Spekulationen.

Innenpolitische Faktoren:

- Entstehung diktatorischer Regime mit oder ohne Scheindemokratie
- Vermischung zwischen Legislative und Judikative

- Ausschaltung jeglicher ernsthafter Opposition, in einigen Ländern sind gar keine Parteien zugelassen
- Einschränkung bürgerlicher Freiheiten (Versammlungs-, Presse-, Meinungsfreiheit) bis hin zur Anwendung von Folter
- aufgeblähter Polizei- und Sicherheitsapparat
- kaum Zukunftsorientierung, wohin sich Länder entwickeln sollen
- Zusammenarbeit mit dem Westen als Helfer bei der Eindämmung von islamistischem Terrorismus und in dem Zusammenhang Einschränkung weiterer Freiheiten.

Mit unseren Kernthemen Frieden und soziale Gerechtigkeit können wir als DIE LINKE in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der arabischen Welt an vielen Punkten ansetzen und Alleinstellungsmerkmale auch gegenüber den Positionen anderer Parteien hervorheben:

DIE LINKE fordert ein sofortiges Verbot aller Waffenlieferungen in den Nahen Osten. Wie auf dem Parlamentariertag der Linken beschlossen, müssen alle Überlegungen innerhalb der EU- und NATO-Staaten, in Libyen militärisch zu intervenieren, scharf zurückgewiesen werden. Militärische Intervention würde nur zur Eskalation der Gewalt beitragen und letzten Endes dem Regime Gaddafis in die Hände spielen. Wir müssen immer wieder betonen und in Erinnerung rufen, dass es gerade die Politik des Westens war, die bislang die autoritären Regime, die jetzt zusammenbrechen, gestützt hat und noch immer viele autoritäre Staaten in der Region unterstützt. DIE LINKE muss die globalen ökonomischen Zusammenhänge aufzeigen. Ägypten, Tunesien und die gesamte Region haben nur die Möglichkeit, sich langfristig zu stabilen, demokratischen und sozialen Staaten zu entwickeln und der Bevölkerung Zukunftsperspektiven zu bieten, wenn sich die weltwirtschaftlichen Verhältnisse ändern. Diese Aspekte werden im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs noch kaum benannt.

Eine Unterstützung der demokratischen Entwicklung der Region ist wichtig. Doch liegt gerade hier eine Gefahr. Schon stürzen sich diverse politische Stiftungen auf die Länder im Aufbruch und Umbruch. Die Bundesregierung und die EU machen Gelder für Sonderprogramme und Entwicklungshilfen locker. Hier müssen wir genau beobachten, inwieweit auf diesen Wegen Einflussnahme betrieben werden soll, und intervenieren, wenn Politik über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wird.

Die EU darf nicht länger an ihrer Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen festhalten. Das brutale Vorgehen der Grenzschutzagentur Frontex gegen Flüchtlinge muss angeprangert werden. Auch Deutschland muss bereit sein, Flüchtlinge aufzunehmen.

Übersicht über die Proteste in den verschiedenen arabischen Ländern

Ägypten

Die Revolten in Ägypten begannen am 25. Januar, als Tausende gegen die Regierung Mubaraks auf die Straße gingen und den Rücktritt des Präsidenten forderten. Nach nur 18 Tagen verkündete Omar Suleiman, der von Mubarak zu Beginn der Proteste als Vize-Präsident eingesetzt worden war, den Rücktritt des Präsidenten. Aufstände in Ägypten sind nichts Neues. So kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu



Protesten, z. B. wurde 2008 in Malhalla in Kubra der Generalstreik ausgerufen. Angefeuert von der Jasmin-Revolution in Tunesien und unterstützt durch die modernen Medien gewannen die bisherigen Proteste neuen Auftrieb.

Eine wichtige Rolle bei der ägyptischen Revolution kommt der Armee zu. Dass sie Mubarak ihre Unterstützung versagte und sich auch nicht gegen die Demonstranten instrumentalisieren ließ, hat letztlich zum Sturz von Mubarak geführt. Derzeit lenkt ein Militärрат die Geschicke Ägyptens.

Die nächsten Schritte sind ein Volksentscheid über die Änderung der Verfassung am 19. März. Nach dem Referendum sind Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geplant, in deren Folge die Militärs die Macht abgeben wollen. Zirka 38 Prozent der Bevölkerung in Ägypten gehören der Mittelschicht an – und aus Ihren Reihen kommt das Gros der Protestierenden. Die Kommunistische Partei ist als Teil der Protestbewegung wahrnehmbar. Weitere maßgebliche Gruppierungen hier sind Nasseristen, Muslimbrüder und die Liberalen um die Wafd-Partei. Weder linksextreme, noch islamistische Gruppierungen stehen im Vordergrund der Bewegung. Wichtige Akteure der Opposition in Ägypten sind die Bewegungen „Kifayah“ und „6. April“, die zum Teil schon seit einigen Jahren bestehen. Kifayah ist eine sehr heterogene, bürgerlich-liberale Bewegung, in der sich Nasseristen, Sozialisten, Liberale, Nationalisten und moderate Islamisten zusammenfinden. Nach Mubaraks Sturz scheint diese Bewegung ausgedient zu haben, und es scheint an der Zeit für die Gründung neuer Parteien gekommen zu sein, wie Hassan Saber im ND-Interview am 28.2. erklärte. Eine Demonstration von Kopten Anfang März gegen die Zerstörung einer Kirche wurde vom Militär gewaltsam aufgelöst.

Algerien

Algerien hat zwar durch Exporte von Erdöl und Erdgas hohe Einnahmen, doch kommt davon nichts bei der Bevölkerung an. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist sehr hoch. Der Bürgerkrieg in den 1990er Jahren hat das Land stark geprägt und sitzt noch vielen Menschen in den Knochen. Algeriens Präsident Bouteflika übt eine Mischung aus Versöhnungskurs und harter Hand gegen islamistische Terroristen. Er gewann 2009 zum dritten Mal die Präsidentschaftswahl mit 90 Prozent. Allerdings waren wichtige Oppositionsgruppen gar nicht erst zur Wahl angetreten, die Opposition zweifelte das Ergebnis an. Die Parlamentarisierung in Algerien ist Fassade, dahinter regiert eine undurchsichtige Clique aus Militärs, und die Korruption ist gewaltig. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt, seit 2001 herrscht ein allgemeines Demonstrationsverbot. Es gibt regelmäßig Berichte von Folter und Misshandlungen, die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, die in Zusammenhang mit dem seit 1992 andauernden Konflikt stehen, findet nicht statt.

Proteste gibt es in Algerien schon seit Jahren, doch flammten sie im Januar, ermuntert durch die Proteste in Tunesien, erneut auf. Seitdem gibt es regelmäßig Proteste und Demonstrationen mit zum Teil einigen hundert Teilnehmern, die jedoch oft unter hohem Polizeiaufgebot verhindert werden. Forderungen der Protestierer sind u. a. „Wandel des Systems“, gegen Korruption und gegen zu hohe Lebenshaltungskosten und hohe Arbeitslosigkeit. Eine der Forderungen der Demonstranten, die Aufhebung des seit 19 Jahren bestehenden Ausnahmezustands, wurde am 23.2. durch den Präsidenten erfüllt, doch die Proteste gehen weiter.

Bahrain

In der konstitutionellen Monarchie Bahrain, einem kleinen Inselstaat mit rund 1,2 Millionen Einwohnern, gibt es statt Parteien nur politische „Gruppierungen“. Die wichtigsten Entscheidungen werden von der Königsfamilie getroffen. 2010 überstieg erstmalig die Zahl der im Land lebenden Ausländer die der Einheimischen. Die Mehrheit der Bahrainis sind Schiiten, werden aber von einer sunnitischen Dynastie regiert. Die Öl-Produktion und der Tourismus machen den Hauptteil der Staatseinnahmen aus. Mit über 400 Finanzinstituten ist das Land außerdem das Finanzdienstleistungszentrum der arabischen Welt.

Demonstrationen sind gesetzlich geduldet. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Protesten der schiitischen Bevölkerung, die jedoch von der Regierung mit massiver Gewalt niedergedrückt wurden. Am 4. Februar begannen die Proteste in Bahrain, unterstützt von den ägyptischen Protesten. Die aktuellen Demonstrationen stehen auch im Zusammenhang mit den Wahlen am 30. Oktober 2010, die von mehreren schiitischen Gruppen aus Protest gegen den Mangel an Demokratie und Menschenrechten boykottiert wurden. Am 22. Februar demonstrierten 100 000 Leute friedlich auf den Straßen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung. Die Regierung ließ ausländische Söldner auf die Demonstranten los, in Folge dessen kam es zu Toten und vielen Verletzten. Nachdem es zu nennenswerten Pro-Regierungsdemonstrationen (überwiegend Sunniten) und zu Zusammenstößen zwischen beiden gekommen war, betonten die Demonstranten die sunnitisch-schiitische Einheit. Außerdem nahmen viele konfessionell gemischte Gruppen an den Demonstrationen teil, ebenso pro-monarchische, die aber für politische Reformen eintreten. Diese Demonstrationen dürfen also nicht als konfessionelle Auseinandersetzungen betrachtet werden. Der König reagierte mit Zahlungen und dem Versprechen, politische Gefangene frei zu lassen.

Die strategischen Interessen der USA, die ihre 5. Flotte in Bahrain stationiert haben, sind groß: Mit Bahrain haben sie einen Verbündeten in direkter Nähe zum Iran. Auch Saudi-Arabien, das Bahrain seit Jahren finanziell unterstützt, hat kein Interesse daran, dass Bahrain politisch von den Schiiten dominiert wird. Der Einfluss Irans auf die schiitische Oppositionsbewegung ist jedoch als gering einzuschätzen.

Irak

Der Irak ist noch immer stark vom Irakkrieg 2003 und der folgenden Besetzung geprägt. Die Gesellschaft ist ethnisch und konfessionell gemischt, 60 Prozent sind Schiiten, ca. 35 Prozent Sunniten, und eine Minderheit (ca. 3%) Christen. Nach den Parlamentswahlen 2010 hatte sich die Regierungsbildung mehrere Monate verzögert.

Obwohl Demonstrationen erlaubt sind, werden sie von erheblichen Sicherheitsvorkehrungen begleitet. Die Politik warnte außerdem davor, dass die Demonstranten sich nicht von der verbotenen Baath-Partei und Al-Kaida instrumentalisieren lassen sollen. Bereits am 11. Februar haben Anwälte gegen die Korruption und Folter, die immer noch den Justizapparat kennzeichnen, demonstriert. Nachdem es am 25. Februar, dem „Tag des Zorns“ nach Konfrontationen mit der Polizei, Tote gegeben hat, nannte man die letzte Demonstration „Tag der Würde“ – in Gedenken an die Toten, die aufgrund ihrer Würde als Demonstranten sterben mussten. In etlichen Provinzen (Kufa, Basra etc.) sind die Bürgermeister



auf Druck der Bevölkerung bereits zurückgetreten. Die Demonstranten fordern, dass die Politik endlich ihre Aufgabe, die Verbesserung der Lebenssituation der Iraker, wahrnimmt.

So erhalten nach einer Analyse des UNDP vom August 2010 immer noch lediglich zwei Provinzen des Irak täglich bis zu zwölf Stunden Strom, in den meisten Provinzen liegt die Versorgung bei lediglich fünf bis sechs Stunden. Damit liegt die Versorgung bei lediglich 40 Prozent der Vorkriegszeit. Die katastrophale Infrastruktur wirkt sich auch auf die sozioökonomische Lage der Iraker aus. Lediglich 12 Prozent der irakischen Haushalte verfügen über einen Anschluss an die Wasserversorgung. Nach einer Studie der irakischen Regierung vom Mai 2009 wird die Armutsgrenze mit 2,20 Dollar pro Tag beziffert.

Jemen

Jemen ist im Vergleich das jüngste (das Durchschnittsalter liegt unter 15 Jahren) und das ärmste arabische Land. Seine Erdölvorkommen, die 70 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen, werden in den nächsten Jahren versiegen. Trotz Landwirtschaft ist Jemen immer mehr von Nahrungsmittelimporten abhängig, unter anderem, weil der Anbau der Alltagsdroge Kath viele traditionelle Landwirtschaftsprodukte verdrängt. Stammesstrukturen sind in Jemen sehr dominant. Die Bergstämme des Nordens sind Schiiten, die anderen Stämme im Süden Sunniten. Vor diesem Hintergrund gibt es schon seit Jahren bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Huthi-Rebellen im Norden, die inzwischen auch Unterstützung aus dem Iran erhalten, und der Zentralarmee. Die Einheit der einst gespaltenen Teile des Landes ist noch immer sehr fragil. Das konservative Modell des Nordens ist auf den ehemals „sozialistischen“ Süden übertragen worden.

Die Opposition in Jemen formiert sich aus islamischen, nationalistischen und sozialistischen Parteien im Bündnis „Parteien des Gemeinsamen Treffens“ (PGT), das bereits seit 10 Jahren erfolgreich zusammengearbeitet. Im Mittelpunkt der Proteste steht neben den sozialen Forderungen die Kritik an Präsident Ali Abdallah Saleh, der das Land seit 34 Jahren autokratisch regiert. Eine geplante Verfassungsänderung, mit der sich Saleh zum Präsidenten auf Lebenszeit machen wollte, brachte das Fass zum Überlaufen.

Aufgrund der Angst vor einem Staatszerfall ist die Opposition an keiner weiteren Eskalation interessiert. So wird als Erfolg gefeiert, die schiitische Zaiditengruppe der Huthis, eine oppositionelle Minderheit im Nordwest-Jemen, gewonnen zu haben.

Bereits vor einem Jahr hatte die oppositionelle sozialistisch geprägte Bewegung im Süden mit der Abspaltung gedroht. Bisher konnte sie nicht für einen Dialog gewonnen werden. Sind die ersten Demonstrationen noch überwiegend vom Parteienbündnis PGT organisiert worden, so werden die jüngsten Massenproteste vor allem von der Jugend getragen. Fast alle wichtigen sozialen und politischen Kräfte haben sich inzwischen mit ihnen solidarisiert. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Lage im Jemen weiter zuspitzt und in Gewalt umschlägt.

Jordanien

Das haschemitische Königreich leidet seit langem unter einer maroden Wirtschaft. Der König gilt zwar allgemein als sehr beliebt, doch machte seine Frau in jüngster Zeit Schlag-

zeilen wegen ihres luxuriösen Lebensstils. Die Proteste in Jordanien, die Mitte Januar begannen, richteten sich vor allem gegen die steigenden Lebensmittelpreise und die hohe Inflationsrate. König Abdullah versuchte die Proteste zurückzudrängen, indem er die Regierung entließ. Der neue Premierminister Marouf Bakhit versprach ökonomische und politische Reformen. Doch dauern die bislang weitgehend friedlichen Proteste weiter an. Neben niedrigeren Lebensmittelpreisen werden nun auch Verfassungsreformen gefordert. Die „offizielle“ Opposition hielt sich zunächst bei den Protesten zurück, beteiligte sich ab Februar aber daran. Im März demonstrierten erneut mehrere hundert Menschen.

Libanon

Der Libanon ist geprägt von seiner konfessionellen Vielfalt (Christen, Schiiten, Sunniten, Drusen), die sich auch in einem Proporzsystem bei der Verteilung von Mandaten ausdrückt. In den 1970er bis 1990er Jahren wurde das Land von einem Bürgerkrieg heimgesucht, der in den Köpfen vieler noch immer sehr präsent ist. Am 14. Februar 2005 wurde der anti-syrische Premierminister Rafiq al-Hariri durch einen Bombenanschlag getötet, bei dem mehrere Menschen ums Leben kamen. Sein Tod war Ausgangspunkt für die sogenannte Zedernrevolution, eine Reihe von Demonstrationen die den Abzug syrischer Truppen aus dem Libanon und die Beseitigung des pro-syrischen Regimes unter Ministerpräsident Karami forderten. Im April 2005 verließen die syrischen Truppen nach 30 Jahren das Land. Im Sommer 2006 kam es zum zweiten Libanonkrieg, den Israel gegen die Hizbollah führte. Auch in der jüngeren Vergangenheit gab es immer wieder politische Mordanschläge. Am 12. Januar dieses Jahres scheiterte die von Saad Hariri geführte Regierung, an der auch Minister der Hizbollah beteiligt waren. Hintergrund war die Teilnahme Libanons am Libanon-Tribunal, einem Strafgerichtshof der Vereinten Nationen, der den Mord an Rafiq al-Hariri untersuchen soll. Die Hizbollah hatte daraufhin der Regierung ihre Unterstützung versagt. Der von der Hizbollah nominierte Geschäftsmann Najib Mikati ist mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden, die bis jetzt noch nicht zustandekam.

Zehntausende demonstrierten am 14. März, dem 6. Jahrestag der Zedernrevolution, für die Entwaffnung der Hizbollah. Das pro-westliche Bündnis um Saad Hariri, das auch den Namen 14. März trägt, vertritt vor allem die Sunniten im Land.

Libyen

Libyen ist ein Land, das durch Erdöl- und Erdgasvorkommen vergleichsweise wohlhabend ist, in dem aber dennoch (wie in den meisten anderen Staaten) eine große Kluft zwischen Arm und Reich herrscht. Die anfangs kleinen Proteste gegen Muammar al-Gaddafi im Januar wurden stärker mit einigen tausend Teilnehmern im Februar und schlugen zunehmend in Gewalt um. Libyen befindet sich mittlerweile in einer Gewaltspirale. Bewaffnete Oppositionsgruppen konnten zeitweilig Städte und Regionen in Ost-Libyen in ihre Gewalt bringen. Die Regierungstruppen greifen die Rebellen mittlerweile mit Panzern und Flugzeugen an. Derzeit wird die Einrichtung einer Flugverbotszone international diskutiert.

Libyen ist stark von Stammesstrukturen geprägt. Unter der mehr als 40 Jahre währenden Herrschaft Gaddafis haben sich die bisherigen Unterschiede in der Gesellschaft eher



noch zementiert. Die aktuelle Lage auch in Hinblick auf die jeweiligen Akteure ist sehr unübersichtlich und schwer einzuordnen.

Marokko

Das Königreich Marokko hat im Vergleich eine geringere Staatsverschuldung als andere Länder der Region. Das Land besitzt eine vielfältige Parteienlandschaft und ein frei gewähltes Parlament. Die Macht der Regierung ist allerdings begrenzt, da der König in wichtigen Fragen das letzte Wort hat. Es kommt zu starken Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Kritik an der Monarchie, an der Regierung und staatlichen Behörden wird strafrechtlich verfolgt. Politisch unliebsame Themen werden ausgeblendet (West-Sahara).

Am 20. Februar wurde von Oppositionellen der „Tag des Stolzes“ ausgerufen, der zu Massenprotesten mit zehntausend Teilnehmern führte, die jedoch teilweise in Gewalt umschlugen. Es gab fünf Tote. Hauptforderungen der Demonstranten waren der Rücktritt der Regierung, die Auflösung des Parlaments und eine Verfassungsreform zur Einschränkung der Macht von König Mohammed VI. Träger der Proteste sind vor allem Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Jugendgruppen. Dabei handelt es sich sowohl um islamische als auch um linke Gruppierungen. König Mohammed VI. hat weitreichende Reformen angekündigt, dennoch halten die Proteste an, da die Reformvorschläge den Demonstranten nicht weit genug gehen. Nachdem am Sonntag, dem 13.3., zwei Demonstrationen gewaltsam aufgelöst worden sind, wurden weitere Proteste für das kommende Wochenende angekündigt.

Oman

Der seit 40 Jahren herrschende Sultan erlässt Gesetze und Abkommen in Form von königlichen Dekreten und beruft oder entlässt die Regierung. Parteien sind verboten. Etwa ein Drittel der 2,5 Millionen Einwohner Omans sind Ausländer. Erdöl hat dem Land zu Reichtum verholfen und stellt die Haupteinnahmequelle des Staates dar.

Seit dem 18. Februar haben rund 800 Menschen in der Hauptstadt Maskat immer wieder friedlich für den Stopp des Zuzugs von Gastarbeitern demonstriert, um selbst Arbeit zu erhalten, sowie für die Erhöhung der sozialen Absicherungen, und für die Senkung von Steuern und Abgaben. Außerdem wurde die Umwandlung des Shura-Rates, der bisher nur beratende Funktion hat, in ein richtiges Parlament gefordert. Sultan Qabus versprach in der Folge die Schaffung von 50 000 neuen Stellen im öffentlichen Dienst, sowie eine Sozialhilfe in Höhe von 280 Euro pro Monat für Arbeitslose.

Nachdem es 27. Februar, als sich zirca 2 000 Demonstranten in der Hafenstadt Sohar, dem Zentrum des Protestes, versammelten, zu ersten gewalttätigen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften und Toten kam, wurden Autos und Regierungsgebäude in Brand gesteckt. Seitdem richtet sich der Unmut der Demonstranten mehr und mehr direkt gegen den Sultan. Daraufhin versprach der Sultan eine Anhebung der Studienstipendien und eine Verbilligung der Nahrungsmittel. Gleichzeitig wuchs eine Pro-Qabus gerichtete Protestbewegung. Die Proteste weiten sich auf immer mehr Städte aus. Weitere Forderungen sind die Abschaffung der Korruption und die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen der Regierung sowie mehr Pressefreiheit.

Palästinensische Gebiete

Die im Gaza-Streifen herrschende Hamas setzt alle Mittel ein, um Proteste zu verhindern.

Junge Palästinenser fordern ein Ende der palästinensischen Teilung. Bereits am 14. März hatten sich 3 000 Palästinenser in Gaza versammelt. Im Westjordanland sind die Proteste bislang verhalten. Auch weil die Regierung im Westjordanland für den Juli die längst überfälligen Kommunalwahlen und Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angekündigt hat. Zum anderen war das gesamte Kabinett in Ramallah zurückgetreten. Zugleich streckte Ministerpräsident Fayyad der Hamas die Hand zur Aussöhnung entgegen.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist die größte Volkswirtschaft im arabischen Raum. Die Haupteinnahmequelle bleibt trotz der großen Bedeutung des Tourismusindustrie das Erdöl. In Saudi-Arabien sind Demonstrationen verboten. Trotz Verbesserungen haben Reporter ohne Grenzen Saudi-Arabien in puncto Pressefreiheit in ihrer Jahresbilanz 2008 auf Platz 161 von 173 gesetzt. In Saudi-Arabien kommen die Proteste von drei Seiten: den Schiiten, den Frauen und den Arbeitslosen, die Jobs und eine bessere soziale Absicherung fordern.

In den ölfreien Ostprovinzen kommt es seit Wochen zu Demonstrationen der Schiiten. In Damman waren es vor allem Frauen. Die ca. immer 250 Demonstranten fordern die Freilassung schiitischer Häftlinge, Gleichberechtigung in der Justiz und Ökonomie, sowie beim Zugang zu öffentlichen Ämtern. In Jeddah, der zweitgrößten und offensten Stadt des Landes und in Riad demonstrierten bis zu 100 Menschen. Auch auf Facebook haben Jugendliche zu Protesten für mehr Demokratie und gegen Korruption aufgerufen. In einer Online-Petition, die sich direkt an den König richtet, forderten Frauen endlich die Fahrerlaubnis für Frauen. Um die 10 000 Polizisten überwachten die Straßen im Vorfeld der für den 11. März angekündigten Proteste und verhinderten jegliche Demonstration. Doch auch wenn es auf der Straße bislang zu keinen Massenprotesten kam, ist der Reformdruck in der Monarchie groß. Mehr als 100 prominente Intellektuelle und Akademiker haben sich in einer Petition für weitreichende politische und wirtschaftliche Reformen ausgesprochen.

Syrien

In Syrien existiert formal ein Blockparteiensystem, welches real jedoch von der Partei des Präsidenten, der Baath Partei, dominiert wird. Im Juli 2000 übernahm Bashar Al-Assad nach dem Tod seines Vaters, der 30 Jahre regierte, das Amt des Präsidenten. Die Regierung verhaftet immer wieder Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten, die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt, Bewegungsverbote auch innerhalb des Landes werden verhängt. Syrien ist sowohl ethnisch als auch konfessionell sehr vielfältig. Stammes- und Konfessionslinien spielen immer noch eine große Rolle. So gibt es ländliche, insbesondere beduinische Gebiete, in denen der syrische Staat aufgrund der Stammesstrukturen bis heute sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen konnte. Öleinnahmen trugen lange Zeit zu mehr als der Hälfte des syrischen Haushalts bei und machten zwei Drittel der syrischen Exporte aus. Die Dominanz des Ölsektors nimmt jedoch stetig ab. Syrien unterliegt seit 2004 US-Wirtschaftssanktionen.

Zum 5. Februar hatten Auslandssyrer in Syrien zu einem „Tag des Zorns“ nach arabischem Vorbild aufgerufen. An die-



sem Tag achteten die meisten Syrer streng darauf, gar nicht auf die Straße zu gehen, um nicht mit eventuellen Demonstrationen in Beziehung gesetzt zu werden.

Syrien verfügt über eine schwache Zivilgesellschaft. Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen außerdem in starker Beziehung zur Präsidentengattin Asma Al-Assad.

Viele Syrer betonen auch, dass sie das Assad-Regime dem Chaos, das durch die Demokratisierungsversuche im Irak ausgelöst wurde, vorziehen. Opfer eines Regimewechsels in Syrien könnten vor allem die palästinensischen Flüchtlinge werden, die ebenso wie im Irak, der Regimeunterstützung bezichtigt werden könnten. Zurzeit versucht das Regime mit kleinen Öffnungen (Facebook wurde offiziell auf der Spitze der Demonstrationen in Ägypten freigegeben) und Präsenten (Laptops werden an Lehrer verteilt) Protesten zuvorzukommen.

Tunesien

In Tunesien war es den Protestbewegungen gelungen, Präsident Zine El Abidin Ben Ali nach 23 Jahren Amtszeit zum Rücktritt zu zwingen. Auslöser war die Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi, der mit seiner Tat gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption demonstrieren wollte. Darauf folgten wochenlange Proteste, die von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurden und bei denen über 200 Menschen ums Leben kamen. Doch schüchterte das die Demonstranten nicht ein. Am 14. Februar verließ Ben Ali fluchtartig das Land. Seither gehen die Proteste jedoch weiter. In der neuen Regierung sind noch immer Anhänger Ben Alis vertreten. Vielen Demonstranten gehen die Veränderungen nicht schnell genug. Für Juni ist die Wahl eines neuen Parlamentes vorgesehen. Viele neue Parteien und Gruppierungen entstehen derzeit. Politische Neuorientierung und Neuformierung sind im Gange. Die PCOT, die Kommunistische Arbeiterpartei, könnte dabei eine entscheidende Rolle im linken Spektrum spielen. Ihr Vorsitzender Hamma Hammadi hat lange Jahre im Gefängnis und in der Illegalität verbracht. Er wird deswegen von einem breiten politischen Spektrum ob seines konsequenten Engagements für Freiheit und Demokratie geschätzt. Die PCOT ist im Gegensatz zu anderen (linken) Oppositionsparteien in der Vergangenheit nie offiziell anerkannt worden.



Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Anne Quart)
Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 22. Februar 2011

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

